Peer Gatter

KHOMEINIS ERBEN

Machtpolitik und Wirtschaftsreformen im Iran

Demokratie und Entwicklung Bd. 32

LIT

Peer Gatter

Khomeinis Erben

Machtpolitik und Wirtschaftsreformen im Iran

1998

Demokratie und Entwicklung

herausgegeben von
Rainer Tetzlaff

Institut für Politische Wissenschaft

Universität Hamburg

Band 32

LIT

Peer Gatter

Khomeinis Erben

Machtpolitik und Wirtschaftsreformen im Iran

LIT

Umschlagbild: Peer Gatter

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Gatter, Peer
Khomeinis Erben: Machtpolitik und Wirtschaftsreformen im Iran / Peer Gatter -
Münster: LIT, 1998
(Demokratie und Entwicklung; 32.)
ISBN 3-8258-3984-2

NE: GT

© LIT VERLAG
Dieckstr. 73 48145 Münster Tel. 0251-23 50 91 Fax 0251-23 19 72

Meinen Eltern
Dorothea und Wulf

INHALT

Verzeichnis der Abbildungen x
Verzeichnis der Tabellen xi
Verzeichnis der Abkürzungen xii
Dank xiii
Vorwort xv

Einleitung 1

1. Problemstellung 2
2. Forschungsstand und Quellenlage 3
3. Vorgehensweise der Arbeit 5

I. Kapitel: Theoretische Grundlagen 7

1. Der Rentierstaat im Vorderen Orient 7
2. Der Rentierstaat und seine Einkommen 8
3. Staatliche Rentenallokation und innergesellschaftliches Rent-Seeking 12
4. Staatliche Rentenaneignung 14
5. Rentierstaatliches Krisenmanagement 15
6. Neo-Patrimonialismus und der Rentierstaat 19
7. Kritische Betrachtung des Rentierstaats-Konzepts und des Neo-Patrimonialismus-Ansatzes 20

II. Kapitel: Erdölrente und politische Herrschaft im Iran 25

1. Von der traditionellen Gesellschaft zum modernen Rentierstaat 25
   Die Pahlavî-Ära (1925-1978) 25
   Die Islamische Republik (ab 1979) 31
2. Die Transformation politischer Herrschaft in der Islamischen Republik 33
   Das Neo-Patrimoniat Khomeinîs 33
   Periode kollektiver Führung 36
   Der Aufstieg Khâmene'îs 41

3. Die iranischen Staatsklasse 43
Die Entstehung der Staatsklassensegmente.....43
Die Segmente der Staatsklasse und ihre politischen Zielsetzungen.....47
Radikales Segment 47
Pragmatisches Segment.....51
Konservatives Segment 56

III. Kapitel: Wirtschaftskrise und Entstehung eines Reformbündnisses...61
1. Strategien der Krisenbewältigung 62
2. Der Aufstieg der Pragmatiker.....64
Die Doppel-Allianz 64
Relativer Pluralismus des politischen Systems 65
3. Die Entmachtung der Radikalen 66
Khomeinîs Dekret.....67
Rafsanjânî wird Oberkommandierender der Streitkräfte 67
Die Instrumentalisierung des Wächterrates.....69

IV. Kapitel: Rafsanjânîs Reformprogramm 71
1. Der Erste Fünfjahresplan.....72
2. Wirtschaftswachstum, Schuldenkrise und die Rezession -
eine Bilanz.....77
3. Facetten der Reform 83
Liberalisierung der Gesellschaft.....84
Privatisierung.....86
Kürzung von Subventionen 88
Ausländische Investitionen.....89

V. Kapitel: Diskussion der Ursachen des Scheiterns 93
1. US-Sanktionen.....94
Die wirtschaftliche Isolation Irans.....95
Wirtschaftliche Folgen des Embargos.....96
Iranische Strategien der Einnahmenmultiplikation 98
Regionale Kooperation.....98
Verlagerung der Wirtschaftsbeziehungen 101
Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Afrika ..102
Zwischenergebnis 105

2. Die Windfallgewinne des Zweiten Golfkrieges (1990/91) 108
Zwischenergebnis 115
3. Elitenkonkurrenz 116
Entwicklungsstrategien als Vehikel der Macht 116
Brotunruhen und die Abwendung Khâmene'îs 120
Reislamisierung und der Ausbau von Khâmene'îs religiöser Legitimation.....123
Die Parallelregierung Khâmene'îs 126
Exkurs: Die Macht des Revolutionsführers.....130

VI. Kapitel: Ergebnis.....133
1. Reformen im Rentierstaat? 133
2. Das Scheitern.....135

VII. Kapitel: Aktuelle politische Lage und Ausblick.....139

VIII. Englischer Überblick.....147
Table of Contents 148
List of Figures 151
List of Tables.....152

Literaturverzeichnis.....153

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1: Das Neo-Patrimoniat Âyatollâh Khomeinîs (1979-1989) 35

Abb. 2: Herrschaftssystem, politische Eliten und Institutionen klerikaler Macht während der ersten Amtsperiode Präsident Hâschemî Rafsanjânîs (1989-1993) 40

Abb. 3: Die Segmente der iranischen Staatsklasse zur Zeit des "Vierten Parlaments" (1992-1996), ihre politische, wirtschaftliche, militärische und soziale Basis sowie die ihnen nahestehenden Medien 46

Abb. 4: Segmente der iranischen Staatsklasse und ihre politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zielsetzungen 120

Abb. 5: Entwicklung der Spot-Markt-Preise für iranisches Leichtöl (Januar 1988 - April 1997). Im oberen Teil des Schaubildes die jährlichen Durchschnittspreise/Barrel (in US-$) 81

Abb. 6: Ölpreis, US-Embargo und die iranische Politik während der Präsidentschaft Hâschemî Rafsanjânîs 109

Abb. 7: Die im Grundgesetz der Islamischen Republik Iran festgeschriebenen Vollmachten des revolutionären Führers (*qânûn-e âsâsî*, Artikel 110 und 112) 132

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1: Iranische Erdölproduktion in Barrel/Tag (1918-1958) 27

Tab. 2: Sektorale Verteilung des iranischen BSP (in %) 29

Tab. 3: Iranische Erdölproduktion und Ölexporte (1977/78-1990/91) 32

Tab. 4: Einnahmen aus der Ölindustrie und dem Nicht-Öl Sektor (in Mrd. $) 78

Tab. 5: Iranische Erdölproduktion und Eigenverbrauch in Mio. Barrel/Tag, Exporterlöse aus dem Erdölsektor in Mrd. US-Dollar(1986/87-1995/96) 79

Tab. 6: Iranische Handelsbilanz (Importe/Exporte) und Auslands-verschuldung (1989/90-1996/97) 80

Tab. 7: Bruttoinlandsprodukt (hier GDP) und sektorales Wachstum während des Ersten Fünfjahresplanes (1989/90-1993/94) (in %) 82

Tab. 8: Anteil der verschiedenen Wirtschaftssektoren am BIP (in %). 111

Tab. 9: Anteil verschiedener Einnahme-Posten des Staatsbudgets am BIP (in %). 111

Abkürzungen

AIOC	Anglo-Iranian Oil Company
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BP	British Petroleum
BSP	Bruttosozialprodukt
COPSN	Cultural Organisation of Persian Speaking Nations
CSLSCO	Caspian Sea Littoral States Cooperation Organization
ECO	Economic Cooperation Organization
EU	Europäische Union
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FBIS	Foreign Broadcast Information Service
FT	Financial Times
GCC	Gulf Cooperation Council
GMT	Greenwich Mean Time
IJIA	Iranian Journal of International Affairs
IMF	Internationaler Währungsfond (International Monetary Fund)
IPIS	Institute for Political and International Studies (Teheran)
IRP	Islamisch-Republikanische Partei
IRIB	Islamic Republic of Iran Broadcasting, Teheran (1. Programm des iranischen Fernsehens)
IRNA	Islamic Republic News Agency
JRMT	Jâme‘e-ye Rûhânîyyat-e Mobârez-e Tehrân
MEED	Middle East Economic Digest
MEI	Middle East International
MEJ	Middle East Journal
NYT	New York Times
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries
PLO	Palestinian Liberation Organization
RCD	Organization of Regional Cooperation for Development
RMT	Rûhânîyyûn-e Mobârez-e Tehrân
SWB	Summary of World Broadcasting
TVIRI	Teheran Voice of the Islamic Republic of Iran
UN	United Nations
WP	Washingtion Post
WSJ	Wall Street Journal

Dank

Die vorliegende Arbeit entstand unter Anleitung von Herrn Professor Dr. Peter Pawelka am Institut für Politikwissenschaft in Tübingen. Für seine engagierte und kritische Begleitung möchte ich ihm herzlich danken.

Zu großem Dank bin ich Herrn Dr. Iradj Khalifeh-Soltani, Lektor für Persische Sprache an der Universität Tübingen, verpflichtet. Er hat in seinen Seminaren über persische Literatur, Poesie und Geschichte mein Interesse für den Iran geweckt und stand mir auch persönlich immer wieder mit Rat und Ermunterung zur Seite. Seiner Empfehlung wie auch der von Herrn Prof. Dr. Heinz Halm vom Orientalischen Seminar der Universität Tübingen verdanke ich einen bereichernden halbjährigen Studienaufenthalt an der Universität Teheran, der prägend für mein weiteres Studium war. Dafür möchte ich ihnen beiden an dieser Stelle herzlich danken.

Mein Dank gilt auch Herrn Prof. Dr. Daniel Brumberg. Seine Einladung an die Georgetown University in Washington, D.C. hat es mir ermöglicht, mich als "Visiting Researcher" und Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Department of Government sechs Monate lang intensiv mit meinem Forschungsthema zu befassen. Sein Rat als Spezialist auf dem Gebiet des Iran der Khomeinî-Zeit war für mich äußerst wertvoll.

All denjenigen, die meine Arbeit durch hilfreiche Anregungen unterstützt haben, sei mein herzlicher Dank ausgesprochen. Dies gilt im besonderen für Sharon Thomas, Horst Trossbach, Dr. Martin Beck und Dr. Thomas Nielebock sowie für alle Teilnehmer des Forschungsforums Mittlerer Orient (FFMO) am Institut für Politikwissenschaft, Tübingen. Steffen Blanz, Markus Loewe und Oliver Schlumberger bin ich für zahlreiche Ratschläge, tatkräftige Unterstützung und kameradschaftlichen Zuspruch zu großem Dank verpflichtet. Verbunden fühle ich mich auch vielen Freunden und Wissenschaftlern im Iran, die mich nicht nur in das iranische Alltagsleben eingeführt haben, sondern auch manche Anregung zu dieser Arbeit gaben. Auf ihre namentliche Nennung muß ich leider verzichten.

Auch Dieter Bednarz und Mechthild Ripke vom Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* möchte ich vielmals danken. Sie haben mir für meine Forschungstätigkeit sowie für meine journalistische Arbeit Dokumente des Spiegel-Archivs zugänglich gemacht.

Hervorheben will ich auch das Zeitungsarchiv zum Vorderen Orient im Lehrstuhl von Prof. Dr. Pawelka am Institut für Politikwissenschaft, Tübingen. Es hat mir viele Einblicke in Facetten des politischen und sozialen Lebens im Iran gegeben, welche die wissenschaftliche Literatur allein meist nicht zu vermitteln vermag.

Tübingen, im August 1998 Peer Gatter

Vorwort

Iran als eines der Zentren orientalischer Geschichte und Kultur hatte in der wissenschaftlichen Forschung stets einen prominenten Platz inne. Dies betraf sowohl die traditionellen Orientwissenschaften als auch moderne sozialwissenschaftliche Studien, die sich mit sozioökonomischen Entwicklungsprozessen und politischer Herrschaft beschäftigen. Sogar das Rentierstaats-Modell ist am Beispiel Irans in die wissenschaftliche Literatur eingeführt worden (*H. Mahdavy*). Trotz dieser Fülle an wissenschaftlichen Untersuchungen sind die Kenntnisse über die jeweils aktuellen Strukturen und Prozesse der iranischen Politik merkwürdig unzulänglich geblieben und haben im Westen politische Einstellungen und Aktivitäten gegenüber Iran hervorgerufen, die den realen Verhältnissen in diesem Lande unangemessen waren. Falsche oder undifferenzierte Wahrnehmungen iranischer Politik führten 1953 zur Zerschlagung eines modernen und populären Regimes unter Mossadegh und zur Entfremdung einer ganzen Generation von Iranern gegenüber dem vom Westen gestützten Schah. Mangelhafte Kenntnisse der politischen Strukturen Irans lösten 1979 ungläubiges Staunen und Entsetzen über die Iranische Revolution aus, die aller Fortschrittsgläubigkeit zu widersprechen schien. Und in den 90er Jahren ist es die Pauschalisierung des „Mullah-Regimes“, die es dem Westen ermöglicht, einer „dualen Eindämmung“ (Iran und Irak) zuzustimmen, obgleich das politische System Irans Reformansätze und einen bemerkenswerten Elitenpluralismus aufweist.

Die vorliegende Untersuchung von Peer Gatter versucht demgegenüber, ein differenzierteres, unkonventionelles Bild der iranischen Politik zu entwerfen. Dazu hat er vielfältiges, oftmals schwer zugängliches und bisher noch nicht publiziertes Datenmaterial verwendet und neu interpretiert. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Auseinandersetzung mit der Reformpolitik Rafsanjanis (1989-97) und die Erklärung ihres Scheiterns. Dies ist bisher in der Literatur nur unbefriedigend und lückenhaft geleistet worden. Gatter analysiert das Reformprogramm im Kontext der iranischen Wirtschafts- und Systemkrise Ende der 80er Jahre und er diskutiert eine Reihe möglicher Ursachen des Scheiterns: zuerst die Folgen des amerikanischen Embargos, das die iranischen Wirtschaftsstrukturen unter Druck setzte, dann die massiven „Windfall-Profite“ des Zweiten Golfkriegs, die im Rahmen des Rentierstaats-Ansatzes für einen Abbruch der Reformen sprächen.

Beide Thesen kann er materialreich widerlegen. Er stellt ihnen eine komplexe Analyse der internen Elitenkonflikte gegenüber, untersucht die Bündnispolitiken der einzelnen Elitensegmente, ihre Klientelbeziehungen und ihre unterschiedlichen Interessen. Auf dieser Grundlage gelingt es dem Verfasser, die Hintergründe der Elitenrivalitäten und ihre Auswirkungen auf die staatliche Politik überzeugend darzustellen.

Die vorliegende Analyse iranischer Politik repräsentiert eine gelungene, theoriegeleitete Interpretation empirischer Daten, die der Autor in Europa, den USA und vor Ort in Iran gesammelt hat. Sein Studienaufenthalt an der Universität Teheran hat es ihm darüber hinaus ermöglicht, intensive Eindrücke über die gesellschaftlichen und politischen Realitäten in Iran zu gewinnen und mit der wissenschaftlichen Forschung zu konfrontieren. Unser Tübinger Forschungskolloquium hat auch von seinen dort gesammelten Erfahrungen nachhaltig profitiert.

Tübingen, im Juli 1998 Peter Pawelka

Einleitung

Die iranische Wirtschaft lag am Ende des achtjährigen Krieges mit dem Irak (1980-1988) in Trümmern. Kriegsschäden, gepaart mit dem Verfall der Weltmarktpreise für Erdöl, brachten die iranische Staatsklasse in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zunehmend in Bedrängnis. Die Einsicht in das Scheitern einer weder kapitalistischen noch kommunistischen Mechanismen gehorchenden *islamischen* Wirtschaftsordnung zwang nach Âyatollâh Khomeinîs Tod zu einem Umdenken. Unter der Führung des neugewählten Staatspräsidenten Rafsanjânî kam 1989 ein Reformbündnis zustande, das eine Abkehr vom Staatsinterventionismus forderte. Mit Hilfe des Privatsektors und ausländischer Investitionen sollte das Land wieder aufgebaut werden. Die in hohem Maße regulierte und von Mißwirtschaft geleitete Kriegsökonomie sollte im Rahmen eines Fünfjahresplanes in ein "marktorientiertes effizientes System"[1] verwandelt werden.

Innerhalb der Staatsklasse waren die Reformer nicht unumstritten und hatten von Beginn an mit erheblichen Widerständen zu kämpfen. Trotz anfänglicher Erfolge konnten die hochgesteckten wirtschaftlichen Ziele nicht erreicht werden. Zunehmende soziale Not zog bald landesweite Demonstrationen nach sich, die die geistliche Staatsklasse in eine tiefe Legitimationskrise stürzten. Der Zerfall des Reformbündnisses war die Folge, was Rafsanjânîs Rückhalt innerhalb der Staatsklasse immer schmäler werden ließ und seine Politik zunehmend blockierte. Spätestens seit 1995 waren Rafsanjânîs politische Spielräume derart gering, daß er fortan auf eine eigene Politik verzichten und sich auf eine Schadensbegrenzung beschränken mußte. Seine Reform verlief im Sande.

Aufgrund der Bedeutung von Rafsanjânîs Reformen für die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die sich im Iran seit dem Tode Âyatollâh Khomeinîs vollzogen, steht das Reformprogramm im Zentrum des Interesses dieser Arbeit. Exemplarisch sollen daher anhand dieses Programms die Entwicklung der Islamischen Republik Iran während der Amtszeit Rafsanjânîs (1989-1997) aufgezeigt werden.

---

[1] *Amuzegar, J.* (1997a): Iran´s Economy under the Islamic Republic. I.B. Tauris, London. S. 317.

1. Problemstellung

Die dringlichste Frage, die sich im Kontext der Reformen stellt, ist die nach Rafsanjânîs Beweggründen für die von der wissenschaftlichen Literatur suggerierte Schaffung einer "Marktwirtschaft"[2]. Widerspricht doch ein Aufgeben der extensiven Kontrolle über die staatlich gelenkte Wirtschaft nicht nur der den Staatsklassen eigenen Tendenz zur Selbstprivilegierung, sondern auch ihren herrschaftspolitischen Interessen.

Ebenso erstaunt, daß die Rafsanjânî-Regierung zur Überwindung der Wirtschaftskrise Ende der achtziger Jahre scheinbar nicht auf ein temporäres Krisenmanagement zurückgegriffen hat, das Ölstaaten in Zeiten geringer Einnahmen eigen ist: Sie ebnete neben einer tiefgreifenden Liberalisierung der Wirtschaft vielmehr auch den Weg für weitreichende gesellschaftliche und politische Freiheiten. Von diesem Kurs sollte die Regierung auch trotz steigender Öleinnahmen infolge des Zweiten Golfkrieges nicht abrücken.

Auch das eigentliche Scheitern der Reformen, von der Literatur bislang nur ungenügend untersucht und ohne explizite Antworten, wirft viele Fragen auf. Es erscheint hier äußerst wichtig, zwischen wirtschaftlichen und politischen Ursachen zu unterscheiden. Speziell erklärungsbedürfig ist das politische Scheitern Rafsanjânîs, trotz einiger wirtschaftlicher Erfolge und der zunächst offenkundigen Einheit des Reformbündnisses sowie dessen übermächtiger Stellung innerhalb der Staatsklasse nach Verdrängen der einflußreichsten Opponenten in den Parlamentswahlen von 1992.

Scheinbar über die Fragestellung der Arbeit hinausgehend und dennoch eng mit dieser verknüpft, ist auch der Wahlerfolg von Rafsanjânîs Nachfolger Muhammad Khatâmî, einem erklärten Befürworter von Reformen. Trotz widriger Machtverhältnisse in der Staatklasse und ungeachtet des politischen Scheiterns seines Mentors Rafsanjânî gelang ihm ein überwältigender Sieg über seinen von der Mehrheit der Staatsklasse favorisierten Gegenspieler Nâteq-Nûrî.

---

[2] So geht beispielsweise *Amuzegar* davon aus, daß Rafsanjânî eine (freie) Marktwirtschaft anstrebte und daß seine Reformen gescheitert sind (*Amuzegar* 1997a, S. 316 ff.).

2. Forschungsstand und Quellenlage

Trotz der Schwierigkeit, verläßliche Daten zur iranischen Wirtschaftslage zu finden, erweist sich die wissenschaftliche Literatur zum Iran der Rafsanjânî-Zeit als äußerst reichhaltig. Viele wertvolle Arbeiten, geschrieben zumeist von Iranern, sind im *Iranian Journal of International Affairs* veröffentlicht, einem 1989 im Antrittsjahr Rafsanjânîs erstmals erschienenen Periodikum des staatlichen "*Institute for Political and International Studies*" in Teheran[3]. Die Mehrzahl der in westlichen Journalen erschienenen Arbeiten stammt ebenfalls von Iranern, die das Land zum großen Teil infolge der Islamischen Revolution verlassen hatten. Herausragende Veröffentlichungen stammen von *Amuzegar*, dem letzten Wirtschaftsminister des Schâh; *Amirahmadi*, Direktor der Fakultät für Middle Eastern Studies der Rutgers University (USA); *Behdad*, Wirtschaftswissenschaftler an der Denison University (USA), und nicht zuletzt von *Petrossian*, der seit fast zwei Jahrzehnten für das in London herausgegebene *Middle East Economic Digest* über den Iran berichtet.

Aber auch in Deutschland sind wichtige Arbeiten zum Thema erschienen. Neben *Tellenbach*s Arbeiten zur iranischen Verfassung verdienen die Publikationen von *Buchta*, *Hermann* und *Fürtig* Erwähnung. Sie befassen sich mit der Bedeutung des religiösen Amtes des *marja' at-taqlîd* (vgl. Kap. II.2), den von einer zunehmenden Legitimationskrise überschatteten Wirtschaftsreformen, sowie den Gefahren, die eine Liberalisierung für die Herrschaft der iranischen Staatsklasse birgt[4].

Zwar setzt die Literatur das Scheitern von Rafsanjânîs Reformen voraus, Arbeiten, die explizit nach Gründen für dieses Scheitern fragen, existieren bislang jedoch nicht. Die Reformbemühungen werden in aller Regel wenig differenziert betrachtet. Positive Aspekte der Reform werden zumeist vernachlässigt. Darüber hinaus wird dem Rentierstaats-Charakter des Öllandes Iran in diesem Zusammenhang nur wenig Beachtung geschenkt. Schon deshalb stellt sich die vorliegende Arbeit zur Aufgabe, die Reformen Rafsanjânîs auch vor diesem Hintergrund zu diskutieren.

---

[3] Das *Institute for Political and International Studies* (IPIS) wurde 1983 in Teheran als ein Forum von Forschern gegründet, "das in Zusammenarbeit mit Universitäten und Forschungsinstitutionen in der ganzen Welt als Katalysator für politischen Austausch und divergierende Meinungen dient und die Verbreitung politischer, wirtschaftlicher, strategischer, rechtlicher und kultureller Themen fördert" (aus dem Vorwort der Erstausgabe des *Iranian J. of Int. Aff.* 1989/1). Das IPIS gibt überdies noch das persischsprachige *Journal of Foreign Policy* heraus.

[4] Zu den Veröffentlichungen der genannten Wissenschaftler vgl. das Literaturverzeichnis.

Viele Quellen bergen jedoch auch eine nicht zu unterschätzende Problematik. So werden Angaben zu Staatshaushalt, Auslandsverschuldung oder Exportgewinnen zumeist in der Landeswährung Rial gemacht. Aufgrund einer hohen Inflation und zeitweise bis zu vier offiziellen und halboffiziellen Wechselkursen (vgl. Kap. IV.1) lassen sich diese Zahlen nur bedingt verwerten, um ökonomische Trends zu belegen. Hierin liegt eine Ursache für viele widersprüchliche Daten in der Literatur. Die Arbeit stützt sich daher vor allem auf Angaben in US-Dollar. Die Ungenauigkeit vieler Sekundärquellen auch im Hinblick auf Gesetzesbeschlüsse (vgl. Kap. IV) machte es erforderlich, bei der Analyse des Fünfjahresplanes und der Frage nach dem Scheitern der Reform eine Fülle von Primärquellen heranzuziehen. Neben der Verwendung von Berichten iranischer und westlicher Tageszeitungen wurde vor allem auf das wöchentlich in London erscheinende *Middle East Economic Digest* (MEED) zurückgegriffen. Systematisch wurden die Jahre 1988 bis 1998 auf Daten hin überprüft. Daraus entstand eine umfangreiche Literatursammlung, in der sich auch zunächst unwichtig erscheinende Einzeldaten und Ereignisse, in den richtigen Zusammenhang gestellt, oft als äußerst wertvoll erwiesen (vgl. Kap. IV und V).

Als Quellen haben in die vorliegende Arbeit auch iranische Radio- und Fernsehmeldungen Eingang gefunden. Sie sind überwiegend Produkt gezielter Recherchen im Archiv des *Washington Institute for Near East Policy*. Neben der Nennung der Quelle und des jeweiligen Datums wird in der Arbeit, soweit im Archiv registriert, auch die Uhrzeit der betreffenden Ausstrahlung in *Greenwich Mean Time* (GMT) angegeben.

Der zunehmenden Bedeutung des Internet Rechnung tragend, wurde auch diese Quelle zur Informationssammlung genutzt. Der Gefahren des Mediums durchaus bewußt, beschränkt sich die Verwendung solcher Meldungen jedoch auf Quellen, die nach bestem Wissen und Gewissen als zuverlässig identifiziert werden konnten. Zumeist handelt es sich dabei um staatliche iranische und US-amerikanische Stellen. Zudem wurde auf die *homepage* iranischer Tageszeitungen und die Internet-Meldungen der *Islamic Republic News Agency* (IRNA)[5] zurückgegriffen.

---

[5] Bei vielen Meldungen aus dem Internet (z.B. von Nachrichtenagenturen oder *homepages* von Zeitungen) wurde zumeist nicht auf dieses als Quelle verwiesen, sondern nur die entsprechende Tageszeitung oder Presseagentur zitiert.

3. Vorgehensweise der Arbeit

Da Iran aufgrund seiner Einkommensstruktur und seiner politischen Herrschaftsform zu den Rentierstaaten neo-patrimonialer Prägung gehört, soll untersucht werden, inwieweit das von *Mahdavy* anhand des Ölstaates Iran entwickelte ***Rentierstaats-Konzept***[6] sowie der auf *Weber* und *Eisenstadt* fußende ***Ansatz des Neo-Patrimonialismus***[7] zur Erklärung des Scheiterns der Reformen beitragen können.

Die Grundzüge dieser beiden Theorieansätze sollen daher zunächst vorgestellt werden (Kap. I). Dabei wird insbesondere auf eine Darstellung rentierstaatlicher Strategien des Krisenmanagements Wert gelegt. Anhand dieser soll später geklärt werden (Kap. V.2), ob es sich bei Rafsanjânîs Reformkonzept um eine permanente Abwendung vom Rentierstaat zugunsten einer von marktwirtschaftlichen Mechanismen geleiteten Ökonomie handelt oder lediglich um ein temporäres rentierstaatliches Krisenmanagement.

Kapitel II führt in das Fallbeispiel Iran ein. Nach einem Abriß der Entstehungsgeschichte des iranischen Rentierstaates, der Analyse seiner Rentenstrukturen und Renteneinkünfte, sollen kurz die Auswirkungen der Islamischen Revolution auf die Rentierstaatlichkeit aufgezeigt werden (Kap. II.1). Um die Möglichkeiten und Grenzen wirtschaftspolitischen Wandels in der Islamischen Republik verstehen zu können, ist darüber hinaus eine Darstellung zur herrschaftspolitischen Transformation nach dem Tode Âyatollâh Khomeinîs erforderlich (Kap. II.2), die in der Literatur bislang zu wenig beachtet wurde. Damit soll eine Voraussetzung für die Beurteilung der Erfolgschancen von Rafsanjânîs Reformen geschaffen werden.

Im Anschluß daran folgt eine Darstellung der iranischen Staatsklasse (Kap. II.3). Rivalisierende Segmente und ihre prominenten Vertreter werden identifiziert, politische Zielsetzungen kurz dargestellt. Nötig ist dies, um anhand der oftmals erheblich divergierenden politischen Strömungen innerhalb der Staatsklasse aufzuzeigen, inwieweit Konkurrenz zwischen den Segmenten diese trotz ihres Hangs zur Selbstprivilegierung zu entwicklungspolitischen Strategien veranlassen kann (Kap. V.3).

---

[6] Vgl. *Mahdavy, H.* (1970): The Patterns and Problems of Economic Development in Rentier States. In: *Cook, M.A.* (Hrsg.): Studies in Economic History of the Middle East, New York, Toronto. S. 428-467.

[7] Vgl. *Weber, M.* (5 1972): Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen. Vgl. *Eisenstadt, S.N.* (1973): Traditional Patrimonialism and Modern Neo-Patrimonialism. Beverly Hills, London.

Rafsanjânîs Reformen, deren Ziel die Überwindung einer schweren Wirtschaftskrise nach Ende des Krieges mit dem Irak war, sollen im Hauptteil der Arbeit beleuchtet werden. Zunächst wird gezeigt, wie es dem pragmatischen Segment der iranischen Staatsklasse unter Rafsanjânî gelingen konnte, seine Reformstrategie gegen den Widerstand anderer Staatsklassensegmente durchzusetzen (Kap. III). Daraufhin wird das Reformprogramm in seinen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Zielsetzungen vorgestellt (Kap. IV.1). Eine anschließende Bilanz zeigt das Scheitern von Rafsanjânîs ambitionierten Reformplänen auf und beleuchtet den Gang der Reform in einigen Facetten ausführlicher (Kap. IV.2 und IV.3).

Anhand der in Kapitel I vorgestellten Theorieansätze sollen sodann mögliche Erklärungsmodelle für ein Scheitern entwickelt und diskutiert werden (Kap. V).

Zunächst wird ein in der Literatur häufig bemühtes Erklärungsmodell hinterfragt (Kap. V.1): Es soll geklärt werden, inwieweit die wirtschaftliche Isolation des Iran aufgrund des US-Embargos das Reformprogramm obstruierte und welche Bedeutung der mangelnden westlichen Unterstützung des reform- und öffnungswilligen Rafsanjânî für das Scheitern zukommt.

Anhand des Rentierstaats-Konzepts, das nahelegt, daß die Erhöhung des Ressourcenspielraumes bei Staatsklassenregimen zu einer herrschaftspolitisch motivierten Abkehr von entwicklungspolitischen Orientierungen führt, soll sodann untersucht werden, inwieweit die immensen Windfallgewinne des Zweiten Golfkrieges (1990/91) das Reformprogramm beeinflußt und dessen Abbruch herbeigeführt haben (Kap. V.2).

Daraufhin wird im Rahmen des Neo-Patrimonialismus-Ansatzes diskutiert, inwieweit Elitenkonkurrenz und Rivalität diverser Staatsklassensegmente Verantwortung für das Scheitern der Reformpolitik tragen (Kap. V.3).

Abschließend wird ein Ergebnis formuliert (Kap. VI) und nach einer kurzen Darstellung der politischen Lage seit dem Regierungsantritt des neuen Staatspräsidenten Khatâmî ein Ausblick für die Herrschaft der geistlichen Staatsklasse gegeben (Kap. VII).

I. KAPITEL

Theoretische Grundlagen

1. Der Rentierstaat im Vorderen Orient

Die Ölfunde in Persien zu Beginn dieses Jahrhunderts machten den Iran zum Empfänger einer besonderen Art von externen Staatseinkünften, den sogenannten Renten. Der signifikante Anstieg dieser Nord-Süd-Transferzahlungen infolge einer Reorganisation des Weltenergiemarktes (1970-74)[8] wirkte sowohl auf das staatliche Verhalten wie auch auf das iranische Herrschaftssystem prägend. Aufgrund der sich daraus entwickelnden politischen Strukturen wie auch der bedeutenden Rolle dieser externen Renten ist der Iran heute zu den Rentierstaaten neo-patrimonialer Prägung zu rechnen.

Bei der Untersuchung dieses vor allem im Vorderen Orient vorherrschenden Systemtyps erscheint es am erfolgversprechendsten, das Konzept des Rentierstaates heranzuziehen. Es untersucht auf der Grundlage der externen Staatseinnahmen das primär außen- und herrschaftspolitischen Erwägungen unterliegende politische und wirtschaftliche Handeln des Staates in rentenabhängigen Peripher-Ökonomien[9]. Da Herrschaft in Rentierstaaten zumeist neo-patrimonial geprägt ist und die politische Elite zumeist einer starken Segmentierung unterworfen ist, bietet sich der Ansatz des Neo-Patrimonialismus zur Untersuchung von politischem System, des politischen Prozesses wie auch der Legitimationsgrundlage des iranischen Staatsklassenregimes als ideale Ergänzung zum Rentierstaats-Konzept an.

In seinen Ursprüngen geht das Konzept des Rentierstaates auf die klassische nationalökonomische und marxistische Rententheorie zurück[10]. Frühe Vertreter dieser

---

[8] Zur "Ölpreis-Revolution" vgl. *Tétreault, M.A.* (1985): Revolution in the World Petroleum Market. Quorum Books, Westport/Connecticut, London/England. Vgl. auch *Pawelka, P.* (1993): Der Vordere Orient und die Internationale Politik. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart. S. 102.

[9] Vgl. *Schmid, C. & P. Pawelka* (1990): Der Moderne Rentier-Staat im Vorderen Orient und seine Strategien der Krisenbewältigung. In: *Pawelka, P. & M. Aves* (Hrsg.): Arabische Golfstaaten in der Krise. R.G. Fischer Verlag, Frankfurt. S. 92.

[10] Die Ursprünge des Konzepts wurden von *Schmid* erschöpfend behandelt. Vgl. *Schmid, C.* (1991): Das Konzept des Rentier-Staates. Lit Verlag, Münster, Hamburg. S. 8 ff.

Theorieschulen finden "wenig freundliche Worte für Rentiers und Rente"[11]: Rentiers werden als unproduktiv und unsozial beschrieben, denn sie teilen Erträge, ohne zu ihrer Erwirtschaftung beigetragen zu haben[12].

Mahdavy prägt als erster den Begriff des "Rentierstaates". Bereits vor dem ersten Ölboom beschreibt er am Beispiel des Iran Struktur und Funktion dieser Systeme und identifiziert Merkmale, die dem Verhalten von Rentierstaaten eigen sind[13]. *Luciani* zeigt für den Vorderen Orient zum ersten Mal modellhaft den theoretischen Rahmen dieses Konzepts auf[14]. *Schmid* und *Pawelka* beschreiben rentierstaatliche Strategien der Krisenbewältigung und zeigen, daß Rentiers keine untätigen "Parasiten" sind, sondern daß dem Rentenerwerb große politisch-organisatorische Leistungen zugrundeliegen, die eine ständig wachsame und aktive Staatsklasse erfordern[15].

Obwohl das Rentierstaats-Konzept entwickelt wurde, um die Partikularitäten von Erdölökonomien im Nahen Osten zu beschreiben, bleibt es in seinem Erklärungswert nicht allein auf den Vorderen Orient beschränkt, sondern ist auch auf die wirtschaftspolitischen Realitäten einiger Staaten in Afrika südlich der Sahara und in Lateinamerika anwendbar[16].

2. Der Rentierstaat und seine Einkommen

Rentierstaaten sind nach *Pawelka*

> "… jene Staaten der Dritten Welt, die regelmäßig in sehr hohem Umfang externe Renten oder Renten-Äquivalente beziehen und deren Verhalten als Funktion der Struktur dieser

---

[11] *Beblawi, H.* (1987): The Rentier State in the Arab World. In: *Beblawi & Luciani* (Hrsg.): The Rentier State, Vol. II. Croom Helm, New York. S. 50.

[12] *Beblawi* 1987, S. 50.

[13] *Mahdavy* 1970, S. 429. Für eine umfassende Darstellung vgl. auch *Schmid* 1991, S. 53 ff.

[14] *Luciani, G.* (1987): Allocation vs. Production: A Theoretical Framework. In: *Beblawi & Luciani* (Hrsg.): The Rentier State, Vol. II. Croom Helm, New York. S. 63-82.

[15] Vgl. *Schmid & Pawelka* 1990. Vgl. auch *Beck* 1991, S. 48.

[16] Zum Rentierstaat in Afrika vgl. *Yates, D.A.* (1996): The Rentier State in Africa: Oil Rent Dependency and Neocolonialism in the Republic of Gabon. African World Press, Trenton/New Jersey. Für Lateinamerika vgl. *Gelb, A.* et al. (1988): Oil Windfalls, Blessing or Curse? World Bank Research Publ., Washington, D.C.; *Boeckh, A.* (1996): Venezuela. Die schmerzvolle Transformation eines Erdöllandes. In: *Boeckh & Pawelka* (Hrsg.): Staat, Markt und Rente in der internationalen Politik. Opladen.

besonderen Staatsrevenuen und des mit diesem Einkommen betriebenen Politikmanagements nach innen begriffen werden kann"[17].

Welche Höhe die externen Renten-Einnahmen[18] am Staatshaushalt ausmachen müssen, um einen Rentierstaat zu definieren, ist in der Literatur bislang umstritten. Während *Luciani* von einem 40prozentigen Rentenanteil an den Staatsrevenuen ausgeht[19], halten sich Autoren wie *Mahdavy* oder *Beblawi* eher bedeckt und sprechen von einem "beträchtlichen Umfang" des Rentenanteils am Budget. Zudem muß die Rente über einen "längeren Zeitraum" ins Land fließen[20].

Pawelka, der *Luciani*s 40 %-Definitionswert für Rentierstaaten folgt, unterscheidet im Vorderen Orient grob zwischen zwei Arten von Rentiers: Rentierstaaten ersten Grades (Ölrentiers) und Rentiers zweiten Grades (Semirentiers)[21].

Der reine Ölrentier

Reine Ölrentiers verfügen neben signifikanten Einnahmen aus dem Erdölexport (Differentialrenten[22]) über Zins- und Dividenden-Einkommen (Effektenrenten[23]) aus der Kapitalanlage von Renten. Nach *Beck* haben die Öleinnahmen bei reinen Ölrentiers "einen Anteil von 90% am Staatsbudget und tragen 60 bis 80% zum Bruttosozialprodukt bei"[24]. *Pawelka* differenziert innerhalb der Rentierstaaten ersten Grades zwischen zwei Ausprägungsformen[25]. Er nennt zum einen die bevölkerungsarmen "konservativen Ölrentiers", deren traditionelle Eliten fähig

---

17 *Pawelka* 1993, S. 103.

18 Die Literatur unterscheidet zwischen externen und internen Renten. Interne Renten entstehen z.B. durch innerstaatliche Privilegierung bestimmter Gruppen durch den Staat (Erteilung von Export- oder Importmonopolen). Vgl. *Richards & Waterbury* (1996): A Political Economy of the Middle East (Second Edition). Westview Press, Boulder/Colorado. S. 17. Nach *Beblawi* sind interne Renten nichts anderes als innerstaatliche Zahlungstransfers einer produktiven Ökonomie (vgl. *Beblawi* 1987, S. 51).

19 Vgl. *Luciani* 1987, S. 70.

20 Vgl. *Mahdavy* 1970, S. 428 und *Beblawi* 1987, S. 51. *Mahdavy* geht sogar so weit, von einer "willkürlichen" Festlegung zu sprechen (vgl. *Mahdavy* 1970, S. 431).

21 Vgl. *Pawelka* 1993, S. 106. Zum reinen Öl-Rentier vgl. *Schmid* 1991, S. 64 ff.

22 Differentialrenten ergeben sich aus der Differenz zwischen Produktionskosten und Weltmarktpreis (z.B. von Erdöl). Da Arbeitskraft im Nahen Osten in der Regel relativ billig ist und viele Ölfelder leicht und kostengünstig zu erschließen sind, sind die Differentialrenten-Einnahmen beträchtlich.

23 Effektenrenten sind zwar keine Renten im ökonomischen Sinn, haben aber für Rentierstaaten dieselben Auswirkungen. Ihnen steht, wie den eigentlichen Renten, keine Arbeitsleistung gegenüber, und sie werden aus der Anlage von Renten generiert. Daher können sie im politikwissenschaftlichen Sinn als Renten interpretiert werden.

24 Vgl. *Beck* 1993, S. 44.

25 Vgl. *Pawelka* 1993, S. 110.

waren, das politische System mit Hilfe von Renten-Einnahmen an sich verändernde sozioökonomische Bedingungen anzupassen (z.B Saudi-Arabien). Zum anderen identifiziert *Pawelka* die bevölkerungsreichen "transformatorischen Ölrentiers", deren traditionelle Eliten reformorientierten Staatsbürokratien oder revolutionären Staatsklassen wichen, welche erst nach diesen politischen Umwälzungen in den Genuß von Renten gekommen sind (z.B. Iran).

Der Semirentier

Im Gegensatz zum reinen Ölrentier stützen sich Semirentiers neben unsicheren politischen Renten (Kapitalrenten, strategische Renten[26]) auf Lagerenten für Kanal- und Pipeline-Benutzung wie auch auf unbedeutende Differentialrenten[27]. Eine bedeutende Rolle spielen für den Semirentier Gastarbeiterüberweisungen. Diese fließen jedoch am Staat vorbei in die Gesellschaft und kommen der Staatsklasse[28] somit nur indirekt durch Besteuerung zugute. Die Umgehung der Staatsklasse schränkt deren finanzielle Autonomie ein und beschneidet somit auch die Macht des Staatsapparates. Hieraus entstehende Konflikte muß der Semirentier jedoch hinnehmen, da er nicht wie die reinen Ölrentiers über ein relativ sicheres und homogenes Renten-Einkommen verfügt. Semirentiers stützen sich vielmehr auf eine Vielzahl "schwacher und unsicherer Renten"[29].

---

[26] Unter Kapitalrenten sind Entwicklungshilfezahlungen und Kredite zu verstehen, die nicht zurückbezahlt werden müssen (ebenfalls eine Art von Entwicklungshilfe). Bei günstigen Krediten ist der Differenzbetrag zwischen der Vergünstigung und dem Marktpreis von Krediten als "Kapitalrente" zu bezeichnen. Strategische Renten sind, wie dies auch Kapitalrenten sein können, "politische Renten", die an Verbündete bezahlt werden (so während des Kalten Krieges von den Großmächten oder als Frontstaaten-Entschädigungen von den Ölrentiers an die Israel benachbarten arabischen Staaten).

[27] Differentialrenten mögen in Semirentierstaaten relativ unbedeutend sein, wenn man sie mit jenen von Ölrentiers vergleicht. Für die Ökonomie von Semirentiers können sie jedoch von durchaus großer Bedeutung sein (Vgl. *Beblawi* 1987, S. 59ff; *Pawelka* 1993, S. 106 und *Luciani, G.* (1995): Resources, Revenues, and Authoritarianism in the Arab World: Beyond the Rentier State? In: *Brynen, R.* (Hrsg.): Political Liberalization and Democratization in the Arab World. Lynne Rienner, Boulder, London. S. 214).

[28] Basierend auf *Elsenhans* definiert *Schmid* Staatsklasse als "jene Personen des hierarchisch obersten Bürokratiesegments, die sich allein Kraft ihres Amtes Mehrprodukt kollektiv in Form von Rente aneignen und diese im Konflikt zwischen Selbstprivilegierung und Legitimationszwang ausschließlich nach politischen Mechanismen allozieren" (*Schmid* 1991, S. 23). Vgl. *Elsenhans, H.* (1981): Anhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt. Campus Verlag, Frankfurt, New York. S. 118 ff. u. 144 ff.

[29] Vgl. *Pawelka, P.* (1994): Die politische Ökonomie der Außenpolitik im Vorderen Orient. *Orient* 35/3, S. 385.

Renten und Renten-Äquivalente

Die Natur der externen Einkommen ist vielfältig, die Literatur gliedert sie in Renten und Renten-Äquivalente [30]. Definieren kann man diese als

> "…Einkommen, die von außen einfließen und denen keine entsprechende gesellschaftliche Investitions- oder Arbeitsleistung gegenübersteht, so daß sie der Führung zur freien (politischen) Disposition stehen" [31].

Beblawi weist darauf hin, daß nur wenige Mitglieder einer Rentier-Gesellschaft an der Erzeugung von Renten beteiligt sind, die Mehrheit dagegen beteiligt sich nur an deren Verteilung und Konsum [32].

Renten liegen ökonomische Prozesse zugrunde. Sie entspringen im Vorderen Orient für gewöhnlich einem Einkommenstransfer von Nord nach Süd und fließen aus der Produktion der Industrieländer an die Staatsklassen der Dritten Welt[33]. Zu ihnen zählen Einkommen aus Rohstoffexporten und der Ausnutzung von Produktionsvorteilen, Benutzungsgebühren für Pipelines und Transitgebühren für Schiffe (Lagerenten) wie auch Zinsen und Dividenden[34].

Renten-Äquivalente hingegen sind von Produktionskosten und wirtschaftlichen Aktivitäten in den Empfängerländern unabhängig[35]. Zu ihnen zählen politische oder strategische Renten in Form von Entwicklungshilfe oder Frontstaaten-Entschädigungen sowie zinsgünstige oder nicht zurückzahlbare Kredite[36]. Manche Autoren rechnen zu ihnen auch die Gastarbeiterüberweisungen[37], obwohl diese, ganz im

---

30 Zu Renten und Rentenäquivalenten vgl. *Schmid* 1991, S. 78 ff. und *Pawelka* 1993, S. 106.

31 *Pawelka* 1993, S. 103.

32 Vgl. *Beblawi* 1987, S.51.

33 Dies gilt nicht für die Frontstaaten-Entschädigungen. Vgl. *Elsenhans* 1981, S. 25 ff.; *Schmid & Pawelka* 1990, S. 92 u. 101.

34 Vgl. *Beblawi* 1987, S. 54; *Mahdavy* 1970, S. 428; *Pawelka* 1993, S. 106.

35 Vgl. *Richards & Waterbury* 1996, S.17; *Mahdavy* 1970, S. 429.

36 Rentierstaaten haben die Möglichkeit, sich politische Renten durch offensive Annäherungsversuche und politisches Wohlverhalten anzueignen (vgl. *Schmid & Pawekla* 1990, S. 95). Renten-Äquivalente sind auch die Zahlungen, mit denen politisches Wohlverhalten im ölreichsten Gebiet der Erde erkauft wird. So kauften sich die Großmächte Brückenköpfe, die konservativen Ölrentiers hingegen Frieden und Stabilität in den krisenanfälligen und ungleich ärmeren Nachbarländern, um so die eigene Stabilität zu wahren (vgl. *Mahdavy* 1970, S. 428; *Pawelka* 1993, S. 106; *Richards & Waterbury* 1996, S. 17).

37 Vgl. *Pawelka* 1993, S. 106. Volkswirtschaftlich gesehen sind Gastarbeiterüberweisungen zwar Renten aus Sicht des Empfängerlandes, jedoch nicht aus Sicht des Geberlandes. Zur politischen Problematik von Gastarbeiterüberweisungen für die Autonomie der Staatsklasse vgl. die Ausführungen zum Semirentier in diesem Kapitel.

Gegensatz zu den oben aufgeführten Renten-Äquivalenten, Resultat eines langen, systematischen und organisierten Produktionsvorganges sind.

3. Staatliche Rentenallokation und innergesellschaftliches Rent-Seeking

Neben dem beachtlichen Anteil "unverdienter" externer Einkommen am Staatshaushalt ist die innere Allokation von Rente eines der zentralen Merkmale von Rentierstaaten. Luciani bevorzugt deshalb anstelle der Bezeichnung "Rentierstaat" die des "Allokationsstaates"[38].

Die innergesellschaftliche Allokation von Rente (Patronage) erfolgt auf direktem und indirektem Wege:

Zur ***indirekten Patronage*** zählen Leistungen, die von einer Gesellschaft oftmals schon als selbstverständlich erachtet werden. Darunter fallen beispielsweise die Schaffung einer modernen Infrastruktur, die Landesverteidigung, ein kostenloses oder zumindest stark subventioniertes Bildungs- und Gesundheitswesen, Subventionen für Elektrizität, Wasser, Treibstoff und Grundnahrungsmittel, wie auch eine überbewertete Landeswährung, die den verbilligten Import von Konsum- und Kapitalgütern ermöglicht[39].

Direkte Patronage hingegen kommt vor allem der Klientel der Staatsklasse zugute. Dazu werden die Schaffung von Arbeitsplätzen in den aufgeblähten Staatsbürokratien gezählt oder, wie in Saudi-Arabien der Fall, auch die Verteilung von Grundbesitz[40]. Durch die Gewährung von Monopolen im Import, Export, bzw. Vertrieb bestimmter Waren verschafft die Staatsklasse ihrer Klientel zudem Privilegien: ausländische Firmen können in Rentierstaaten daher meist nur zusammen mit einheimischen Partnern, sogenannten "*contractors*", tätig werden[41].

---

[38] *Luciani* 1987, S. 69 ff. Für eine kritische Auseinandersetzung mit *Lucianis* "Allokationsstaats"-Begriff vgl. Kap. I.7.

[39] Vgl. *Mahdavy* 1970, S. 436; *Beblawi* 1987, S. 54; *Schmid & Pawelka* 1990, S. 102.

[40] Der Staat ist in Rentier-Ökonomien meist der größte Arbeitgeber (vgl. *Beblawi* 1987, S. 55). Zur Verteilung von Grundbesitz in Saudi-Arabien vgl. *Beblawi* 1987, S. 54.

[41] Vgl. *Beblawi* 1987, S. 55 f.; *Schmid & Pawelka* 1990, S. 102.

Da der Staat die Renten bevorzugt an seine Klientel ausschüttet[42], greift er in die Gesellschaftsstruktur ein und schafft eine privilegierte Schicht von Rentenempfängern[43]. Die soziale Stellung des Einzelnen ist daher vom Zugang zum Rentenkreislauf abhängig, oder, wie *Schmid* und *Pawelka* es formulieren, von "seine[r] Zugehörigkeit zur Gruppe der Renten-Nutznießer"[44]. Konkurrenz zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Individuen um die Teilhabe am Rentenstrom sind die Folge.

In der Gesellschaft erzeugt Renten-Allokation spezifische Verhaltensmuster. *Beblawi* nennt diese die "Rentier-Mentalität"[45]. Durch die Gewährung "unverdienter" Einkommen wird laut *Beblawi* mit dem "Kausalzusammenhang von Arbeit [und] Belohnung gebrochen"[46]. Einkommen wird nicht primär durch Leistung und Risikobereitschaft erworben, sondern durch die Erkämpfung eines Zugangs zu den Renten-Quellen *(rent-seeking*). Damit ist Einkommen nicht länger das Endprodukt eines systematischen und organisierten Prozesses, es entsteht vielmehr "zufällig oder situativ"[47]. Für die Produktivität und das Wachstum einer Ökonomie hat diese Mentalität gravierende Folgen. Unternehmer kehren den produktiven Sektoren den Rücken, da Gewinne hier langfristige Investitionsstrategien verlangen. Sie widmen sich statt dessen dem *rent-seeking* und investieren in Spekulationsgeschäfte (Immobilien), die innerhalb einer kurzen Zeitspanne hohe Renditen versprechen. Bauern verlassen infolge der staatlichen Vernachlässigung der Landwirtschaft[48] ihre Felder und ziehen in die Städte, da diese bevorzugter Ort der Rentenausschüttung sind. Dies hat nicht nur zur Folge, daß das Land zunehmend von Agrarimporten, die mit Devisen bezahlt werden müssen, abhängig wird; durch unproduktives *rent-seeking* gehen den Produktionssektoren auch wertvolle Arbeitskräfte verloren, die, wie in Kuwait und Saudi-Arabien, durch Gastarbeiter ersetzt werden müssen. Deren Einkommen aber fließen zu einem großen Teil als Überweisungen aus der Rentier-Ökonomie hinaus.

---

42 Vgl. *Schmid & Pawlka* 1990, S. 96.

43 Vgl. *Schmid 1991, S. 64.*

44 *Schmid & Pawlka* 1990, S. 101.

45 Für eine ausführliche Diskussion des auf *Beblawi* zurückgehendes Begriffs der Rentier-Mentalität (*Beblawi* 1987, S. 52) vgl. *Yates* 1996, S. 20 ff.; *Schmid* 1991, S. 62 f.

46 *Beblawi* 1987, S. 52.

47 *Beblawi* 1987, S. 52. *Beblaw*is Darstellung ist nur bedingt korrekt, da *rent-seeking* sich keineswegs "zufällig" ereignet, sondern ein systematischer Vorgang ist (vgl. Kap. I.4).

48 Zur Vernachlässigung der Landwirtschaft in Rentierstaaten vgl. *Mahdavy* 1970, S. 447; *Pawelka* 1993, S. 106, 121 f. u. 160; *Najambadi, A.* (1987): Depoliticisation of a Rentier State: The Case of Pahlavi Iran. In: *Beblawi & Luciani* (Hrsg.): The Rentier State, Vol. II. Croom Helm, New York. S. 214.

4. Staatliche Rentenaneignung

Da sich Staatsklassen von Rentiergesellschaften nicht durch demokratische Wahlen legitimieren, sind sie zur Wahrung des staatlichen Herrschaftsmonopols gezwungen, einen Teil der extern generierten Renten legitimationsstiftend im Inneren ihrer Ökonomie umzuverteilen. Renteneinwerbung (internationales *rent-seeking*) und das Bemühen um die Aufrechterhaltung des Rentenflusses müssen deshalb zentrale Anliegen der Staatsklasse sein[49]. Dieses Bemühen führt nach *Schmid* zwangsläufig zu einer "Politisierung der Außenwirtschaft und Ökonomisierung der Außenpolitik"[50]. Der Außen- und Außenwirtschaftspolitik kommt im Rentierstaat folglich strategische Bedeutung zu. Neben der ständigen Suche nach neuen Rentenquellen sind Rentierstaaten bemüht, den vorhandenen Rentenfluß erhöhen oder kontrollieren zu können. Dazu organisieren sie sich auf internationaler Ebene mit Staaten, die über ähnliche polit-ökonomische Konstellationen verfügen (OPEC, Kaffee/Kakao-Abkommen)[51]. Zudem ist für Rentierstaaten das Bestreben symptomatisch, die Großmächte in ihre wirtschaftspolitischen Interessen und Auseinandersetzungen einzubinden (Zweiter Golfkrieg, Friedensprozeß Nahost). Dadurch erzeugte ökonomische und politische Außenabhängigkeiten sind für die Staatsklassen von Rentierstaaten weniger ein Mißstand, den es zu beheben gilt, "als vielmehr eine notwendige Grundvoraussetzung, die das Überleben sichert"[52].

Ist der Staat in der Einwerbung internationaler Renten erfolgreich, so steht seiner "Dynamik nach außen… ein enormer Handlungspielraum nach innen gegenüber"[53]. Im Unterschied zum Staat in Produktivgesellschaften, der, da er finanziell (Besteuerung) und politisch (Wahlen) von der Basis abhängig ist, unter Beweis stellen muß, daß seine Politik dem Allgemeinwohl dient, kann der Staat in Rentiergesellschaften auch kontroverse und unpopuläre Entwicklungsstrategien einschlagen

---

[49] Nach *Schmid* ist *rent-seking* das "Ringen um Einwerben überhöhter Erträge und Bemühen um Preisverzerrungen" (*Schmid* 1991, S. 37). Vgl. auch *Pawelka* 1993, S. 158.

[50] *Schmid* 1991, S. 27.

[51] Vgl. *Pawelka* 1993, S. 108. Die Kaffee- und Kakao-Abkommen waren ein Versuch afrikanischer und lateinamerikanischer Staaten, sich in den siebziger Jahren in einer Organisation ähnlich der OPEC zusammenzuschließen, um in den Genuß von "Monopol-Renten" zu kommen. Vgl. dazu: *Horstmann, H.H.* (1974): Der Drang zum Rohstoffkartell. Die OPEC als Vorbild internationaler Produzenten-Organisationen? *Europa Archiv*, Folge 21, S. 738-744.

[52] *Schmid & Pawelka* 1990, S. 95.

[53] *Pawelka* 1993, S. 105.

(so z.B. die Weiße Revolution im Iran (vgl. Kap. II.1))[54].

Für den Verzicht auf Besteuerung und die Alimentierung der Gesellschaft durch Rentenallokation fordert die Staatsklasse jedoch die politische Enthaltsamkeit der Gesellschaft[55]. *Brumberg* bezeichnet dieses Prinzip als "*ruling bargain*"[56], das in dem von *Luciani* beschriebenen Fehlen politischer Parteien[57] wie auch in der von *Pawelka* konstatierten Abwesenheit des zentralen Prinzips westlicher Demokratien, "*no taxation without representation*"[58], Ausdruck findet.

5. Rentierstaatliches Krisenmanagement

In Zeiten eines ungehemmten Rentenflusses liegt das Machtmonopol unangefochten in den Händen der Staatsklasse. Finanzkrisen können jedoch auch rasch zu Existenzkrisen für den Rentierstaat werden. Verliert der Staat die Fähigkeit, den Rentenfluß konstant zu halten, oder versiegen die Renteneinnahmen, so verliert er seine finanzielle Autonomie. Seine Verteilungsmechanismen werden eingeschränkt, und seine Legitimation steht auf dem Spiel. Kann der mit den Massen geschlossene "Sozialvertrag"[59] nicht mehr eingelöst werden, so führt dies zu verteilungspolitischen Konflikten und löst einen Kampf der Bevölkerung um einen direkten Zugang zu den Rentenströmen aus. Dies kann zu einer entwicklungspolitischen Entmachtung der Staatsklasse führen[60], durch welche nicht nur der Handlungsspielraum des

---

54 Vgl. *Najmabadi* 1987, S. 213 ff.

55 Zu den Implikationen schwach ausgeprägter Besteuerungsmechanismen vgl. *Mahdavy* 1970, S. 466 f.; *Beblawi* 1987, S. 53; *Schmid* 1991, S. 67; *Shambayati, H.* (1994): The Rentier State, Interest Groups, and the Paradox of Autonomy. State and Business in Turkey and Iran. *Comparative Politics* 26/3, S. 307 u. 320.

56 *Brumberg, D.* (1992): Survival Strategies vs. Democratic Bargains: The Politics of Economic Reform in Contemporary Egypt. In: *Barkey* (Hrsg.): The Politics of Economic Refom in the Middle East. St. Martin´s Press, New York. S. 75 f.

Pawelka erläutert dies am Beispiel Ägyptens: "Mit der Bereitstellung von Lebensmitteln relativ hoher Qualität zu erschwinglichen Preisen… erfüllte der Staat eine Art 'Sozialversicherungsklausel' gegenüber der ägyptischen Bevölkerung, wofür er Legitimität und Partizipationsverzicht forderte" (*Pawelka* 1993, S. 132).

57 Vgl. *Luciani* 1987, S. 76; siehe auch *Beblawi* 1987, S. 53.

58 *Pawelka* 1993, S. 107.

59 Vgl. *Pawelka* 1993, S. 139.

60 Vgl. *Pawelka* 1993, S. 159 f. Zur entwicklungspolitischen Entmachtung des Staates in Jordanien aufgrund versiegender Renteneinnahmen vgl. *Anderer, G.* (1991): Die politische Ökonomie eines Allokationssystems. Jordanien und die internationale Arbeitsmigration seit 1973. *Europäische Hochschulschriften* 31/169, Frankfurt a.M., Bern.

Staates eingeengt wird, sondern auch die politische Stabilität und die sozioökonomische Entwicklung des Rentierstaates belastet werden können.

Extreme Preiszyklen auf dem Weltmarkt sowie die relative Unsicherheit politischer Renten konfrontieren insbesondere bevölkerungsreiche Rentierstaaten wie den Iran mit ständig wiederkehrenden wirtschafts- und sozialpolitischen Krisen. Dies fordert eine beständig wachsame Staatsklasse, die durch politisch-organisatorisches Geschick in der Lage ist, den Rentenfluß stabil zu erhalten oder die Einnahmen zu effektivieren. Durch ein solches Krisenmanagement versucht die Staatsklasse, die gesellschaftlichen Bedürfnisse und die Ansprüche ihrer Klientel zu stillen. Gelingt dies nicht, bzw. kann die Staatsklasse ihre Legitimationsstrategie nicht revidieren, sind der Untergang des Systems (Systemtransformation) oder die Zurückbildung auf eine bescheidene Strukturebene (Regression) mögliche Folgen[61].

Gerade in Zeiten von Einnahmekrisen sind die Weltbank und der Internationale Währungsfond bemüht, Rentierstaaten zu radikalen Strukturreformen zugunsten von Exportökonomien zu zwingen, "…die betroffenen Staaten [reagieren jedoch] auf der Basis politischer Problemlösungsstrategien, wie sie sich unter dem Einfluß internationaler Renten aus der bürokratischen Tradition herausgebildet hatten"[62].

Generell wird zwischen zwei Strategien unterscheiden, die Rentierstaaten zur Revenuenbeschaffung in Krisenzeiten zur Verfügung stehen: Strategien der Stabilisierung oder Steigerung ihrer ***externen*** Einkommen und Strategien der Ergänzung oder Ersetzung der Renten über ***interne*** Einkommen[63]:

Externe Mechanismen des Krisenmanagements

Diversifikation: Durch Ausweitung seiner Rentenbasis mindert der Staat auf defensive Weise die Abhängigkeit vom Rentenfluß. Zu diesem Zweck erhöht der Rentierstaat seine *rent-seeking*-Aktivitäten und erschließt neue Rentenarten[64].

---

[61] Vgl. *Schmid & Pawelka* 1990, S. 94.

[62] *Pawelka* 1993, S. 161 f.

[63] Vgl. *Schmid & Pawelka* 1990, S. 106. Die Darstellung der Krisensteuerungsmechanismen, soweit nicht anderweitig gekennzeichnet, basiert auf *Schmid & Pawelka* 1990, S. 107 ff.

[64] *Schmid & Pawelka* nennen mineralische, agrarische, politische und finanzielle Renten (vgl. *Schmid & Pawelka* 1990, S. 107). Agrarische Monopolrenten werden z.B. im staatlich kontrollierten Baumwollanbau Uzbekistans erzeugt.

Strategische Optimierung: Aus strategischen Gründen versucht der Rentierstaat, mit Hilfe wirtschaftlicher Innovation den Fluß der Rente offensiv zu erhöhen. Durch Eindringen in Verarbeitungsprozeß, Vermarktung und abgeleitete Industriebranchen ist der Staat bemüht, die optimale Aneignung von Rente zu gewährleisten.

Kontrolle: Durch internationale Regime, die der Ausschaltung von Marktgesetzen dienen, versucht der Staat politischen Einfluß auf den Rentenfluß zu gewinnen (Preis- und Produktionskontrolle der OPEC).

Interne Mechanismen des Krisenmanagements

Austerität: Vorrangig kürzt der Rentierstaat Ausgaben, die den geringsten negativen Einfluß auf seine Allokationsmechanismen besitzen (Militär, Prestigeprojekte)[65]. Erst dann werden die Ausgaben für Staatsbedienstete verringert (Lohnkürzungen, Reduzierung der Angestellten im öffentlichen Sektor) und im Falle einer rasch wachsenden Bevölkerung Subventionen und andere wohlfahrtspolitische Leistungen reduziert[66]. Darüber hinaus fördert der Staat durch Liberalisierung und Ausländer-Privilegien ein intensiveres Abschöpfen der Rentenflüsse. Hinzu kommen verbesserte Besteuerungsmechanismen und erste Schritte in Richtung einer direkten Besteuerung der Gesellschaft[67].

Importsubstitution: Der Staat erhöht durch effizientere Gestaltung des öffentlichen Sektors sowie durch Planvorgaben oder Privatisierung die Produktivität seiner Ökonomie. Zur Einsparung von Devisen werden Importe (Nahrungsmittel, Industriewaren, Konsumgüter) reduziert und anstelle dessen die einheimische Landwirtschaft und eine importsubstituierende Industrialisierung gefördert. Überdies eröffnet der Staat durch verminderten Interventionismus, Schutz einheimischer Produkte, gesetzliche Sicherheiten sowie durch finanzielle Anreize wie Kredite und Devisenspritzen dem privaten Unternehmertum größere Spielräume.

---

[65] *Luciani* gibt hier allerdings zu bedenken, daß militärische Stärke vor allem für Staaten, die über wenig, bzw. gar keine Erdöl-Einnahmen verfügen (wie die Semirentiers Ägypten und Syrien), ein Weg ist, um externe Einkommen einzuwerben (Frontstaaten-Entschädigung, politische/strategische Renten) (vgl. *Luciani* 1995, S. 215).

[66] Vgl. *Luciani* 1995, S. 216.

[67] Vgl. *Schmid & Pawelka* 1990, S. 108.

Strukturelle Homogenisierung: Durch Eingriffe in Produktionsapparat und Sozialstruktur muß der Staat mittels des Aufbaus einer Industriestruktur eine sich selbst tragende innere bzw. weltmarktorientierte Wachstumsdynamik entfachen. "Bisher nicht konkurrenzfähige Wirtschaftszweige müssen in ihrer Produktivität gestärkt werden [, was den]… Aufbau von Kapitalgüterindustrien, einen angepaßten Technologietransfer und die Vermaschung der isolierten Produktionssektoren [verlangt]"[68].

Schmid und *Pawelka* weisen darauf hin, daß rentierstaatliches Krisenmanagement "nie einer der strategischen Stufen oder einer der beiden Dimensionen allein zuzurechnen" [ist, sondern es sich dabei immer]… um Mischstrategien, auch zwischen Strategien beider Dimensionen [handelt]"[69].

Für die Staatsklassen von Rentierstaaten ist externe Revenuenbeschaffung die politisch einfachere Lösung, da sie zusätzlich zu Erfolgsaussicht und Zeitperspektive sowohl die strukturelle Heterogenität als auch den Rentier-Charakter des Staates verfestigt und so die Allokationsmechanismen der Staatsklasse unberührt läßt.

Verfügt der Rentierstaat jedoch über keine äußeren Reaktionsdimensionen, so bleibt ihm nur internes Krisenmanagement. Dies jedoch ist mit dem Abbau der für Rentierstaaten kennzeichnenden strukturellen Heterogenität verbunden. Kurzfristig führt dies zu einem Rückgang des staatlichen Interventionismus und einer zumindest teilweisen Liberalisierung der Wirtschaft[70]. Über einen längeren Zeitraum betrieben, kann dies jedoch die Abwendung von der Rentierstaatlichkeit und einen "Rückzug des Staates von seiner hegemonialen Rolle"[71] bedeuten.

Manche Autoren bezeichnen es geradezu als "Ironie der Moderne"[72], daß Liberalisierung im Nahen Osten nicht durch *pressure groups* oder ideologischen Wandel hervorgerufen wird, sondern zumeist in Folge von Einnahmekrisen und durch auf Machterhalt bedachte Staatsklassen ausgelöst wird.

---

68 *Schmid & Pawelka* 1990, S. 109.

69 *Schmid & Pawelka* 1990, S. 109.

70 Vgl. *Brumberg* 1992, S. 75 ff.

71 *Harik, I.* (1992): Privatization: The Issue, the Prospects, and the Fears. In: *Harik & Sullivan* (Hrsg.): Privatization and Liberalization in the Middle East. Indiana Univ. Press. S. 1.

72 *Harik* 1992, S. 5 u. 16.

6. Neo-Patrimonialismus und der Rentierstaat[73]

Wenn sich Rentierstaatlichkeit und neo-patrimoniale Herrschaft auch nicht bedingen, so weisen die politischen Systeme vieler Rentierstaaten des Vorderen Orients doch neo-patrimoniale Züge auf. Erklärbar wird dies dadurch, daß der starke bürokratische Staatsapparat und die zentralistische Organisation der Herrschaft, welche neo-patrimoniale Systeme auszeichnen, die staatliche Einwerbung und Aneignung von Renten wie auch deren innergesellschaftliche Allokation begünstigen[74].

Nach *Pawelka* ist Neo-Patrimonialismus "eine personale Herrschaftsform im Kontext moderner bürokratischer Strukturen, deren Legitimationsgrundlage traditionale Bindungen und materielle Leistungen bilden"[75]. Charakteristisch für neo-patrimoniale Systeme sind zudem ein ausgeprägter staatlicher Interventionismus, Machtkonzentration und eine segmentär gespaltene Staatsklasse[76].

Im Mittelpunkt des neo-patrimonialen Systems steht ein patrimonialer Herrscher (bzw. eine Herrscherclique), der den Staatsapparat und das politische System durch ein Netz personaler Beziehungen lenkt. Den hochbürokratischen Apparat steuert er mittels engster Vertrauter (Top-Elite), die an der Spitze der administrativen Institutionen des Staates stehen. Diese Mandatsträger bestimmen formell und informell den politischen Prozeß, verfügen jedoch wie die ihnen zugeordneten staatlichen Institutionen über wenig Eigengewicht im System.

Beständig um Machtzuwachs und Patronagemöglichkeiten bemüht, konkurrieren die Mandatsträger auf einer horizontalen Ebene miteinander und bilden in ihren Zuständigkeitsbereichen eigene Klientelsysteme, die durch gesellschaftliche Konfliktlinien (soziales Milieu, ökonomische, ethnische, religiöse und regionale Unterschiede) segmentiert sind. Zur Einschränkung autonomer Entscheidungsprozesse innerhalb der Staatsklasse überschneiden sich die Zuständigkeitsbereiche der Mandatsträger, was den neo-patrimonialen Herrscher in wichtigen Entschei-

---

[73] Zu den theoretischen Ursprüngen des Konzepts des Neo-Patrimonialismus vgl. *Weber* 5/1972 und *Eisenstadt 1973.* Das hier dargestellte Konzept des Neo-Patrimonialismus basiert auf einem Modell neo-patrimonialer Herrschaft, das *Pawelka* für Ägypten entworfen hat: vgl. *Pawelka, P.* (1985): Herrschaft und Entwicklung im Nahen Osten: Ägypten. C.F. Müller Juristischer Verlag, Heidelberg. S. 24 ff. u. 35 ff.

[74] Vgl. *Pawelka* 1993, S. 107; *Beck* 1993, S. 170 f.

[75] *Pawelka* 1993, S. 74.

[76] Vgl. *Pawelka* 1985, S. 24 ff.; *Pawekla* 1993, S. 74 u. 107.

dungsfindungen als Ratgeber und Schlichter unentbehrlich werden läßt. Um Machtkonzentrationen zu verhindern, ist der neo-patrimoniale Herrscher gezwungen, einen "Großteil der Innenpolitik… dem Eingreifen in die intraelitären Auseinandersetzungen zu widmen"[77].

7. Kritische Betrachtung des Rentierstaats-Konzepts und des Neo-Patrimonialismus-Ansatzes

In der wissenschaftlichen Diskussion haben verschiedene Aspekte des Rentierstaats-Konzepts Kritik auf sich gezogen. Im folgenden werden diese kurz diskutiert.

Ideologieverdacht

Des öfteren wurde am Rentierstaats-Konzept der Vorwurf des Ideologieverdachts laut. Demnach sei das Konzept kein Theorieansatz im wissenschaftlichen Sinne, sondern gleich dem Marxismus eine Ideologie. Das Rentierstaats-Konzept werte die Staatsklasse ab, so die Kritik. Es bezeichne sie als "parasitär" und werfe ihr vor, von "unverdientem Einkommen" zu leben. Dem läßt sich entgegenhalten, daß Rente zwar im kapitalistischen Sinn als unverdient gelten kann, dem Rentenerwerb jedoch "große politisch-organisatorische Leistungen"[78] zugrunde liegen, die eine beständig aktive, und keineswegs "faule" Staatsklasse erfordern.

Vorwurf der Staatszentrierung

Die von *Davis*[79] erhobene Kritik bezüglich der Staatszentrierung des Rentierstaats-Konzepts hält *Beck* für berechtigt, verweist jedoch auf Arbeiten, die sich des *rent-seeking*-Ansatzes bedienen, um "die von Rentierstaaten geprägten Systeme auch aus einer gesellschaftlichen Perspektive zu beleuchten"[80].

---

[77] *Pawelka* 1985, S. 37.

[78] *Beck* 1993, S. 48.

[79] Vgl. *Davis E.* (1991): Theorizing Statecraft and Social Change in Arab Oil-Producing Countries. In: *Davis & Gavrielides* (Hrsg.): Statecraft in the Middle East. Oil, Historical Memory, and Popular Culture, Miami. S. 24.

[80] *Beck* 1993, S. 49. *Beck* nennt die Arbeiten von *Ashoff, G.* (1988): Rent-Seeking. Zur Relevanz eines relativ neuen Konzepts in der ökonomischen Theorie der Politik und der entwicklungstheoretischen Diskussion. *Vierteljahresberichte* 29/112, S. 103-125, und *Weede, E.* (1985): Warum bleiben arme Leute arm? *Politische Vierteljahresschrift* 26/3, S. 270-286.

Kritik am starken Staat

In der Vergangenheit wurde vermehrt kritisiert, daß Rentierstaaten durchaus keine starken Staaten sind, wie sie das Rentierstaats-Konzept zeichnet. Sowohl von innen als auch von außen seien sie Einflüssen unterworfen, die ihre Autonomie in Frage stellen. *Anderson*s Vergleich[81] mit westlichen Staatsbürokratien, gegen deren politisch-organisatorische Kapazitäten nah-östliche Staatsbürokratien sowohl nach außen als auch nach innen schwach erscheinen, hält *Beck* jedoch für wenig sinnvoll. Viel eher sollte ein Vergleich der Kapazitäten der gesellschaftlichen Gruppen innerhalb des Rentierstaates ausschlaggebend sein, denn "hier besitzen die Staatsbürokratien… normalerweise klar überlegene Potentiale"[82].

Solange der Rentenfluß aufrechterhalten werden kann und die Staatsklasse das Monopol der Rentenaneignung zu wahren vermag, erscheint dieser Einwand gerechtfertigt: Durch die legitimatorische Allokation von Rente verfügt die Staatsklasse über eine beträchtliche Autonomie von ihrer gesellschaftlichen Basis. Sobald die Renten jedoch versiegen bzw. gesellschaftliche Akteure Zugang zum Rentenstrom erhalten, scheint *Anderson*s Kritik zu greifen. Gelingt es der Staatsklasse nicht, andere Rentenquellen zu erschließen oder ihre Legitimationsstrategie zu revidieren, ist ihre Autonomie gefährdet (vgl. Kap. I.5).

Auch nach außen hin sind Rentierstaaten in den Augen der Kritiker keineswegs autonom. *Schmid* und *Pawelka* betonen zwar die Eigenverantwortlichkeit der Rentierstaaten bezüglich der Verwendung von Rente und der damit verfolgten Entwicklungsstrategien[83]. Die Abhängigkeit vom Weltmarkt sowie die Einflüsse des Auslandes und multinationaler bzw. transnationaler Konzerne schränken die Autonomie von Rentierstaaten jedoch unbestreitbar ein[84]. *Davis* verweist in diesem Zusammenhang zurecht auf ein Defizit vieler Analysen von Rentierstaaten[85]. Diese schenken zumeist nur innenpolitischen Belangen Beachtung, obwohl Rentiergesellschaften auf externen, d.h. nicht im Land selbst erwirtschafteten, Einkommen basieren.

---

[81] Vgl. *Anderson, L.* (1987): The State in the Middle East and North Africa. *Comparative Politics* 20/1, S. 2.

[82] *Beck* 1993, S. 50.

[83] Vgl. *Schmid & Pawelka* 1990, S. 92.

[84] Vgl. *Davis* 1991, S. 4 ff. u. *Altorki, S. & D.P. Cole* (1989): Arabian Oasis City. The Transformation of `Unayzah. Austin. S. 239.

[85] Vgl. *Davis* 1991, S. 24.

Der ahistorische Charakter des Rentierstaats-Konzepts

Auf *Davis*[86] geht auch der Vorwurf der Ahistorizität des Rentierstaats-Konzepts zurück. Dieser Vorwurf scheint weitgehend berechtigt zu sein. Einzelne Arbeiten, die sich des Rentierstaats-Konzepts bedienen und historische Analysen in ihren Darstellungen enthalten (*Najmabadi* 1987, *Pawelka* 1993), deuten jedoch darauf hin, daß es sich hierbei um kein inhärentes Defizit des Rentierstaats-Konzepts handelt[87].

Die verengte Perspektive des Rentierstaats-Begriffes

Luciani kritisiert am Rentierstaats-Begriff dessen verengte Perspektive, die sich nur auf bestimmte externe Staatsrevenuen (Differenzialrenten aus Rohstoffexporten) und deren Implikationen konzentriert[88]. Er lehnt den Begriff des Rentierstaates daher ab und schlägt anstelle dessen die Bezeichnung "*allocation state*"[89] vor (vgl. Kap. I.3). Diese erfaßt nach *Luciani* die Gesamtheit des Staatsbudgets: Rohstoff-Renten, Renten-Äquivalente und Nicht-Renten-Einnahmen (Gewinne aus dem Staatssektor, Steuern). *Schmid* hält *Luciani*s Kritik für berechtigt, da es "angesichts der Komplexität der im Vorderen Orient auftretenden externen Staatseinnahmen …[problematisch ist], … einen Typus von Staatsrevenue zu dem bestimmenden Merkmale des Staates und seines Verhaltens verabsolutiert zu haben"[90].

Neo-Patrimonialismus in der Kritik

Am Ansatz des Neo-Patrimonialismus wurde insbesondere dessen statischer Charakter kritisiert. Das Modell erklärt zwar die Stabilität von Herrschaft, sozio-ökonomische wie auch politische Transformationen finden jedoch wenig Beachtung. Auch ist anhand dieses Konzepts nicht erklärbar, welche äußeren Faktoren die Funktionsweise neo-patrimonialer Herrschaft bedingen und wodurch Systemtransformationen begünstigt werden. *Pawelka* weist darauf hin, daß dem Ansatz zufolge die Überlebenschancen patrimonialer Regime allein von der

---

86 Vgl. *Davis* 1991, S. 9.
87 Vgl. *Beck* 1993, S. 51.
88 Vgl. *Schmid* 1991, S. 60.
89 Vgl. *Luciani* 1987, S. 69.
90 *Schmid* 1991, S. 61.

Fähigkeit "des Herrschers oder der Zentralgewalten [abhängig sind], mit anstehenden Problemen fertig zu werden"[91]. Ebensowenig berücksichtigt der Ansatz Abhängigkeiten neo-patrimonialer Systeme von internationalen sowie transnationalen Mechanismen.

Daß die vorliegende Arbeit sich dennoch die vorgestellten Theoriemodelle zu eigen macht, läßt sich dadurch rechtfertigen, daß beide trotz der aufgezeigten Schwächen über eine ganze Reihe von Vorzügen verfügen, die sie bei der Erklärung der Partikularitäten von rentenabhängigen Peripher-Ökonomien unentbehrlich machen und anderen Denkansätzen gegenüber auszeichnen.

So gelingt es dem Rentierstaats-Konzept, die Binnenzentrierung der *Modernisierungstheorie* zu überwinden und diese "um die internationale politisch-ökonomische Verflechtung von Periphergesellschaften… [zu erweitern. Überdies werden] Entwicklungsblockaden… auf ökonomisch-politische Mechanismen (strukturelle Heterogenität) zurückgeführt"[92]. Die *Dependenztheorie* mag zwar in der Deutung von Unterentwicklung in Entwicklungsgesellschaften der Dritten Welt wertvolle Beiträge geleistet haben[93], sie scheitert jedoch bei der Erklärung wirtschaftlicher Unterentwicklung[94] in den reichen, ebenfalls der Peripherie angehörenden Rentierstaaten. Mit Hilfe multinationaler Ölkonzerne findet aus diesen Staaten zwar ein Ressourcentransfer in die Industriestaaten statt, unberücksichtigt von der Dependenztheorie fließen seit den siebziger Jahren jedoch gleichzeitig signifikante Summen in die erdölproduzierenden Länder zurück. Ebenso vermag die Dependenztheorie die Eigenverantwortlichkeit peripherer Regime hinsichtlich der Verwendung dieser externen Einkommen und damit verfolgter Entwicklungsstrategien nicht zu erklären[95]. Auch der *Ansatz des Neo-Marxismus*, der auf die klassische marxistische Auffassung zurückgeht, daß Kapitalismus selbst Entwicklung ist, stößt im Vorderen Orient an seine Grenzen. Problematisch an diesem Konzept ist, daß es ein kapitalistisches System zugrunde legt, dessen

---

91 *Pawelka* 1985, S. 28.

92 *Schmid & Pawelka* 1990, S. 92.

93 Die Dependenztheorie geht von einem in zwei Sphären geteilten kapitalistischen Weltsystem aus: Dem entwickelten Zentrum steht eine, zu diesem in Abhängigkeit stehende, unterentwickelte Peripherie gegenüber. Diese Peripherie wird durch Ausbeutung vom Zentrum "aktiv" in einem Zustand der Unterentwicklung gehalten. Zur Dependenztheorie vgl. *Dos Santos, T.* (1970): The Structure of Dependence. *American Econ. Review* 60/2, S. 231-236; *Frank, A.G.* (1979): Dependent Accumulation and Underdevelopment. *Monthly Review Press*, New York; *Amin, S.* (1976): Unequal Development: an Essay on the Social Formation of Peripheral Capitalism. *Monthly Review Press*, New York.

94 Den Ölsektor ausgenommen, sind die produktiven Sektoren von Ölstaaten in der Regel verkümmert (strukturelle Heterogenität).

95 Vgl. *Schmid & Pawelka* 1990, S. 92.

Abwesenheit die meisten Länder des Vorderen Orients mit ihren restriktiven Wirtschaftssystemen jedoch gerade auszeichnet: In den Rentiergesellschaften mit ihren sich selbst privilegierenden Eliten und unproduktiven Staatsbetrieben existiert weder freier Wettbewerb noch ein freier Markt.

Ganz im Gegensatz zu diesen Theoriemodellen lassen sich mit dem Ansatz des Neo-Patrimonialismus und dem Rentierstaats-Konzept - zumal wenn miteinander kombiniert - wichtige politische und ökonomische Prozesse verdeutlichen, die mit den aufgezeigten Theorieschulen nicht zu fassen sind. So lassen sich nicht nur die Legitimationsgrundlagen nah-östlicher Regime und deren materielle Basis begreifen, sondern neben interner Charakteristika (Rentier-Mentalität, Herrschaftssicherung, Klientelismus) auch die Einbindung der Rentier-Ökonomien in Weltwirtschaft und internationale Politik erklären. Ebenso gelingt es, die wirtschaftliche Stagnation in diesen Staaten, ungeachtet ihrer hohen Einkünfte, durch die zersetzende Wirkung der unverdienten externen Einkommen zu begreifen.

II. KAPITEL

Erdölrente und politische Herrschaft im Iran

Die wissenschaftliche Literatur zählt den Iran heute zu den transformatorischen Ölrentiers[96]. Das Land hatte seine Randständigkeit durch die imperialistisch-ökonomische Durchdringung (England, Rußland) bereits Ende des letzten Jahrhunderts verloren[97]. Tiefe sozio-ökonomische Deformationen (Großgrundbesitz, Absentismus[98]) wie auch der Bevölkerungsreichtum des Landes verhinderten jedoch eine Anpassung des politischen Systems an die sich wandelnde Umwelt[99]. So wurde die traditionell-erstarrte Elite der Qajaren 1925 in einer unvollendeten Revolution von oben durch die reformorientierte Staatsbürokratie der Pahlavî abgelöst.

1. Von der traditionellen Gesellschaft zum modernen Rentierstaat

Die Pahlavî-Ära (1925-1978)

Beeindruckt von den Reformen Atatürks strebte Rezâ Schâh Pahlavî nach türkischem Vorbild durch Säkularisierung und Industrialisierung die Schaffung einer modernen Gesellschaft an. Waren die Renten in der Zwischenkriegszeit und während des Zweiten Weltkrieges auch noch relativ unbedeutend (vgl. Tab. 1), so

---

96 Vgl. *Pawelka* 1993, S. 110; siehe auch Kap. I.2 dieser Arbeit.

97 Mit Hilfe der Privilegien und Monopole, die der Schâh zur Förderung der iranischen Wirtschaft und seiner eigenen Einkünfte an England und Rußland erteilt hatte, versuchten diese, den Einfluß der traditionelle Handelseliten zu brechen, denn es galt, das bevölkerungsreiche Land als Absatzmarkt für Luxusgüter und Textilien zu erschließen. Im Jahr 1879 wurden Rußland die Fischereirechte im gesamten Kaspischen Meer erteilt, 1889 wurde den Briten gestattet, die *Imperial Bank of Persia* zu gründen. Seinen Höhepunkt erreichte der Ausverkauf persischer Wirtschaftsinteressen 1890 mit dem Tabakmonopol, das den Briten auf 50 Jahre hinaus überantwortet werden sollte (für eine ausführlichere Darstellung vgl. *Halm H.* (1994): Der Schiitische Islam. Von der Religion zur Revolution. Beck´sche Reihe, München. S. 139 f.).

98 Der Großgrundbesitz hatte sich im Iran erst Ende des 19. Jahrhunderts herausgebildet.

99 Vgl. *Pawelka* 1993, S. 110.

verhalfen sie dem Staat doch dazu, ein gewisses Maß an Autonomie von seiner gesellschaftlichen Basis zu erlangen[100]. Immerhin betrug der Anteil der Öleinkommen im iranischen Haushaltsjahr 1924/25 bereits 7% des Staatsbudgets[101].

Durch staatliche Intervention in die iranischen Wirtschaftsstrukturen wurde mit Unterstützung des Großgrundbesitzes zunächst das ökonomische Monopol der traditionellen Handelseliten, des Bâzârs, gebrochen. Bildungs- und Rechtsreformen ließen die '*ulamâ*', die schiitischen Rechtsgelehrten, immer entbehrlicher werden. Statt dessen förderte Rezâ Schâh durch ein säkulares Bildungssystem und einen ausgeprägten Staatsinterventionismus die modernen akademischen Mittelschichten und die Staatsbediensteten. Wie in der Türkei gelang es so, die islamische Kultur weitgehend aus den städtischen Zentren zu verdrängen.

Durch Handelsmonopole, indirekte Steuern und zunehmend auch durch Öleinnahmen leitete der Schah ab Ende der 20er Jahre einen ersten Industrialisierungsschub ein. Da es infolge von Absentismus, Landkonzentration und einer fehlenden kapitalistischen Einstellung jedoch weder gelang, die Landwirtschaft zu dynamisieren, noch die Anglo-Iranian Oil Company (AIOC), die über die Ausbeutung und den Export des iranischen Erdöls wachte, zu höheren Abgaben zu zwingen, kam diese Entwicklung bald zum Erliegen[102].

Im Jahr 1941 begann die politische Autonomie des Landes zu erodieren. Aufgrund seiner Annäherung an die Achsenmächte wurde Rezâ Schâh von den Alliierten zugunsten seines Sohnes Muhammad Rezâ Pahlavî zur Abdankung gezwungen. Der bürokratische Zentralisierungsprozeß geriet ins Stocken und führte zu einem Wiedererstarken der traditionellen Eliten[103].

Unter Muhammad Mosaddeq, der als Premierminister (1951-53) neben einer Landreform auch die Nationalisierung der iranischen Ölindustrie anstrebte, setzte sich die Schwächung des interventionistischen Staates fort. Mosaddeqs populistische Bestrebungen führten schnell zum Zerwürfnis mit dem Schâh, der im Verlauf der Kontroverse um den Kurs des Landes durch seinen Premier entmachtet wurde.

---

[100] Die erste Konzession zur Förderung persischen Erdöls ging im Jahr 1901 an den Engländer D´Arcy. Vgl. *Longrigg, S. H.* (1961): Oil in the Middle East. Its Discovery and Development. Oxford Univ. Press, S. 17 ff. Vgl. auch *Shambayati* 1994, S. 317 ff.

[101] *Arjomand, S.A.* (1988): The Turban for the Crown. The Islamic Revolution in Iran. Oxford University Press. S. 214. Das iranische Haushaltsjahr richtet sich nach dem Sonnenjahr, das jeweils am 21. März des julianischen Kalenderjahres beginnt und am 20. März des Folgejahres endet.

[102] Vgl. *Pawelka* 1993, S. 87.

[103] Vgl. *Pawelka* 1993, S. 87 f.

Das Ringen um die Nationalisierung der AIOC führte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Großbritannien, wodurch der Iran infolge eines weltweiten Abnahme-Boykotts der Ölkonzerne in den Jahren 1951-53 nahezu seine gesamten Einnahmen aus dem Ölsektor verlor (vgl. Tab. 1). Um eine Finanzkrise abzuwenden und um sich dem Diktat der multinationalen Ölgesellschaften zu entziehen, setzte Mosaddeq auf eine Wiederbelebung der Industrie und der traditionellen Manufakturbetriebe. Für die iranische Ökonomie hatte dies laut *Mahdavy* eine heilende Wirkung: Das Wiedererstarken des Produktionsstaates vermochte die zunehmend zutage tretenden Dysfunktionen einer "Rentierökonomie" noch einmal in den Hintergrund zu drängen[104].

Tabelle 1: Iranische Erdölproduktion in Barrel/Tag (1918-1958)[105].

	1918	*1923*	*1928*	*1933*	*1938*	*1943*	*1948*	*1953*	*1958*
Öl-Produktion (Mio. b/Tag)	0,02	0,05	0,09	0,12	0,18	0,17	0,44	0,01	0,7

Mit der durch die USA 1953 erzwungenen Wiedereinsetzung des Schah und den abermals ins Land strömenden Öleinnahmen vollzog sich nun endgültig der Wandel zum Rentierstaat. Durch Vermittlung der USA wurden die Beziehungen zu Großbritannien 1954 wieder stabilisiert. Iran erhielt einen Anteil von 40% der von British Petroleum (BP) abgeschöpften Erdölgewinne[106].

Wieder wurde vor allem auf den Erdölexport gesetzt, die von Mosaddeq begonnene Diversifikation verlief im Sande. Machten 1948 die Gewinne aus dem Erdölsektor noch 11% der Staatseinnahmen aus, so überschritten sie im Jahr 1960 mit 41% den von *Luciani* aufgestellten quantitativen Definitionswert für Rentierstaaten (40%)[107]. Der steigende Anteil externer Einkommen ließ den Iran, der im Gegensatz zu vielen

---

[104] Vgl. *Mahdavy* 1970, S. 442.

[105] Die Werte basieren auf *Longriggs* Angaben in *long tons/year* (*Longrigg* 1961, S. 368 f.). Für Vergleiche mit der heutigen Öl-Produktion wurden die Werte vom Autor umgerechnet. Der Umrechnung liegt der im *Collins Dictionary* (1991) als Standard formulierte Multiplikationsfaktor zugrunde: Angaben in *long tons* x 6,391 x 365 (1 *long ton* = 1016,05 kg, 1 *US-barrel petroleum* = 158,97 kg). Für Angaben zur Fördermenge in den Jahren 1950-1957 vgl. auch *Saikal, A.* (1980): The Rise and Fall of the Shah. Princeton Univ. Press, Princeton N.J., S. 98.

[106] *Saikal* 1980, S. 98.

[107] *Mahdavy* 1970, S. 430. Zu *Lucianis* Rentierstaats-Definition vgl. *Luciani* 1987, S. 70 und Kap. I.2 der vorliegenden Arbeit.

anderen Staaten des Vorderen Orients nie Kolonie war, trotz staatlicher Souveränität schnell in die wirtschaftliche Abhängigkeit der Industrienationen geraten.

Zur Verfestigung der rentierstaatlichen Strukturen trugen die nun ins Land fließenden Kredite der Erdöl-Empfängerländer wie auch die seitens der USA ab 1953 in den Iran fließenden strategischen Renten bei. Iran war neben Israel nun zum wichtigsten Verbündeten der USA im Vorderen Orient geworden[108].

Erst jetzt, gestützt auf die reichlich ins Land fließenden externen Einkommen (Gewinnbeteiligung, Ausweitung der Förderung, strategische Renten, Kredite), konnte Muhammad Rezâ Schâh die politische Autonomie des Staates nach innen sowie nach außen wieder herstellen und den von seinem Vater begonnenen bürokratischen Zentralisierungsprozeß vollenden[109]. Durch die Nationalisierung der Ölindustrie war der Iran, wenn auch nur vorübergehend, auch der wirtschaftlichen Autonomie ein Stück näher gerückt. Seinen Abschluß fand dieser Prozeß jedoch erst in der Enteignung der multinationalen Ölgesellschaften in den siebziger Jahren und dem iranischen OPEC-Beitritt (souveräne Preispolitik). Strukturelle Abhängigkeiten, gewachsen durch Nord-Süd-Transferzahlungen für Erdöl, die Verkümmerung von Produktivsektoren und ein auf die Allokation externer Einnahmen fußendes politisches System konnten jedoch bis heute nicht überwunden werden.

Der Zufluß externer Renten veränderte die iranische Ökonomie grundlegend. Der Anteil des Öls am BSP stieg innerhalb nur weniger Jahre rapide an: 1962/63 waren es noch 12%, im Jahr 1972/73 bereits 51%[110]. Die Ölkrise des Jahres 1973 verdreifachte die Einkommen aus dem Ölsektor. Im iranischen Haushaltsjahr 1974/75 machten diese 84,4% des gesamten Staatshaushaltes aus (89% der Deviseneinnahmen stammten 1976 aus dem Ölsektor)[111].

Da der Staat mit steigenden Renteneinnahmen nicht mehr auf Gewinne anderer Wirtschaftsbereiche angewiesen war, ist seit Mitte der 50er Jahre eine Stagnation von Industrie- und traditionellem Manufaktursektor sowie eine augenfällige Vernachlässigung der Landwirtschaft zu verzeichnen (vgl. Tab. 2)[112]. 1962/3 betrug

---

[108] In den Jahren 1953-1957 erhielt Iran von den USA Finanzhilfe in Höhe von 366,8 Mio. $ sowie hohe Kredite im Hinblick auf künftige Öllieferungen von anderen Erdöl-Empfängerländern (*Saikal* 1980, S. 51). Vgl. auch *Shambayati* 1994, S. 317 ff.

[109] Vgl. *Pawelka* 1993, S. 87.

[110] Vgl. *Katouzian, H.* (1981b): The Political Economy of Modern Iran. New York Univ. Press, S. 259.

[111] Vgl. *Shambayati* 1994, S. 318; *Katouzian* 1981b, S. 259.

[112] Folge der zunehmenden strukturellen Heterogenität der iranischen Wirtschaft war eine enorme Krisenanfälligkeit der Ökonomie und des Systems (vgl. *Beck* 1994, S. 40).

der Anteil der Landwirtschaft am BSP noch fast 30%, 1977/8 waren es kaum mehr 10%. Den Preis bezahlt der Iran noch heute durch seine enorme Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten mit bis zu 4 Mrd. $/Jahr. Diese Gelder fehlen für Investitionen in produktive Sektoren, was den Iran in Zeiten niedriger Ölpreise und rückläufiger Fördermengen in tiefe finanzielle und versorgungspolitische Krisen stürzt[113].

Tabelle 2: Sektorale Verteilung des iranischen BSP (in %)[114].

	1962/63	*1967/68*	*1972/73*	*1977/78*
Landwirtschaft	27,4	21,6	10,3	9,2
Nicht-Öl Industrie	17,8	20,7	12,6	18,5
Dienstleistungen	40,1	36,4	23,9	34,6
Erdölproduktion	12,3	18,1	50,6	34,7

Der Anstieg der Öleinnahmen erlaubte dem Staat als direktem Empfänger der externen Renten, diese nach Belieben legitimationsstiftend zu allozieren. Zwischen 1956 und 1976 stieg so die Zahl der Staatsbediensteten um über 600%. Der Staat beschäftigte im Jahr 1977 neben 410.000 Soldaten auch 630.000 Staatsbedienstete oder 8% der arbeitstätigen Bevölkerung. In jedem fünften iranischen Haushalt bezog ein Mitglied sein Gehalt direkt vom Staat[115]. Dies ermöglichte es dem Schâh, zum ersten Mal in der Geschichte des Iran jedes noch so abgelegene Dorf erreichen und kontrollieren zu können.

Zur Stärkung der staatlichen Autonomie trug neben den Sozialleistungen (medizinische Versorgung, Krankenversicherung, günstige Kredite für Studierende, Altersversorgung, günstiger Wohnraum[116]) auch der Verzicht auf eine intensive Besteuerung bei. Seit den 50er Jahren ist ein Abwärtstrend im Anteil der Steuereinnahmen

---

[113] Zu Beginn der sechziger Jahre war der Iran noch Selbstversorger. Am Vorabend der Islamischen Revolution mußten schon 80% der Nahrungsmittel importiert werden. Zu iranischen Nahrungsmittelimporten vgl. auch *MEED* 17. März 1989, S. 18; *MEED* 30. März 1990, S. 15. Zur Rolle der Landwirtschaft in der späten Schâh-Zeit vgl. *Majd, M.G.* (1992): On the Relationship between Land Reform and Rural-Urban Migration in Iran, 1966-1976. *Middle East J.* 46/3, S. 440-455. Zur Landwirtschaft in der Islamischen Republik vgl. *Haghayeghi, M.* (1990): Agrarian Reform Problems in Post-Revolutionary Iran. *Middle Eastern Stud.*, 26/1, 35-51.

[114] Quelle: *Katouzian* 1981b, S. 257.

[115] Vgl. *Arjomand* 1988, S. 216.

[116] *Shambayati* 1994, S. 319.

am Staatsbudget zu verzeichnen. “Steuern und andere nationale Einkommen”[117] machten im Jahr 1954 40% der gesamten Staatseinnahmen aus, 1964 waren es gerade noch 25%. Diese Tendenz hält auch nach der Islamischen Revolution weiter an. 1978 beliefen sich die Steuereinnahmen noch auf 12,1% des Staatsbudgets, 1994 waren es nur noch 4,3%[118].

Andererseits erlaubte es der Anstieg der Öleinnahmen dem Staat, nun auch kontroverse soziale und wirtschaftliche Entwicklungsstrategien zu verfolgen. Um einer Revolution von unten zuvorzukommen, begann der Schâh 1960 in seiner “Weißen Revolution” mit einer Agrarreform und einem erneuten Industrialisierungsschub[119]. Die politische Entmachtung und Enteignung der Feudalaristokratie und der Großgrundbesitzer sollte zur Evolution eines modernen Agrar- und Industriekapitals führen sowie die Herausbildung einer vom Großgrundbesitz unabhängigen Bauernschaft als eigenem politischen Verbündeten bewirken[120]. Der Schâh war daher zunächst bemüht, Anbaufläche und Produktivität zu erhöhen. Ab Mitte der siebziger Jahre wurde die Landwirtschaft jedoch zugunsten einer forcierten Industrialisierung immer mehr vernachlässigt.

Der Großteil der Bevölkerung blieb laut *Mahdavy* unberührt von diesen “sogenannten Entwicklungsprogrammen”[121], die einen bedeutenden Teil der Staatsinvestitionen ausmachten. Deutlich wird dies vor allem im Ölsektor, aus dem am Vorabend der Revolution ein Drittel der iranischen Wirtschaftsleistung (BSP) stammte, der jedoch nur 0,6% der iranischen Arbeitskräfte beschäftigte[122]. Dieses Mißverhältnis führte zu erheblichen Disparitäten, sowohl in der Einkommens-

---

[117] Vgl. *Mahdavy* 1970, S. 455. Diese Zahlenwerte sind mit den nachfolgenden Prozentangaben schwer vergleichbar, da nicht ersichtlich ist, auf welche weiteren Einnahmen sich *Mahdavy* mit “*…and other Domestic Revenues*” bezieht.

[118] Für 1978 vgl. *Shambayati* 1994, S. 318. Für 1994 vgl. *Kanovsky, E.* (1997): Iran´s Economic Morass. Mismanagement and Decline under the Islamic Republic. The Washington Institut for Near East Policy, Policy Paper 44: Anhang 7; für 1994 vgl. ebenfalls: *International Monetary Fund* (IMF) (1996): Islamic Republic of Iran - Statistical Appendix. Staff Country Report No. 96/108 (October), Washington, D.C. S. 20.

[119] Vgl. *Najmabadi* 1987, S. 215. Vgl. auch *Amuzegar, J. & M.A. Fekrat* (1971) Iran: Economic Development under Dualistic Conditions. Univ. of Chicago Press, Chicago; und *Amuzegar, J.* (1978): Growth without Pain: The new Iranian Development Strategy. Washington D.C., Middle East Institute.

[120] Vgl. *Wöhlert, T.* (1993): Iran: die pragmatische Republik Gottes? Transformation im Zeichen des Krieges. Frankfurt a.M., Verlag für Interkulturelle Kommunikation. S. 22 f.

[121] *Mahdavy* 1970, S. 465.

[122] Vgl. *Katouzian* 1981b, S. 259.

verteilung zwischen ländlichen und städtischen Bevölkerungsteilen als auch zwischen Privatsektor und Staatsbediensteten innerhalb der urbanen Zentren[123].

Ungleichheit in der Einkommensverteilung hatte sehr bald die Verelendung breiter Bevölkerungsschichten zur Folge. Aus diesem Potential der Unzufriedenen, der "Entrechteten" (*mostaz'afîn*), rekrutierten die oppositionellen Gruppierungen 1978 ihre Anhänger. Unterstützt durch die nach früheren Privilegien trachtende traditionelle Handelselite des Bâzârs, deren finanzielle und organisatorische Autonomie (Gilden) die Mobilisierung großer Bevölkerungssegmente möglich machte, nahmen die Unruhen sehr schnell revolutionären Charakter an. Begünstigt durch die Unterstützung des ebenfalls unzufriedenen schiitischen Klerus, dessen Netz von Moscheen und religiösen Stiftungen schon damals den gesamten Iran umspannte, konnten die bis dato auf wenige Städte begrenzten Auseinandersetzungen bis ins letzte Dorf getragen werden. Durch seinen landesweiten Einfluß gelang es dem Klerus, die meist nur in den Städten vertretenen säkular-revolutionären Strömungen innerhalb kürzester Zeit auszuschalten, in den Untergrund abzudrängen und der Revolution einen islamischen Charakter zu verleihen[124].

Die Islamische Republik (ab 1979)

An der Natur des iranischen Rentierstaates vermochte auch die Islamische Revolution nichts zu ändern. Das radikale Segment der revolutionären Staatsklasse (vgl. Kap. II.3) propagierte zwar einen stufenweisen Ausstieg aus der Erdölindustrie, um die iranische Wirtschaft aus der Umklammerung des Rentierstaates herauszuführen. Der Krieg mit dem Irak (1980-88) vereitelte jedoch den Wunsch nach einem Abbau der strukturellen Heterogenität, da die Einnahmen des Erdölsektors zur Kriegsführung unentbehrlich wurden[125]. Hinzu kam der Ausfall der strategischen Renten der Schâh-Zeit, da die islamischen Revolutionäre aus ihrer Ablehnung des in ihren

---

[123] Vgl. *Mahdavy* 1970, S. 465.

[124] Die Hintergründe und Vorgänge der Revolution genauer zu beschreiben, würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen. Für eine umfassende Darstellung vgl. *Milani, M.* (1994): The Making of Iran's Islamic Revolution: From Monarchy to Islamic Republic. Westview Press, Boulder/Colorado. Vgl. auch *Beck, M.* (1994): Die Iranische Revolution und das Pahlavi-Regime. *Asien, Africa, Lateinamerika* 22/1, S. 1-16.

[125] Vgl. *Beck* 1993, S. 208. Zur strukturellen Heterogenität in Ökonomien der Dritten Welt vgl. *Elsenhans* 1981, S. 29 ff. Für das Fallbeispiel Iran vgl. *Amuzegar, J.* (1982): Oil Wealth: A very mixed Blessing. *Foreign Aff.* 60/1, S. 814-834.

Augen moralisch korrumpierten und wirtschaftlich wie kulturell expansorischen Westens keinen Hehl machten (Geiselkrise)[126].

Das Embargo des Westens, das die industrielle Produktion des Iran lähmte (Mangel an Vorprodukten und Ersatzteilen), verstärkte während des achtjährigen Iran-Irak-Krieges die Abhängigkeit vom Öl weiter und wertete den Ölsektor gegenüber den Produktivsektoren noch stärker auf[127].

Tabelle 3: Iranische Erdölproduktion und Ölexporte (1977/78-1990/91)[128].

	1977/78	*1978/79*	*1979/80*	*1980/81*	*1981/82*	*1982/83*	*1983/84*
Produktion (Mio. b/Tag)	5,7	5,3	3,2	1,5	1,3	2,4	2,5
Export (Mrd. US $)	23,6	17,1	23,4	11,7	11,5	20,2	21,2

	1984/85	*1985/86*	*1986/87*	*1987/88*	*1988/89*	*1989/90*	*1990/91*
Produktion (Mio. b/Tag)	2,1	2,2	2,1	2,3	2,3	2,9	3,3
Export (Mrd. US $)	16,7	13,7	6,3	10,8	9,7	12,1	17,9

1986 brachte der Verfall der Ölpreise für den Iran hohe Einkommensverluste und stürzte den Staat in eine schwere Budgetkrise. Die Öleinnahmen waren von 21,2 Mrd. $ im Jahr 1983/84 auf 6,3 Mrd. $ im Jahr 1986/87 gefallen (vgl. Tab. 3) und zwangen das Regime zu umfangreichen Anleihen bei der Zentralbank, zumal ein Großteil der liquiden Auslandsreserven durch das Embargo des Westens außer Reichweite stand. Wieder einmal wurde dem Iran die Anfälligkeit seiner vom Öl dominierten "Mono-Ökonomie" vor Augen geführt[129].

Der sonst unnachgiebig für staatlichen Interventionismus eintretende Premierminister Mîr Husain Mûsavî[130] reagierte mit liberalen Reformen. Er regte erste Schritte zu einer Diversifikation der Wirtschaft an und räumte dem Privatkapital gewisse Freiheiten ein. Die weder kapitalistischen noch kommunistischen Mechanismen gehorchende islamische Wirtschaft (Slogan: "Weder Ost noch West") und

---

[126] Zu den Wurzeln dieses anti-westlichen Gefühls vgl. *Al-e Ahmad, J.* (1982): Plagued by the West (*Gharbzadegi*). Caravan Books, New York.

[127] Zwischen 1977/78 und 1981/82 sank die Produktion des Nicht-Öl-Industriesektors von jährlich 2330 Mrd. iranischen Rial auf 1875 Mrd. Rial (bei konstanten Preisen von 1982/83, vgl. *Amuzegar* 1997a, S. 363).

[128] Quelle: *Kanovsky* 1997: Anhang 1 u. 5.

[129] Die Einnahmenkrise in den letzten Jahren des Golfkrieges hat auf Seiten des Iran wesentlich zur Annahme des Waffenstillstandes mit dem Irak beigetragen.

[130] Vgl. *Schirazi, A.* (1997): The Constitution of Iran: Politics and the State in the Islamic Republic. London, I.B. Tauris, S. 71 f.

somit eines der Hauptziele der Revolution galt damit als gescheitert. Mûsavîs Krisenpolitik darf damit als ein erster wegbereitender Schritt für die von Rafsanjânî 1989 eingeleiteten Reformen gelten.

2. Die Transformation politischer Herrschaft in der Islamischen Republik

Zum Verständnis der iranischen Politik seit dem Machtantritt des Duos Khâmene'î-Rafsanjânî (1989) ist eine Untersuchung der Transformation politischer Herrschaft seit der Islamischen Revolution unabdingbar. Mit dem Tod Khomeinîs sind die Spaltungen innerhalb der iranischen Staatsklasse unüberbrückbar geworden. Eliten-konkurrenz und Machtkämpfe erschweren den politischen Prozeß und somit auch die von Rafsanjânî angestrebte wirtschaftliche und gesellschaftliche Liberalisierung. Einer Untersuchung des herrschaftspolitischen Wandels sowie einer differenzierten Betrachtung der Segmente der iranischen Staatsklasse (vgl. Kap. II.3) wird hier deshalb breiter Raum eingeräumt.

Will man die Machtstrukturen im Iran seit der Revolution beschreiben, so muß zunächst zwischen drei Phasen politischer Herrschaft differenziert werden: der Neo-patrimonialen Herrschaft Âyatollâh Khomeinîs (1979-1988/89), der Schwächung des Neo-Patrimoniats zugunsten einer kollektiven Führung (1988/89- ca. 1993) und dem langsamen Wiedererstarken des neo-patrimonialen Staates mit 'Alî Khâmene'î als Anwärter auf die patrimoniale Herrschaft (ca. 1993 - Khatâmî-Ära).

Das Neo-Patrimoniat Khomeinîs

Die Islamische Revolution hat an den Herrschaftsstrukturen im Iran wenig verändert. Die reformorientierte Staatsbürokratie der Pahlavî wurde durch eine revolutionär-islamische Staatsklasse abgelöst[131] und das Neo-Patrimoniat Muhammad Rezâ Pahlavîs mitsamt dessen Klientel (kaiserliche Familie/Hof, Großgrundbesitzer,

[131] Die iranische Staatsbürokratie wird als Staatsklasse verstanden. Die beiden Begriffe werden in der Arbeit deshalb synonym verwendet.

hochrangige Politiker, Beamte und Militärs)[132] lediglich durch eine neue neo-patrimoniale Elite, bestehend aus revolutionären Geistlichen und einigen islamischen Technokraten (z.B. Banî Sadr, Bâzargân), ersetzt.

Die politische Legitimation des Schâh-Nachfolgers Âyatollâh Rûhollâh Mûsavî Khomeinî erfolgte fortan nicht mehr allein durch Rentenallokation und materielle Leistungen (Subventionen, infrastrukturelle Entwicklung des Landes, Wohlfahrt), sondern auch durch einen gesamtislamischen Führungsanspruch als religiöser Erneuerer[133]. In Personalunion hatte Khomeinî sowohl das politische Amt des Revolutionsführers (*rahbar-e engelâb*) als auch das religiöse Amt des "Herrschenden Rechtsgelehrten" (*valî-ye faqîh*) inne (Doppellegitimation). Als "Instanz der Nachahmung" (*marja' at-taqlîd*)[134] war Khomeinî nicht nur einer der ranghöchsten Geistlichen der Schia, er war darüber hinaus als *sayyid* [135] auch ein direkter Nachfahr des Propheten Muhammad. Gerüchte, er könne der *mahdî*, der im 9. Jahrhundert entrückte 12. Imam der Schiiten sein, der gekommen sei, um das Reich Gottes einzuleiten, verstand er zu schüren, und er behauptete dies manchen Berichten zufolge sogar selbst[136].

Khomeinî steuerte die Islamische Republik mittels eines hochbürokratischen Apparates und kontrollierte das politische System und den Staatsapparat durch

---

[132] Zur Bourgeoisie der Pahlavî-Zeit vgl. *Moaddel, M*. (1991): Class Struggle in Post-Revolutionary Iran. *Int. J. Middle East Stud*. 23, S. 317f.

[133] Der Schâh legitimierte seine Herrschaft darüber hinaus noch mit dem Verweis auf 2500 Jahre iranisches Königtum. Zu den ideologischen Wurzeln des neuen Systems vgl. *Dabashi, H*. (1993): Theology of Discontent. The Ideological Foundations of the Islamic Revolution in Iran. New York Univ. Press, New York & London.

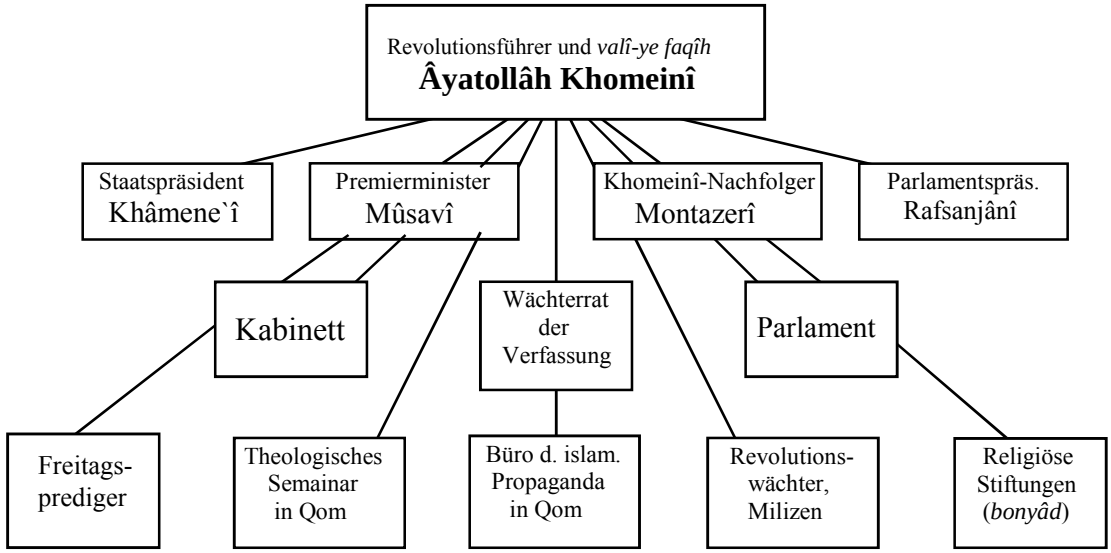
[134] Der *marja' at-taqlîd* ist ein Rechtsgelehrter *(faqîh*), der von der überwiegenden Zahl der Schiiten als religiöses Vorbild anerkannt wird. Seine Anhängerschaft richtet sich nach seinem Rat bzw. nach seiner Schriftauslegung und entrichtet an ihn in der Abwesenheit des entrückten Imâm die religiösen Steuern. Dieser Imâm, auch *mahdî* genannt, ist der Vertreter Gottes und stammt aus der Nachkommenschaft des Propheten Muhammad. Am jüngsten Tag wird er wiederkehren. Zur Rolle *des marja' at-taqlîd* vgl. *Moussavi, A. K*. (1991): The Place of the Marja'iyat in the Socio-Political Life of the Shi´ite Community. *Iranian J. of Internat. Aff*. 3/3, S. 505-520.

[135] Als *sayyid* werden jene Muslime bezeichnet, die ihren Stammbaum väterlicherseits auf Fâtima, die Tochter Muhammads und Frau des Propheten-Vetters 'Alî ibn Abî Tâlib, zurückführen können. Als Zeichen ihrer Würde tragen sie, sofern sie die theologische Laufbahn einschlagen, den schwarzen Turban. Zur Schia vgl. *Halm, H* (1988): Die Schia. Wissenschaftl. Buchgesellschaft, Darmstadt.

[136] Die kuwaitische Zeitung *as-Siyasa* berichtet am 16. Dez. 1987, daß Khomeinî in seinem Testament alle Schiiten dazu aufgerufen habe, ihn nach seinem Tode zum wiedergekehrten 12. Imâm zu erklären (zitiert nach *FBIS* 18. Dez. 1987).

engste Vertraute, die alle politisch relevanten Positionen innehatten[137]. Der Revolutionsführer war diesen Mandatsträgern (Staatspräsident, Premierminister, Parlamentspräsident und designierter Khomeinî-Nachfolger Âyatollâh Montazerî), die beständig um Einfluß bei ihm konkurrierten, durch eine asymmetrische Beziehung verbunden (vgl. Abb. 1) und fungierte als Schiedsrichter im Elitenwettbewerb. Elite und Staatsbürokratie unterlagen einer Segmentierung entlang wirtschaftspolitischer, sozialer und kulturell-islamischer Konfliktlinien. Um die autonome Machtkonzentration einzelner Elitensegmente zu verhindern, sah sich Khomeinî permanent zum Schüren des Eliten-Konkurrenzkampfes und zur Intervention in intraelitäre Auseinandersetzungen gezwungen. Sich überschneidende Zuständigkeitsbereiche der einzelnen Elitenvertreter ließen Khomeinî in wichtigen Entscheidungsfindungen als Ratgeber und Schlichter unentbehrlich werden.

Abbildung 1: **Das Neo-Patrimoniat Âyatollâh Khomeinîs (1979-1989)**[138].



[137] Hier wird einem Herrschaftsmodell gefolgt, das Pawelka für die Regierungszeit Gamal Abd al-Nassers in Ägypten entwirft: *Pawelka* 1985, S. 35-37. Vgl. auch *Pawelka* 1993, S. 96. Zu den Elitenbegriffen vgl. *Pawelka* 1985, S. 30 ff.

[138] Es besteht nicht nur eine vertikale Bindung zwischen dem patrimonialen Herrscher, den diversen Mandatsträgern und Institutionen (hier durch Striche dargestellt), sondern auch horizontale Bindungen zwischen den einzelnen Institutionen bzw. Amtsträgern. Aus Gründen der Übersicht wurde auf diese jedoch verzichtet. Die Ämterbesetzungen (Staatspräsident/Premierminister) sind die der späten Khomeinî-Zeit.

Das Wirtschaftssystem (Verstaatlichung der Großbetriebe, Beschränkung privaten Unternehmertums, Subventionen, Preisbestimmungen, Importbeschränkungen) und das soziale Leben (Geschlechtertrennung, Denunziantentum, soziale Mobilitätschancen) waren in der Khomeinî-Ära durch einen ausgeprägten Staatsinterventionismus gekennzeichnet.

Außerhalb von Patronagesystem und Elitenwettbewerb standen die unpolitischen Groß-Âyatollâhs (*Âyatollâh al-Uzmâ*) und die beiden ebenso wie Khomeinî als *marja*' *at-taqlîd* anerkannten Âyatollâhs Mar'aschî und Golpâyegânî. Manche Autoren zählen sie, sicher zu unrecht, zusammen mit dem designierten Khomeinî-Nachfolger Montazerî zur iranischen Top-Elite[139]. Als "Instanzen der Nachahmung" verfügten sie zwar über eine breite Klientel, deren religiöse Abgaben (*zakât, khums*) sie von der politischen Führung finanziell unabhängig machten und zu autonomen, von der Staatsklasse mit Mißtrauen betrachteten religiösen Machtzentren aufwerteten. Sie hegten jedoch keinerlei politische Ambitionen und hatten wenig Einfluß auf die Staatsklasse. Vielmehr standen sie dem politischen System mißtrauisch-quietistisch gegenüber[140].

Periode kollektiver Führung

Das Neo-Patrimoniat Khomeinîs ging schon vor dessen Tod seinem Ende entgegen. Bereits 1988 waren Anzeichen einer Schwächung der Position des schwerkranken Khomeinî zu verzeichnen. Parlamentspräsident Hâschemî Rafsanjânî, der am 2. Juni 1988 zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte ernannt wurde, zwang Khomeinî

---

[139] Vgl. die Pyramide der Macht, die *Kooroshy* für die Khomeinî-Zeit zeichnet. Er zählt den hohen unpolitischen Klerus (Groß-Âyatollâhs, *marja*' *at-taqlîd*) zur Top-Elite und stellt ihn in unmittelbare Nähe zum *valî-ye faqîh*. Vgl. *Kooroshy, J.* (1984): Islamische Wirtschaftsordnung im Iran? Eine kritische Zwischenbilanz. *APUZ* B 42/84, S. 17.

[140] Die Erringung der legitimen Macht durch den gottgewollten Nachfolger des Propheten ist dem Verborgenen Imâm vorbehalten. "[B]is zu dessen Rückkunft in der messianischen Gestalt des Mahdi blieb den Gläubigen nichts anderes als warten, beten und hoffen. Die traditionelle Schia ist unpolitisch; Teilhabe an der Macht ist ihr seit eh und je suspekt…" *Halm* 1994, S. 146. Der politische Aktivismus Khomeinîs war vielen seiner konservativen Kollegen daher zuwider (vgl. ebd. S. 147).

Nach Ansicht von *Hermann* zählen die hohen unpolitischen Geistlichen zu den Verlierern der Islamischen Revolution. Vgl. dazu: *Hermann, R.* (1994): Von der Wirtschafts- zur Legitimationskrise. Die Ära Khamenai/Rafsanjani in der Islamischen Republik Iran. *Orient* 35/4, S. 562 f.

am 20. August 1988 zur Annahme des Waffenstillstandes mit dem Irak und beendete so den achtjährigen Krieg[141].

Als am 28. März 1989 mit Âyatollâh Husain ‘Alî Montazerî der einzige politisch-aktive Vertreter der hohen Geistlichkeit wegen anhaltender Kritik an Khomeinî als dessen Nachfolger ausschied, brach im Iran, vom Westen weitgehend unbemerkt, eine systemgefährdende Krise aus. Keiner der Ersatzkandidaten der Top-Elite verfügte zugleich über die - von der iranischen Verfassung geforderten - politischen und religiösen Qualifikationen. Beigelegt werden konnte die Krise erst durch eine Verfassungsänderung[142]. Die am 24. April 1989 eingesetzte Verfassungskommission hob am 28. Juli 1989 die Personalunion von Revolutionsführer und “Herrschendem Rechtsgelehrten” auf (Khomeinî starb am 3. Juni 1989)[143]. Khâmene’î wurde als *rahbar* zum bloßen politischen Führer ernannt; gleichzeitig wurde Âyatollâh Muhammad ‘Alî Arâkî als eine Art geistliches Gegengewicht in den Rang eines *marja’ at-taqlîd* erhoben[144]. Nach Meinung mancher westlicher Beobachter wurde der Islamischen Revolution durch die Verfassungsänderung “ihre größte Errungenschaft geraubt: die Macht des nur Gott gegenüber verantwortlichen *valî-ye faqîh*”[145]. Tatsächlich wurde der Revolutionsführer - nun auch vor dem Gesetz dem Volk gleichgestellt - zum bloßen politischen Akteur. Es fehlte ihm fortan nicht nur die religiöse Legitimation, er wurde auch anfällig für die Kritik der zwar unpolitischen, doch ihm an religiöser Gelehrsamkeit überlegenen Groß-Âyatollâhs. Die Machtfülle des Khomeinî-Nachfolgers Âyatollâh Khâmene’î wurde dadurch zugunsten der Stellung des Parlaments (*majles-e schûrâ-ye eslâmî*) und des

---

[141] Für Âyatollâh Khomeinî war die Unterzeichnung des Waffenstillstandes, das “Gift, das man mich trinken läßt”. *IRNA* 22. Aug. 1988.

Vgl. zu Khomeinîs politischem Vermächtnis: *Khumayni, Ayat Allah R.* (1989): Imam´s Final Discourse. The Text of the Political and Religious Testament of the Leader of the Islamic Revolution and Founder of the Islamic Republic of Iran, Imam Khumayni. *Iranian J. of Internat. Aff.* 1/2-3, S. 309-362; *Khumayni, Ayat Allah R.* (1994): Imam Khumayni ´s will addressed to Sayyid Ahmad Khumayni. *Al-Tawhid*, 11 iii-iv, S. 64-86; und *Velayati, A.A.* (1989): The Audience of Imam´s Political & Religious Will. *Iranian J. of Internat. Aff.* 1/2-3, S. 297-308.

[142] Vgl. zur Verfassungsänderung von 1989: *Tellenbach, S.* (1990): Zur Änderung der Verfassung der Islamischen Republik Iran vom 28. Juli 1989. *Orient* 31/1, S. 45-66. Zur ersten Verfassung der Islamischen Republik vgl. *Tellenbach, S.* (1985): Untersuchungen zur Verfassung der Islamischen Republik Iran vom 15. Nov. 1979. Berlin, Klaus Schwarz Verlag.

[143] Zum *velâyat-e faqîh* vgl. *Milani, M.* (1992): The Transformation of the *velayat-e faqih* Institution: From Khomeini to Khâmene’î. *The Muslim World* 82/3-4, S. 175-190.

[144] Vgl. *Halm* 1994, S. 171.

[145] *Daniel Brumberg*, Georgetown University (Dept. of Government), Washington, D. C. in einem Vortrag zum Thema *“The Paradoxes of Political Change in Iran”*, 14. Mai 1997, International Forum for Democratic Studies, National Endowment for Democracy, Washington, D.C.

Staatspräsidenten (*ra'îs-e jomhûr*) erheblich reduziert[146]. Dies hatte zur Folge, daß das Neo-Patrimoniat einer kollektiven Führung wich, wodurch die politische Macht in den Staatsapparat verlagert wurde (vgl. Abb. 2)[147]. Verkörpert wurde die politische Führung dieser Periode, die in der Literatur gerne "Zweite Iranische Republik" genannt wird[148], durch das Gespann Khâmene'î-Rafsanjânî.

Das politische System wurde durch diesen Auffächerungsprozeß weit pluralistischer, man könnte fast von einer gewissen Demokratisierung der Islamischen Republik sprechen. Es gilt hier allerdings festzuhalten, daß der Zugang zu den Wahlämtern auch weiterhin von der Staatsklasse kontrolliert wurde[149]. Innerhalb dieser entwickelte sich jedoch ein neues System der *checks and balances* (Aufwertung des Wächterrates[150]) mit einem für die Region des Nahen Ostens ebenso lebhaften wie einflußreichen Parlament[151]. Der politische Prozeß wurde durch die aufgefächerte Herrschaftsstruktur indes nicht erleichtert. Staatspräsident

---

[146] Das Amt des Premierministers (*nakhost wazîr*) wurde durch die Reform eliminiert. Manche Wissenschaftler halten das iranische Parlament seither, sicher fälschlicherweise, dem Revolutionsführer an Macht überlegen, so z. B. *Brumberg* in seinem Vortrag *"The Paradox of Political Change in Iran"*. Die vorliegende Arbeit kann dies nicht bestätigen. Zur iranischen *majles* vgl. auch: *Rieck, A.* (1989): Das Parlament in der Islamischen Republik Iran. *Orient* 30/4, S. 537-556. Zum iranischen Präsidentenamt vgl. *Milani, M.* (1993): The Evolution of the Iranian Presidency: From Bani Sadr to Rafsanjani. *Brit. J. of Middle Eastern Stud*. 20/1, S. 83-97.

[147] Vgl. *Pawelka* 1993, S. 96.

[148] Vgl. z.B. *Ehteshami, A.* (1991): After Khomeini: the Structure of Power in the Iranian Second Republic. *Political Studies* 39/1, S.148-157; *Steinbach, U.* (1990): Die "Zweite Islamische Republik": Der Gottesstaat auf dem Weg zur Normalität. *Aussenpolitik* (Hamburg) 41/1, S. 73-90; und *Abdel-Moneim Moss`ad, N.* (1993): Nouvelle orientation de la deuxième république iranienne. Priorités, instruments, contraintes. In: *Camau* (Hrsg.): Crise du Golfe et ordre politique au Moyen-Orient. Institut de Recherches et d'Etudes sur le Monde Arabe et Musulman. Paris/CNRS, S. 97-114.

[149] Für eine eingehende Beurteilung vgl. *Katouzian, H.* (1995): Problems of Political Development in Iran: Democracy, Dictatorship or arbitrary Government? *British J. of Middle Eastern Stud.* 22/1-2, S. 5-20. Zur "Demokratisierung" im Vorderen Orient vgl. *Waterbury, J.* (1994): Democracy without Democrats?: The Potential for Political Liberalization in the Middle East. In: *Salamé* (Hrsg.): Democracy without Democrats? The Renewal of Politics in the Muslim World. I.B. Tauris, London, New York. S.23-47.

[150] Vgl. *Tellenbach* 1990, S. 46 ff.

[151] Die Pluralität des Parlaments ist, verglichen mit den Parlamenten westlicher Demokratien durch das Fehlen einer außer-islamischen Opposition deutlich ärmer. Mit seinen politischen Schlammschlachten steht es amerikanischen Präsidentschaftswahlkämpfen jedoch nicht nach (politische Konkurrenten werden als Homosexuelle diffamiert (so auf der ersten iranisch-österreichischen Dialogkonferenz zum Thema "Gerechtigkeit in den internationalen und interreligiösen Beziehungen in islamischer und christlicher Perspektive", Teheran 26.-28. Feb. 1996 (Aufzeichnungen des Verfassers)), als Ungeziefer bezeichnet, das mit DDT auszurotten ist (*Menashri, D.* (1992): The Domestic Power Struggle in the Fourth Iranian Majlis Election. *Orient* 33/3, S. 394), oder als "Agenten der Weltarroganz" (USA) diskreditiert (vgl. die Anschuldigungen gegen Montazerî, *FAZ* 9. Dez. 1997, *Frankfurter Rundschau* 27. Nov. 1997). Zur Rolle des Parlaments und zu Wahlen im Iran vgl. *Baktiari, B.* (1996): Parliamentary Politics in Revolutionary Iran. The Institutionalization of Factional Politics. Univ. Press of Florida; und *Baktiari, B.* (1993/1994): Parliamentary Elections in Iran. *Iranian Studies* 26/3-4, S. 375-388.

Rafsanjânî war fortan "auf komplizierte Absprachen und Koalitionsbildungen innerhalb der neuen Staatsklasse angewiesen"[152].

Unter Khomeinî war es keinem der Staatsklassensegmente gelungen, im Eliten-Konkurrenzkampf andere Segmente zu verdrängen. Die nun entstehende informelle Interessen-Allianz von Konservativen und Pragmatikern[153] führte in Abwesenheit eines höheren Schlichters in Gestalt eines patrimonialen Herrschers durch die Instrumentalisierung des Islamischen Wächterrates (*schûrâ-ye negâhbân*)[154] im Jahr 1992 zur Verdrängung des radikalen Segments aus dem Parlament (vgl. Kap. III.3).

Khâmene'î, einstiger Staatspräsident und ab 1989 Revolutionsführer, verzichtete auf die zunächst von ihm angestrebte unparteiische Rolle des Schlichters und stellte sich hinter die Reformpolitik Staatspräsident Rafsanjânîs. Nach Meinung mancher Autoren geschah dies aufgrund der jahrelangen persönlichen Freundschaft der beiden[155]. Dagegen wird die Arbeit zeigen, daß dies vielmehr aus dem Machtkalkül des damals noch profillosen Khâmene'î heraus geschah (vgl. Kap. V.3).

Der staatliche Interventionismus in Wirtschaft und Gesellschaft ging aufgrund von Rafsanjânîs Liberalisierungspolitik in dieser Phase der kollektiven Herrschaft zurück. Dies äußerte sich in der Privatisierung von Staatsbetrieben, liberalen Investitionbestimmungen für das Auslandskapital, im Abbau von Subventionen und der Liberalisierung der islamischen Gesellschaft[156] (vgl. Kap. IV.1)).

Der hohe quietistische Klerus stand auch in diese Phase geistlicher Herrschaft als autonomes religiöses Machtzentrum abseits der Staatsklasse und deren Klientel-strukturen (vgl. Abb. 2).

---

[152] *Pawelka* 1993, S. 96.

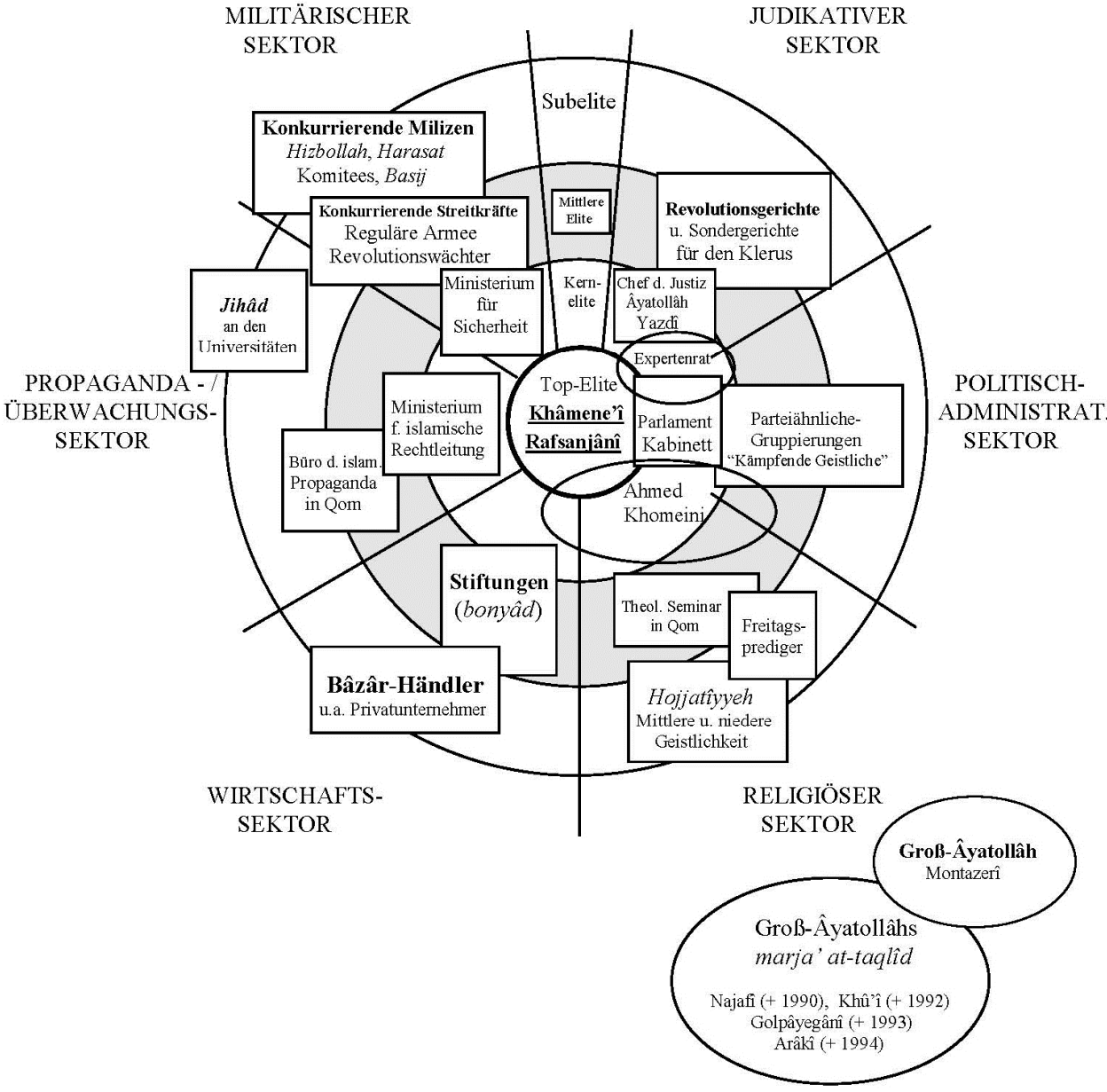
[153] Zu den verschiedenen Staatsklassensegmenten vgl. Kap. II.3.

[154] Der Wächterrat ist eine Art Verfassungsgericht, das u.a. über die Wählbarkeit von Kandidaten entscheidet und diese auf ihre Ergebenheit gegenüber den Prinzipien der islamischen Verfassung hin überprüft. Durch Ausschluß der prominenten Kandidaten der Radikalen gelang es dem von Konservativen und Pragmatikern dominierten Wächterrat in den Parlamentswahlen von 1992, die Mehrheitsverhältnisse zugunsten der Konservativen und Pragmatiker zu verschieben. Vgl. *Entessar, N.* (1994): Factional Politics in Post-Khomeini Iran: Domestic and Foreign Policy Implications. *J. of S. Asian and Mid. East. Stud.* 17/4, S. 30 ff.

[155] Vgl. *Menashri* 1992, S. 407.

[156] Unter der Liberalisierung der islamischen Gesellschaft ist ein Rückgang staatlicher Kontrolle über die Privatsphäre zu verstehen. Ab 1990 beispielsweise durften Revolutionshüter nicht mehr ohne gerichtliche Genehmigung Hausdurchsuchungen durchführen (Aufzeichnungen des Verfassers, Teheran Nov. 1995).

Abbildung 2: Herrschaftssystem, politische Eliten und Institutionen klerikaler Macht während der ersten Amtsperiode Präsident Hâschemî Rafsanjânîs (1989-1993) 157.



Der Aufstieg Khâmene'îs

Die Interessen-Allianz zweier Segmente der iranischen Staatsklasse (Pragmatiker/ Konservative) in der ersten Amtsperiode Rafsanjânîs (1989-1993) war ein Produkt beiderseitiger Machterwägungen: Dem im Volk populären Rafsanjânî fehlte für sein Reformvorhaben der politische Rückhalt in der Staatsklasse (Parlament bis 1992 von Radikalen dominiert), dem neuen *rahbar* Khâmene'î mangelte es nicht nur an Charisma, sondern auch an religiöser Qualifikation[158].

Mit der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung aufgrund von Subventionskürzungen, Steuererhöhungen und Importbeschränkungen[159] kam es schon ab Mitte 1991 immer wieder zu Brotunruhen. Khâmene'î wußte diese geschickt auszunutzen, um aus dem Schatten des charismatischen Rafsanjânî herauszutreten. In zahlreichen Freitagspredigten und offenen Briefen machte er dessen Reformprogramm für die Krise des Landes (Inflation, Verschuldung, Arbeitslosigkeit) verantwortlich (vgl. Kap. IV.2 und V.3)[160]. Trotz mißlungener Versuche, sich 1993 und abermals 1994 zur Konsolidierung seiner religiösen Macht von seinen

---

[157] Um die oft undurchsichtigen Herrschaftsverhältnisse im Iran nach dem Tode Khomeinîs zu verdeutlichen, wird hier auf ein Modell zurückgegriffen, anhand dessen *Pawelka* neo-patrimoniale Herrschaft und politische Elite in Ägypten unter Sadat graphisch darstellt (vgl. *Pawelka* 1985, S. 30). Da die Herrschaft im hier wiedergegebenen Zeitraum jedoch von einer kollektiven Staatsführung ausgeht, entfällt die Kategorie des patrimonialen Herrschers. Die "Top-Elite" rückt an dessen Stelle. Ein weiterer Unterschied zu *Pawelka*s Darstellung besteht darin, daß dieser Elite "personalisiert", es sich also um eine Zusammenstellung von Amtsträgern und sozialen Gruppen handelt. Im hier dargestellten Schaubild hingegen handelt es sich zumeist um Institutionen oder Gruppierungen. Da die Hierarchie innerhalb dieser nicht berücksichtigt werden kann, versucht das Schaubild mit der Anordnung der einzelnen Institutionen bzw. Gruppierungen deren Gesamteinfluß auf den politischen Prozeß gerecht zu werden. Während *Schirazi* von vier Säulen klerikaler Macht spricht (Sicherheitsdienste, Sondergerichte, Propaganda/Überwachungsorganisationen und wirtschaftliche Einrichtungen), geht das hier dargestellte Schaubild von sechs Sektoren aus (vgl. *Schirazi* 1997, S. 151 ff.). Der einstige Khomeinî-Nachfolger Âyatollâh Montazerî stellt wie die anderen Groß-Âyatollâhs bzw. *marja' at-taqlîd* ein eigenes Machtzentrum in Opposition zum Modell des Islamischen Gottesstaates dar. Beide können nicht zur Staatsklasse gerechnet werden.

[158] Zum Verdruß des hohen Klerus wurde Khâmene'î mit seiner Ernennung zum *rahbar* (4. Jun. 1989) über Nacht vom religiösen Rang eines *Hojjat al-Islâm* zum *Âyatollâh* erhoben, ohne über die dazu nötigen religiösen Qualifikationen verfügt zu haben (vgl. *NYT* 5. Jun. 1989 und *FBIS* 6. Mai.1989).

[159] Für eine umfassendere Darstellung vgl. Kap. IV.2 und IV.3.

[160] So in einem offenen Brief an Präsident Rafsanjânî, in dem er ein 12-Punkte-Programm zur Wirtschaft vorstellt. Der wirtschaftliche Einfluß des Auslandes soll zurückgedrängt und der Wahrung sozialer Gerechtigkeit mehr Augenmerk geschenkt werden (*MEED* 7. Jan. 1994, S. 11) (vgl. Kap V.3).

Anhängern zum *marja' at-taqlîd* ausrufen zu lassen[161], gelang es Khâmene'î durch die Unzufriedenheit des Volkes, seine Machtstellung auf Kosten Rafsanjânîs immer weiter auszubauen. Ein weiterer Faktor, der diesen Prozeß begünstigte, war der Tod Ahmad Khomeinîs, Sohn des verstorbenen Revolutionsführers, am 17. März 1995. Er hatte bislang als Mittler zwischen den beiden verbündeten Segmenten der Staatsklasse gewirkt und über das politische Erbe seines Vaters gewacht. Erst mit seinem Ausscheiden aus der Politik ging die Ära Khomeinî im Iran zu Ende[162]. In den nun ausbrechenden offenen Auseinandersetzungen um den wirtschaftlichen Kurs des Landes zerbrach die Allianz Rafsanjânî-Khâmene'î [163]. Gestützt auf das seit 1992 konservativ dominierte Parlament und den Wächterrat gelang es Khâmene'î, seine Macht soweit auszubauen, daß Rafsanjânî wenig Möglichkeiten für einen vom Revolutionsführer unabhängigen politischen Kurs blieben (Kap. V.3)[164].

In der Phase des wiedererstarkenden Neo-Patrimoniats sahen sich sowohl Wirtschaft als auch Gesellschaft wieder einem zunehmenden staatlichen Interventionismus ausgesetzt, was sich in der Rücknahme der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Liberalisierung sowie einer zunehmenden Verfolgung von Regimekritikern und religiösen Minderheiten offenbarte (vgl. Kap. V.3).

---

[161] 1993: Der Tod des *marja' at-taqlîd* Âyatollâh Muhammad Rezâ Golpâyegânî (gest. 9. Dez. 1993) eröffnete für Khâmene'î erstmals die Möglichkeit, an die Personalunion Khomeinîs anzuknüpfen. So ließ er ein Staatsbegräbnis für Golpâyegânî in Teheran vorbereiten und wollte durch seine Toten-Messe am Grabe des verstorbenen *marja' at-taqlîd* automatisch in dessen Position aufrücken. Die Familie Golpâyegânîs wußte dies jedoch zu verhindern, indem sie den Toten in aller Eile in der heiligen Stadt Qom beisetzte (vgl. *Hermann* 1994, S, 560).

1994: Nachdem die Änhänger von Revolutionsführer Khâmene'î diesen nach dem Tode von Muhammad 'Alî Arâkî, dem letzten *marja' at-taqlîd* (gest. 29. Nov. 1994), zu dessen Nachfolger erklärten (am 6. Dez. 1994 vgl. *New York Times* 7. Dez. 1994), mußte er infolge breiter Opposition aufgrund seiner mangelnden religiösen Qualifikation schon am 14. Dez. 1994 von diesen Ambitionen Abstand nehmen (zum Tode von Arâkî vgl. *TVIRI* 30. Nov. 1994, 15:30 GMT; *Keyhân-e Hava'î* 30. Nov. 1994, S. 8; *WSJ* 30. Nov. 1994. Vgl. zu Khâmene'îs Verzichts-Erklärung *NYT* 15. Dez. 1994. Vgl. allgemein *Middle East Int.* 7. Jan. 1995, S. 13, *The Middle East* Feb. 1995, S. 12 ff.).

[162] Zeitweise strebte Ahmad Khomeinî, von der neuen Top-Elite mit Mißfallen registriert, eine Rolle als überparteilicher Schlichter an. Das Angebot, einen Sitz im iranischen Parlament anzunehmen, lehnte er ab (*MEED* 7. Jul. 1989, S. 21), da er wohl nicht zu unrecht fürchtete, man wolle ihn auf diese Weise ruhigstellen (vgl. *Mozaffari, M.* (1993): Changes in the Iranian Political System after Khomeini´s Death. *Political Studies* XLI, S. 613). Als Repräsentant des 'Hauses des Imâm' (*bait al-imâm*) versuchte er bis zu seinem frühen Tod den Einfluß der Khomeinî-Familie zu wahren (mit 'Haus des Imâm' ist in Anlehnung an das früh-schiitische *ahl al-bait* das "Haus der Propheten-Familie", die Familie Âyatollâh Khomeinîs, gemeint).

[163] Vgl. *Hermann* 1994, S. 554 ff.

[164] *MEED* 7. Jan. 1994, S. 11 ("Khamenei defines development").

> "Im Iran … existieren zwei relativ starke Gruppen. Die eine befürwortet die Verstaatlichung der meisten Industriebetriebe, die andere unterstützt den Privatsektor … Âyatollâh Khomeinî fordert beide zu einer kritischen Zusammenarbeit auf und warnt sie davor, sich gegenseitig zu bekämpfen oder zu schwächen."
>
> Hâschemî Rafsanjânî, 1986[165]

3. Die iranischen Staatsklasse

Segmentierung von Elite und Staatsklassenkonkurrenz sind Charakteristika neopatrimonialer Systeme (vgl. Kap. I.6). Im Iran treten diese beiden Merkmale mit dem Tod des überparteilichen Schlichters Khomeinî augenfällig in Erscheinung. Gegensätze zwischen den verschiedenen Staatsklassensegmenten brechen nun offen hervor, und heftige Flügelkämpfe um den politischen Kurs der Islamischen Republik bleiben für Rafsanjânîs Reformprogramm nicht ohne Folgen. Eine detaillierte Betrachtung der verschiedenen Staatsklassensegmente und ihrer politischen Zielsetzungen wird daher nötig (vgl. Abb. 3 und 4).

Die Entstehung der Staatsklassensegmente

Die heute im Iran existierenden systemkonformen politischen Strömungen sind aus der im Februar 1979 gegründeten Islamisch-Republikanischen Partei (IRP) hervorgegangen. War die IRP nach außen hin auch die homogene Einheitspartei des islamischen Gottesstaates, so war sie im Inneren doch vielmehr ein Konglomerat aus einer Vielzahl religiös-politisch motivierter Gruppierungen und Einzelpersonen[166].

---

[165] *Iran Times* 20. Juni 1986.

[166] Diese reichten vom Khomeinî-treuen Klerus (der "Vereinigung der Kämpfenden Geistlichen Teherans" (*Jâme'e-ye Rûhânîyyat-e Mobârez-e Tehrân*) und der *Hojjatîyyeh*-Vereinigung, einem Zusammenschluß der Vertreter des niederen schiitischen Klerus) über die Bâzâr-Händler bis zu Anhängern des einstigen Führers der Arbeiterpartei, Dr. Mozafar Baqa'î (dieser unterstützte 1953 den Mosaddeq-Putsch gegen den Schâh). Für eine ausführlichere Aufstellung der in der Islamisch-Republikanischen Partei zusammengefaßten Gruppierungen und bedeutenden Einzelpersonen vgl. *Behrooz* 1991, S. 601.

Schon bald kristallisierten sich in der IRP zwei grundlegende Strömungen heraus. Auf der einen Seite standen die vom ersten Sekretär der IRP, ‘Alî Khâmene’î, geführten Traditionalisten mit ihrem Rückhalt bei der städtischen und ländlichen Bourgeoisie, den mittleren und großen Bâzâr-Händlern sowie den Großgrundbesitzern. Ihnen gegenüber standen die um Rafsanjânî gescharten Radikalreformer, die sich vor allem aus dem jungen, niederen Klerus sowie aus Revolutionären des armen städtischen Milieus rekrutierten. Zuspruch erhielten ihre radikalrevolutionären Forderungen vor allem aus der Arbeiterschaft, von den Armen der Städte und der armen Landbevölkerung[167].

In den Auseinandersetzungen um eine Landreform und um die Verstaatlichung des Außenhandels, die 1984 ihren Höhepunkt erreichten, wurde die Unvereinbarkeit der beiden Positionen offenbar. Als sich die IRP aufgrund heftiger Flügelkämpfe am 2. Juni 1987 selbst auflöste, traten die verschiedenen Strömungen erstmals offen zutage[168].

Ebenso wie die IRP war auch die in ihr organisierte “Vereinigung der Kämpfenden Geistlichen Teherans”, *Jâme‘e-ye Rûhânîyyat-e Mobârez-e Tehrân* (JRMT)[169], ein Schauplatz heftiger ideologischer Auseinandersetzungen. In ihrem Verlauf sagte sich ein Teil des radikalen Klerus von der JRMT los und gründete unter dem Beifall Khomeinîs im März 1988 eine alternative Vereinigung. Unter dem fast identischen Namen der “Kämpfenden Geistlichen Teherans”, *Rûhânîyyûn-e Mobârez-e Tehrân* (RMT), verstanden sie sich als “Koalition der Linie des Imâm” (*e’telâf-e khatt-e imâm*)[170].

Rafsanjânî, der bis ungefähr 1986 der Sprecher der Radikalen war[171], verblieb jedoch in der JRMT und avancierte zum Führer ihrer “pragmatischen” Fraktion. Nach Khomeinîs Tod erfuhr diese einen rasanten Aufstieg. Wie die Radikalen strebten auch die Pragmatiker nach Reformen, verzichteten jedoch anläßlich des dringend nötigen Wiederaufbaus des Landes auf die absolute Kontrolle der Wirt-

---

[167] Zur sozialen Herkunft der diversen Strömungen vgl. *Rajaee, F.* (1994): The Social Origins of Political Elites in Iran: A Historical Review. *Iranian J. of Internat. Aff.* 6/1-2, S. 1-27.

[168] Vgl. *Hermann* 1994, S. 542.

[169] Die Vereinigung der Kämpfenden Geistlichen Teherans (JRMT) wurde 1978 als geistliche Opposition zum Schâh gegründet.

[170] Die der ‘Linie des Imâm’ folgenden Geistlichen halten sich streng an die Direktiven Âyatollâh Khomeinîs. In Anspielung auf den entrückten 12. Imâm der Schiiten bezeichnen sie ihn als “Imâm” (vgl. *Hermann* 1994, S. 542 f.; *Menashri* 1992 S. 391 f.).

[171] Vgl. *Behdad, S.* (1995): The Post-Revolutionary Economic Crisis. In: *Rahnema, S. & S. Behdad* (Hrsg.): Iran after the Revolution. Crisis of an Islamic State., I.B. Tauris, London, New York. S. 117.

schaft durch den Staat und räumten statt dessen dem Privatsektor Spielräume ein, um diesen am Wiederaufbau zu beteiligen.

So waren die drei ideologischen Strömungen der Staatsklasse, die heute die politische Landschaft des Iran prägen, beim Tode Âyatollâh Khomeinîs bereits organisatorisch greifbar (vgl. Abb. 3)[172]. Wenn nun auch vermehrt Machtkämpfe zwischen den konkurrierenden Eliten-Segmenten zutage traten, so waren die entstandenen Interessengruppen[173] dennoch systemkonform und stellten die islamischen Grundlagen des Staates in keiner Weise in Frage. Die Staatsklasse als Ganzes blieb dem Erbe Âyatollâh Khomeinîs und seinem populistischen Programm verpflichtet, wenn auch differierende Interpretationen im Hinblick auf dessen Umsetzung nun nicht mehr ausgeschlossen waren[174].

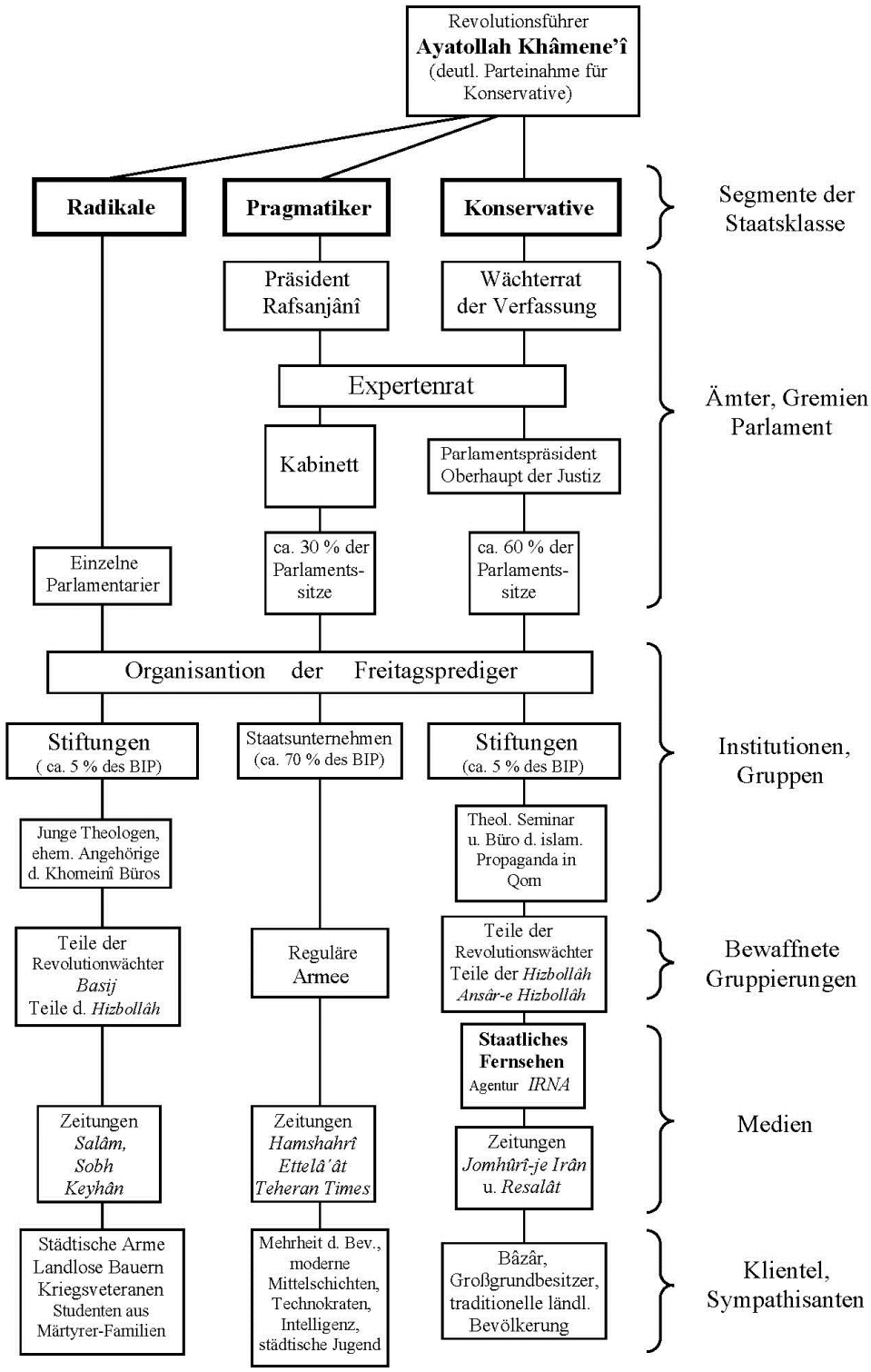
---

[172] In der wissenschaftlichen Literatur wird in der Regel zwischen drei Segmenten der Staatsklasse differenziert: Radikalen, Pragmatikern und Konservativen. Für eine differenzierte Darstellung vgl. *Amirahmadi, H.* (1990): Economic Reconstruction of Iran: Costing the War Damage. *Third World Quart*. 12/1, S. 33 f. *Korooshy* identifiziert eine vierte Strömung, die er "Rechtsextreme Islamisten" nennt: *Javad Korooshy* in seinem Vortrag *"Systemkonforme politische Strömungen in der Islamischen Republik Iran"* beim Kongress des Deutschen Arbeitskreises Vorderer Orient (DAVO) in Hamburg, 29. Nov. 1996. Über diese Strömung läßt sich bislang jedoch nicht viel aussagen. Die politische Herkunft ihres Führers (Hojjat-al-Islâm Muhammad Muhammadî Reyschahrî) ließe jedoch darauf schließen, daß es sich um eine Abspaltung der Linksradikalen handelt. Unterstützung findet dieses Segment laut *Kooroshy* unter den unzufriedenen Kriegsveteranen, Teilen der Studentenschaft, wie auch der Freiwilligen-Miliz *Hizbollâh* (nicht mit der gleichnamigen Bürgerkriegspartei im Libanon zu verwechseln. Im Iran handelt es sich hierbei um eine Gruppierung von Gottberufenen, die ehrenamtlich und ohne Waffen, jedoch mit Indoktrination, Denunziation und nicht zuletzt physischer Gewalt, die religiöse Rechtleitung des Volkes betreibt). Die politische Überzeugung der "Rechtsextremen Islamisten", so Kooroshy, gibt die Tageszeitung *Sobh* wider. Weder in der Außenpolitik (Revolutionsexport, kein Kontakt zum Westen, kein finanzielles Engagement des Auslandes), nich in der Sozialpolitik (Fürsprecher der *mostaz'afîn*) lassen sich keine Unterschiede zu den Linksradikalen feststellen (vgl. unten). Es bleibt fraglich, ob es sich bei dieser neuen, bislang nur von *Kooroshy* beschriebenen Strömung tatsächlich um ein eigenständiges Staatsklassensegment handelt. Neben der unglücklichen Benennung des Segments mit dem bei uns anderweitig belegten Begriff "rechtsextrem" erscheint auch der Wandel Reyschahrîs vom linken Reformer zum rechts-traditionalen Restaurator höchst fragwürdig. *Menashri* zählt den ehemaligen Geheimdienstminister 1992 noch zu den Linksradikalen (vgl. *Menashri* 1992, S. 392). Gut möglich ist, daß hier eine lockere politische Vereinigung, eine Art Wahlliste, fälschlicherweise als eigenständiges Staatsklassensegment interpretiert wurde: So ist Reyschahrî, der 1997 auch für die Präsidentschaftswahlen kandidierte, seit 1995 Generalsekretär der Wahlliste "Gesellschaft zur Verteidigung der Werte der Islamischen Revolution" (*Jam'îyat-e defâ' az arzeschhâ-ye enqelâb*) (vgl. http://www.Khatami.com/english/english.htm und *Fairbanks, S.C.* (1998): Iran considers Political Parties. *Middle East Journal*, 52/1, S. 19 f.). Auf eine weitere Berücksichtigung dieses Segments wird angesichts der geäußerten Zweifel bewußt verzichtet.

[173] Wirkliche Parteien gibt es im Iran nicht, deshalb wird hier von Interessengruppen gesprochen, was ihrem Charakter wohl eher gerecht wird.

[174] Vgl. *Pawelka* 1993, S. 96.

Abbildung 3: Die Segmente der iranischen Staatsklasse zur Zeit des "Vierten Parlaments" (1992-1996), ihre politische, wirtschaftliche, militärische und soziale Basis sowie die ihnen nahestehenden Medien. Deutlich läßt sich anhand dieser Darstellung zeigen, daß die Radikalen 1992 bereits weitgehend von den Schaltstellen der Macht verdrängt waren.



Die Segmente der Staatsklasse und ihre politischen Zielsetzungen

Wenn in einigen Bereichen auch Einigkeit unter den Segmenten der iranischen Staatsklasse herrscht[175], so gibt es doch weit mehr Politikfelder, in denen die Vorstellungen der ideologischen Strömungen fundamental differieren. Um dies zu veranschaulichen, werden die Zielsetzungen der diversen iranischen Staatsklassensegmente im folgenden kurz dargestellt. Dazu wird zwischen den Bereichen (a) Sozialpolitik, (b) Kultur- und Religionspolitik, (c) Wirtschaftspolitik und (d) Außenpolitik unterschieden. Darüber hinaus werden (e) prominente Vertreter der einzelnen Strömungen identifiziert.

Radikales Segment

In der Islamischen Revolution bildeten die Radikal-Islamisten[176] im Gefolge Âyatollâh Khomeinîs die zahlenmäßig stärkste Gruppe. Sie kontrollierten zunächst die revolutionären Gremien, die Revolutionswächter wie auch die Staatsbürokratie und stellten im Parlament bis 1992 die Mehrheit. Sie fordern ein striktes Festhalten am revolutionären Dogma wie auch am System des Gottesstaates und verstehen sich als die politischen und religiösen Erben Khomeinîs ("Linie des Imâm").

(a) ***Sozialpolitik:*** Die Radikalen fordern eine egalitäre, beinahe kommunistisch anmutende islamische Gesellschaft. Sie betonen die Gleichheit aller Muslime und die Verantwortung jedes einzelnen gegenüber der *umma*, der islamischen Gemeinde[177]. Durch Landreform (Enteignung der Großgrundbesitzer) und die Besteuerung der Reichen zur Beseitigung von Einkommensungleichheiten[178] soll die Revolution

---

[175] *Amirahmadi* nennt folgende Punkte der Übereinstimmung: Die Beibehaltung des Systems der Islamischen Republik, das Vermeiden eines Abhängigkeitsverhältnisses zum Ausland, die Priorität des Wiederaufbaus des Iran, die Förderung der Ölindustrie, den Ausbau der Infrastruktur sowie die Föderung von Industrie und Landwirtschaft (*Amirahmadi* 1990, S. 37).

[176] In der Literatur finden sich auch Bezeichnungen wie "sozialradikale Linksislamisten", "*reformist*", "*populist-statist faction*" oder *"hardline ideologues"*. In persischsprachigen Quellen findet sich gelegentlich die Bezeichnung "*tondro*" ("unbesonnen", "übereilig"). Vgl. dazu *Akhav*i, *S.* (1987): Elite Factionalism in the Islamic Republic of Iran. *The Middle East J.* 41/2, S. 197; *Behdad* 1995, S. 117 ff.; *MEED* 10. Apr. 1992.

[177] Vgl. *Valibeigi, M.* (1994): The Private Sector in Iran´s Post-Revolutionary Economy. *J. of South Asian and Middle Eastern Stud*. 17/3, S. 3.

[178] Vgl. *Menashri* 1992, S. 392.

in den Dienst der Entrechteten (*mostaz'afîn*) gestellt werden[179]. Subventionen für Grundnahrungsmittel, Elektrizität und Wasser sollen die Versorgung der Ärmsten gewährleisten.

(b) *Kultur-/Religionspolitik:* Die Radikalen fordern ein striktes Festhalten an der islamischen Staatsdoktrin wie auch eine entschlossene Islamisierung von Kultur und Gesellschaft (Zurückdrängung westlicher Einflüsse, Geschlechtertrennung, Verdrängung der Frau aus der Arbeitswelt, islamische Kleiderordnung).

(c) *Wirtschaftspolitik:* Während der Revolution propagierten die Radikalen einen stufenweisen Ausstieg aus der Erdölindustrie. Mittels Diversifikation sollte die strukturelle Heterogenität der iranischen Wirtschaft abgebaut werden[180]. Der Krieg mit dem Irak vereitelte jedoch dieses Ansinnen (vgl. Kap. II.1). Da nach der "radikalen" Interpretation der religiösen Quellen[181] Eigentumsrechte im Islam nicht existieren (das Lebensnotwendige ausgenommen), ist besonders die Privatisierung der im Dienste der Entrechteten stehenden Staatsbetriebe nicht mit den Islam vereinbar[182]. Statt dessen befürworten die Radikalen eine Ausweitung des Staatssektors und fordern einen extensiven Staatsinterventionismus in der Wirtschaft[183]. Während des Iran-Irak-Krieges gelang es den Radikalen, dieses Ziel durch Preiskontrollen sowie Rationierung zu verwirklichen und die wirtschaftlichen Kontrollmechanismen des Staates zu stärken (Verstaatlichung des Außenhandels und der Schlüsselindustrien)[184]. Um nicht in die Abhängigkeit des Auslands zu geraten, sollte das zerstörte Land nach Kriegsende aus eigener Anstrengung und unter strikter Kontrolle des Staates wieder aufgebaut werden[185].

(d) *Außenpolitik:* Da die Einheit aller Muslime (*tauhîd*) als höchstes islamisches Prinzip gilt, treten die Radikalen für einen kompromißlosen Export der iranischen

---

[179] Vgl. *Entessar* 1994, S. 24.

[180] Vgl. *Beck* 1993, S. 208.

[181] Unter islamischen Quellen sind Qur'ân, Hadîthe, die Sunna des Propheten sowie die Rechtskompendien und Hadîthe der schiitischen Imame zu verstehen.

[182] Vgl. *Valibeigi* 1994, S. 3.

[183] Den Radikalen gelang es, von Âyatollâh Khomeinî ein religiöses Gutachten (*fatwâ*) zu erwirken, das die Rolle des Staates in der Wirtschaft stärkt und dem Staat zubilligt, jederzeit regelnd in sie einzugreifen. Vgl. *Behrooz* 1991, S. 602 ff. Zur Kontroverse um Privateigentum und zur Rolle des Privatsektors vgl. *Valibeigi* 1994, S. 7.

[184] In der Verstaatlichung des Außenhandels waren die Radikalen zunächst erfolgreich (1980), das entsprechende Gesetz wurde jedoch 1984 wieder aufgehoben. Vgl. dazu *Valibeigi* 1994, S. 5 und *Menashri* 1992, S. 392. Vgl. auch *Behdad* 1995, S. 109.

[185] Vgl. *Amirahmadi* 1990, S. 34. *Behrooz* dagegen vertritt die Ansicht, daß die Radikalen ein begrenztes Engagement des Auslandes beim Wiederaufbau des Iran befürworten. Vgl. *Behrooz* 1991, S. 608.

Revolution ein[186]. Aus Angst vor äußerer Abhängigkeit wenden sie sich gegen ausländische Investitionen und die Aufnahme von Krediten. An politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum "verderbten" Westen, insbesondere den USA, ist ihnen nicht gelegen. Das *fatwâ* Âyatollâh Khomeinîs gegen den britischen Romanautor Salman Rushdie ist daher eine willkommene Waffe, die die Radikalen in der Vergangenheit immer wieder gekonnt gegen die Öffnungspolitik Rafsanjânîs eingesetzt haben[187].

(e) *Vertreter:*

- *Mîr Husain Mûsavî* - Zwischen 1981 und 1989 war Mûsavî Premierminister. In der Verfassungsreform von 1989 wurde sein Amt abgeschafft.
- *Hojjat-al Islâm 'Alî Akbar Hâschemî Mohtaschemî* - Von 1981 bis 1985 war Mohtaschemî Botschafter in Syrien, wo er 1982 die libanesische *Hizbollâh* gründete[188]. Von 1985 bis 1989 amtierte er als stellvertretender Parlamentspräsident und Innenminister. Seit 1989 zählte der Herausgeber der Zeitschrift *Bayân* zu den herausragendsten Gegenspielern Rafsanjânîs und setzte sich, notfalls auch mit Gewalt, für eine Fortsetzung der Revolution ein, die seiner Ansicht nach mit dem Tode Khomeinîs verraten wurde[189]. 1992 verlor er sein Parlamentsmandat, nachdem ihm der Wächterrat eine Kandidatur versagt hatte.
- *Âyatollâh Mehdî Mahdavî Karrûbî* - Bis August 1992 war Karrûbî Parlamentspräsident und Vorsitzender der Märtyrer-Stiftung. 1992 verlor er sein Amt als Parlamentspräsident an Nâteq-Nûrî und schied auch als Abgeordneter aus, nachdem ihn der Wächterrat die Kandidatur verwehrt hatte. In seiner Funktion als Vorsitzender der Märtyrer-Stiftung wurde er durch Muhammad Hasan Rahîmiyân abgelöst[190].

---

[186] Die Revolution soll vor allem in die von einem "amerikanischen Islam" dominierten Länder exportiert werden. Dazu zählen für die Radikalen unter anderem der Irak, Jordanien, Saudi-Arabien und Algerien. Vgl. *Golamasad, D.* (1989): Weltanschauliche und sozialpsychologische Aspekte der iranischen Kriegsführung. *Orient* 30/3, S. 441. Vgl. auch *Menashri* 1992, S. 392.

[187] Der Westen macht verbesserte Beziehungen zum Iran von der Stornierung des Khomeinî-*fatwâ*s abhängig. Vgl. *Entessar 1994,* S. 36; *Behdad* 1995, S. 113. Zur politischen Bedeutung des *fatwâ*s vgl. *Behrooz* 1991, S. 609.

[188] *Entessar* 1994, S. 30.

[189] *Der Spiegel* 6/1994, S. 126.

[190] *Middle East International* 7. Aug. 1992.

- *Hojjat-al Islâm Muhammad Muhammadî Reyschahrî* - Der ehemalige Geheimdienstminister hat des öfteren Demonstrationen iranischer Pilger in Mekka angeführt. Seiner Meinung nach sind die Ideale der Revolution mit Rafsanjânîs Amtsantritt im Jahr 1989 preisgegeben worden. Seit 1995 ist Reyschahrî Generalsekretär der Gesellschaft zur Verteidigung der Werte der Revolution (*Jam'îyat-e defâ' az arzeschhâ-ye enqelâb*). In den Parlamentswahlen von 1996 kandidierten für diese Wahlliste auch 15 Vertreter der JRMT. Als einer der Anwärter auf die Präsidentschaft hatte er 1997 gegen seine Mitbewerber Khatâmî und Nâteq-Nûrî kaum Chancen.
- *Hojjat-al Islâm Muhammad Asqar Mûsavî Kho'eynîhâ* - Als Anführer der US-Botschaftsbesetzer machte Kho'eynîhâ 1979/80 weltweit Schlagzeilen. In der Khomeinî-Zeit war er oberster Staatsanwalt des Landes. Nach Khomeinîs Tod beauftragte ihn Rafsanjânî mit der Gründung eines "Zentrums für Internationale und Nahöstliche Strategische Studien" (1990), das er bis heute leitet. 1992 verlor er sein Parlamentsmandat, nachdem ihn der Wächterrat die Kandidatur versagt hatte. Er ist Herausgeber der Tageszeitung *Salâm*.
- *Sayyid Hâdî Khâmene'î* - Der Bruder des Revolutionsführers und radikale Parlamentarier wurde 1992 vom Wächterrat zunächst an einer Kanditatur für einen Parlamentssitz gehindert. Nach Protesten von Seiten der Radikalen wurde er wieder zugelassen, konnte jedoch kein Mandat erringen. Er war Herausgeber der radikalen Zeitschrift *Jahân-e Islâm*, die am 12. Februar 1995 auf Betreiben der Konservativen mit der Begründung verboten wurde, sie hätte gegen ein Gesetz verstoßen, das die Publikation "anti-islamischen Materials" verbietet.
- *Schaikh Sâdeq Khalkhâlî* - Als Vorsitzender der Revolutionsgerichte hat er nach der islamischen Machtergreifung tausende von Todesurteilen gegen Schâh-Anhänger und Angehöriger liberaler Oppositionsgruppen gefällt. 1992 verlor er sein Parlamentsmandat weil ihm der Wächterrat eine weitere Kandidatur versagte.
- *Âyatollâh 'Alî Meschkînî* - Vorsitzender des Expertenrates und Freitagsprediger von Qom.
- *Atefeh Sedîqî Rajâ'î* - Parlamentsabgeordnete und Witwe des bei einem Attentat umgekommenen Premierministers Muhammad 'Alî Rajâ'î (1981). Sie verlor 1992 ihr Mandat, nachdem sie vom Wächterrat an einer erneuten Kandidatur gehindert wurde.

Pragmatisches Segment

Die Pragmatiker[191] versprachen eine Regierung der Vernunft und der Gesetzlichkeit, stellten das System der Islamische Republik jedoch nicht in Frage[192]. Im Vordergrund standen für sie nicht länger Revolution und Ideologie, sondern das Wohl des Landes. Die lähmende Islamisierung der Gesellschaft sollte gelockert und das revolutionäre Kompetenzchaos entwirrt werden[193]. Das Wahlmotto der Pragmatiker um Rafsanjânî lautete in den Präsidentschaftswahlen von 1989 denn auch: "Erst Iran, dann Islam"[194].

(a) ***Sozialpolitik:*** Zwar verlangten die Pragmatiker nach dem Iran-Irak-Krieg Priorität für kurzfristige Wohlfahrtsprojekte zugunsten der darbenden Bevölkerung[195], der von ihnen propagierte Subventionsabbau ging jedoch auf Kosten der Armen. Nach ihrem Willen sollte sich der Staat zumindest partiell aus Wirtschaft und Gesellschaft zurückziehen und sich nur noch auf die verteilungspolitische Abfederung sozialer Probleme konzentrieren (nach Ansicht der Radikalen führt dies zu einer Vernachlässigung der *mostaz'afîn*)[196].

(b) ***Kultur-/Religionspolitik:*** Die Öffnung der Gesellschaft ging mit einem vorsichtigen Kulturimport aus dem Westen einher[197]. In den ersten Jahren der Präsidentschaft Rafsanjânîs war auch eine leichte Lockerung der islamischen Kleiderordnung zu verzeichnen. Nach islamischer Auffassung häretische Religionsgemeinschaften wie die Baha'i, wurden aber auch auf dem Höhepunkt pragmatischer Macht weiter verfolgt.

---

[191] In der Literatur finden sich auch die Bezeichnungen "*pragmatic/moderate*" (*Behrooz* 1991, S. 608, Fußnote 41), "*pragmatic/centrist*" (*Amirahmadi* 1990, S. 35), und "*liberal*"(*Valibeigi* 1994, S. 3). *Valibeigi* bezieht in seinen Liberalismus-Begriff allerdings auch die Konservativen mit ein.

[192] Vgl. *Behdad* 1995, S. 117; *Hermann* 1994, S. 543.

[193] Rafsanjânî in seiner Freitagspredigt am 10. Jan. 1992 in Teheran (vgl. *Hermann* 1994, S. 543).

[194] Aufzeichnungen des Verfassers, Teheran 1995/96. Vgl. auch den Vortrag von *Mehrzad Borujerdi* (Syracuse University) auf der Konferenz des Middle East Institute, Washington D.C.: "Iran´s Elections: Implications for U.S. Policy". The Madison Hotel, Washington D.C., 30. Jun. 1997.

[195] Vgl. *Amirahmadi* 1990, S. 34.

[196] Vgl. *Pawelka* 1993, S. 97. Zu den *mostaz'afin* vgl. Kap. II.1.

[197] Auch westliche Filme wurden seit 1989 mit Billigung der Pragmatiker zunehmend im Fernsehen gezeigt. Zu viele "dekadente" Zeichentrickfilme führten im Februar 1994 jedoch auf Veranlassung der Konservativen zur Entlassung von Muhammad Hâschemî Rafsanjânî, Intendant des iranischen Staatsfernsehens und Bruder des Staatspräsidenten (vgl. Kap. V.3).

(c) ***Wirtschaftspolitik:*** Die Pragmatiker befürworteten eine Reduzierung des Staatsinterventionismus in der Wirtschaft und förderten neben marktwirtschaftlichen Mechanismen auch eine Teilprivatisierung[198]. Die Hauptaufgabe des Staates, der nur im letzten Moment regelnd einschreiten soll[199], besteht im schnellen wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes, unterstützt durch die Eigendynamik des heimischen Privatsektors und staatlich kontrollierte ausländische Investitionen und Kredite[200]. Ausländische Finanzhilfen können der Ökonomie des Landes laut Rafsanjânî nicht schaden, solange diese in Produktivsektoren fließen[201]. Um Iran ins Weltwirtschaftssystem zurückzuführen, verließen sich die Pragmatiker erneut ganz auf den Ölsektor, orientierten sich immer deutlicher an den Empfehlungen internationaler Finanzorganisationen[202] und beseitigten Handelsbarrieren für den privaten Sektor[203]. Für den wirtschaftlichen Aufschwung sollte zudem auch exil-iranisches Kapital ins Land zurückgelockt werden[204].

(d) ***Außenpolitik:*** Die Beziehungen zum westlichen Ausland, eingeschlossen USA, sollten durch Diplomatie, eine Wiederbelebung des Handels, die Freilassung westlicher Geiseln im Libanon[205] und eine Entpolitisierung der Rushdie-Affäre normalisiert werden[206]. Dazu sollte das Rushdie-*fatwâ* zu einem rein religiösen Gutachten erklärt werden, dessen Implementierung die Regierung nicht befürwortet[207]. Die iranische Zurückhaltung während des Zweiten Golfkrieges darf als Versuch zur

---

[198] Vgl. *Pawelka* 1993, S. 97. Im Rahmen ihrer Privatisierungsbestrebungen betonten die Pragmatiker die Achtung des Islam vor rechtmäßig erworbenem Privateigentum (vgl. *Valibeigi* 1994, S. 3).

[199] Vgl. *Amirahmadi* 1990, S. 34.

[200] Vgl. *Behrooz* 1991, S. 608. Vgl. auch *Amirahmadi*, der in seiner Darstellung allerdings Konservative mit Pragmatikern zu verwechseln scheint (*Amirahmadi* 1990, S. 34).

[201] Vgl. *Behdad* 1995, S. 116.

[202] Vgl. *Pawelka* 1993, S. 97.

[203] Die Regierung hat nach "pragmatischer" Auffassung kein Recht in die Handelsaktivitäten des privaten Unternehmertums einzugreifen. Die Kontroverse um die Verstaatlichung des Außenhandels endete am 22. April 1984 mit einem Kompromiß. Ein gemischtes System wurde beschlossen: Der öffentliche Sektor importiert alle strategisch-wichtigen Waren (Grundversorgung), der Privatsektor alles andere (vgl. *Valibeigi* 1994, S. 5 f.).

[204] Vgl. *Hermann* 1994, S. 543.

[205] Bei den libanesischen Geiselnehmern handelte es sich um schiitische Klienten des Irans. Während des libanesischen Bürgerkrieges wurden die libanesischen Schiiten vom Iran zur einflußreichen Kriegspartei aufgebaut. Der Westen hat hinter den Geiselnahmen im Libanon immer iranische Auftraggeber vermutet (vgl. *Entessar* 1994, S. 23).

[206] Die den Pragmatikern nahestehende *Teheran Times* (23. Jan. 1989) bekundet den Willen der Pragmatiker zu einem auf "Realpolitik" basierenden Dialog mit den USA (vgl. auch *Entessar* 1994, S. 33).

[207] Vgl. *Entessar* 1994, S. 37. Für eine allgemeine Darstellung vgl. *Piscatori, J.* (1990): The Rushdie Affair and Politics of Ambiguity. *Int. Aff.* 66/4, S. 767-789.

Verbesserung der Beziehungen mit dem Westen gedeutet werden. Die Pragmatiker lehnten die Offerten Saddam Husseins ab und engagierten sich für eine friedliche Beilegung der Krise[208]. Als der Konflikt mit friedlichen Mitteln nicht mehr beizulegen war, billigten die Pragmatiker sogar eine Stationierung von US-Truppen in Saudi-Arabien, vorausgesetzt, es handle sich dabei nur um eine zeitlich begrenzte Sicherheitsmaßnahme[209]. Auch in den Beziehungen zu Zentralasien und dem Kaukasus zeigte sich ein Sieg des Pragmatismus über die Ideologie. So wurde dem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen Vorrang vor dem Revolutionsexport gegeben[210].

(e) *Vertreter*

- *Hojjat al-Islâm 'Alî Akbar Hâschemî Rafsanjânî* - Geboren wurde Rafsanjânî 1934 nahe der Stadt Rafsanjân, die ihm seinen Beinamen gab[211]. 1948 ging er zum Studium nach Qom, wo er Schüler Âyatollâh Khomeinîs wurde. Aufgrund militanter Umtriebe in den von Khomeinî geführten Unruhen wurde er 1963 verhaftet und trotz seines geistlichen Werdegangs zum Militärdienst gezwungen. Als er 1964 Fahnenflucht beging erfolgte eine erneute Verhaftung. Seine politisch-subversiven Aktivitäten sowie Kontakte zu den Volksmudschahedin (*Mojâhedîn-e Khalq*) brachten ihm zwischen 1967 und 1975 eine Reihe weiterer Haftstrafen ein. Rafsanjânî war ein Gründungsmitglied der IRP und der JRMT. Bereits 1978 wurde er von Khomeinî zum Mitglied des Rates der Revolution ernannt und gehört zu den Gründungsmitgliedern der Märtyrer-Stiftung und der "Islamischen Offenen Universität". Nach der Revolution war er zunächst Innenminister und sodann Parlamentspräsident (1979-1989), von 1988 bis 1989 fungierte er auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte. 1989 wurde Rafsanjânî zum Staatspräsidenten gewählt und 1993 bestätigt. 1997 gab er sein Amt an Muhammad Khatâmî ab, verblieb jedoch Vorsitzender des mächtigen *Expediency Councils*, ein Amt das er seit 1989 inne hat.

- *'Alî Akbar Velâyatî* - Der in den USA studierte Kinderarzt war vor der Revolution Professor an der Universität Teheran und Ausbildungsleiter an der Fakultät für

---

[208] Vgl. *Entessar* 1994, S. 28.

[209] *Iran Times* 11. Jan. 1991.

[210] Vgl. *Entessar* 1994, S. 23 u. 42; *Hermann* 1994, S. 543.

[211] Iranische Familiennamen (hier *Hâschemî*) werden zur leichteren Indentifkation oft durch eine Herkunftsbezeichnung ergänzt, so etwa auch *Khomeinî* aus dem Ort *Khomein* oder *Khâmene'î* aus *Khâmeneh.*

Gesundheit. 1979 wurde er zum stellvertretenden Gesundheitsminister ernannt und war zwischen 1981 und 1982 Abgeordneter im Parlament. Von 1982 bis 1997 hatte er das Amt des Außenmimisters inne. Neben wissenschaftlich-pediatrischen Publikationen hat er seit 1980 vor allem Arbeiten zur diplomatischen Geschichte des Iran und zur neuen regionalen Rolle des Iran seit der Öffnung Zentralasiens vorgelegt.

• *Mohsen Nûrbakhsch* - Der in den USA ausgebildete Nûrbakhsch gilt als Architekt von Rafsanjânîs Wirtschaftsreformen. Von 1980 bis 1985 fungierte er als Zentralbankgouverneur und hatte während Rafsanjânîs erster Amtsperiode das Amt des Wirtschafts- und Finanzministers inne. In der zweiten Amtsperiode versagte das Parlament Rafsanjânîs liberalem Wunschkandidaten die Bestätigung in diesem Amt (August 1993). Rafsanjânî ernannte ihn darauf zum Vizepräsidenten, verantwortlich für Wirtschaftsfragen. Ab September 1994 war er abermals als Zentralbankgouverneur tätig, sein Handlungsspielraum war jedoch durch die von Khâmene'î im März 1995 eingesetzte Markt-Regulierungs-Behörde, die den unkonntrollierten Fall des Rial aufhalten sollte, äußerst gering.

• *Muhammad Husain 'Âdelî* - Im September 1994 wurde der als Reform-Protagonist geltende langjährige Zentralbankgouverneur auf Betreiben der Konservativen abgelöst und mit einem Botschafterposten in Kanada kaltgestellt. Nûrbakhsch löste den zu den engsten Mitarbeitern Rafsanjânîs zählenden *'Âdelî* in seinem Amt ab.

• *Mas'ûd Roghânî Zanjânî* - Der Direktor der Plan- und Budgetbehörde galt als enger Vertrauter Rafsanjânîs. Nachdem die neuen wirtschaftlichen Richtlinien der Khâmene'î-nahen Markt-Regulierungs-Behörde seine Handlungsspielräume immer mehr beschnitten (auf Betreiben des konservativ-dominierten Parlaments überwachte die Behörde seine Tätigkeit), trat er im August 1995 zurück. Hamîd Mîrzâdeh, der Rafsanjânî vom Revolutionsführer aufgezwungen wurde, löste ihn ab.

• *Muhammad Khatâmî* - Der Sohn des bekannten Geistlichen und Khomeinî-Freundes Âyatollâh Rûhollâh Khatâmî studierte zunächst an den theologischen Hochschulen von Qom und Isfahân, wo er bald Freundschaft mit Khomeinîs Sohn Ahmad schloß. Er erhielt schnell Zugang zu Oppositionskreisen und arbeitete aktiv an der Gründung der IRP mit. 1978 ernannte ihn deren Chef-Ideologe Beschâratî zum Leiter des islamischen Zentrums in Hamburg. Infolge der revolutionären Ereignisse kehrte er 1979 in den Iran zurück, wo er Leiter des

Keyhân-Instituts wurde, das mehrere Zeitungen herausgibt, darunter die auflagenstarke Tageszeitung *Keyhân* (250.000). 1982 erfolgte die Ernennung zum Ministers für Islamische Rechtleitung und Kultur. Dieses Amt hatte er bis zum 17. Juli 1992 inne, als er auf anhaltenden Druck der Konservativen zurücktreten mußte. Rafsanjânî ernannte ihn zunächst zum Präsidentenberater. Bis 1997 leitete der als Intellektuelle geltende Khatâmî sodann die Nationalbibliothek und verfaßte zahlreiche Bücher zum Thema Islam und Moderne. In den Präsidentschaftswahlen von 1997 errang er mit 70% der Stimmen einen überraschenden Sieg über den Kandidaten der Konservativen, Nâteq-Nûrî.

- *Hojjat-al Islâm Abdollah Nûrî* - Seit Anfang 1989 war Nûrî Khomeinîs Repräsentant bei den Revolutionshütern. In dieser Stellung wurde er von Khâmene'î zunächst bestätigt (bis Juni 1990). Daraufhin leitete er die Hilfsarbeiten im Gebiet des schweren Erdbebens vom 21. Juni 1990. Zwischen 1989 und 1993 war er als Innenminister in Rafsanjânîs erstem Kabinett tätig, wurde jedoch auf Betreiben der Konservativen durch den Khâmene'î-nahen Beschâratî ersetzt. Seit September 1989 war er überdies Leiter des Nationalen Sicherheitsrates. In den Wahlen zum Amt des Parlamentspräsidenten (1996) konnte er sich gegen seinen Kontrahenten Nâteq-Nûrî mit nur 92 von 240 Stimmen jedoch nicht durchsetzen. 1997 bis 1998 diente er im Khatâmî-Kabinett als Innenminister, mußte jedoch am 21. Juni 1998 auf Druck der Konservativen zurücktreten. Khatâmî ernannte ihn daraufhin zum Vizepräsidenten.

- *Muhammad Hâschemî Rafsanjânî* - Der Bruder von Staatspräsident Rafsanjânî war zwischen 1981 und 1994 Radio- und Fernsehchef der Islamischen Republik. Nach Vorwürfen, seine Sendungen hätten keinen Bezug mehr zur Revolution, wurde er im Februar 1994 von Revolutionsführer Khâmene'î, dem das *Islamic Republic of Iran Broadcasting* (IRIB) direkt unterstellt ist, abgesetzt. Daraufhin wurde er zunächst zum Vertreter Außenminister Velâyatîs ernannt und löste alsbald den Khâmene'î-nahen Hamîd Mîrzâdeh im Amt des Vizepräsidenten ab. In seiner Position als Radio- und Fernsehchef wurde er durch den konservativen Hardliner 'Alî Lârîjânî ersetzt.

- *Âyatollâh Mohâjerânî* - Als Vizepräsident war Mohâjerânî ein exponierter Verfechter der Öffnung des Landes und einer der engsten Vertrauten Rafsanjânîs. In seine Zuständigkeit fielen legale Fragen und Parlamentsangelegenheiten. Als Herausgeber der Wochenzeitung *Bahmân* wurde er 1996 aufgrund kritischer

Artikel auf Betreiben der Konservativen zu einem einjährigen Veröffentlichungsverbot verurteilt.

- *Fa'ezeh Hâschemî* - Die Politologin und Management Studentin (Tochter von Staatspräsident Rafsanjânî) erzielte im ersten Wahlgang der Parlamentswahlen von 1996 nach Nâteq-Nûrî das höchste Stimmergebnis im Wahlkreis Teheran. Sie setzt sich stark für Frauenrechte ein und propagiert als Vizechefin des Nationalen Olympischen Komitees eine Rehabilitierung des Frauensports im Iran.
- *Hojjat-al Islâm Gholâm Husain Karbâstschî* - Als Sohn eines Geistlichen wurde er 1952 in Qom geboren. Ab 1964 studierte er an der dortigen theologischen Hochschule und sodann an der Mathematischen Fakultät in Teheran. Seine Gefolgschaft Khomeinîs bezahlte er in der Schâh-Zeit mit dreieinhalb Jahren Gefängnis. Nach der Revolution oblag ihm zunächst die Kontrolle des staatlichen Fernsehens, daraufhin übernahm er die ideologische Schulung der Polizei. Von 1981 bis 1989 machte er das ausufernde Isfahân als dessen Bürgermeister zur blühenden Stadt, um dann ab 1989 die marode Millionenstadt Teheran durch strenge Umweltauflagen und neue Stadtautobahnen zu sanieren. Hier begründete er die im Iran als kritisch geltende Tageszeitung *Hamshahrî* (Auflage 300.000) und wurde 1997 zum wichtigsten Wahlkampfhelfer Khatâmîs. Âyatollâh Khâmene'î ließ ihn unter dem Vorwurf, Steuergelder für den Wahlkampf Khatâmîs mißbraucht zu haben, im April 1998 vorübergehend festnehmen. Im Juli 1998 wurde er aufgrund dieser Anschuldigungen zu fünf Jahren Haft, einer Geldstrafe von umgerechnet 600.000 DM und einem 20-jährigen Politikverbot verurteilt.

Konservatives Segment

Die konservativen Traditionalisten[212] rekrutieren sich häufig aus dem politisierten Flügel des theologischen Seminars der heiligen Stadt Qom. Durch verwandtschaftliche und finanzielle Beziehungen zu den Großkaufleuten des Bâzârs, den Großgrundbesitzern und privaten Fabrikanten verteten sie einen Islam der Reichen. Mit einer Mehrheit im Parlament, im Wächterrat sowie auch im Expertenrat ist diese Strömung heute die mächstigste politische Gruppierung im Iran.

[212] Zuweilen auch 'Rechtskonservative' genannt.

(a) ***Sozialpolitik:*** Die Konservativen scheinen nicht über ein geradliniges sozialpolitisches Programm zu verfügen. Oft als unsozial denunziert, waren sie zu Lebzeiten Khomeinîs die großen Verlierer innerhalb der revolutionären Staatsklasse. Immer wieder waren sie seiner harschen Kritik ausgesetzt. Auf Kosten der *mostaz'afîn*, so der Revolutionsführer, würden sie einen "Islam der Kapitalisten" fördern[213]. Nach seinem Tod befürworteten die Konservativen zunächst die von Rafsanjânî eingeleiteten Reformen. Diese beinhalteten auch Subventionskürzungen, die ihr Bâzâr-Klientel wegen deren Wettbewerbsverzerrungen anprangerte. Als dies jedoch von Seiten der armen Bevölkerungschichten mit politischen Protesten quittiert wurde, traten sie ab 1993 zunehmend für eine "radikal" anmutende Sozialpolitik ein.

(b) ***Kultur-/Religionspolitik:*** Sie verwerfen die von den Pragmatikern angestrebte Lockerung der islamischen Sittenordnung sowie auch westlichen Kulturimport. Vielmehr fordern sie eine kulturell geschlossene islamische Gesellschaft. In Fragen einer säkularen Schulbildung, Frauenrechten und dem Ruf nach sozialer Gleichheit verfolgen sie eine konservativ-traditionelle, ja fast reaktionäre Politik[214]. Trotz seiner konservativ-traditionellen Haltung ist dieses Staatsklassensegment politisiert, obgleich die Schia der Teilhabe an politischer Macht in Abwesenheit des *mahdî* (seit dem Jahr 874) immer ablehnend gegenüberstand (vgl. Kap. II.2)[215].

(c) ***Wirtschaftspolitik:*** Die Konservativen verfolgen einen marktwirtschaftlichen Kurs und fördern die Privatisierung. Zum Wiederaufbau des Iran sprechen sie sich für Wirtschaftskontakte zum Westen aus, stehen ausländischen Investitionen und Krediten jedoch mißtrauisch gegenüber[216]. Zur Stärkung des privaten Unternehmertums setzen sie sich für einen reduzierten Staatsinterventionismus ein, zumal die dem Bâzâr nahestehenden Konservativen nicht selten eigene wirtschaftliche Interessen verfolgen[217]. Wie die Pragmatiker betonen sie den Respekt des Islam vor Privateigentum und verwehren sich gegen eine Verstaatlichung des Handels[218]. Als Sprecher der revolutionären Bourgeoisie, welche von der Vertreibung der Schâh-Klientel profitierte, sind sie gegen eine Einwerbung exil-iranischen Kapitals und

---

[213] Vgl. *Behrooz* 1991, S. 610.
[214] Vgl. *Entessar* 1994, S. 24.
[215] Vgl. Kap. II.2 u. *Hermann* 1994 S. 543.
[216] Vgl. *Entessar* 1994, S. 24; *Amirahmadi* 1990, S. 33.
[217] Vgl. *Hermann* 1994, S. 543.
[218] Vgl. *Valibeigi* 1994, S. 3 u. 6.

somit gegen die Rückkehr der in der Revolution geflüchteten Bourgeoisie der Schâh-Zeit[219].

(d) ***Außenpolitik:*** Explizite außenpolitische Präferenzen werden den Konservativen zuweilen abgesprochen[220]. Sie sind zwar an verbesserten Beziehungen zum Ausland, insbesondere über Handel, interessiert, lehnen es jedoch ab über Kontakte zum Westen die Stellung des Iran in der internationalen Staatengemeinschaft zu normalisieren[221]. Überdies wehren sie sich gegen jede Form ausländischer Dominanz und weigern sich, die Beziehungen zur "Weltarroganz", den USA, zu verbessern.

(e) ***Vertreter***

- *Âyatollâh Sayyid 'Alî Hasan Khâmene'î* - Die Familie des 1939/40 in Maschhad geborenen Revolutionsführers entstammt dem Ort Khâmeneh in der iranischen Provinz Aserbaidschan. Seine religiöse Ausbildung erhielt er zunächst in Maschhad, 1957 führte ihn das theologische Studium nach Najaf, einer der schiitischen Kultstätten im Irak. 1958 kehrte er in den Iran zurück und studierte unter Âyatollâh Khomeinî und den "Instanzen der Nachahmung" (*marja' at-taqlîd*) Borûjerdî und Hâ'erî. 1962/63 war er an der von Khomeinî angeführten religiös-revolutionären Bewegung gegen den Schâh beteiligt und wurde wegen seiner Botengänge für Khomeinî und aufgrund des Verdachts des bewaffneten Widerstandes zwischen 1963 und 1975 mehrmals verhaftet. In der Islamischen Revolution gehörte er dem Revolutionsrat an und war am Aufbau der Revolutionshüter, der Stiftung der Entrechteten (*bonyâd-e mostaz'afîn*) und der IRP beteiligt. Im Dezember 1979 wurde er Befehlshaber der Revolutionshüter und im Januar 1980 Freitagsprediger von Teheran. Bei einem Anschlag der *Mojâhedîn-e Khalq* wurde Khâmene'î im Juni 1981 schwer verwundet und erlitt eine Lähmung des rechten Hand, die ihm den Beinamen "lebender Märtyrer" (*schahîd-e zendeh*) eintrug. Nach der Entmachtung Banî Sadrs übernahm er 1981, damals noch im religiösen Rang eines *Hojjat al-Islâm*, dessen Amt als Staatspräsident. 1989 wurde er zum Revolutionsführer und Nachfolger Âyatollâh Khomeinîs gewählt. In einer umstittenen Minderheitsentscheidung wurde er über Nacht in den geistlichen Rang eines *Âyatollâhs* erhoben, ohne die dazu nötigen

---

[219] Auch in der Wirtschaftspolitik änderten die Konservativen nach Beginn der Unruhen von 1991/92 ihre Rhetorik und forderten eine Wirtschaftspolitik zugunsten der sozial Schwachen (vgl. Kap. V.3).

[220] Vgl. *Entessar* 1994, S. 24.

[221] Vgl. *Hermann* 1994, S. 543.

religiösen Qualifikationen besessen zu haben[222]. Seine Versuche sich 1993 und abermals 1994 zum *marja' at-taqlîd* ausrufen zu lassen endeten mit einer peinlichen Niederlage.

- *Hojjat-al Islâm 'Alî Akbar Nâteq-Nûrî* - Der im Jahr 1943 in Nûr geborene Geistliche studierte nach einer theologischen Grundausbildung islamische Philosophie an der Universität Teheran. Aufgrund politisch subversiver Aktivitäten wurde er zwischen 1967 und 1971 mehrmals verhaftet und floh sodann über Syrien in den Libanon. Nach der Revolution wurde er Âyatollâh Khomeinîs Repräsentant beim "Heiligen Krieg des Aufbaus". Von 1980 bis 1981 war er Teheraner Abgeordneter im Parlament und von 1981 bis 1985 Innenminister. Ab 1986 saß er wieder im Parlament und löste im Juni 1992 den Radikalen Karrûbî als Parlamentspräsident ab. Der ehemalige Pragmatiker Nâteq-Nûrî überwarf sich nach Khomeinîs Tod alsbald mit Rafsanjânî in Fragen der Wirtschaftspolitik. Heute steht er als prominenter Konservativer dem Revolutionsführer nahe. 1996 wurde Nâteq-Nûrî als Parlamentspräsident bestätigt (146 von 240 Stimmen) und schien 1997 als Wunschkandidat Khâmene'îs der aussichtsreichste Kandidat in den Präsidentschaftswahlen zu sein. Nach der überraschenden Wahlniederlage gegen Khatâmî (dieser erhielt rund 70% der Stimmen) wurde er in seinem Amt als Parlamentspräsident bestätigt. Die Pragmatiker verzichteten nach den gewonnenen Präsidentschaftswahlen auf ausdrücklichen "Wunsch" der Konservativen darauf, einen eigenen Kandidaten ins Rennen zu schicken.

- *Âyatollâh Muhammad Yazdî* - 1989 wurde Yazdî von Âyatollâh Khomeinî zum Chef der Justiz ernannt und nach dessen Tod von Khâmene'î bestätigt. Er ist nur dem Revolutionsführer gegenüber Rechenschaft schuldig und von der Regierung unabhängig.

- *'Alî Muhammad Beschâratî* - Er gilt als Chef-Ideologe der IRP und wurde 1989 zum stellvertretenden Außenminister ernannt. Um einen strafferen Kurs durchzusetzen und um Rafsanjânîs gesellschaftliche Liberalisierung einzudämmen, löste er auf Khâmene'îs Geheiß 1993 den Pragmatiker Abdollah Nûrî als Innenminister ab. Nach einem Attentat auf Rafsanjânî (1. Februar 1994) wurde er von Khâmene'î zum stellvertretenden Oberbefehlshaber der Streitkräfte und damit auch der Revolutionshüter ernannt.

---

[222] Vgl. *FAZ* 11. Dez. 1997.

- *‘Alî Lârîjânî* - Der Geheimdienstchef der Revolutionshüter der Khomeinî-Zeit gilt als konservativer Hardliner. 1992 ersetzte er Muhammad Khatâmî als Minister für Islamische Rechtleitung und Kultur und löste im Februar 1994 Muhammad Hâschemî Rafsanjânî als Radio und Fernsehchef der Islamischen Republik ab. In seinem Ministeramt wurde er durch Mustafâ Mîrsalîm ersetzt.
- *Âyatollâh Ahmad Jannatî* - Der Sekretär des 12-köpfigen Wächterrates gilt als Wortführer der konservativen Hardliner. Er ist ein maßgeblicher Förderer der 1995 gegründeten Schlägertruppe *Ansâr-e Hizbollâh* und fungiert in Teheran als Freitagsprediger.
- *Hamîd Mîrzâdeh* - Unter Rafsanjânî amtierte Mîrzâdeh zunächst als Vizepräsident, zuständig für exekutive Angelegenheiten. Nach der Absetzung des Rafsanjânî-Bruders Muhammad Hâschemî Rafsanjânî vom Posten des Radio- und Fernsehchefs (Feb. 1994) wurde er jedoch aufgrund seiner Khâmene’î-Nähe abgesetzt und durch den Rafsanjânî-Bruder ersetzt. Im August 1995 löste Mîrzâdeh auf Khâmene’îs Betreiben den zurückgetretenen Pragmatiker Mas‘ûd Roghânî Zanjânî als Direktor der Plan- und Budgetbehörde ab.
- *Karîm Allahverdî* - Der den Revolutionswächtern nahestehende Allahverdî ist Anführer der 1995 gegründeten, Khâmene’î-hörigen Schlägertruppe *Ansâr-e Hizbollâh*.
- *Âyatollâh Imâmî Kâschânî* - Der Freitagsprediger von Teheran gehörte dem Gremium an, das Khâmene’î 1989 zum Revolutionsführer wählte und ihn in den geistlichen Rang eines *Âyatollâhs* erhob. Für seine Dieste soll er von Khâmene’î mit einer 3000-köpfigen Rinderherde entlohnt worden sein. 1996 avancierte er zum Generalsekretär der “Kämpfenden Geistlichen Teherans” (RMT) und setzte sich damit gegen seinen Mitbewerber Nâteq-Nûrî durch.

III. KAPITEL

Wirtschaftskrise und Entstehung eines Reformbündnisses

Khomeinîs idealistischer Traum von einer *islamischen* Wirtschaft stellte sich sehr schnell als unpraktikabel heraus. Dieser weder kommunistischen noch kapitalistischen Mechanismen gehorchende "Dritte Weg"[223] hätte die iranische Gesellschaft in ein frühislamisches Gemeinwesen zurückverwandeln sollen. Die intensive Verwestlichung ungeschehen zu machen, welcher der Iran über ein halbes Jahrhundert ausgesetzt war, "überstieg jedoch selbst die Genialität, das Charisma und das administrative Geschick" Âyatollâh Khomeinîs[224].

Der damalige Staatspräsident 'Alî Khâmene'î [225] gestand am zehnten Jahrestag der Islamischen Revolution offen ein, daß es selbst nach einer Dekade ernsthafter Bemühungen nicht gelungen war, der Wirtschaft ein "islamisches Gesicht" zu verleihen. So wäre kein praktikabler Weg gefunden worden, islamische Prinzipien auf Wirtschaftsbereiche wie etwa das Bankwesen zu übertragen[226]. Darüber hinaus war keines der wirtschaftlichen Ziele der Revolution erreicht worden. Weder war es gelungen, die Rolle des Ölsektors zugunsten produktiver Sektoren zu reduzieren, noch durch Förderung der Landwirtschaft Autarkie in der Lebensmittelversorgung zu erreichen. Verglichen mit der Schâh-Zeit war die Abhängigkeit vom Ausland sogar noch gewachsen[227].

Weite Landesteile lagen nach Ende des verheerenden Iran-Irak-Krieges in Trümmern. Besonders schwer von den Zerstörungen betroffen war die Erdölindustrie -

---

[223] Der "Dritte Weg" fand im populären Revolutionsslogan "Weder Ost noch West" Ausdruck.

[224] *Amuzegar* 1997a, S. 311. Vgl. auch *Abbott, K.* (1995): Ayatullah Khomainis Quest for a just Society. *Orient* 36/2, S. 251-267.

[225] Khâmene'î amtierte von 1981 bis 1989 als iranischer Staatspräsident.

[226] Vgl. z.B. *Anwar, M.* (1992): Islamic Banking in Iran and Pakistan: A Comparative Study. *Pak. Develop. Rev.* 4, S. 1089-1097; oder *Valibeigi, M.* (1992): Banking and Credit Rationing under the Islamic Republic of Iran. *Iranian Stud*. 25/3-4, S. 51-65. Vgl. auch *Bina, C. & H. Zangeneh* (Hrsg.) (1992): Modern Capitalism and Islamic Ideology in Iran. London, Macmillan.

[227] *NYT* 12. Feb. 1989; vgl. auch *Amuzegar* 1997a, S. 312. Zur Situation der Bevölkerung vgl. *Behdad, S.* (1989): Winners and Losers of the Iranian Revolution: A Study in Income Distribution. *Internat. J. of Middle East Stud.* 21/3, S. 327-358.

Lebensnerv des Iran, deren Förderleistung auf ein Drittel des Vorkriegsniveaus gesunken war (vgl. Tab. 3). Der Verfall der Weltmarktpreise für Erdöl stürzte den Staat Ende der achtziger Jahre zudem in eine schwere Budgetkrise (vgl. Kap. II.1). Das Regime, dessen liquide Auslandsreserven durch ein Embargo des Westens außer Reichweite standen, war somit zu umfangreichen Anleihen bei der Zentralbank gezwungen[228]. Der gallopierenden Inflation konnten weder staatliche Subventionen noch die Verdopplung der Lebensmittelimporte Einhalt gebieten. Warenverknappung und Kaufkraftschwund hatten eine zunehmende Verelendung der Bevölkerung zur Folge[229].

1. Strategien der Krisenbewältigung

Externe Mechanismen der Krisenbewältigung versprachen aufgrund der Paria-Rolle des Iran nur begrenzten Erfolg. Politische Renten einzuwerben wäre dem Land nur durch eine Abkehr von einer Dekade anti-westlicher Ideologie möglich gewesen. Die iranische Staatsklasse hätte dies jedoch im eigenen Land zutiefst diskreditiert. Internationale Kredite waren Ende der achtziger Jahren nicht allein infolge der politischen und wirtschaftlichen Isolation des Landes schwer zu erhalten, sondern auch aufgrund ihrer Unvereinbarkeit mit der iranischen Verfassung in der Staatsklasse selbst heftig umstritten[230]. Eine Rentenoptimierung durch die Ausweitung der Förderkapazität im Erdölbereich war aufgrund mangelnden Kapitals wenig erfolgversprechend. Selbst eine begrenzte Ausweitung hätte angesichts der ausgesprochen niedrigen Ölpreise in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre nicht ausgereicht, um die Bedürfnisse des bevölkerungsreichen Landes zu stillen. Um ein "normales" Einnahmenniveau von 18-20 Mrd. $/Jahr gewährleisten zu können (vgl. Tab. 3), hätte die Förderkapazität zumindest verdoppelt werden müssen. Infolge der schweren Kriegsschäden war dies jedoch wenig realistisch. Aus Mangel an Kapital war auch ein Ausbau der Zusatzeinkommen durch Modernisierung der Raffinerien und eine systematische Erweiterung der petrochemischen Industrie kurzfristig keine wirkliche Option.

---

[228] Im Haushaltsjahr 1988/89 wurden mehr als 50 % der Staatsausgaben durch Anleihen bei der Zentral finanziert (vgl. *Amuzegar* 1997a, S. 76).

[229] Vgl. *Amuzegar* 1997a, S. 76.

[230] Laut der Verfassung der Islamischen Republik Iran soll eine "ausländische Dominanz der heimischen Wirtschaft" verhindert werden. Ausländische Kredite würden diese nach Ansicht von Teilen der Staatsklasse mit sich bringen (Art. 43, Ziffer 8).

Vor diesem Hintergrund bildeten sich zu Kriegsende zwei alternative Strategien der Krisenbewältigung innerhalb der iranischen Staatsklasse heraus. Die sozialradikalen Linksislamisten sprachen sich für eine Radikalisierung des bisherigen Kurses aus und traten für eine Abkehr von der Erdölindustrie zugunsten einer Diversifikation im Staatssektor (rund 80% des BIP) ein. Die von Premierminister Mûsavî im Angesicht des Ölpreisverfalls begonnene wirtschaftliche Liberalisierung sollte zugunsten vertiefter Eingriffe in die Sozialstruktur eingedämmt werden.

Die Pragmatiker um den damaligen Parlamentspräsidenten Rafsanjânî[231] strebten hingegen eine Vertiefung der von Mûsavî eingeschlagenen Liberalisierungspolitik an. Eine anhaltende diplomatische und technologische Isolation des Landes, so ihre Argumentation, würde die wirtschaftliche Lage wie auch die sozialen Gegensätze nur weiter verschärfen. Zunehmende Verelendung und soziale Spannungen würden die Grundlagen der Islamischen Republik gefährden[232]. Zum Erhalt des Systems sollte über die Lockerung der starren islamischen Gesellschaftsordnung und die Stärkung von Markteinflüssen der heimische Privatsektor und das Auslandskapital zur Mithilfe am Wiederaufbau gewonnen werden. Um das Land weniger krisenanfällig zu machen, strebten auch die Pragmatiker eine Diversifikation der Produktion an, wollten jedoch auch am Ölsektor festhalten und diesen wieder aufbauen.

In der Literatur ist umstritten, ob Rafsanjânîs Wandel vom Radikalen zum Pragmatiker aus reinem Opportunismus geschah, oder ob realpolitische Erwägungen eine Rolle spielten (vgl. Kap. II.3)[233]. Wie wenig Bedeutung solche "westlichen" Erwägungen jedoch im Iran haben, hebt *Entessar* hervor: Was im Westen als Opportunismus interpretiert wird, dem haftet im Iran keinerlei fader Beigeschmack an. Vielmehr zeigen sich darin die "politische Unabhängigkeit des Einzelnen, die Aufrichtigkeit im Dienste am Volk und die persönliche moralische Stärke, sich über die engstirnigen Parteienzwiste zu erheben"[234].

Trotzdem wird die Arbeit versuchen, eine Antwort auf die Frage nach Rafsanjânîs Motiven zu geben (vgl. Kap. VI.1).

---

[231] Rafsanjânî hatte das Amt des Parlamentspräsidenten von 1979 bis 1989 inne.

[232] Vgl. *Amuzegar* 1997a, S. 315.

[233] *Behdad* 1995, S. 117.

[234] *Entessar* 1994, S. 23.

2. Der Aufstieg der Pragmatiker

Obwohl es für den interventionistischen Staat mit seinem übermächtigen Staatssektor die weitaus schmerzhaftere und politisch gefährlichere Lösung war, setzte sich nach Kriegsende mit der Wahl Rafsanjânîs zum Staatspräsidenten die pragmatische Strategie der Krisenbewältigung gegenüber dem Modell der Radikalen durch. Möglich wurde diese Entwicklung durch eine doppelte Allianz mit reformwilligen Kräften und dem konservativen Staatsklassensegment wie auch duch das relativ pluralistische politische System des Iran.

Die Doppel-Allianz

Rafsanjânî machte sich mit Erfolg die Liberalisierungsbestrebungen der modernen akademischen Mittelschichten zunutze und bündelte diese innerhalb des bestehenden islamischen Systems. Durch die Zusage von Reformen, die Einbindung von dieser Schicht entstammenden Technokraten und die Aussicht auf größere gesellschaftliche und publizistische Freiheiten, gelang es Rafsanjânî, diese Kräfte seiner Reformstrategie zu verpflichten[235]. Zudem war Rafsanjânî in der Lage, eine informelle Interessenallianz innerhalb der Staatsklasse mit dem konservativ-traditionalistischen Elitensegment einzugehen. Die Konservativen waren zwar politisch schwach und bislang die großen Verlierer innerhalb der geistlich-revolutionären Staatsklasse (vgl. Kap. II.3), sie besaßen jedoch mit dem bisherigen Staatspräsidenten Khâmene'î einen mächtigen Vertreter und wußten in den Bâzâr-Händlern eine sowohl organisatorisch als auch finanziell einflußreiche Klientel hinter sich, der eine Liberalisierung der Wirtschaft am Herzen lag[236].

---

[235] In der Literatur wurde der Einbindung reformorientierter Kräfte bislang wenig Beachtung geschenkt. Den meisten Autoren gelingt es nicht, eine Trennung zwischen den technokratischen Kräften und dem von Rafsanjânî repräsentierten pragmatischen Segment der islamistischen Staatsklasse zu vollziehen. Die Begriffe "Pragmatiker", "Moderate" oder "Technokraten" werden allzu oft synonym verwendet, was zwangsläufig die Motivation beider Gruppen verschleiert.

[236] Wettbewerbsverzerrungen durch Subventionen wie auch Beschränkungen im Außenhandel schmälerten ihre Gewinne, sie waren deshalb am Abbau dieser Einschränkungen interessiert.

Relativer Pluralismus des politischen Systems

Der Zugang zu hohen Wahlämtern blieb zwar auch nach Khomeinîs Tod durch Kandidatenselektion des Wächterrates auf Anhänger der von Khomeinî etablierten Doktrin der Herrschaft des Rechtsgelehrten (*velâyat-e faqîh*) beschränkt (vgl. Kap. II.2). Dennoch konnte das Volk frei zwischen Kandidaten der rivalisierenden Staatsklassensegmente und somit deren Entwicklungsstrategien wählen. Infolge einer Auffächerung der politischen Herrschaft nach dem Tod Khomeinîs, der bislang die Richtlinien der Politik bestimmt hatte, war es dem Volk durch Wahl erstmals möglich, auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes Einfluß zu nehmen. Zwar konnte der islamische Charakter des iranischen Systems durch Wahl nicht verändert werden, dessen Ausrichtung jedoch durch Volksvotum mitbestimmt werden[237].

[237] Ganz deutlich wurde dies, als sich das Volk 1997, allen widrigen Machtverhältnissen in der Legislative und den Empfehlungen des Revolutionsführers Khâmene'î zum Trotz, völlig überraschend für Muhammad Khatâmî als Staatspräsidenten entschied.

> "[Die Radikalen] sind Spaltungen, Fanatismus und Mißverständnissen unterworfen… [Sie sind] erstarrt in ihren Überzeugungen… [und] unfähig, sich an veränderte Bedingungen anzupassen."
>
> Hâschemî Rafsanjânî, 1988[238]

3. Die Entmachtung der Radikalen

Mit seinem von Technokraten dominierten Kabinett stand Rafsanjânî nach dem Tod des Revolutionsführers vor der schwierigen Aufgabe der Säkularisierung bestimmter Lebensbereiche, ohne dadurch Verrat am revolutionär-islamischen Erbe Khomeinîs zu begehen[239]. Dies zwang die Rafsanjânî-Administration zu manch rhetorischem Kunstgriff: So wurde unter dem Vorzeichen sich verbessernder Beziehungen zum Ausland versucht, den militärischen Export der Islamischen Revolution zu unterbinden, was von den Radikalen als Abweichen von der "Linie des Imam" erbittert bekämpft wurde. Rafsanjânî rief die Iraner daher dazu auf, sich auf allen internationalen Schauplätzen, von den Vereinten Nationen bis zu den Olympischen Spielen, zu engagieren, um die Revolution durch Leistung und "rhetorische Feuerkraft" zu exportieren[240].

Die Doppel-Allianz und die neue Macht der Wähler hatten zwar den Sieg Rafsanjânîs in den Präsidentschaftswahlen von 1989 begünstigt (94,5% der Stimmen)[241], die Legislative wurde jedoch auch weiterhin von den radikalen Befürwortern eines vertieften staatlichen Interventionismus und einer streng

---

[238] Am 14. Okt. 1988 in einer von *Radio Teheran* übertragenen Freitagspredigt. Vgl. auch *Summary of World Broadcasting* (SWB), the Middle East and Africa, 17. Okt. 1988.

[239] Vgl. z.B.: *Haghayeghi, M.* (1993): Politics and Ideology in the Islamic Republic of Iran. *Middle Eastern Stud*. 29/1, S. 36-52; und *Green, J.D.* (1993): Ideology and Pragmatism in Iranian Foreign Policy. *J. of South Asian and Middle Eastern Stud.* 17/1, S: 57-75.

[240] Vgl. *Amuzegar* 1997a, S. 315. Zu den neuen Prioritäten der iranischen Wirtschaftspolitik und den Problemen mit den Radikalen vgl. *Shahabi, S.* (1995): The Islamic Factor in International Economic Cooperation. A View from within. In: *Guazzone* (Hrsg.): The Islamist Dilemma. Reading: Ithaca Press, S. 307-315; *Steinbach, U.* (1993): Iran zwischen Ideologie und Pragmatismus. *Europa-Archiv* 48/18, S. 517-524, und *Vassiliev, R.* (1995): Islamic Iran: Changing Priorities in the Name of Survival. *Jime Rev*. 30, S. 5-15.

[241] Selbst nach den Aussagen westlicher Beobachter handelte es sich 1989 um eine faire Wahl ohne nennenswerte Unregelmäßigkeiten. Vgl. auch *Maull, H.W. & O. Pick* (Hrsg.) (1989): The Gulf War. Regional and International Dimensions. London. S. 196.

islamischen Gesellschaft beherrscht. Da die Reformen zugunsten einer deregulierten Ökonomie durch die Opposition des radikal dominierten Parlaments extrem verlangsamt und in Teilen sogar blockiert wurden[242], war die Verdrängung der Radikalen aus den Schaltstellen der Macht eines der Grundbedürfnisse der Reform-Anhänger. Mehrere Faktoren kamen der Koalition um Rafsanjânî dabei zugute:

Khomeinîs Dekret

Am 7. Januar 1988 sprach Khomeinî der Regierung in einem Dekret die Macht zu, "jegliche legitimen Abkommen zu widerrufen… [die] im Widerspruch zu den Interessen des Islam und des Landes stehen"[243]. Rafsanjânî interpretierte das Dokument nach seinem Machtantritt zu seinen Gunsten und vertrat die Überzeugung, daß damit die in einer revolutionären Phase gefaßten und nun die Handlungsfreiheit der Regierung einschränkenden Kabinettsbeschlüsse im Interesse des Landeswohls widerrufen werden können. Dies eröffnete den Pragmatikern die Möglichkeit, unter Berufung auf den verstorbenen Gründervater der Islamischen Republik einen gewissen Wandel in Wirtschafts- und Außenpolitik herbeizuführen und die politischen Überzeugungen der Radikalen als überholt abzutun. So konnte nun auch eine innenpolitisch bislang schwer zu rechtfertigende externe Kredit-aufnahme vertreten werden[244].

Rafsanjânî wird Oberkommandierender der Streitkräfte

Am 2. Juni 1988 wurde Hâschemî Rafsanjânî, damals noch Parlamentspräsident, von Khomeinî zum Oberkommandierenden der Streitkräfte ernannt. Diese sollte er restrukturieren und aus dem achtjährigen Krieg mit dem Irak herausführen. Rafsan-

---

[242] Trotz Opposition zum Reformkurs billigte das 3. Iranische Parlament (1988-92) auch viele von Rafsanjânîs kontroversen Eingaben, inclusive ausländische Kredite im Umfang von 27 Mrd. $ für den Ersten Fünfjahresplan (1989/90-1993/94). Die Hoffnung der Rafsanjânî-Koalition war jedoch, durch den Ausschluß einiger prominenter Radikaler eine "symbolische Wende" einzuleiten, die helfen würde, die von Rafsanjânî angestrebten wirtschaftlichen Reformen zu beschleunigen (*MEED* 10. Apr. 1992).

[243] Anlaß dieses an Staatspräsident Khâmene'î gerichteten Schreibens waren dessen Äußerungen über die Grenzen der Macht der Regierung. Nach seiner Auffassung konnte diese sich nicht gegen einmal gefaßte Beschlüsse wenden. Zu Âyatollâh Khomeinîs Dekret vgl. *Reissner, J.* (1988): Der Imam und die Verfassung. Zur politischen und staatsrechtlichen Bedeutung der Direktive Imam Khomeinis vom 7. Jan. 1988. *Orient* 29/2, S. 213-236.

[244] Vgl. Verfassung der Islamischen Republik Iran, Artikel 43, Ziffer 8.

jânî nutzte seine Position geschickt aus, um die verschiedenen bewaffneten Gruppierungen unter eine einheitliche Führung zu stellen[245]. Dadurch sollte einerseits das revolutionäre Kompetenzchaos entflochten werden, welches nach wie vor die Befehlsstrukturen von regulärer Armee, Revolutionshütern, *Hizbollâh* und *Basij*-Miliz beherrschte[246]. Andererseits war Rafsanjânî bemüht, auf diese Weise die Macht der unberechenbaren Revolutionshüter (*pâsdârân*) zu brechen. Diese standen aufgrund ihrer sozialen Herkunft - sie rekrutieren sich überwiegend aus den armen, religiösen Unterschichten - unter dem Einfluß der Radikalen und wandten sich gegen die Liberalisierung der Wirtschaft (Subventionsabbau) und die in ihren Augen "unislamische" gesellschaftliche Öffnung. Die Fusionsbestrebungen stießen im Kommandorat der Revolutionshüter auf erhebliche Widerstände. Rafsanjânî beantwortete sie mit Säuberungsaktionen[247]. Nur zwei Tage nach Rafsanjânîs Ernennung zum Staatspräsidenten drängte er das Parlament zur Schaffung eines Verteidigungsministeriums, das die reguläre Armee bei der Eingliederung der Revolutionshüter unterstützen sollte[248]. Zwar wurde der Gesetzesentwurf vom Wächterrat aufgrund mangelnder Konformität mit der Islamischen Verfassung abgewiesen[249], durch seine Säuberungen war es Rafsanjânî jedoch gelungen, den Einfluß der Revolutionshüter sowohl im Wirtschaftsleben als auch in der Gesellschaft deutlich zurückzudrängen[250].

---

[245] Am 4. Juni 1988 spricht sich Rafsanjânî für eine "umfassende Kommando-Zentrale" aus (*FBIS* 6. Jun. 1988) und äußert am 6. Oktober 1988, daß die Einheiten der Revolutionshüter der Armee in ihren Aufgaben lediglich "helfen" (*FBIS* 7. Okt. 1988) - ein ungeheurer Affront gegenüber den Wegbereitern der Islamischen Revolution. Eine "Konkurrenz zwischen den Revolutionshütern und der Armee", so Rafsanjânî am 20. Oktober 1988, "sei unerträglich" (*FBIS* 21. Okt. 1988). Vgl. auch *Washington Post* 3. Jun. 1988 und *FBIS* 2. Jun. 1988.

[246] Das Kompetenzchaos hatte immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen diesen Kräften geführt. Für eine umfassende Darstellung der diversen bewaffneten Gruppierungen vgl. *Schirazi* 1997, S. 151 ff.

[247] Am 25. Oktober 1988 berichtete *Iran´s Flag of Freedom Radio*, daß 120 Offiziere der Revolutionshüter verhaftet wurden, weil sie sich dem Oberkommandierenden der Streitkräfte, Rafsanjânî, widersetzt hätten. Einige von ihnen wurden exekutiert (*FBIS* 27. Okt. 1988). In der Folgezeit kommt es vermehrt zu Attentaten auf Rafsanjânî, deren Urheber innerhalb der Revolutionshüter vermutet werden. So auch bei dem Attentat am 1. Februar 1994, zu dem sich die "Freien Offiziere der Revolutionswächter" bekennen (*Der Spiegel* 6/1994, S. 126). Am 25. Juli 1989 kommt es zu erneuten Exekutionen (*FBIS* 31. Jul. 1989), die offizielle Begründung lautet "Kooperation mit Amerika und Versuch des Umsturzes des Islamischen Gesetzes".

[248] Rafsanjânî wird am 17. August 1989 als Staatspräsident eingesetzt. Am 19. August wird über Rafsanjânîs Eingabe zur Gründung eines Verteidigungsministeriums abgestimmt. *Washington Post* 20. Aug. 1989; *FBIS* 21. Aug. 1989.

[249] Am 19. Jul. 1990 (*FBIS* 24.8.1990).

[250] Die Revolutionshüter sind für die Überwachung von Produktionsprozessen zuständig, für Fragen der inneren Sicherheit, der Landesverteidigung und der Einhaltung islamischer Verhaltensnormen.

Die Instrumentalisierung des Wächterrates

Nachdem es der Rafsanjânî-Koalition in den Präsidentschaftswahlen vom April 1989 gelungen war, die Radikalen um Premierminister Mûsavî aus der Exekutive zu verdrängen, wurde die Verdrängung der Radikalen aus dem Expertenrat betrieben. Der Sitz des Gremiums wurde im Juli 1990 zunächst aus der Radikalen-Hochburg Qom ins pragmatisch-konservativ dominierte Teheran verlegt, sodann wurde eine Änderung der Wahlmodalitäten beschlossen[251]. Die 83 Mitglieder des Expertenrates waren bislang durch eine informelle Gruppe von drei Theologen in Qom gewählt worden, von nun an fiel dies in die Zuständigkeit des 12-köpfigen "Wächterrates der Islamischen Verfassung" (*schûrâ-ye negâhbân*), von dessen Mitgliedern Revolutionsführer Khâmene'î laut Verfassung sechs persönlich bestimmt[252]. Durch Selektion dieses Gremiums, das Kandidaten auf ihre "islamische Gesinnung" hin überprüft, konnten in den im Oktober 1990 abgehaltenen Wahlen zum Expertenrat viele namhafte Vertreter der Radikalen ausgeschlossen werden[253].

Der konservativ-dominierte Wächterrat war es auch, der dem Reformbündnis in den Parlamentswahlen von 1992 zu einer Mehrheit in der Legislative verhalf. Unter dem Vorwand, "Analphabeten" eine Kandidatur zu verwehren[254], disqualifizierten die Verfassungswächter rund ein Drittel der 3150 Kandidaten. Darunter befanden sich auch 30 prominente Mitglieder des letzten Parlaments[255]. Obwohl aus Angst vor Streiks noch kurz vor der Wahl die Kandidatur einiger einflußreicher Radikaler gestattet wurde, erlitten diese eine erdrutschartige Niederlage. In Teheran mit seinen 30 Parlamentssitzen gewannen die Radikalen keinen einzigen Wahlkreis. Mit rund

---

[251] In die Zuständigkeit des Expertenrates fällt u.a. die Wahl des zukünftigen Revolutionsführers (dieser übt sein Amt auf Lebenszeit aus). Zu den Wahlmodalitäten vgl. Artikel 107-112 der Verfassung der Islamischen Republik Iran.

[252] *MEED* 3. Aug. 1990.

[253] Die Wahlen fanden trotz heftiger Kritik der Radikalen am 3. Oktober 1990 statt (*MEED* 12. Okt. 1990, S. 15 f.; vgl. auch *Menashri* 1992, S. 393 und *Entessar* 1994, S. 29.

[254] Nach Aussage des Sekretärs des Wächterrates, Âyatollâh Ahmad Jannatî (1. Apr. 1992), wurde nur Analphabeten eine Kandidatur versagt. Um die betreffenden Bewerber nicht zu demütigen, so Jannatî, wurde die Liste der abgelehnten Kandidaten nicht veröffentlicht (*MEED* 10. Apr. 1992).

[255] Zu den prominenten Ausgeschlossenen zählten der radikale Parlamentspräsident Mohtaschemî (1989-1992), der Führer der US-Botschaftsbesetzer Muhammad Asqar Mûsavî Kho'eynîhâ, der Vorsitzende der Revolutionsgerichte Sâdeq Khalkhâlî, der Vorsitzende der Märtyrer-Stiftung Mehdî Mahdavî Karrûbî und der Herausgeber der radikalen Zeitschrift *Jahân-e Islâm* Hâdî Khâmene'î, ein Bruder des Revoltionsführers.

70% der Parlamentssitze ging das Reformbündnis als klarer Sieger aus der Wahl hervor[256].

Begünstigt wurde diese "berechnende Eliminierung"[257] eines Staatsklassensegments durch Âyatollâh Khâmene'îs Parteiergreifen zugunsten von Rafsanjânî, den er als "hart arbeitenden Präsidenten" charakterisierte[258]. Ebenso spielte die Stimmung der Bevölkerung dem Reformbündnis in die Hände, da mit den Radikalen eine Dekade der Repression, Bürokratie und Willkürherrschaft assoziiert wurde[259]. Der Einfluß des geistlich-radikalen Elitensensegments blieb fortan auf eine Opposition außerhalb der drei Gewalten beschränkt. Machtzentren waren weitherhin die vom Parlament unabhängige Interessengruppe "Vereinigung der Kämpfenden Geistlichen Teherans" (RMT) mit ihrer Hochburg in der theologischen Lehranstalt von Qom[260], Teile der Streitkräfte, einflußreiche Stiftungen zum Wohle der Bedürftigen (*bonyâd*)[261] sowie eine Reihe von Presseorganen, darunter *Salâm, Keyhân* und *Sobh*) (vgl. auch Abb. 3)[262].

---

[256] *MEED* 22. Mai 1992. Für eine allgemeine Darstellung der Wahlen vgl. auch *Sarabi, F.* (1994): The Post-Khomeini Era in Iran. The Elections of the Fourth Islamic Majlis. *Middle East J*. 48/1, S. 89-107.

[257] *MEED* 10. Apr. 1992. Ein Kommentar von Âyatollâh Abolqâssem Khazâ'elî (Mitglieds des Wächterrates) sorgte vor den Parlamentswahlen für Furore: "[Der Wächterrat läßt] keine schlechten Elemente ins Parlament einziehen. Wir werden DDT sprühen" (*MEED* 10. Apr. 1992).

[258] Beim Teheraner Freitagsgebet (27. März 1992) forderte Âyatollâh Khâmene'î: "diejenigen, welche die Arbeit der Regierung vom Podium des Parlaments aus verhindern … und gegen… [die Regierung] hetzen, sollen identifiziert werden, damit das Volk sie nicht wählt" (*MEED* 10. Apr. 1992).

[259] Vgl. *Behdad* 1995, S. 116.

[260] Zur RMT vgl. Kap. II.3.

[261] So die Stiftung des 15. Khordâd (*bonyâd-e pânzdah-e khordâd*) und die Märtyrer-Stiftung (*bonyâd-e schahîd*). Die religiösen Stiftungen sind nur dem Revolutionsführer gegenüber Rechenschaft schuldig und sind daher, wie auch aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke (10% des BIP) ein ernstzunehmender Machtfaktor im Iran. Sie verwalten den Besitz der in der Revolution geflohenen Schâh-Klientel zugunsten der armen Bevölkerung.

[262] Zu den Entwicklungen in der Staatsklasse nach Khomeinîs Tod vgl. *Barzin, S.* (1995): Factionalism in Iran. *The World Today* (London) 51/10, S. 202-205; *Vakili-Zad, C.* (1994): Conflict among the Ruling Revolutionary Elite in Iran. *Middle Eastern Stud*. 30/3, S. 618-631; und *Siavoshi, S.* (1992) Factionalism and Iranian Politics: The Post-Khomeini Experience. *Iranian Studies* 25/3-4, S. 27-49.

"Wir werden versuchen, unsere Ideale zu wahren, doch müssen wir auch die Bedürfnisse der Menschen stillen".

Hâschemî Rafsanjânî, 1988[263]

IV. KAPITEL

Rafsanjânîs Reformprogramm

Die sich anschließende Darstellung von Rafsanjânîs Reformpolitik muß als vorläufig betrachtet werden, da die wissenschaftliche Diskussion aufgrund eines bislang nur unvollständig zugänglichen Datenmaterials keineswegs abgeschlossen ist[264]. Die Arbeit muß sich demzufolge neben einigen wichtigen Werken der Sekundärliteratur auf eine Vielzahl von Primärquellen stützen. Durch die Widersprüchlichkeit einiger Aspekte der Reform wie auch durch die Ungenauigkeiten manch wissenschaftlicher Arbeit wird das Vorgehen nicht erleichtert[265].

Alle Einflüsse zu berücksichtigen, die auf den Reformprozeß gewirkt haben, ist nicht nur aufgrund des Rahmens dieser Arbeit kaum zu bewerkstelligen. Wichtige

---

[263] In einer von *Radio Teheran* übertragenen Freitagspredigt (9. Okt. 1988). Vgl. auch *Summary of World Broadcasting* (SWB), the Middle East and Africa, 11. Okt. 1988.

[264] Die iranische "Plan- und Haushaltsbehörde" veröffentlicht entsprechende Daten aus "strategischen" Gründen zumeist mit erheblichen Verzögerungen.

[265] So die kontroverse Steuerpolitik: Einerseits bestand der Anspruch, Steuervergünstigungen zu streichen (vgl. Kap. IV.1 "Steuern"), andererseits räumte die Regierung zur Förderung des Privatsektors großzügige Steuervorteile ein (vgl. Kap. IV.1 "Privatsektor"). Auch die Aussagen zum Export der Islamischen Revolution waren kontrovers. Einerseits sollte deren militärische Ausbreitung gestoppt werden, andererseits werden islamistische Organisationen im Ausland explizit militärisch unterstützt (vgl. Kap. III.3 und IV.1 "Außenpolitik/…").

Viele Arbeiten machen sich der Ungenauigkeit schuldig. Zugegebenermaßen ist es problematisch, daß vom Parlament ratifizierte Gesetzesvorlagen oft sehr viel später am Wächterrat scheitern und so nie Umsetzung finden. Welche Gesetzeseingaben nun wirklich Gesetz werden, ist oft schwer feststellbar, zumal das entsprechende Datenmaterial meist nur aus verstreuten Primärquellen bezogen werden kann. Viele Autoren behandeln Gesetzeseingaben der Regierung jedoch wie verabschiedete Gesetze. So behauptet beispielsweise *Steinbach*, "eine Regierungsverordnung erlaubt ausländische Investitionen bis zu 100%". Eine solche Eingabewurde seitens der Regierung zwar gemacht, das Gesetz scheiterte jedoch bereits am Widerstand des Parlaments (vgl. Kap. IV.3). Vgl. *Steinbach, U.* (1993): Politik im Zeichen der Reislamisierung. Die Islamische Republik Iran. *Informat. zur Polit. Bildung* 1/1993, S. 15-20.

äußere oder innere Faktoren, die den Reformprozeß begünstig oder beeinträchtigt haben, werden, soweit es die Fragestellung der Arbeit verlangt, Berücksichtigung finden. Zugunsten einer klaren Darstellung und der Vermeidung von Wiederholungen können die Auswirkungen von Windfallgewinnen, US-Embargo, Brotunruhen und der Abwendung früherer Bündnispartner in diesem Kapitel nur ansatzweise abgehandelt werden. In Kapitel V, das die Ursachen des Scheiterns thematisiert, werden sie jedoch ausführlich beschrieben und ihr Einfluß auf den Reformprozeß diskutiert.

Im folgenden Kapitel werden zunächst die Ziele des Reformprogramms vorgestellt. Neben einer allgemeinen Darstellung makroökonomischer Richtwerte des Fünfjahresplanes soll dieser in seinen Teilaspekten kurz skizziert werden (Kap. IV.1). Im Anschluß daran wird eine allgemeine Bilanz der Reform gezogen (Kap. IV.2). Sodann werden der Gang der Reform und ihr Scheitern in einigen Facetten ausführlicher dargestellt (Kap. IV.3).

1. Der Erste Fünfjahresplan

Die von der Koalition um Rafsanjânî angestrebte Politik der "wirtschaftlichen Konsolidierung und strukturellen Anpassung" (*tasbît o ta'dîl-e eqtesâdî*)[266] sollte die in hohem Maße regulierte und von Mißwirtschaft geleitete iranische Kriegsökonomie in ein "marktorientiertes und effizientes System"[267] verwandeln. Neben der Neuordnung des iranischen Wirtschaftssystems galt es, den Wiederaufbau des zerstörten Iran in den Bereichen Industrie, Infrastruktur und Wohnraum voranzutreiben.

Nach dem Regierungsantritt des Reformbündnisses sollten diese Zielsetzungen in einem fünfjährigen Entwicklungsplan (1989/90-1993/94) Umsetzung finden. In groben Zügen wurde dieser noch vom sterbenden Âyatollâh Khomeinî abgesegnet. Zugunsten einer marktgerechten Atmosphäre für Privatkapital und ausländische Investoren wurde parallel zum Wirtschaftsplan eine Liberalisierung der islamischen Gesellschaft angestrebt. Da Rafsanjânî den Einfluß von Geistlichen in der Exekutive zugunsten von Technokraten stark zurückgedrängt hatte, setzte sich sein

---

[266] Rafsanjânîs Politik der "wirtschaftlichen Konsolidierung und strukturellen Anpassung" hat oft als "iranische Perestroika" in die westliche Literatur Eingang gefunden, vgl. z.B. *Richard, Y.* (1990): Une perestroika iranienne. *Les Cahiers de l'Orient* 18/2, S. 9-13.

[267] *Amuzegar* 1997a, S. 317.

"Kabinett des Aufbaus" überwiegend aus im Westen ausgebildeten Ingenieuren, Medizinern, Juristen und Volkswirten zusammen[268]. Daß nur noch die Ressorts Justiz, Kultur/Islamische Rechtleitung, Information und Innere Angelegenheiten geistlichen Aufsehern oblagen, begründete Rafsanjânî am 19. August 1989 bei der Vorstellung seiner Kandidaten im Parlament mit den "Zwängen des Wiederaufbaus"[269].

Der Erste Fünfjahresplan[270] sah ein reales Wachstum des BIP von 8% / Jahr vor und sollte zu einem jährlichen Anstieg des pro Kopf-Einkommens von 5% führen. Erzielt werden sollte dieses Wachstum vor allem durch die Wiederinbetriebnahme und Auslastung von Industrieanlagen, die während des Krieges nicht bzw. nur bedingt genutzt werden konnten. Darüber hinaus wurde eine drastische Reduzierung des Haushaltsdefizits von 2146 Mrd. Rial (1988/89) auf 95 Mrd. Rial am Ende der Planperiode angestrebt. Um dies zu erreichen, sollten überfällige Finanzreformen durchgeführt, Subventionen gekürzt und die Steuergesetzgebung verbessert werden. Eine jährliche Reduktion der Staatsausgaben von 6,6% wurde angestrebt. Dies sollte auch zu einer Senkung der jährlichen Inflationsrate von 28,9% auf 8,9% bei Ende der Planperiode beitragen.

Der Plan ging zwischen 1988/89 und 1993/94 von einem Anstieg der Ölpreise von 14,2 $ auf 21,4 $/Barrel aus, was bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Fördermenge einen Anstieg der jährlichen Öleinnahmen von 7,3 auf 17,9 Mrd. $ bedeutet hätte. Einnahmen aus dem Erdölsektor hätten demnach 71% des im Plan vorgesehenen Devisenbedarfs für Importe gedeckt.
Die im Inland zu tätigenden Investitionen sollten zur Hälfte durch Anleihen beim Ausland (27,4 Mrd. $), ansonsten aber durch einheimische Mittel (davon 14,3 Mrd. $ in Bankkrediten) gedeckt werden.

---

[268] Vgl. *MEED* 1. Sept. 1989 und *Mozaffari* 1993, S. 615 (unter den Ministern sind laut *Mozaffari* 9 Ingenieure und 6 Personen mit einer höheren akademischen Ausbildung, Ph.D. u.ä.).

[269] Vgl. *Mozaffari* 1993, S. 615.

[270] Die Arbeit muß sich bei der Darstellung von Rafsanjânîs Wirtschaftspolitik im wesentlichen auf den Ersten Fünfjahresplan beschränken, da das Datenmaterial zum zweiten Plan bislang äußerst unzureichend ist. Durch Opposition des Parlaments fand er erst verzögert Umsetzung (1995/96-1999/2000). Die Darstellung des Ersten Fünfjahresplanes geht im wesentlichen auf *Ghasimi* zurück (vgl. *Ghasimi, M.R.* (1992): The Iranian Economy after the Revolution. An Economic Apprisal of the Five-Year Plan. *Internat. J. of Middle East Stud*. 24/4, S. 599 f.).

Währungspolitik: Der Plan forderte eine weitgehende Freigabe der Preise und ein Ende der Rationierung der meisten Konsumgüter. Darüber hinaus sollte eine allmähliche Vereinheitlichung der Wechselkurse erfolgen, eine Aufhebung der Kreditbeschränkungen einheimischer Banken und eine effektive Abwertung der Landeswährung Rial (für einige Importartikel und alle Nicht-Öl-Exporte)[271].

Steuern: Steuervorteile für Produzenten und Konsumenten sollten verringert, das Steuersystem effektiviert werden[272]. Dazu wurde die Neueinstellung von 2500 Steuereintreibern vom Parlament genehmigt[273].

Subventionen: Eine Anhebung der Preise für die Leistungen staatlicher Versorgungsbetriebe (Elektrizität, Wasser, Telekommunikation) sowie für Treibstoff und Gas sollten der weitverbreiteten Verschwendung Einhalt gebieten[274]. Um den Staatshaushalt zu entlasten, sollten überdies die Subventionen für Transport, Medikamente und Grundnahrungsmittel langsam abgebaut werden, da Subventionen das Budget mit rund 15 Mrd. $/Jahr belasten [275].

Infrastruktur: Ein forcierter Ausbau der Infrastruktur wurde angestrebt. Neben dem Wiederaufbau im Krieg zerstörter Landesteile galt es, durch Verbesserung des Versorgungsnetzes die traditionell mit Sezession liebäugelnden Minderheiten der Kurden und Balutschen besser kontrollieren zu können und sie durch Verbesserung ihrer Lebensbedingungen der Revolution zu verpflichten. Zudem sollte der Ausbau der Infrastrukturdas Interesse ausländischer Investoren am Standort Iran wecken. Angestrebt war daher ein verstärktes Engagement zur Verbesserung des Straßen-

---

[271] Die Preise für Güter und Devisen sollten zukünftig von Marktmechanismen bestimmt werden. Die Kreditvergabepolicen wurden durch höhere Zinssätze und verstärkten Wettbewerb zwischen verschiedenen Banken wirtschaftlicher gestaltet.

[272] Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums machten Steuereinnahmen in Haushaltsjahr 1993/94 1/6 des Staatshaushaltes oder 5 % des BIP aus (*IRNA* 5. Mai 1994, 15:13 GMT). Nach Willen der Planer sollten die Steuern um ungefähr 50 % erhöht werden (*MEED* 15. Feb. 1991). Vgl. zum Steuersystem auch: *Roßkopf, F.* (1991): Die Entwicklung des Steuersystems im Iran nach der Revolution von 1979. Berlin. Diskussionspapiere/Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen Orients, 9.

[273] Das Parlament beschloß am 29. Jan. 1991 besagte Neueinstellung (*MEED* 15. Feb. 1991).

[274] Nach Aussage des Teheraner Freitagspredigers Muhammad Lârîjânî gehen dem Staat jährlich 10 Mrd. $ verloren, um die Benzinpreise auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten (*Resalât,* 3. Apr. 1994). Wenn dieser Trend anhält, "so muß der Iran jedes Jahr eine neue Raffinerie errichten, was jährlich 1,5 Mrd. $ kosten würde" (*TVIRI* 2. Mai 1994, 9:30 GMT). Die Preise für Normal-Benzin und Super belaufen sich im Iran auf 0,03 $, bzw. 0,04 $ pro Liter (*International Monetary Fund* (IMF) (1995): Islamic Republic of Iran - Recent Economic Developments. Staff Country Report No. 95/121 (December), Washington, D.C., S. 9).

[275] Rafsanjânî in seiner Freitagspredigt vom 15. April 1994 (davon 11 Mrd. $ für Energie und 4 Mrd. $ für die Grundversorgung (*MEED* 29. Apr. 1994)).

und Telefonnetzes sowie der Bau neuer Flughäfen, Häfen und Elektrizitätswerke. Neue Staudämme sollten neben verbesserter Stromversorgung den Ausbau der Bewässerungslandwirtschaft begünstigen.

Landwirtschaft: Eine Stärkung der vernachlässigten Landwirtschaft sollte auf lange Sicht zur Autarkie in der Lebensmittelversorgung führen. Auf diese Weise sollten wertvolle Devisen eingespart werden, die bislang für Lebensmittelimporte ausgegeben worden waren.

Privatisierung/Industrialisierung: Das Reformbündnis strebte eine Rationalisierung des öffentlichen Sektors durch Dezentralisierung, Reduktion der Betriebsgrößen, marktgerechtes Management, Regionalisierung und die Entlastung der Betriebe von wohlfahrtspolitischen Aufgaben an[276]. Durch Privatisierung sollten unproduktive Staatsbetriebe in wettbewerbsfähige Einheiten verwandelt werden, vorgesehen dazu war ein Viertel der Staatsunternehmen, Schlüsselindustrien ausgenommen[277]. Um exiliranisches Kapital einzuwerben, sollten exiliranische Industrielle, Manager und Ingenieure, bislang als Feinde der Revolution antizipiert, für die Mitarbeit am Wiederaufbau des Landes hofiert werden.

Außenpolitik/ausländische Investitionen: Eine moderate Haltung in der Außenpolitik sollte die Beziehungen zu den muslimischen Nachbarn Saudi-Arabien, Vereinigte Emirate und Türkei verbessern, um eine Förderung des regionalen Handels und eine Stabilisierung des Ölflusses durch den Persischen Golf zu ermöglichen[278]. Dies sollte auch die Wirtschaftsbeziehungen zum Westen verbessern und somit den Weg für internationale Kredite (auch Weltbank)[279] und ausländische Investitionen ebnen. Dazu bedurfte es der Klärung von Finanzfragen mit Investoren aus der Schâh-Zeit und gegebenenfalls auch Entschädigungszahlungen[280]. Zur

---

[276] Im Iran wie auch in den meisten anderen Importsubstitutions-Ökonomien wurden Profite bislang weniger in verbessertes Management, Forschung oder Modernisierung der Betriebe investiert, sondern kamen der Wohlfahrt der Arbeitnehmer zugute. Folge davon sind in der Regel niedrige Produktivität und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit.

[277] Vgl. *Amuzegar, J.* (1992): The Iranian Economy before and after the Revolution. *Middle East J.* 46/3, S 424.

[278] *Amuzegar* nennt es gar eine "Versöhnung mit dem Rest der Welt", vgl. *Amuzegar* 1997a, S. 316 f. Zur regionalen Kooperation vgl. Kap. V.1. Zur Verbesserung der Beziehungen zu den arabischen Golfstaaten vgl. *WSJ* 28. Jun. 1994.

[279] Da westliche Kredite immer noch als Werkzeuge des Imperialismus der Industrienationen angesehen werden, betonten die Pragmatiker immer wieder, daß es sich dabei nur um "*short term reliance on foreign assistance*" handelt (*Amirahmadi* 1992, S. 35).

[280] Vgl. *Allafi, M.H* (1990): Wirtschaftlicher Paradigmenwechsel der Islamischen Republik Iran? Zur Reaktivierung des Industrialisierungsprozesses. *Orient* 31/4, S. 607.

Einwerbung ausländischen Kapitals wurde darüber hinaus eine Liberalisierung für ausländische Investitionen, die Gründung von Freihandelszonen auf Inseln des Persischen Golfes (Qeschm, Kîsch) und eine Garantie für den Gewinntransfer ausländischer Unternehmen angestrebt. Modifikationen im Rechtswesen sollten das im Ausland vorherrschende Bild theokratischer Willkürherrschaft korrigieren. Auch die Zusammenarbeit mit multinationalen Konzernen, bislang als "Repräsentanten des Bösen" geächtet, sollte durch eine Neuauslegung der gesetzlichen Grundlagen hoffähig gemacht werden[281].

Der Revolutionsexport sollte zukünftig durch Leistung und rhetorisches Geschick erzielt werden (vgl. Kap. III.3), gleichzeitig aber sollten der heimische Militärapparat und die "regionale Hilfe" für islamische Gruppen in Afghanistan, Algerien, Libanon und dem Sudan weiter ausgebaut werden[282].

Handel: Im Außenhandel hatte eine "Exportförderungs-Strategie das Importsubstitutions-Dogma ersetzt"[283]. Durch den Abbau von Handelsbarrieren, Kredite, günstig zur Verfügung gestellte Devisen und eine Lockerung der Verpflichtungen von Exporteuren gegenüber staatlichen Banken[284] bemühte sich die Regierung, exportorientierte Produktionsmodelle zu fördern[285].

Privatsektor: Einkommensverluste aus dem Ölsektor sollten durch die Förderung und kontrollierte Einbindung des Privatsektors ausgeglichen werden. Um die Produktion der zum großen Teil aus diesem Sektor stammenden Nicht-Öl-Erzeugnisse (v.a. Teppiche und Früchte) zu fördern, sollten der Privatwirtschaft Steuervorteile eingeräumt und günstige Kredite wie auch Devisen zu bevorzugten Wechselkursen zur Verfügung gestellt werden.

Gesellschaftliche Liberalisierung: Das Reformbündnis stellte die Islamische Republik nicht in Frage. Da die "Revolution" jedoch mit Hilfe der Industriestaaten und einer wirtschaftsliberalen Politik erneuert werden sollte, mußte das revolutionäre Kompetenzchaos entwirrt und die lähmende Islamisierung der Gesellschaft gelockert werden[286]. Dazu sollten Gesetze für die Presse liberalisiert sowie die Zensur von Buchveröffentlichungen eingeschränkt werden. Überdies sollte ein Kulturimport aus dem Westen ermöglicht werden, um die

---

[281] Vgl. Verfassung der Islamischen Republik Iran, Artikel 43, Ziffer 8.

[282] Vgl. *Amuzegar* 1992, S. 425.

[283] *Amuzegar*, 1992, S. 417.

[284] So der Umtausch eines Teiles der erwirtschafteten Gewinne zum niedrigen, staatlich geförderten Kurs.

[285] Vgl. *Allafi* 1990, S. 607.

[286] Vgl. *Hermann* 1994, S. 543.

wissenschaftlichen, technologischen und sozialen Errungenschaften der westlichen Zivilisation in den Dienst der Islamischen Revolution zu stellen. Die gesellschaftliche Rolle der Frau sollte aufgewertet und die unberechenbaren Revolutionshüter in ihrer Kontrollfunktion beschnitten werden. Im Rahmen des "Heiligen Krieges des Wiederaufbaus" (*jehâd-e sâzandegî*[287]) sollten sie nun vermehrt zu Aufbauarbeiten herangezogen werden[288].

Die meisten dieser hochgesteckten wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Ziele des Ersten Fünfjahresplanes konnten, die Infrastruktur ausgenommen, nicht annähernd erreicht werden. Daß der Plan weit hinter seinem Soll zurückblieb, wird im folgenden vor allem durch Zahlenwerte belegt (vgl. auch Tab. 7) In einem weiteren Kapitel (IV.3), das die Reform in einigen Teilbereichen beleuchtet, wird dies auch mit Entscheidungen des Parlaments und des Wächterrates in Verbindung gebracht, die einer entschlossenen Reformpolitik im Wege standen (vgl. auch Kap. V.3).

2. Wirtschaftswachstum, Schuldenkrise und die Rezession - eine Bilanz

In den ersten beiden Jahren des Fünfjahresplanes (1989/90-1990/91) zeigte das BIP mit durchschnittlich 11% erstaunliche Zuwachsraten (real). Der Nicht-Öl-Sektor registrierte eine Verdreifachung seiner Exporte zwischen 1989/90 und 1992/93 (Tab. 4 und 7). Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf die Gewährung finanzieller Anreize für Produzenten zur Förderung des industriellen Wachstums, hohe Windfallgewinne im Erdölsektor infolge der Kuwaitkrise sowie den Wiederaufbau im Krieg zerstörter Industrieanlagen und deren Inbetriebnahme.

Die Windfallgewinne der Kuwaitkrise wurden, ganz den Gesetzmäßigkeiten einer "Rentier-Ökonomie" folgend, nicht etwa zum Aufbau produktiver Sektoren genutzt,

---

[287] Unsinnigerweise in englischsprachigen Publikationen oft mit der Bezeichnung *"constuction crusade"* als "Kreuzzug" übersetzt. Vgl. zur Rolle der *jehâd-e sâzandegî*: *Nadjmabadi, S.* (1993): Aufbau ohne fremde Hilfe: die Iranische Aufbauorganisation Gehad e Sazandegi. *Sociologus* 43/2, S. 168-182.

[288] Dazu sollten auch ausländische Filme in Kinos und Fernsehen Einzug halten. Während im Fernsehen die zensierten Versionen von "Derrick" und "Miss. Marple" liefen und beim Publikum auf große Begeisterung stießen, waren in den Kinos neben iranischen Produktionen jedoch zumeist nur indische Filme zu sehen.

sondern durch Konsumgüterimporte legitimationsstiftend in die Gesellschaft hinein umverteilt. Wurden in Schwellenländern wie Südkorea jährlich 34% des BSP wieder im eigenen Land in produktive Einheiten investiert, so waren es im Iran Anfang der neunziger Jahre gerade einmal 11%[289]. Durch umfangreiche staatliche Konsumgüterimporte sollte die Bevölkerung nach einem entbehrungsreichen Krieg gegen den Irak "entschädigt" werden. Durch eine Überbewertung der Landeswährung Rial kamen die Importe auch den kleinen Konsumenten zugute. Zur Förderung von Wiederaufbauprojekten verschaffte der Staat überdies einer Vielzahl von Unternehmen Zugang zu Devisen zum halben Marktwert[290]. Der weitaus größte Teil dieser Gelder wurde auch hier nicht produktiv reinvestiert, sondern durch Konsumgüterimporte verschleudert, deren Weitervermarktung viel bedeutendere Profite versprach[291].

Tabelle 4: Einnahmen aus der Ölindustrie und dem Nicht-Öl Sektor (Mrd. $)[292].

	1989/90	*1990/91*	*1991/92*	*1992/93*	*1993/94*	*1994/95*	*1995/96*	*1996/97*
Erdöl	12,04	17,93	16,01	16,88	14,33	14,6	15,1	19,27
Nicht-Öl Produkte	1,04	1,31	2,65	2,99	3,75	4,45	3,23	3,23

Als ab 1993 die Weltmarktpreise für Erdöl deutlich zurückgingen, führte dies zu einer schnellen Umkehr der anfänglichen Erfolge und leitete eine Phase des wirtschaftlichen Niedergangs ein.

Das Hauptproblem des Fünfjahresplanes lag in den übersteigerten Erwartungen hinsichtlich der Exporterlöse aus dem Ölsektor (vgl. Kap. IV.1). Parlament und Regierung hatten in ihrer Haushaltsplanung einen Durchschnittspreis von 18 $/Barrel zugrundegelegt[293]. Dieses Planziel konnte jedoch nur vorübergehend dank der Windfallgewinne des Zweiten Golfkrieges erreicht werden. Die Krise ließ die

---

[289] *WSJ* 28. Jun. 1994.

[290] Die Regierung plante 2 Mrd. $ zu *"competitive rates"* an Importeure abzugeben (1 $ = 800 Rial). Der Schwarzmarktkurs betrug zu diesem Zeitpunkt 1300 Rial (*MEED* 13. Apr. 1990, S. 21 ("More importers allowed to claim hard currency"); vgl. auch *Hermann* 1994, S. 551).

[291] Zur Verschwendung durch gespaltene Wechselkurse vgl. *Hermann* 1994, S. 551.

[292] Quelle: Für 1989/90-1994/95: *Kanovsky* 1997/Anhang 5, für 1995/96-1996/97: International Monetary Fund (1998): Islamic Republic of Iran - Recent Economic Developments. Staff Country Report No. 98/27 (April), Washington, D.C., S. 8 u. 37 (Werte für 1996/97 beruhen auf vorläufigen Hochrechnungen).

[293] Vgl. *Fürtig, H.* (1996): Liberalisierung als Herausforderung. Wie stabil ist die Islamische Republik Iran? Verlag das Arabische Buch. S. 14.

Ölpreise Ende 1990 auf bis zu 40 $ steigen und brachte dem Iran mit durchschnittlichen Weltmarktpreisen von 21,35 $/Barrel im Jahr 1990/91 Renteneinnahmen von 17,9 Mrd. $ ein[294]. Diese Entwicklung sollte jedoch nicht von langer Dauer sein. Zwar erhielt der Iran noch im Frühjahr 1993 durchschnittlich 17 $ für ein Barrel Rohöl, doch schon im Jahr darauf waren die Preise bereits unter 13 $/Barrel gefallen (vgl. Tab. 5 und Abb. 5)[295]. Da die Erdöleinnahmen angesichts sinkender Ölpreise nicht mehr ausreichten, um die im Fünfjahresplan vorgesehenen Devisenausgaben für Importe zu decken (vgl. Kap. IV.1)[296], griff die Regierung zur Aufstockung ihres Haushalts in immer höherem Maße auf ausländische Kredite zurück. Eine Revision des in Teilen der Staatsklasse durchaus umstrittenen Planes wollte das Kabinett angesichts eines bis 1992 von den Radikalen dominierten Parlaments vermeiden.

Tabelle 5: Iranische Erdölproduktion und Eigenverbrauch in Mio. Barrel/Tag, Exporterlöse aus dem Erdölsektor in Mrd. US-Dollar (1986/87-1995/96)[297].

	1986/87	*1987/88*	*1988/89*	*1989/90*	*1990/91*	*1991/92*	*1992/93*	*1993/94*	*1994/95*	*1995/96*
Produktion	2,1	2,3	2,6	2,9	3,2	3,4	3,7	3,6	3,6	3,6
Verbrauch	?	?	0,8	0,9	0,9	1	1,1	1,1	1,2	1,1
Export	6,3	10,8	9,7	12,1	17,9	16,1	16,9	14,3	14,6	13,8

Ungeachtet der seit 1990/91 ständig abnehmenden Exporterlöse gingen die Importe weiter. Im Haushaltsjahr 1991/92 kulminierte dies in einem Handelsbilanzdefizit von 6,5 Mrd. $ (vgl. Tab. 6). Die Finanzierung eines Defizits in dieser Höhe wirft für Staaten mit jährlichen Einkommen wie die des Iran für gewöhnlich keine Schwierigkeiten auf. Da langfristige Kredite jedoch aufgrund der Furcht vor auslän-

---

[294] Vgl. *Hetsch, I.* (1992): Islam und Unterentwicklung. Konzeptionelle Ansätze zur Überwindung der Unterentwicklung in islamischen Wirtschaftstheorien: das Beispiel Iran. Verlag K. Schwarz, Berlin. S. 163.

[295] Die Angaben basieren auf den täglich im *Wall Street Journal* publizieten Spot-Markt-Preisen für iranisches Leichtöl (z.B. *WSJ* 1.März 1993 (17,05 $) u. *WSJ* 1. März 1994 (12,80 $)).

[296] Vgl. *Ghasimi*, 1992; S. 600 f.

[297] Quelle: Zahlen für Produktion und Eigenverbrauch (1986/87-1995/96) nach IMF 1996/108. Export-Einnahmen (1986/87-1994/95) nach *Kanovsky* 1997, Export-Einnahmen 1995/96 vgl. United States Dept. of Energy, Energy Information Administration: World Oil Market and Oil Price Chronologies: 1970-1996 (http://eiainfo.eia.doe.gov/emu/cabs/chron.htlm).

discher Dominanz vom Parlament blockiert wurden, war die Regierung gezwungen, auf kurzfristige und um vieles teurere Lieferantenkredite zurückzugreifen[298]. Infolge der rasch anwachsenden Auslandsverschuldung (vgl. Tab. 6) verlor die iranische Zentralbank die Kontrolle über ihre internationalen Obligationen und war Ende 1992 nicht mehr in der Lage, ihren Schuldendienst zu leisten[299]. Im Haushaltsjahr 1993/94 beliefen sich die Verbindlichkeiten im Ausland bereits auf über 23 Mrd. $ (vgl. Tab. 6). Die enormen Verzögerungen in der Rückzahlung von Krediten veranlaßten die westlichen Handelspartner Anfang des Jahres 1993 zur Streichung der staatlichen Handelsgarantien für Exporte in den Iran[300].

Tabelle 6: Iranische Handelsbilanz (Importe/Exporte) und Auslandsverschuldung (1989/90-1996/97)[301]

	1989/90	*1990/91*	*1991/92*	*1992/93*	*1993/94*	*1994/95*	*1995/96*	*1996/97*
Importe (Mrd. $)	13,45	18,33	25,19	23,27	19,28	12,61	12,77	14,88
Exporte (Mrd. $)	13,08	19,31	18,66	19,87	18,08	19,43	18,36	22,49
Handelsbilanz	-0,37	0,98	-6,53	-3,41	-1,21	6,82	5,59	7,61
Auslandsverschuldung	-	6,22	10,88	15,98	23,04	22,74	21,93	16,84

Zur Bekämpfung der Schuldenkrise zwang das Parlament der Regierung verschärfte Importkontrollen auf, begrenzte die Devisenzuteilungen für Unternehmer und weigerte sich, einer weiteren Kreditaufnahme zuzustimmen[302].

Dies leitete eine Rezession in der iranischen Nicht-Öl-Industrie ein. Viele private und staatliche Betriebe waren aufgrund ihrer Abhängigkeit von importierten Vor-

[298] Vgl. *Hermann* 1994, S. 552.

[299] *WSJ* 28. Jun. 1994. Nach dieser schmerzlichen Erfahrung, die den Iran in die Zahlungsunfähigkeit trieb, wurden die angestrebten Erlöse aus Erdölexporten vom Parlament stark zurückgeschraubt und lediglich noch mit 10,2 Mrd. $ veranschlagt. Für den Staatshaushalt 1994/95 wurde nur noch ein Ölpreis von 13 $/Barrel zugrundegelegt (*Handelsblatt* 5. Apr. 1994).

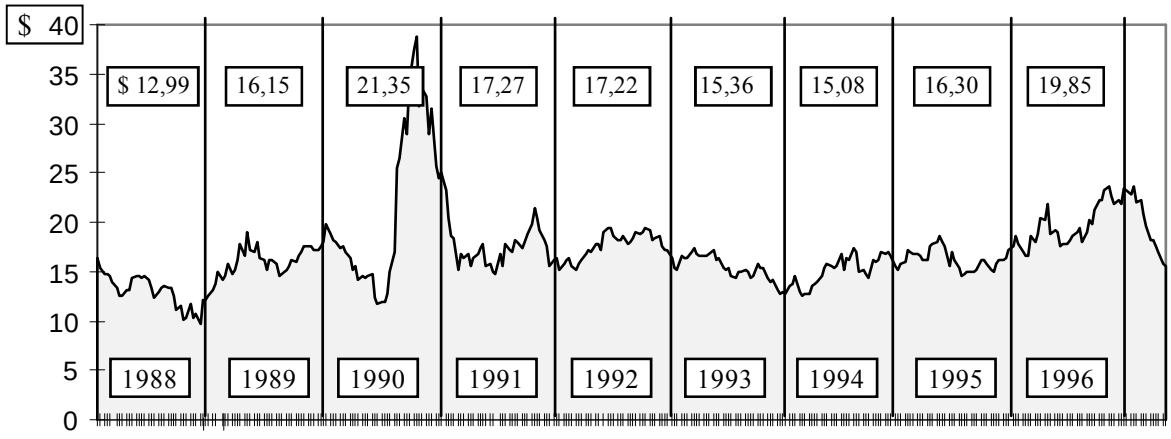
[300] Im Januar 1993 weigerte sich die Bundesrepublik, weitere Hermesbürgschaften für Transaktionen mit dem Iran zu übernehmen. Dieser Entscheidung schlossen sich 1993 auch Belgien, Frankreich, Italien, England und Spanien an. Vgl. MEED 29. Jan. 1993, S. 20 ("Some trade partners stop export cover"). Im August 1993 beliefen sich die Zahlungsrückstände bereits auf 5 Mrd. $ (*MEED* 27. Aug. 1993).

[301] Quelle: Für das Jahr 1989/90: *Kanovsky* 1997/Anhang 5, für 1990/91-1993/94: IMF 1995, S. vii, für 1994/1995: IMF 1996, S. 45, für 1995/96-1996/97: IMF 1998, S. 10 (Werte für 1996/97 beruhen auf vorläufigen Hochrechnungen).

[302] *MEED* 23. Apr. 1993 ("Imports slashed to match lower oil revenues").

produkten gezwungen, ganze Abteilungen stillzulegen und Arbeitnehmer zu entlassen[303]. So ging die Auslastung der Betriebe im Haushaltsjahr 1994/95 um die Hälfte zurück. 1995/96 produzierte die iranische Nicht-Öl-Industrie mit gerade noch 10-20% ihrer Kapazität[304]. Auch der Ölsektor wurde von dieser Rezession nicht verschont. Infolge der Importdrosselung konnten wichtige Reparaturen an den Ölförderanlagen nicht mehr vorgenommen werden, und selbst Gasinjektionen, die ein Konstanthalten der Fördermenge garantiert hätten, mußten aufgeschoben werden[305]. Wegen technischer Schwierigkeiten konnte der Iran 1994/95 gerade noch so viel Öl produzieren, wie dem Land seitens der OPEC für den Export zugebilligt wurde. Infolge des hohen Eigenbedarfs lagen die iranischen Exporte jedoch weit unterhalb dieser Quote (vgl. Tab. 5)[306].

Abbildung 5: Entwicklung der Spot-Markt-Preise für iranisches Leichtöl (Januar 1988 - April 1997). Im oberen Teil des Schaubildes die jährlichen Durchschnittspreise/Barrel (in US-$)[307].



[303] Vgl. *Hermann* 1994, S. 553.

[304] *Börsenblatt* 10. Mai 1995; *Handelsblatt* 7. März 1996.

[305] Vgl. *Hermann* 1994, S. 553.

[306] *Handelsblatt* 14. Feb. 1995.

[307] Vom Autor erstellt nach Daten des *Wall Street Journal*, erhoben jeweils am 1., 10. und 20. eines Monats. Fiel dieses Datum auf ein Wochenende, wurden die Werte des nächtstliegenden Tages verwendet.

Spätestens jetzt wurde den Planern klar, daß die im Rahmen des Ersten Fünfjahresplanes angestrebten Wachstumsraten völlig unrealistisch waren[308]. In der Nicht-Öl-Produktion sank das Wachstum von 17% (1990-1992) auf 2,4% (1993/94)[309]. Die Zuwachsrate des BIP lag 1994/95 gerade noch bei 1,5%[310] (vgl. auch Tab. 7).

Tabelle 7: Bruttoinlandsprodukt (hier GDP) und sektorales Wachstum während des Ersten Fünfjahresplanes, 1989/90-1993/94 (in %)[311].

	1989/90	*1990/91*	*1991/92*	*1992/93*	*1993/94*	*Average 1989-94*
GDP at Factor Cost						
Plan target	7,9	9,2	6,8	8,5	8,3	8,1
Realized	4,2	11,5	10,1	5,9	5,1	7,4
Agriculture						
Plan target	4,2	4,6	6,1	7,1	8,5	6,1
Realized	3,7	8,1	5,1	7,4	5,5	6
Oil						
Plan target	21,4	9,6	3,4	11,3	3	9,7
Realized	7,7	19,9	11,1	1,5	3,6	8,8
Industry & Mining						
Plan target	14,8	15,3	14,6	16,4	13,8	15
Realized	6,6	13,4	17,1	4,7	2,3	8,8
Construction						
Plan target	29,1	15,7	12,4	10,1	6,4	14,7
Realized	-1,7	2,9	15,9	8,1	2,4	5,5
Water and Power						
Plan target	6,4	7,2	11,7	5,3	15,4	9,2
Realized	11	19,4	15,5	8,4	9,7	12,8
Transp. & Communic.						
Plan target	5,1	5,7	4,6	4,4	5,6	5,1
Realized	9,2	21,6	16,3	11,4	7,8	13,3
Other Services						
Plan target	4,2	7,2	7,4	7,2	7,2	6,6
Realized	0,5	6,6	7,6	7,2	7,1	5,8

[308] Vgl. *Amuzegar* 1997a, S. 353.

[309] *FAZ* 23. Mai 1995; IMF 1995, S. 13 ff.

[310] *Amuzegar* 1997a, S. 339.

[311] Quelle: IMF 1995, S. 72 (nach Angaben der iranischen Plan- und Haushaltsbehörde, Haushaltsjahre enden jeweils am 20. Mai); vgl. auch *Amuzegar* 1997a, S. 339.

1994 brachte ein Umschuldungsprogramm mit Deutschland dem Iran eine gewisse Erleichterung. Da sich auch die meisten anderen europäischen Gläubigerländer dem deutschen Beispiel anschlossen, war die Regierung in der Lage, 14 Mrd. $ an kurzfristigen Krediten umzuschulden. Eine systemgefährdende Schuldenkrise konnte somit abgewendet werden, ohne daß dem Iran von seinen Gläubigern die harten Disziplinarprogramme des Internationalen Währungsfonds aufgezwungen wurden[312].

Trotz dieser Teilerfolge war der Iran bereits ab Mai 1993 mit einer neuen Krise konfrontiert. In der Absicht, das geistliche Regime wegen dessen Förderung des internationalen Terrorismus in die Knie zu zwingen, verhängten die USA ein Wirtschaftsembargo über den Iran. Zunehmend übten die USA Druck auf internationale Finanzorganisationen aus, was zu einer Streichung von Weltbankkrediten führte, und zwangen die westlichen Handelspartner des Iran zur Stornierung von Geschäftsvorhaben. Im Jahr 1995 wurde das Embargo gesetzlich verankert, ab 1996 wurden Drittländer aufgrund ihrer Wirtschaftsbeziehungen zum Iran bestraft (vgl. Kap. V.1).

Geht man davon aus, daß Rafsanjânî, wie die Literatur es suggeriert, die Schaffung einer Marktwirtschaft anstrebte, so müssen seine Reformen als gescheitert betrachtet werden. Ob diese Annahme aber auch aus der Sicht des Rentierstaats-Konzept haltbar ist, soll in Kapitel V geklärt werden. Bevor allerdings nach Ursachen für ein mögliches Scheitern gefragt wird, soll der Gang der Reformen in vier Teilbereichen detailliert betrachtet werden.

3. Facetten der Reform

Eine umfassende Darstellung der Reform würde nicht nur den Rahmen dieser Arbeit sprengen, sondern wäre auch aufgrund der schwierigen Datenlage problematisch. Die Arbeit beschränkt sich daher auf vier Teilbereiche, anhand derer der Gang der Reform beispielhaft aufgezeigt werden soll. Die Wahl der Beispiele ist dabei nicht willkürlich, sondern greift sich Punkte heraus, die sowohl hinsichtlich der iranischen Rentierstaatlichkeit als auch der neo-patrimonialen Herrschaftsstruktur des Landes als wesentlich erscheinen. In Kürze soll dies erläutert werden:

---

[312] *Amuzegar* 1997a, S. 339.

Durch eine ***Liberalisierung der Gesellschaft***, die Journalisten und Oppositionsparteien größere Freiheiten zugesteht, gefährdet die Staatsklasse auf lange Sicht ihr Herrschaftsmonopol. Durch ***Privatisierung*** und verstärkte Förderung der Privatwirtschaft gibt der Staat wirtschaftliche Kontrollkapazitäten und somit einen Teil seiner Patronagemacht auf. Dadurch schafft die Staatsklasse unabhängige gesellschaftliche Kapitalbasen, wodurch langfristig die Bildung von parallel zum Staat agierenden autonomen Machtblöcken begünstigt wird[313]. Die Kürzung von ***Subventionen*** schränkt die staatliche Patronagemacht ein. Da Staatsklassen von Rentierstaaten ihre Herrschaft zumeist nicht durch demokratische Wahlen legitimieren, sondern allein durch Allokation externer Einkommen, gefährdet der Staat mit sinkenden Leistungen und wachsender Not der Bevölkerung seine Legitimation (vgl. Kap. I.3 und I.5). Die 'kontrollierte' Einbindung des ***Auslandskapitals*** in die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist schon aufgrund der Islamischen Verfassung problematisch, da nicht nur eine "ausländische Dominanz der heimischen Wirtschaft"[314] verhindert werden soll, sondern Firmengründungen von Ausländern der Verfassung zufolge auch "strikt verboten"[315] sind. Die Ansiedlung ausländischer Unternehmen würde zudem die Schaffung eines freien Marktes voraussetzen, was die schmerzliche Rationalisierung unproduktiver Staatsbetriebe mit sich bringen würde. Massenentlassungen würden die Patronagemacht des Staates schmälern und zu Legitimationseinbußen führen. Überdies wäre ein milder politischer wie auch gesellschaftlicher Kurs Vorbedingung eines stärkeren wirtschaftlichen Engagements des Westens. Nach Überzeugung von Radikal- und Traditional-Islamisten wäre dies jedoch Verrat an den Zielen der Revolution und würde den islamischen Charakter des Iran in Frage stellen.

Liberalisierung der Gesellschaft

Die Zurückdrängung der Revolutionshüter aus dem täglichen Leben (vgl. Kap. IV.1) und die offene Diskussion einer Lockerung der Kleiderordnung seitens der

---

[313] Für das Beispiel Ägypten vgl. *Pawelka* 1993, S. 138.

[314] Verfassung der Islamischen Republik Iran, Artikel 43, Ziffer 8.

[315] Verfassung der Islamischen Republik Iran, Artikel 81: "*The granting of concessions to foreigners for the formation of companies or institutions dealing with commerce, industry, agriculture, services or mineral extraction, is absolutely forbidden*".

Pragmatiker[316] hatte Anfang der neunziger Jahre zu einer deutlichen Liberalisierung der islamischen Sittenordnung und zu einer neuen Rolle der Frau im öffentlichen Leben geführt. Frauen wurden als Beraterinnen an Gerichtshöfen zugelassen[317] und durften im Taxi-Gewerbe tätig werden[318]. Zum ersten Mal seit der Revolution konnten wieder Wettkämpfe für Frauen stattfinden[319]. Als Rafsanjânî seine Ehefrau als Vertreterin auf Staatsbesuch nach Libyen schickte, setzte er damit ein Zeichen für eine Zukunft der Frau in der höheren Politik[320].

Durch die Aufhebung der *pre-publication permits* für Bücher und die Schaffung eines Pressegerichts versuchte das Rafsanjânî-Kabinett 1991, den Status von Schriftstellern und Journalisten zu verbessern. Die Einrichtung eines Gerichtes sollte Autoren vor dem eigenmächtigen Vorgehen von Sicherheitskräften und selbsternannten Tugendwächten der *Hizbollâh* schützen. Proteste der Fanatiker sollten auf diese Weise von der Straße in die Gerichtssäle geleitet werden[321].

Die Regierung duldete selbst die Aktivitäten einiger erklärter Oppositionsparteien, welche die von Khomeinî etablierte Staatsdoktrin der Herrschaft des Rechtsgelehrten (*velâyat-e faqîh)* offen ablehnten. Die bedeutendste dieser inneriranischen Gruppen ist die liberale Nationale Freiheitsbewegung (*nahzat-e âzâdî*). Unter dem Schâh verboten, stellte die Partei mit Mehdî Bâzargân den ersten Ministerpräsidenten der Islamischen Republik, war dann aber rasch in ihren politischen Freiheiten beschnitten worden[322].

---

[316] So wurde seitens der Regierung beispielsweise darauf hingewiesen, daß kein Gesetz bunte Kleider verbiete. Bislang waren in der Öffentlichkeit nur schwarze oder dunkelblaue Kleidungsstücke geduldet worden. Regierungsstellen und Universitäten wurden von der neuen Toleranz jedoch ausgenommen (vgl. z.B. *Akhbâr* 12. Nov. 1995, Titel des Artikels: "Für Frauen gibt es keinerlei Beschränkungen mannigfaltige Farben in ihrer Kleidung zu nutzen").

[317] *TVIRI* 24. Apr. 1994, 9:30 GMT.

[318] Dies galt insbesondere für Frauen von Märtyrern des Iran-Irak-Krieges, die nach Ausfallen des Haupternährers so ihre Familie erhalten konnten (Aufzeichnungen des Verfassers, Teheran 1996).

[319] So fanden in Teheran unter Ausschluß männlicher Zuschauer im Februar 1993 die "Islamic Countries' Women's Games" statt. Teilgenommen haben rund 500 Frauen aus Zentralasien, dem Nahen Osten und Südostasien (*MEED* 26. Feb. 1993, S. 24). Männern wurden Anfang der 80er Jahre verbotene Sportarten wie das Boxen wieder gestattet (*MEED* 11. Mai 1990, S. 16).

[320] Im Parlament waren bereits einige Frauen vertreten. Vizepräsident Âyatollâh Mohâjerânî sagte 1994, es gäbe keinen Grund, daß Frauen nicht auch Ministerämter besetzten könnten (*MEED* 5. Aug. 1994, S. 22). Anläßlich des Geburtstages der Prophetentochter Fâtima versicherte Rafsanjânî vor zehntausenden von Frauen am Teheraner Azâdî-Platz, daß "im islamischen Iran keinerlei Beschränkung für Frauen existiert" (*Hamshahri* 15. Nov. 1995).

[321] *MEED* 15. Mai 1992.

[322] *Die Tageszeitung* (taz) 12. März 1996.

Nach der Auschaltung der Radikalen ging Khâmene'î verstärkt gegen diese kulturelle und politische Liberalisierung der Islamischen Republik vor. Ab 1993 setzte er dazu immer häufiger die von Rafsanjânî zuvor verdrängten Revolutionshüter ein (vgl. Kap. III.3 und V.3).

Privatisierung

Um die Staatsausgaben zu reduzieren, wurden im Rahmen des Ersten Fünfjahresplanes 370 zumeist unproduktive Staatsbetriebe zur Privatisierung an der Teheraner Börse freigegeben[323]. Der Aktienverkauf lockte neben einigen großen Anlegern tausende kleiner Investoren und führte im Haushaltsjahr 1991/92 mit einem Umsatz von 334 Mio. $ zu einem Anstieg verkaufter Anteile um 600% gegenüber dem Vorjahr[324]. Darauf schränkte das Parlament Mitte 1991 die Aktivitäten der Börse ein, angeblich um angesichts fallender Aktienpreise Panikverkäufen engegenzuwirken.

Erst das im Mai 1993 gegen den Iran verhängte Embargo der USA (vgl. Kap. V.1) führte ab Oktober 1993 zu einer erneuten Lockerung der Bestimmungen für Aktienverkäufe, was eine leichte Wiederbelebung der Börse zur Folge hatte. Zur Förderung der Privatisierung wurde unter Vorsitz des Wirtschafts- und Finanzministers Mohsen Nûrbakhsch eine Konferenz zum Thema veranstaltet. Bestimmungen, die Ausländern den Kauf iranischer Aktien verboten hatten, wurden aufgehoben[325]. Im Zuge der wiedererwachten Privatisierungskampagne wurde am 14.

---

[323] Für eine allgemeine Darstellung zur Privatisierung von Staatsunternehmen und den Aktivitäten der Teheraner Böse vgl. *Khalatbari, F.* (1994): The Teheran Stock Exchange and Privatisation of the Public Sector Enterprises in Iran: A Study of Obstacles to the Private Sector Development. In: *Coville* (Hrsg.): The Economy of Islamic Iran: Between State and Market. Teheran: Institut Français de Récherche en Iran; Louvain, Peeters (Bibliothèque Iranienne, 41), S. 177-208.

[324] *MEED* 5. Jul. 1991, S. 12; *MEED* 27. März 1992, S. 11; *MEED* 4. März 1994, S. 23. Im ersten Jahr der Aktivitäten der Teheraner Börse (1989/90) betrug der Umsatz lediglich 8 Mio. $ (*MEED* 14. Aug. 1992, S. 17). Die "*daily trade table*" der Teheraner Börse mit Aktienpreisen, Preisentwicklung und Anzahl von Käufern kann im Internet eingesehen werden (http://www.neda.net:80/tse/today.htlm).

[325] *MEED* 10. Jun. 1994, S. 24; *MEED* 21. Mai 1993, S. 24. Aufgrund der Restriktionen waren die Umsätze aus dem Verkauf von Staatsbetrieben im Jahr 1992/93 auf 235 Mio. $ zurückgegangen (*MEED* 9. Apr. 1993, S. 21) und im Jahr 1993/94 wieder leicht auf 296 Mio. $ angestiegen (*MEED* 10. Jun. 1994, S. 24).

Juni 1994 auch das Staatsmonopol für das Bankwesen aufgehoben. Dies ermöglichte erstmals seit der Revolution wieder die Eröffnung privater Banken[326].

Mit der Begründung, die "Reichen nicht noch reicher" werden zu lassen, verhängte das Parlament am 27. Juli 1994 jedoch einen Privatisierungsstop. Die Verkäufe konnten erst Mitte 1995 wieder aufgenommen werden, nachdem die Regierung der Forderung des Parlaments nachkam, Kriegsveteranen und Angehörigen der *Basij*-Miliz Priorität im Kauf von Anteilen einzuräumen[327]. Bislang war das Ziel der Privatisierung die Schaffung eines Kapitalmarktes, die Mehrung der Staatseinnahmen und die Verbesserung der Qualität des Industriemanagements gewesen. Nun sollte eine gerechtere Verteilung von Reichtum gewährleistet werden, unterentwickelte Regionen gefördert und Personen oder Gruppen, die Opfer für die Revolution erbracht hatten, unterstützt werden[328].

Insgesamt wurden seit 1989 knapp 300 Staatsunternehmen und rund 1000 Minenbetriebe durch die Teheraner Börse verkauft[329]. Trotz dieser Erfolge ist es in zweifacher Hinsicht problematisch, von einer erfolgreichen Privatisierung zu sprechen. Zum einen verlangsamten die Widersprüchlichkeiten des Privatisierungsprogramms und die Opposition des Parlaments den Gang der Privatisierung[330]. Zum anderen wurde eine echte Privatisierung durch halbstaatliche religiöse Stiftungen (*bonyâd*) hintertrieben, die besonders ab 1994 einen Großteil der zu privatisierenden Unternehmen aufkauften. Sie haben sich der Förderung der Unterprivilegierten und der Kriegsopfer verschrieben und fördern diese durch Anstellung in ihren ebenso großen wie unproduktiven Betrieben und durch die Ausschüttung von Gewinnen aus Firmenbeteiligungen im Ausland. Da sie nach der Verfassung nur dem Revolutionsführer gegenüber verantwortlich sind, ist anzunehmen, daß sie bei der Hintertreibung der Privatisierung mit dessen Segen handelten[331].

---

[326] *Financial Times* 15. Jun. 1994; *MEED* 20. Mai 1994, S. 21; *MEED* 24. Jun. 1994, S. 17. Bereits 1992 wurde seitens der Regierung ein entsprechender Antrag eingebracht, der jedoch nicht ratifiziert wurde (*MEED* 19. Jun. 1992, S. 11).

[327] *MEED* 29. Jul. 1994, S. 10; *MEED* 13. Jan. 1995, S. 5 ("New change for a moving Market").

[328] Zu den Vergünstigungen für Veteranen, *Basij* und Märtyrer-Angehörige vgl. *MEED* 10. Feb. 1995, S. 13; *MEED* 4. Aug 1995, S. 20 ("Privatisation: New policies slow the programme down").

[329] *MEED* 1. Dez. 1989, S. 17.

[330] So sollten beispielsweise auch Elektrizitätswerke privatisiert werden. Die stark subventionierten Preise für Strom sollten allerdings weiterhin staatlicher Kontrolle unterliegen (*MEED* 25. Sep. 1992, S. 20).

[331] IMF 1995, S. 16/Fußnote 2.

Kürzung von Subventionen

Mit Ausnahme der Ausgaben für den Agrarsektor und Zuwendungen für Familienangehörige von "Märtyrern" des Iran-Irak-Krieges sah der Plan eine Streichung aller Subventionen vor[332]. Kriegswirtschaft, Rationierung und Preisfestsetzungen sollten damit ein Ende finden. Aufgrund der Opposition des bis April 1992 radikal dominierten Parlaments sowie der verheerenden sozialen Lage nach dem Iran-Irak-Krieg konnte jedoch erst ab Januar 1991 mit der Kürzung einiger staatlicher Leistungen begonnen werden. So wurden im Haushaltsjahr 1990/91 die Subventionen verdoppelt, um die "Bevölkerung vor steigenden Preisen zu schützen"[333]. Erste Kürzungen, die im Juli 1991 zur Verfünffachung der Preise für einige öffentliche Verkehrsmittel wie auch zur Verteuerung von Geflügel und Eiern führten, zogen sofort Demonstrationen nach sich[334]. Die sich ausweitenden Unruhen führten 1992 auf Druck des Parlaments zum Aussetzen des Subventionsabbaus.

Erst anläßlich des US-Embargos kam es ab Mitte 1993 zur Wiederaufnahme des Abbau-Kurses. Davon betroffen waren Inlandsflüge, Medikamente, die Gasversorgung, Telekommunikation sowie öffentlicher Transport. Das Parlament, noch unter dem Eindruck der Unruhen, vermochte die Kürzungen jedoch auf einem Minimum zu halten. Im Verlauf des Jahres 1994 bekannte sich die Mehrheit der Volksvertreter angesichts des zunehmenden Unmuts der Bevölkerung und der sich verschärfenden Not zu einem interventionistischen Standpunkt[335]. Durch ein Verbot, die Preise der stark subventionierten Gas- und Erdölprodukte zu erhöhen[336], wie auch durch eine Verdopplung der Subventionen im Rahmen des Zweiten Fünfjahresplanes erteilten die Parlamentarier Rafsanjânîs Reformpolitik eine klare Absage[337]. Am 27. April 1994 versuchte das Parlament, nun zunehmend unter Einfluß des nach mehr Vollmachten strebenden Khâmene'î, der Regierung die Kontrolle des Obersten Wirtschaftsrates zu entreißen. Dieses Gremium, in dessen Zuständigkeit auch die Festsetzung von Preisen fällt, wurde von Rafsanjânî geleitet[338]. Erst Prognosen, daß Iran, dessen Staatseinnahmen zu 66% aus dem

---

[332] *MEED* 29. Apr. 1994, S. 28 f.

[333] Im Haushaltsjahr 1990/91 wurden 4,57 Mrd. $ in Subventionen für die Grundversorgung der Bevölkerung ausgegeben (*MEED* 15. Jun. 1990, S. 15).

[334] Zu den Demonstrationen am 6. Jul. 1991 vgl. *MEED* 27. Jul. 1991, S. 12 f.; *MEED* 2. Aug. 1991, S. 14.

[335] *MEED* 12. Aug. 1994, S. 22.

[336] Sie belasten das Staatsbudget mit jährlich 11 Mrd. $.

[337] *MEED* 11. Feb. 1992, S. 20; *MEED* 12. Aug. 1994 ("Majlis cuts revenues and rejects price rises").

[338] *MEED* 6. Mai 1994, S. 16 f. Vom Wächterrat wurde dies jedoch verhindert (*MEED* 3. Jun. 1994, S. 29).

Erdölexport stammen, ab 2010 durch steigende Inlandsnachfrage kein Öl mehr exportieren können wird[339], erwirkten eine parlamentarische Billigung von Preissteigerungen. Um das Staatsbudget zu entlasten, Verschwendung und Schmuggel einzudämmen, forderte die Regierung eine Verfünffachung der Preise - das Parlament billigte eine Verdopplung[340]. Bis April 1996 konnte dadurch ein Rückgang des Verbrauchs um 10% verzeichnet werden[341]. Erneute Demonstrationen gegen den Preisanstieg wurden 1995 mit Hilfe eines am 1. November 1994 verabschiedeten Gesetzes, das die Erschießung von Demonstranten billigt, äußerst brutal beantwortet[342].

Zieht man Bilanz, so konnte die Regierung bis 1996 deutliche Erfolge in der Reduzierung der Subventionen/Einwohner verzeichnen. Gesamtwirtschaftlich gesehen ist jedoch durch hohes Bevölkerungswachstum, eine Abwertung der Landeswährung und durch hohe internationale Preise ein allgemeiner Anstieg staatlicher Leistungen zu verzeichnen[343].

Ausländische Investitionen

Neben einer Finanzierung von 27,4 Mrd. $ in ausländischen Krediten (vgl. Kap. IV.1) sah der Erste Fünfjahresplan weitere 3 Mrd. $ in direkten Investitionen ausländischer Unternehmen im Rahmen von *joint-venture*-Projekten vor[344].

Schon ab 1988/89 hatte der Iran begonnen, seine Beziehungen zur Sowjet-Union und den sozialistischen Staaten Osteuropas zu verbessern[345], um durch die Erschließung neuer Absatzmärkte und die Einwerbung von *joint-venture-*

---

[339] *Handelsblatt*, 3. Aug. 1994, u. 14. Feb. 1995.

[340] *Handelsblatt*, 30. Nov. 1994; *MEED* 18. Nov. 1994. Iran ist eines der Länder mit den niedrigsten Ölpreisen. Im Rahmen des Zweiten Fünfjahresplanes wurden die Preise im ersten Planjahr (1995/96) auf 0,06 $ pro Liter Benzin und 0,01 $ für Diesel und Kerosin verdoppelt (*Handelsblatt*, 30.11.1994).

[341] *MEED* 19. Apr. 1996, S. 10 ff. ("Fuel prices raised").

[342] Das neue Demonstrationsgesetz (*NYT* 2. Nov. 1994) führte am 4. Apr. 1995 zum Einsatz von Kampfhubschraubern gegen Demonstranten. Über 100 Tote waren zu verzeichnen (*NYT* 5. Apr. 1995).

[343] IMF 1995, S. 15.

[344] *MEED* 5. Apr. 1991, S. 22.

[345] Dies war für den Iran angesichts deren "Gottlosigkeit" und Waffenhilfe für den Irak noch kurze Zeit zuvor undenkbar gewesen. Angesichts der Einnahmenkrise infolge stark sinkender Ölpreise ab 1986 (vgl. Kap. II.1) wurde jedoch wirtschaftlichen Erwägungen gegenüber der Ideologie Vorrang eingeräumt. Diese Entwicklung löste vor allem in den USA Bedrohungsszenarien einer Moskau-Teheran-Achse aus.

Beteiligungen seine Zusatzeinkommen zu diversifizieren. Ab 1990 wurde durch eine Reihe internationaler Handelsmessen in Teheran[346] wie auch durch mehrseitige Annoncen in einflußreichen Wirtschaftsjournalen mit Titeln wie *"Looking for trade opportunities in Iran? Here´s how to start!"* ganz massiv für ausländische Investitionen geworben[347]. Um Anreize zu schaffen, wurde Anfang 1990 die Obergrenze für ausländische Beteiligungen auf 49% angehoben[348]. Das Gesetz erstaunte westliche Beobachter. Selbst zu Zeiten des dem Westen freundlich gesonnenen Schâh waren ausländische Beteiligungen auf 35% begrenzt gewesen[349]. So hatte der Iran bis Anfang 1991 bereits Verträge in einem Umfang von 500 Mio. $ mit ausländischen Unternehmen geschlossen, Geschäfte über weitere 300 Mio. $ standen kurz vor ihrem Abschluß[350]. Nach Angaben von Mohsen Nûrbakhsch, Minister für Wirtschaft und Finanzen, waren bis zum Januar 1991 bereits 103 *joint-ventures* mit ausländischen Firmen gegründet worden[351].

Einer neuen Gesetzgebung, die vor Nationalisierung schützen und Restriktionen für den Profittransfer abbauen sollte[352], folgten weitere an das Ausland gerichtete Offerten. Neben einem massiven Ausbau der Infrastruktur wurden 1991 um Willen einer favorablen Atmosphäre für ein westliches Engagement westliche Geschäftsleute aus Teherans Gefängnissen entlassen, die seit Mitte der 80er Jahre unter dem Vorwurf der Spionage festgehalten worden waren[353].

Darüber hinaus wurde die iranische "Diaspora" hofiert. Zehntausende in den USA und Europa lebender iranischer Ingenieure und Ärzte erhielten schriftliche

---

[346] So beispielsweise vom 2.-12. Oktober 1991, an der sich über hundert Firmen aus 50 Ländern angemeldet hatten (*MEED* 13. Sep. 1991, S. 91).

[347] Im *Middle East Economic Digest* (*MEED*) am 2. Okt. 1991, S. 23 ff. und mit der Überschrift: "*Iran plans to expand its foreign trade, specially its exports*….." (*MEED* 7. Jun. 1991, S. 27 ff.).

[348] *MEED* 9. Feb. 1990, S. 18.

[349] *Entessar* nennt die neue Regelung von 1990 das liberalste Gesetz in ganzen Nahen Osten. Der Schâh hatte die 35% Regelung Mitte der 70er Jahre eingeführt (*Entessar* 1994, S. 33).

[350] *MEED* 5. Apr. 1991, S. 22.

[351] Nûrbakhsch sprach beim jährlichen *World Economic Forum* in Davos, Schweiz (*MEED* 15. Feb. 1991, S. 13). Nach Angaben des IMF hatte der Ministerrat bis Juni 1995 jedoch erst 16 *joint-venture*s, in einem Gesamtumfang von 900 Mio. $ genehmigt, zehn weitere Projekte standen in Verhandlung (IMF 1995, S. 17).

[352] Die Bestimungen hinsichtlich einer Garantie gegen Verstaatlichung, bzw. Entschädigungen im Falle einer Verstaatlichung wie auch ein Gewinntransfer zum bevorzugten Wechselkurs (*"floating rate"* 1 $ entspricht 1440 Rial (Jun. 1992)) bedurften 1992 noch der Ratifizierung durch das Parlament. Es ist jedoch nicht klar ob diese erfolgte (*MEED* 12. Jun. 1992, S. 10).

[353] So am 2. März 1991 den Briten Roger Cooper, der seit 1985 im Gefängnis saß (*NYT* 2. März 1991) und im Oktober 1991 den Amerikaner Jon Pattis, Gefangener seit 1986 (*Washington Post* 8. Okt. 1991).

Einladungen zur Rückkehr. Mohsen Nûrbakhsch und Zentralbankgouverneur Husain ‘Âdelî sprachen im Mai 1991 in New York vor 450 iranischen Investoren, Bankiers und Universitätsprofessoren, die den Iran 1979 verlassen hatten. Ihnen wurde versichert, daß alle rechtlichen Hindernisse für ausländische Investitionen wie auch alle Reisebeschränkungen aufgehoben worden seien[354].

Zeitgleich betonte Außenminister ‘Alî Akbar Velâyatî auf der ersten internationalen Konferenz im Iran seit der Islamischen Revolution[355], daß eine neue Ordnung, in der ökonomische Überlegungen überwiegen, allmählich die alte, von politischen Prioritäten geleitete, verdränge. Auch Rafsanjânîs Rede, die auf der gleichen Konferenz verlesen wurde, zeugte von dieser neuen Sichtweise: Nachdem die bipolare Weltordnung untergegangen ist, solle in den internationalen Beziehungen nun auch “Kooperation die Konfrontation ablösen”[356].

Um Investoren anzulocken und um das Emirat Dubai als Exportzentrum für iranische Waren abzulösen[357], wurde 1989 der Küstenort Tschâbahar zum Freihafen ausgebaut und im Folgejahr die Insel Qeschm im Persischen Golf zur Freihandelszone erklärt[358]. Insbesondere Qeschm wurde massiv infrastrukturell ausgebaut. Es erhielt einen Tiefseehafen, Meerwasserentsalzungsanlagen sowie einen Flughafen für Großraumflugzeuge.

1991 wurden in Qeschm die Einreisebestimmungen für Ausländer gelockert, Visa wurden fortan bei der Einreise erteilt[359]. Im Juni 1993 wurde Investoren eine zwanzigjährige Steuerfreiheit in der Wirtschaftszone Sîrjân versprochen[360], und im Dezember 1993 verkündete die Regierung die Aufhebung aller Investitionslimits

---

[354] *NYT* 2. Jun. 1991.

[355] Es sollen “*250 western, asian and arab oil ministers*” anwesend gewesen sein (*NYT* 28. Mai. 1991).

[356] Die Konferenz mit Thema “*Oil and Gas in the 90´s*” fand am 27. Mai 1991 in Isfahân statt. Erklärtes Ziel: Mehr Wirtschaftskooperation mit dem Westen und engere, auch politische Beziehungen mit den Golf Staaten (vgl. *NYT* 28. Mai 1991; *Washington Post* 28. Mai 1991; *Amuzegar* 1997a, S. 316).

[357] Die Vereinigten Arabischen Emirate re-exportieren jährlich iranische Waren in Wert von mehreren hundert Millionen Dollar (*MEED* 9. Jun. 1989, S. 30; *MEED* 20. Okt. 1989, S. 30).

[358] *MEED* 11. Mai 1990, S. 17.

[359] *MEED* 5. Jul. 1991, S. 14. Auch auf dem Festland wurden die Reisebeschränkungen gelockert und für Ausländer die Möglichkeit zu Gruppenreisen eröffnet (*MEED* 15. Sep. 1989, S. 18). Im Rahmen des Fünfjahresplanes wurden 900.000 Touristen im Iran erwartet, die voraussichtlich 450 Mio. $ ins Land bringen würden (*MEED* 9. Nov. 1990, S. 13).

[360] *MEED* 11. Jun. 1993, S. 26. Auch auf Qeschm werden Ausländer von den normalerweise erhobenen Steuern in Höhe von 15 % ausgenommen (TVIRI 5. Mai 1994, 9:30 GMT).

und Handelsbeschränkungen für Ausländer in fünf Freihandelszonen[361]. Zudem wurde im Geschäftsverkehr eine minimale Anwendung der islamischen Rechtssprechung zugesagt. Ab Mai 1994 durften ausländische Banken auf Qeschm Filialen eröffnen und steuerfrei Geschäfte tätigen. Ab April 1996 wurden ihren Transaktionen die international gültigen Bestimmungen für das Bankwesen zugrunde gelegt[362].

Zieht man Bilanz, so sind die gesetzlichen Bestimmungen für ausländische Investitionen zwar weitreichend und erfolgten, anders als bei Privatisierung und Subventionsabbau, im wesentlichen mit Billigung von Parlament und Wächterrat[363], Anwendung fanden die liberalen Reglements jedoch zumeist nur in den Freihandelszonen. Auf diese Wirtschaftszonen (insbesondere Qeschm) blieben daher auch die meisten ausländischen Investitionen beschränkt. Mit einem Umfang von 900 Mio. $ (bis Juni 1995) war die Ansiedlung ausländischen Kapitals relativ begrenzt[364]. Es ist naheliegend, daß bei ausländischen Investoren, insbesondere Exiliranern, neben wirtschaftlichen Ungewißheiten auch die politisch-religiöse Unberechenbarkeit des Iran (Rushdie-Affäre[365], Überfälle auf Diplomaten[366]) von Geschäftsverbindungen abhielt. Iran wandte sich in seinen Außenhandelsbeziehungen infolgedessen ab 1994 verstärkt vom Westen ab und baute die Süd-Süd-Kooperation mit Drittweltländern aus (vgl. Kap. V.1).

---

[361] Bei den Zonen handelt es sich um Sîrjân, Tschâbahâr, Hormuz, Kîsch und Qeschm (*WSJ*. 2. Dez. 1993).

[362] *TVIRI* 5. Mai 1994, 9:30 GMT; *MEED* 19. Apr. 1996, S. 12. Die Reglements von 1996 gelten für alle Freihandelszonen.

[363] Abgelehnt wurde vom Parlament jedoch die Erhöhung ausländischer Beteiligungen von 49% auf 100%, welche das Regierungsgremium *Supreme Council for Investment* am 5. Mai 1992 beschloß (*MEED* 12. Jun. 1992). Anfang 1995 machte die Regierung einen erneuten Vorstoß zur Aufhebung dieser Bestimmung und forderte verbesserte Sicherheitsgarantien und freien Gewinntransfer für ausländische Unternehmer (angeblich existiert in einem Fall bereits eine ausländische Beteiligung von 50%, nämlich die Nestlé-Babynahrungsfabrik (*MEED* 10. Feb. 1995)).

[364] IMF 1995, S. 17.

[365] Der Titel eines Artikels der Berliner *Tageszeitung* (taz) (22. Mai 1995) beschreibt die Widersprüchlichkeit iranischer Bekenntnisse in Sachen Rushdie trefflich: "Nur noch ein bißchen Mordaufruf aus dem Iran". Auf der einen Seite erhöhen religiöse Stiftungen das Kopfgeld auf Rushdie Jahr für Jahr, andererseit beteuert die Regierung, sie werde keine Killerkommandos entsenden, denn, so der Tenor des iranischen Botschafters Sayyid Husain Musavîân in Bonn: Rushdie leide ganz offensichtlich an Rinderwahnsinn (*Süddeutsche Zeitung* 12. Jun. 1996).

[366] Nach der 444 Tage währenden Besetzung der US-Botschaft als Folge der Islamischen Revolution kam es immer wieder zu Zwischenfällen mit Diplomaten, wie beispielsweise die Entführung des syrischen Geschäftsträgers Ijan Mahmud im Oktober 1986 (*FAZ*, 4. Okt. 1986). Der letzte Zwischenfall ereignete sich im Juli 1996, als die Wohnung des deutschen Kultur- und Presseattachés Jens Gust durch Revolutionshüter gestürmt wurde, weil sich dieser mit kritischen iranischen Intellektuellen traf (*Der Spiegel*, 6/1997, S. 142).

V. KAPITEL

Diskussion der Ursachen des Scheiterns

Im vorliegenden Kapitel wird versucht, Ursachen für das Scheitern der Reformen Rafsanjânîs zu finden. Die Literatur ist in dieser Hinsicht sehr zurückhaltend, explizite Antworten werden nicht gegeben. Neben lapidaren Behauptungen, z.B. die mangelhaften volkswirtschaftlichen Kenntnisse der Mullahs hätten das Land in den Ruin getrieben und somit den Reformprozeß zunichte gemacht[367], legen einige Autoren nahe, daß das von den USA verhängte Wirtschaftsembargo und die mangelnde westliche Unterstützung für Rafsanjânîs Reformwillen Verantwortung für das Scheitern tragen[368]. Hinweise mancher Autoren deuten darauf hin, daß auch Elitenkonkurrenz den Reformprozeß nicht unbeeinflußt ließ[369].

Die Auswirkungen der US-Sanktionen lassen sich wirtschaftlich "messen". Es soll daher zunächst untersucht werden, ob das Wirtschaftsembargo als Grund des Scheiterns in Betracht kommt (Kap. V.1). Sodann wird hinterfragt, inwieweit das Scheitern in der Rentierstaatlichkeit des Iran begründet liegt und ob die hohen Windfallgewinne des Zweiten Golfkrieges eine Abkehr vom Reformprozeß begünstigt haben (Kap. V.2). Abschließend wird aus einer innenpolitischen Perspektive anhand des Neo-Patrimonialismus-Ansatzes untersucht, welche Auswirkungen Staatsklassenrivalität und Elitenkonkurrenz auf das Reformprogramm hatten (Kap. V.3).

---

[367] *Das Sonntagsblatt* 31. Mai 1996.

[368] Vgl. z.B. *Rathmell, Andrew* (1995): Iran´s Liquid Lifeline. *Jane´s Intelligence Review* 7/9, S. 411 ff. Insbesondere auch US-Politiker und die Israel-Lobby schreiben den Niedergang Rafsanjânîs und seiner Reformen gerne den US-Sanktionen zu, vgl. *American-Israeli-Political-Action-Committee* (1995): Comprehensive U.S. Sanctions Against Iran (Washington, D.C.), oder: *United States, Congress, Senate, Committee on Banking, Housing and Urban Affairs* (1995): The Comprehensive Iranian Sanctions Act of 1995. Hearing before the One Hundred Fourth Congress, first session. Washington D.C., U.S. G.P.O., March, 16. 1995.

[369] Vgl. *Hermann* 1994, S. 554 ff.

> "Die USA haben uns vor der Revolution und auch danach unterdrückt…. Wenn die USA [jedoch] versuchen, ihre imperialistischen Praktiken beiseite zu legen, sehen wir kein Hindernis, eine Beziehung [zu ihnen] aufzubauen. Doch ich denke, sie werden Schwierigkeiten haben, dies zu tun".
>
> Hâschemî Rafsanjânî, Januar 1993[370]

1. US-Sanktionen

Obwohl der Iran während der Präsidentschaft Rafsanjânîs dem Westen mit einer Reihe von Zugeständnissen entgegenkam (Vermittlung zur Freilassung westlicher Geiseln im Libanon, Unterzeichnung sämtlicher UN-Konventionen, Neutralitätspolitik während des Zweiten Golfkrieges) und er heute, verglichen mit der Khomeinî-Zeit, ein eher stabilisierender Faktor in der Region ist, hat sich dies für die Rafsanjânî-Administration kaum bezahlt gemacht.

Im Westen waren die Liberalisierungstendenzen und der Öffnungswille Rafsanjânîs überwiegend positiv aufgenommen worden. Normalisierte diplomatische wie auch wirtschaftliche Beziehungen wurden jedoch von der Achtung internationaler Konventionen abhängig gemacht. Aufgrund sich widersprechender Bekenntnisse verschiedener Staatsklassensegmente zu politischer Mäßigung blieben die wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen meist von den diplomatischen Differenzen überschattet. Lediglich mit Deutschland entsponn sich auch eine Kooperation auf politischer Ebene - ein "Kritischer Dialog" mit Geheimdienstkontakten.

---

[370] Rafsanjânî in einem Interview mit ausländischen Journalisten in Teheran (*The Middle East*, März 1993, S. 13). Für eine allgemeine Darstellung des iranischen Verhältnisses zur USA vgl. *Snyder, R.* (1994): Explaining the Iranian Revolution´s Hostility toward the United States. *J. of South Asian and Middle Eastern Stud.* 17/3, S. 19-31. Vgl. auch *Bill, J.A.* (1993): The United States and Iran: Mutual Mythologies. *Middle East Policy* 2/3, S. 98-106.

Die wirtschaftliche Isolation Irans

Am 6. Mai 1995 unterzeichnete US-Präsident Clinton eine "*executive order*", die jegliche wirtschaftlichen Aktivitäten amerikanischer Firmen im Iran, deren Geschäfte mit iranischen Handelspartnern sowie den Import iranischer Produkte in die USA untersagte[371]. Die bereits seit 1993 betriebene Isolationspolitik wurde damit auf eine gesetzliche Grundlage gestellt[372]. Am 31. Dezember 1995 stimmte das Repräsentantenhaus einer "verdeckten Aktion" zu, die, ausgestattet mit 18 Mio. $, den Sturz des iranische Regimes zum Ziel hatte[373]. Mit dem "Helms-Burton-Act" vom August 1996 wollten die USA die wichtigsten westlichen Handelspartner des Iran und die jungen zentralasiatischen Republiken zur Teilnahme am Boykott bewegen. Das neue Gesetz sah nun auch eine Bestrafung von Drittländern für ihre Wirtschaftskontakte zum Iran vor[374]. Ziel dieser "*dual containment policy*" der USA ist die Schaffung eines "stabilen, friedlichen und produktiven Umfeldes" am Persischen Golf durch eine dauerhafte Schwächung des islamischen Regimes[375]. Auf lange Sicht erhoffen sich die USA von der internationalen Isolation den Niedergang der iranischen Wirtschaft und infolgedessen den Sturz der geistlichen Staatsklasse[376]. Gerechtfertigt wird die Bestrafung des Iran durch dessen politisches Mißverhalten. Dazu zählen die USA die Förderung des internationalen Terrorismus, die iranischen Nuklear-Ambitionen, die Angst vor einer iranischen Hegemonie am Persischen Golf, Irans Gegnerschaft zum nahöstlichen Friedensprozeß, die Mißachtung der Menschen- und Frauenrechte sowie das nach wie vor bestehende Todesurteil gegen Salman Rushdie[377].

---

[371] *Clinton, W.J.* (1995): Executive Order of President Clinton. "Prohibiting certain Transactions with Respect to Iran". The White House, 6. Mai 1995. Insbesondere Waffenverkäufe und Investitionen im Iran sollten dadurch unterbunden werden (*NYT* 27. Mai 1993, *WSJ* 9. Mai 1995). Vgl. auch: *United States* (1996): Iran and Lybia Sanctions Act of 1996. Washington D.C., U.S. G.P.O.; und *United States, Congress, Senate, Committee on Banking, Housing and Urban Affairs* (1995): Iran Oil Sanctions Act of 1995. Washington D.C., U.S. G.P.O., December 15, 1995.

[372] *NYT* 27. Mai 1993.

[373] *MEED* 12. Jan. 1996.

[374] Zum Helms-Burton-Act vgl. *The Middle East*, Dez. 1996, S. 16 f. und *Süddeutsche Zeitung*, 10. Aug. 1996. Die Einbeziehung von Drittstaaten verursachte 1996 heftige Verstimmungen zwischen Europa und den USA (vgl. *FAZ*, 8. Aug. 1996).

[375] *Amuzegar, J.* (1997b): Iran´s Economy and the US-Sanctions. *Middle East J.* 51/2, S. 188; und *Alerassool, M.* (1993): Freezing Assets: The USA and the most effective Economic Sanction. New York, St. Martin's Press.

[376] *MEED* 24. Feb. 1995; *WSJ* 28. Jun. 1996.

[377] Vgl. *Entessar* 1994, S. 36 f.

Wirtschaftliche Folgen des Embargos

Auf die iranische Ökonomie sind die amerikanischen Sanktionen nicht ohne Folgen geblieben. Binnen Stunden verlor der iranische Rial im Mai 1995 gegenüber dem US-Dollar über die Hälfte seines Wertes[378]. Die Verbraucherpreise stiegen im gleichen Monat um 14%, wodurch die Inflation von 34% im Dezember 1994 auf 59% im Mai des Folgejahres anstieg. Staatliche Stellen erhöhten daraufhin die Rückführungsrate für Devisengewinne aus Exporten des iranischen Privatsektors auf 100%[379]. Der freie Devisenhandel wurde verboten und als Wirtschaftskriminalität fortan mit der Todesstrafe geahndet.

Zahlreiche westliche Staaten, Deutschland ausgenommen, schlossen sich dem US-Embargo an. Am 9. Juni 1995 kam auch Japan, an das noch im Jahr 1994 17% der iranischen Ölexporte geflossen waren, den Forderungen der USA nach und legte zugesagte Kredite auf Eis[380]. Auch der Zugang zu mittel- und langfristigen Krediten internationaler Finanzorganisationen wurde zunehmend erschwert. Die Weltbank hatte auf Druck der USA bereits im Jahr 1993 die Kreditvergabe an das Land ausgesetzt[381]. Die Umschuldung und Begleichung von Zahlungsrückständen mit individuellen Kreditgebern erfolgte dadurch unter weit schlechteren Bedingungen, als wenn der Iran mit Segen des Internationalen Währungsfonds multilaterale Verhandlungen mit allen Kreditgebern nach den Richtlinien des Pariser Klubs hätte führen können[382].

Durch die Androhung von Sanktionen seitens der USA wurden auch einige multinationale Ölkonzerne zur Stornierung ihrer Investitionsabkommen im Iran gedrängt[383]. Kurzfristig verursachte dies hohe Lagerungskosten für nicht abgenommene Erdöl-Lieferungen, größere Verluste konnte der Iran jedoch durch Verträ-

---

[378] Im Februar 1995 kostete ein US-Dollar auf dem freien Markt noch 2612 Rial, nach Verabschiedung der Sanktionen stieg der Dollarpreis durch rasch steigende Nachfrage im Iran auf 6200 Rial (IMF 1995, S. 5 u. 102).

[379] IMF 1995, S. 5.

[380] Vgl. *NYT* 10. Jun. 1995. So wurde ein 450 Mio. $ Kredit zum Bau des Gondar-e Landar Staudammes am Kârûn Fluß gesperrt, um Verstimmungen mit den USA vorzubeugen (*Amuzegar* 1997b, S. 193).

[381] *MEED* 20. Mai 1994, S. 20 ("US victory on World Bank lending").

[382] Vgl. *Amuzegar* 1997b, S. 193.

[383] US-Department of Energy (http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/iran.htlm (Energy Information Administration, 18. Jun. 1997)).

ge mit neuen, nicht amerikanisch-dominierten Ölabnehmern verhindern. Dies gelang jedoch nur durch die Gewährung unvorteilhafter Preisrabatte[384].

Um eine Diversifikation der iranischen Renteneinnahmen zu verhindern, übten die USA massiven Druck auf die jungen zentralasiatischen Republiken aus. So wurde Aserbaidschan zur Stornierung eines im November 1994 in Baku geschlossenen Vertrages gezwungen, der Iran mit 5% an der Erschließung aserbaidschanischer Ölfelder beteiligt hatte[385].

Auch die iranischen Bestrebungen, zentralasiatisches Erdöl über sein Territorium zu exportieren, wurden von den USA unterminiert. Die soeben erst politisch unabhängig gewordenen Staaten Zentralasiens favorisierten eine Pipeline quer durch den Iran zum Persischen Golf. Diese Route zu den Verladehäfen ist nicht nur kürzer als eine Pipeline durch russisches Gebiet, sie garantiert auch wirtschaftliche Unabhängigkeit vom ehemaligen Zentrum Moskau[386]. Den USA blieb, wollten sie den Wünschen der jungen Republiken Rechnung tragen und gleichzeitig eine von ihnen tolerierte Isolation des Iran erreichen, nur die Befriedung Afghanistans.

Im Winter 1994/95 wählten die USA diesen Weg, indem sie die bis dato völlig unbedeutende Gruppierung der Tâlibân zur Kriegspartei erhoben, über deren Herkunft und Geldgeber in der Presse viel spekuliert wurde[387]. Innerhalb nur zweier Jahre gelang es den radikalislamischen Koranschülern, ausgestattet mit pakistanischer Logistik und amerikanischer Waffenhilfe[388], über zwei Drittel des Landes einschließlich der Hauptstadt Kabul und der einzigen Verbindungsstraße zwischen Zentralasien und dem indischen Subkontinent unter ihre Kontrolle zu bringen[389]. In einem amerikanisch-saudischen Gemeinschaftsprojekt (Unocal und Delta Oil)

---

[384] Vgl. *Amuzegar* 1997b, S. 193.

[385] *MEED* 25. Nov. 1994.

[386] Vgl. hierzu *Ghorban, N.* (1993): The Role of the Multinational Oil Companies in the Development of Oil & Gas Resources in Central Asia and the Caucasus. *Iranian J. of. Internat. Aff.* 5/1, S. 1-15.

[387] Vgl. *Gatter, P.* (1995): Hoffnung in Trümmern. 15 Jahre Krieg in Afghanistan. *Focus* 10/6. März 1995, S. 100-106.

[388] *Michael Barry*, Vertreter der Médecines du Monde in Afghanistan in einem Vortrag zum afghanischen Krieg. Middle East Institute, Washington D.C., 18. Apr. 1997 (Das US-Department of State bestreitet jedoch eine Unterstützung der Tâlibân). Vgl. auch *Cooley, J.K.* (1996): Unheilige Allianzen mit heiligen Kriegern: Die USA haben in Afghanistan heutige Terroristen ausgebildet. *Der Überblick* 4/96, S. 49 ff. Diplomatisch anerkannt wurden die Tâlibân, obwohl sie zwei Drittel Afghanistans kontrollieren, bislang lediglich von Pakistan, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (*FAZ* 29. Okt. 1997).

[389] Diese Handelsroute, die für die regionalen Hegemonie-Bestrebungen der Atommacht Pakistan wie auch für den Zentralasienhandel des Landes so lebenswichtig ist, war seit dem Abzug der sowjetischen Armee aus Afghanistan (14. Feb. 1989) unpassierbar geworden.

sollten für 5 Mrd. $ eine Erdgas- und eine Ölpipeline von Turkmenistan durch die afghanischen Provinz Herat und das pakistanische Quetta zum Indischen Ozean gelegt werden[390].

Iranische Strategien der Einnahmenmultiplikation

Da die iranische Staatsklasse zur Renteneinwerbung nur in äußerst begrenztem Maße internationale Spielräume nutzen konnte, um einen drohenden Renteneinbruch zu kompensieren (politische Renten wie auch Kredite internationaler Finanzorganisationen entfielen aufgrund der Paria-Rolle des Landes[391]), war Iran zu einem Umdenken in seiner Außenwirtschaftspolitik gezwungen[392]. Es galt, neue Absatzmärkte für den Erdölexport wie auch für Erzeugnisse der iranischen Industrie und Landwirtschaft zu erschließen. So begann mit der graduellen Abwendung westlicher Handelspartner ab 1994 eine rapide Ausdehnung der wirtschaftspolitischen Landkarte des Iran in Richtung der Entwicklungs- und Schwellenländer Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Im Rahmen dieser neuen Süd-Süd-Kooperation wurden in der Folgezeit unzählige Wirtschaftsabkommen mit Staaten der Dritten Welt unterzeichnet, die Zusammenarbeit im Rahmen regionaler Allianzen wurde verbessert (ECO), und engere Beziehungen zu den Wirtschaftsblöcken Asiens und der Golfregion (ASEAN, GCC) angestrebt. Gleichzeitig waren iranische Bemühungen um den Vorsitz in der ständigen Konferenz der blockfreien Staaten zu verzeichnen[393].

Regionale Kooperation

Seit dem Zerfall des Sowjet-Imperiums engagierte sich der Iran verstärkt im Ringen um Marktanteile in den neuen zentralasiatischen Republiken wie auch im Kaukasus. Aufgrund der Konkurrenz zur säkularen Türkei verfolgte er hier nicht, wie vom

---

[390] *BBC* World News 27. Apr. 1997; *WSJ* 20. Mai 1997. Der Firmengruppe gehören überdies Itochu (Japan), Inpex (Indonesien), Cresent Group (Pakistan) und Hyundai (Südkorea) an. Beteiligt an dem Konsortium, in dem Unocal 46,5 Prozent der Anteile hält, sind überdies auch Turkmenistan (7%) und der russische Gasmonopolist Gasprom (10%) (*FAZ* 29. Okt. 1997).

[391] Politische Renten fließen vielmehr an die Gegner des Teheraner Regimes, so z.B. an die vom Irak aus operierenden *Mojâhedîn-e Khalq*.

[392] Bereits 1988/89 hatte durch eine verstärkte Kontaktaufnahme mit Staaten des Ostblocks eine partielle Abwendung vom Westen stattgefunden (vgl. Kap. IV.3).

[393] *MEED* 27. Aug. 1994.

Westen zunächst befürchtet, den Export eines radikalen Islam, sondern ist heute neben einer Rolle als religiös-kultureller Entwicklungshelfer[394] vor allem an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit interessiert. Dem Westen wie auch dem regionalen Umfeld bietet sich der Iran nunmehr als Tor in die ehemaligen Sowjetrepubliken an und ist gleichfalls bemüht, Öl und Erdgas aus den jungen Republiken über sein Territorium zu exportieren (Lagerenten). Zur Förderung des Handels wurden eine Reihen von Freihandelszonen entlang der gemeinsamen Grenze gegründet (vgl. Kap. IV.3)[395], und im Mai 1996 wurde die Fertigstellung des letzten Teilstücks zwischen dem iranischen und dem zentralasiatischen Schienennetz feierlich als "Wiedereröffnung der Seidenstraße" begangen[396].

Mit Beginn des US-Embargos bekamen die Beziehungen zu Zentralasien sowie zu den Nachbarn Türkei und Pakistan eine neue Qualität[397]. Die wirtschaftlichen Beziehungen im Rahmen der *Economic Cooperation Organization* (ECO), einer 1990 wieder zum Leben erweckten Organisation regionaler Zusammenarbeit, wurden intensiviert[398]. Schon im November 1992 traten sechs der ehemaligen Sowjetrepubliken wie auch Afghanistan dem Bündnis bei[399], wodurch die ECO mit 300 Millionen Menschen nach der EU zum größten Wirtschaftsblock avancierte[400]. Neben dem Abbau von Handelsbarrieren galt es, eine Ausdehnung von Handel, Bankgeschäften und Tourismus anzustrengen, wie auch die Transportverbindugen

---

[394] Dies ist insbesondere im persischsprachigen Tadschikistan der Fall. Zur regionalen Einflußnahme auf persischsprachige Staaten (Afghanistan, Tadschikistan) gründete der Iran die *Cultural Organisation of Persian Speaking Nations* (COPSN). 1992 begann das staatlich-iranische Radio mit der Übertragung von Kurzwellenprogrammen in Usbekisch und Tadschikisch. Zudem war es geplant, am 6. November 1992 auch mit Programmen in Âzerî auf Sendung zu gehen sowie alsbald Programme in Kirgisisch auszustrahlen (*IRNA* 24. Okt. 1992).

[395] So im Mai 1995 in Bandar-e Ânzalî am Kaspischen Meer als Knotenpunkt des Handels mit Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan und Rußland (*IRNA* 16. Mai 1995, 16:27 GMT).

[396] *Süddeutsche Zeitung* 14. Mai 1996.

[397] Vgl. z.B. *Maleki, A.* (1994): Iran and Pakistan: Cooperation in Central Asia. *Iranian J. of Internat. Aff.* 6/1-2, S. 275-277.

[398] Die *Organization of Regional Cooperation for Development* (RCD) wurde 1964 von Türkei, Iran und Pakistan gegründet, lag jedoch seit der Islamischen Revolution auf Eis (vgl. *Amuzegar* 1997a, S. 154). Zur Geschichte der Organisation vgl. *MEED* 28. Feb. 1992. Seit der Neugründung verfügt der Zusammenschluß über eine gemeinsame Handelskammer (*MEED* 20. Apr. 1990, S. 17). Vgl. auch *Ilkin, S.* (1994): The Economic Cooperation Organization (ECO). *J. of Econ. Cooperation Among Islamic Countries* 15/3-4, S. 31-43; und *Ahmad, S.* (1994/95): Regional Cooperation and Development within the Particular Context of ECO (Rede des ECO-Generalsekretärs beim Seminar "The Process of Development in Central Asia and the Caucasus") *Iranian J. of Internat. Aff.* 6/3-4, S. 574-578).

[399] Dabei handelt es sich um Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.

[400] Vgl. *Amuzegar* 1997a, S. 154.

zwischen den Mitgliedsländern auszubauen und auf lange Sicht die Schaffung eines gemeinsamen islamischen Marktes zu betreiben[401].

Auch die Zusammenarbeit im Rahmen der *Caspian Sea Littoral States Cooperation Organisation* (CSLSCO), eines im Februar 1992 gegründeten Zusammenschlusses der Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres zur Erforschung und Ausbeutung der reichen Öl- und Erdgasvorkommen dieses Binnenmeeres, wurde infolge der Isolationsbestrebungen der USA vertieft[402]. Ab 1994/95 konkretisierte sich vor allem mit Aserbaidschan und Kasachstan die Zusammenarbeit. Trotz der Stornierung des Ölabkommens mit Aserbaidschan auf Druck der USA (vgl. oben) wurden hier ansehnliche Erfolge erzielt, so beispielsweise eine Zentralbank-Kooperation mit Kasachstan[403]. Mit iranischem *know-how* will die zentralasiatische Republik Pipelines und eine iranisch-kasachische Schmiermittelfabrik bauen[404]. Ab August 1996 floß kasachisches Erdöl auf Grundlage eines zehnjährigen Ölabkommens durch iranische Pipelines zu den Verladehäfen am Persischen Golf[405].

Auch aus anderen Nachbarstaaten war der Iran bemüht, Lagerenten einzuwerben. Trotz des von der UN verhängten Embargos gegen den Irak wurden erhebliche Mengen irakischen Erdöls, deklariert als iranisches Öl, über iranisches Territorium exportiert. Seit Oktober 1994 laufen zudem Verhandlungen mit Turkmenistan über den Bau einer Pipeline, die turkmenisches Erdgas über den Iran in die Türkei und nach Europa leiten soll[406]. Um eine von den USA geplante Umgehung des iranischen Territoriums mittels einer Ölpipeline durch Afghanistan zu unterbinden (vgl. oben), ist der Iran seinerseits zur Unterstützung einer afghanischen Kriegspartei übergegangen. Von iranischem Territorium aus betreiben seit Anfang 1997 die tadschikisch-afghanischen Kräfte der *Jam'îyat-e Islâmî* in einer Art Stellver-

---

[401] Vgl. *Amuzegar* 1997a, S. 154. Vgl. auch *Koolaee, E.* (1994/95): The Role of ECO in the Economic Development of Central Asia. *Iranian J. of Internat. Aff.* 6/3-4, S. 504-509; *Wizarat, S.* (1993): Economic Integration among the ECO Countries: Prospects and Challenges ahead. *Iranian J. of Internat. Aff.* 5/1, S. 58-69; und *Mohsenin, M.* (1996): Iran`s Relation with Central Asia and the Caucasus. *Iranian J. of Internat. Aff.* 7/4, S. 834-853.

[402] Vgl. z.B. *Dabari, M.R.* (1994): A New Approach to the Legal Regime of the Caspian Sea as a Basis for Peace and Development. *Iranian J. of Internat. Aff.* 6/1-2, S. 28-46.

[403] *IRNA* 16. Mai 1994, 15:41 GMT.

[404] *IRNA* 15. Mai 1995, 12:50 GMT.

[405] *Süddeutsche Zeitung* 12. Aug. 1996. In den ersten beiden Jahren sollen 40.000 Barrel/Tag kasachischen Öls durch iranische Pipelines fließen (*Ettelâ'ât International* 4. Feb. 1997).

[406] *ITAR-TASS* (Moskau) 13. Okt. 1994, 15:56 GMT. Zur Kooperation auf dem Erdgassektor vgl. *Ghorban, N.* (1995): The Evaluation of Recent Gas Export Pipeline Proposals in the Middle East. *Iranian J. of. Internat. Aff.* 7/2, S. 449-461.

treterkrieg die Rückeroberung der afghanischen Provinzen Herat und Helmand aus den Händen der Tâlibân[407].

Verlagerung der Wirtschaftsbeziehungen

Der amerikanische Aufruf an die westlichen Bündnispartner zur Isolation der Islamischen Republik (Mai 1993) generierte im Iran ein verstärktes Bedürfnis zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu den blockfreien Staaten Afrikas, Südostasiens und Lateinamerikas[408]. In den Jahren 1994 und 1995 eskalierte die Zahl iranischer Staatsbesuche in der Dritten Welt. Die Flut der Konsultationen auf Ministerebene ist in dieser Zeit kaum überschaubar. Insbesondere dem Ausbau der Beziehungen mit den ASEAN-Staaten wurde ab 1994 Priorität eingeräumt[409]. Im Rahmen der ECO wurde eine umfassende Kooperation mit diesem Wirtschaftsblock angestrengt[410]. Bei Staatsbesuchen in den islamischen Ländern Südostasiens warb Rafsanjânî für das Engagement privater Investoren dieser Länder im Iran und rief zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen von *joint-ventures* auf[411]. Anläßlich der "Islamischen Handelsmesse" in Teheran im Juli 1994 wurde der Wunsch zur Gründung eines "gemeinsamen islamischen Weltmarktes" laut[412].

Auch mit Staaten wie Vietnam oder Burkina Faso wurden in der Folgezeit gemeinsame Wirtschafts- und Handelskommissionen gegründet[413], mit Bangladesch, der Ukraine und Kuba Verträge über wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet[414]. Selbst mit so unbedeutenden Inselstaaten wie São Tomé und Principe wurden Kooperationsgespräche gehalten[415]. Ebenso wurden mit blockfreien Staaten des Westens engere Kontakte geknüpft. So wurde etwa mit der Republik Irland ein

---

[407] *Michael Barry*, Vertreter der Médecines du Monde in Afghanistan in einem Vortrag zum afghanischen Krieg. Middle East Institute, Washington D.C., 18. Apr. 1997.

[408] Vgl. z.B *Afrasiabi, K.L.* (1994): After Khomeini: New Directions in Iran's Foreign Policy. Westview Press, Boulder/Colorado.

[409] *Xinhua News Agency*, 11. Jun. 1997.

[410] So Rafsanjânî bei seinem Staatsbesuch in Indonesien (*IRNA* 15. Okt. 1994). Vgl. auch *Khorram, A.* (1995): Joint Cooperation Between China, India and Iran. *Iranian J. of Internat. Aff.* 7/1, S. 197-200

[411] Vgl. zu Malaysia *IRNA* 18. Okt. 1994; zu Indonesien *IRNA* 15. Okt. 1994.

[412] *TVIRI* 16. Juli 1994.

[413] Beim Besuch des vietnamesischen Präsidenten in Teheran (*IRNA* 2. Mai 1994, 16:30 GMT) und der Afrikareise des iranischen Außenministers Velâyatî (*TVIRI* 31. März 1994, 2:30 GMT).

[414] Vertrag mit Bangladesch am 18. Juli 1995 (*FBIS* 20. Jul. 1995), mit der Ukraine am 21. Mai 1996 (*FBIS* 23. Mai 1996) und mit Kuba im April 1994 (Zusammenarbeit auf den Gebieten Wissenschaft, Kultur, Technologie und der Außenpolitik) (*IRNA* 10. Apr. 1994, 14:50 GMT).

[415] *IRNA* 16. Apr. 1994, 16:46 GMT.

Fischereiabkommen unterzeichnet und mit der Schweiz der beiderseitige Handel ausgedehnt. Mit der Mehrzahl der westlichen Industrienationen stagnierte der Handel indessen (Frankreich, Niederlande), oder war rückläufig (Deutschland -5,4%, England -2,2%)[416].

Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Afrika

Am Beispiel Afrikas, das bislang ein Stiefkind iranischer Auslandsbeziehungen war, soll die Ausweitung iranischer Wirtschaftsbeziehungen exemplarisch aufgezeigt werden[417]. Der Kontinent war für den Iran bis Anfang der neunziger Jahre lediglich ein Nährboden für die Ausbreitung des Islam. Neben Entwicklungshilfe für muslimisch besiedelte Regionen waren die beiderseitigen Beziehungen von der Alimentierung diverser Freiheitsbewegungen dominiert[418]. Daß die Beziehungen auf iranischer Seite noch sehr vom Geist der jungen Islamischen Revolution und ihrer kulturellen Intoleranz geprägt waren, zeigte sich 1986, als der damalige Staatspräsident ‘Alî Khâmene’î sich gezwungen sah, seine Reise durch mehrere “Frontstaaten” zum südafrikanischen Apartheidsstaat abzubrechen, weil bei einem Staatsbankett in Zimbabwe Wein serviert wurde und unverschleierte Frauen zugegen waren. Zuvor hatte Khâmene’î sich geweigert, zwei Ministerinnen sowie der Präsidentengattin zur Begrüßung die Hand zu reichen[419].

Erst mit dem Embargo-Aufruf der USA hielt Rationalität in die iranische Afrikapolitik Einzug, und wirtschaftliche Interessen rückten in den Vordergrund[420]. Erste Wirtschaftskontakte, die infolge von Rafsanjânîs Amtsantritt mit

---

[416] Zu Irland vgl. *IRIB* 26. Apr. 1994, 14:30 GMT. Die negativen Zahlenwerte sind rückläufige Exporte des Iran in die betreffenden Länder (vgl. IMF 1996, S. 50).

[417] Im Jahr 1992 stammten lediglich 0,58 % der iranischen Importe aus Afrika, der Anteil des Kontinents an den iranischen Exporten betrug 2,09 % (*IRIB* 8. Mai 1994, 18:15 GMT).

[418] Islamische Bevölkerungsgruppen wurden insbesondere in Sierra Leone, Ghana und Tansania unterstützt wie auch der “anti-imperialistische Freiheitskampf” im südlichen Afrika gegen das Apartheidsregime. Vgl. *Paka’ein, M.* (1994): A Review of Relations Between Iran and Africa. *Iranian J. of Internat. Aff.* 6/1-2, S. 141 f.

[419] Der Besuch galt außerdem den Staaten Angola, Moçambique und Tansania (*NZZ*, 19/20. Jan. 1986, *NZZ* 23. Jan. 1986; u. *Paka’ein* 1994; S. 130).

[420] Islamistische Propaganda, gepaart mit einer Förderung muslimischer Gemeinden, wurde jedoch weiterbetrieben, so die Förderung von Dammbauten in Ghana und Eisenbahnprojekten in Guinea (*Paka’ein* 1994, S. 141 f.).

afrikanischen Staaten geknüpft worden waren, wurden nun vertieft[421]. Unter dem Titel "Entwicklung und Kooperation in Afrika" wurde im Mai 1993 eine staatlich geförderte Konferenz in Teheran abgehalten. Neben der Notwendigkeit der Förderung von Wirtschaftskontakten wurde auch die wichtige Rolle des iranischen Privatsektors in den Außenwirtschaftsbeziehungen betont[422]. Welche Bedeutung Iran den Beziehungen mit Afrika plötzlich beimaß, zeigte sich in der Gründung eines "Amts für afrikanische Angelegenheiten" nach Rückkehr Außenminister Velâyatîs von einer ausgedehnten Afrikareise (März/April 1994)[423]. Unter Aufsicht des Außenministeriums war es Aufgabe dieser neuen Institution, die Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika auszubauen, Handels- und Bankverbindungen zu knüpfen sowie neue Schiffahrts- und Fluglinien zu planen[424].

Auch in der iranisch-politikwissenschaftlichen Literatur schlug sich das wachsende Interesse an Afrika nieder. In einer Studie im renommierten *Iranian Journal of International Affairs*[425] verweist der Leiter des staatlichen Instituts für Politische und Internationale Studien (IPIS), *Mohsen Paka'ein*, auf die Wichtigkeit des afrikanischen Marktes für die iranische Wirtschaft und auf die politische Bedeutung des Einflusses auf die blockfreien Staaten Afrikas. Entschieden ruft er in seiner Publikation das iranische Privatkapital zur Auslotung von Geschäftschancen in Afrika auf. Zur Förderung wirtschaftlicher Kontakte, so *Paka'ein*, sei das IPIS dabei, eine Datenbank zur wirtschaftlichen Lage Afrikas zu erstellen, die iranischen Händlern und Investoren künftig wertvolle Dienste leisten soll[426].

Ein schwerer Schlag für die USA war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu dem wirtschaftlich starken und rohstoffreichen Südafrika (12. Mai 1995), das

---

[421] Anfang der neunziger Jahre schloß der Iran Wirtschafts-Kooperationsverträge mit Guinea (*MEED* 9. Feb. 1990, S. 19), Sambia (Kupferindustrie) (*MEED* 26. Okt. 1990 S. 16), Namibia (*MEED* 26. Jun. 1992, S. 24), Äthiopien (*MEED* 15. Jan. 1993, S. 23) und Zimbabwe (*MEED* 19. Feb. 1993, S. 23). 1989 wurde mit Sambia die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landesverteidigung vereinbart (*MEED* 27. Okt. 1989, S. 24). Mit Zimbabwe wurden Sanktionen gegen Südafrika beschlossen (*MEED* 19. Feb. 1993, S. 23).

[422] Zur Teheraner Afrika-Konferenz vgl. *MEED* 21. Mai 1993, S. 25. Zur Rolle des iranischen Privatsektors in Afrika vgl. *MEED* 23. Jul. 1993, S. 24.

[423] In Burkina Faso wirbt Velâyatî für iranische Erzeugnisse und erörtert deren Absatzchancen (*TVIRI*, 31. März 1994, 2:30 GMT).

[424] *TVIRI* 8. Mai 1994, 3:30 GMT.

[425] *Mohsen Paka'ein* (1994): A Review of Relations between Iran and Africa. *Iranian J. of. Int. Aff.* 6/1-2, S. 129-145. Die Publikation enthält einen Abriß der 2000-jährigen Geschichte iranisch-afrikanischer Beziehungen.

[426] Vgl. *Paka'ein* 1994, S. 143.

sehr schnell zum wichtigsten Handelspartner des Irans in Afrika wurde[427]. Die USA mußten zudem eine Demütigung durch den südafrikanischen Staatspräsidenten Nelson Mandela hinnehmen, der ihnen die Einmischung in innerstaatliche Belange untersagte, nachdem er aufgrund der guten Beziehungen seines Landes zum Iran ins Kreuzfeuer der amerikanischen Außenpolitik geraten war[428].

Auf wenig Gegenliebe im Westen stieß auch das iranische Vorhaben, auf den afrikanischen Ölmärkten Fuß zu fassen und durch die Erschließung von Erdölfeldern zu Dumpingpreisen den Einfluß multinationaler Konzerne zurückzudrängen. Die "Erforschung und Entwicklung der unglaublichen, zumeist noch ungenutzten Ölreserven des afrikanischen Kontinents" bietet, so der iranische Erdölminister Gholâm-Rezâ Âqâzadeh auf der *Sub-Saharan Oil and Minerals Conference*[429], ein riesiges Potential für eine iranisch-afrikanische Erdöl-Kooperation. Diese trägt laut Âqâzadeh bereits Früchte durch die erfolgreiche Zusammenarbeit der National Iranian Oil Company (NIOC), der "viertgrößten Ölgesellschaft der Welt", mit den Staaten Tansania, Kenia, Madagaskar, Südafrika, Senegal, Sudan, Marokko und Libyen[430].

---

[427] *IRNA* 12. Mai 1995, 6:56 GMT. Seit der Islamischen Revolution hatten die Beziehungen aufgrund der Apartheidspolitik Südafrikas auf Eis gelegen.

[428] Zu Mandelas Zurückweisung US-amerikanischer Vorwürfe sowie zu den iranisch-südafrikanischen Erdölgeschäften vgl. *MEED* 1. Sep. 1995, S. 12.

[429] Am 27. März 1995 in Johannesburg.

[430] Zur Johannesburg-Konferenz vgl. *MEED* 14. Apr. 1995, S. 30 f.

> "Man darf sich niemals dem Glauben hingeben, daß der ewige Feind des Islam seiner Feindschaft gegenüber dem Islam ein Ende gesetzt hat. Die USA sind der Hauptfeind des Islam und werden dies auch bleiben".
>
> Âyatollâh Khâmene'î, 29. Juli 1992[431]

Zwischenergebnis

Im Verlauf des Embargos ersetzte Iran seine ohnehin von ständigen Spannungen überschatteten Wirtschaftsbeziehungen zu den USA und reduzierte seine zwar freundlichen, doch zerbrechlichen Beziehungen zu Europa und Japan. Statt dessen knüpfte das Land enge Beziehungen zu Zentralasien und freundlich-kooperative Beziehungen zu den meisten Staaten der Dritten Welt. Dem Iran gelang es dadurch, nicht nur die Auswirkungen des Embargos abzuschwächen, vielmehr erreichte das Land durch den Ausbau der Süd-Süd-Beziehungen größere wirtschaftliche Unabhängigkeit von den Industrienationen, die normalisierte Beziehungen von politischem Wohlverhalten abhängig machen. Die neuen Handelspartner des Iran sind in dieser Hinsicht um vieles toleranter, da sie im wesentlichen selbst keine Rechtsstaaten sind. Diese Entwicklung hat auch den politischen Einfluß des Westens erheblich reduziert[432]. Wäre Iran weiterhin wirtschaftlich allein auf den Westen angewiesen, so wäre es durchaus denkbar, daß das Land 1997 besonnener auf das "Mykonos-Urteil"[433] reagiert hätte und auf eine Ausweisung des deutschen Botschafters verzichtet hätte. Daß an dessen Rückkehr in den Iran demütigende

---

[431] Khâmene'î vor einer Anzahl geistlicher Führer (*Middle East Int.*, 7. Aug. 1992, S. 13).

[432] Mit der Aufkündigung des "Kritischen Dialogs" aufgrund des "Mykonos-Prozesses" hatte auch Deutschland seine politisch einflußreiche Rolle eingebüßt.

[433] In seinem Urteil hatte das Berliner Kammergericht 1997 die Teheraner Führung als Auftreggeber des 1992 vollzogenen Mordes an vier kurdisch-iranischenn Exilpolitikern im Berliner Restaurant "Mykonos" gebrandmarkt und hatte vier der fünf Angeklagten des Mordes oder der Beihilfe dazu verurteilt und in Abwesenheit Haftbefehl gegen den iranischen Geheimdienstchef 'Alî Fallahiân erlassen (Der Spiegel 7/1998, S. 138; *FAZ* 28. März 1998). Wörtlich heißt es in dem Urteil, das Attentat sei "durch die Machthaber des Iran ins Werk gesetzt worden" (*FAZ* 28. März 1998).

Bedingungen geknüpft wurden[434], scheint ein Indiz zu sein, daß im Iran längst ein außenpolitischer Prioritätenwechsel stattgefunden hat.

Neben dem Ausbau der Außenhandelsbeziehungen sind dem Iran auch die hohen Preise für Erdöl ab dem Jahr 1996 entgegengekommen, die zur Abfederung des Einnahmenausfalls beitragen konnten[435]. Hinzu kommt, daß sich eine Reihe von westlichen Staaten vom Embargo und den Sanktionsdrohungen der USA nicht beirren ließen und ihre Handelsbeziehungen mit dem Iran weiter aufrecht erhielten. Darüber hinaus belegen Zahlen des Internationalen Währungsfonds, daß die Einnahmen des Iran seit Inkrafttreten der US-Sanktionen auch während des Embargos relativ konstant geblieben sind. Die Handelsbilanz hat sich aufgrund eines Ende 1992 verhängten Einnahmenstops ab dem Haushaltsjahr 1994/95 ins Positive verkehrt (vgl. Tab. 6)[436].

Ein Scheitern von Rafsanjânîs Reformen aufgrund der Wirtschaftsblockade der USA, wie dies manche Autoren sowie staatliche US-amerikanische Stellen nahelegen[437], konnte demzufolge keine Bestätigung finden. Der Westen hat weder erreicht, die iranische Führung mittels des Embargos zu stürzen, noch das Land zu mehr Rechtsstaatlichkeit anzuhalten (die Willkürherrschaft nimmt im Gegenteil ab 1993 wieder zu, vgl. Kap. V.3). Dem Rentierstaat war es vielmehr gelungen, seine Außenhandelskontakte ab 1994 durch ein Krisenmanagement auszuweiten und somit seine Einnahmenbasis zu diversifizieren.

Außenpolitisch hat der Iran dadurch an Einfluß gewonnen. *Paka'ein* weist zurecht auf die Stimmenmacht der dem Iran zumeist freundlich gesonnenen blockfreien

---

[434] Dieser wurde nach dem Urteil ausgewiesen, viele seiner westlichen Kollegen verließen das Land aus Protest. In der Folgezeit stand jede Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen unter dem Vorbehalt des Iran, der deutsche Botschafter Bächmann müsse als letzter nach Teheran zurückkehren. Als die übrigen EU-Staaten im November 1997 immer vehementer auf eine Rückkehr ihrer Botschafter in den Iran drängten, konnte eine Demütigung Deutschlands nur abgewandt werden, indem sich die EU-Botschafter darauf einigten in zwei Gruppen zurückzureisen. Am 23 November 1997 reiste der deutsche Botschafter zusammen mit seinem französischen Kollegen wieder in den Iran ein, am 13. November waren bereits zehn EU-Botschafter vorausgereist (*FAZ* 5. Aug. 1997; *Der Spiegel* 47/1997, S. 25; *FAZ* 24. Nov. 1997).

[435] Durch den Anstieg der Weltmarktpreise stiegen die iranischen Öleinnahmen von 13,8 Mrd. $ (1995/96) auf 19,27 Mrd. (1996/97).

[436] Allerdings muß angemerkt werden, daß die vollen Auswirkungen des Embargos noch nicht abzuschätzen sind, da Zahlen der iranischen Zentralbank bislang nur bis Ende des iranischen Haushaltsjahres 1994/95 vorliegen. Die Angaben für das Haushaltsjahr 1996/97 beruhen zumeist auf Hochrechnungen.

[437] Vgl. z.B. *Rathmell* 1995, S. 411 ff. und *American Israeli Political Action Committee* (1995): Comprehensive U.S. Sanctions Against Iran (Washington, D.C.). Vgl. auch: *United States, Congress, Senate, Committee on Banking, Housing and Urban Affairs* (1995): The Comprehensive Iranian Sanctions Act of 1995.

Staaten Afrikas und Asiens in den Vereinten Nationen hin[438]. Aufgrund verminderter finanzieller Zuwendungen nach Endes des Kalten Krieges war der Einfluß des Westens insbesondere in Afrika gesunken.

Auch in der Frage der Ölgeschäfte mit Zentralasien konnte der Iran Erfolge gegenüber den USA verbuchen. Im Juli 1997 ließen die USA verlauten, daß sie dem Bau einer Ölpipeline von Turkmenistan über iranisches Territorium nicht mehr entgegenstehen[439]. Es ist anzunehmen, daß die USA aufgrund anhaltender Kriegshandlungen im Gebiet der geplanten Herat-Helmand-Pipeline von ihren Afghanistan-Ambitionen abrücken mußten (vgl. oben).

Im Iran selbst wurde seit dem Embargo die Privatisierung nach einem zeitweiligen Stop weitergeführt. Ebenso wurden weiterhin direkte ausländische Investitionen eingeworben, was zu einer Stabilisierung der Einnahmen beigetragen hat.

Auch innenpolitisch konnte sich die iranische Staatsklasse durch den Ausbau diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen behaupten. Einerseits gewährleisteten diese die Aufrechterhaltung der Allokationsmechanismen, andererseits konnte die Staatsklasse durch breite Berichterstattung über außenpolitische Erfolge in den staatlichen-iranischen Medien der Bevölkerung zeigen, daß das Land keineswegs isoliert war. So wurde dem Volk trotz Embargo die Attraktivität des Iran als wirtschaftlichem Handelspartner und politischem Verbündeten vor Augen geführt.

Für die Entwicklungen innerhalb der iranischen Staatsklasse jedoch mag das Embargo einen gewissen Erklärungswert für das Scheitern der Reformen besitzen. Dieser ist allerdings nicht ökonomischer, sondern machtpolitischer Natur. Indirekt hat Rafsanjânîs freiherzige Öffnung zum Westen, die, wie gezeigt, nicht vom erhofften Erfolg gekrönt war, die Macht seinen Kontrahenten in die Hände gespielt und somit auch die von ihm angestrengten Reformen unterminiert. Bereits nach den Parlamentswahlen von 1992 nutzte Khâmene'î die "Westgläubigkeit" Rafsanjânîs, um diesen in einer Rede vor geistlichen Führern zu diskreditieren. Um die eigene Machtstellung auf Rafsanjânîs Kosten auszubauen, bescheinigte er ihm Naivität im Hinblick auf verbesserte Beziehungen zum "ewigen Feind des Islam", den USA[440]. Im Zusammenhang mit der in Kapitel V.3 diskutierten Elitenkonkurrenz wird dies nochmals aufgegriffen.

---

[438] Vgl. *Paka'ein* 1994, S. 147 f.

[439] *Washington Post* 27. Jul. 1997.

[440] Khâmene'î spricht am 29. Juli 1992 (siehe Zitat zu Eingang dieses Teilkapitels (*Middle East Int.* 7. Aug. 1992, S. 13)).

2. Die Windfallgewinne des Zweiten Golfkrieges (1990/91)

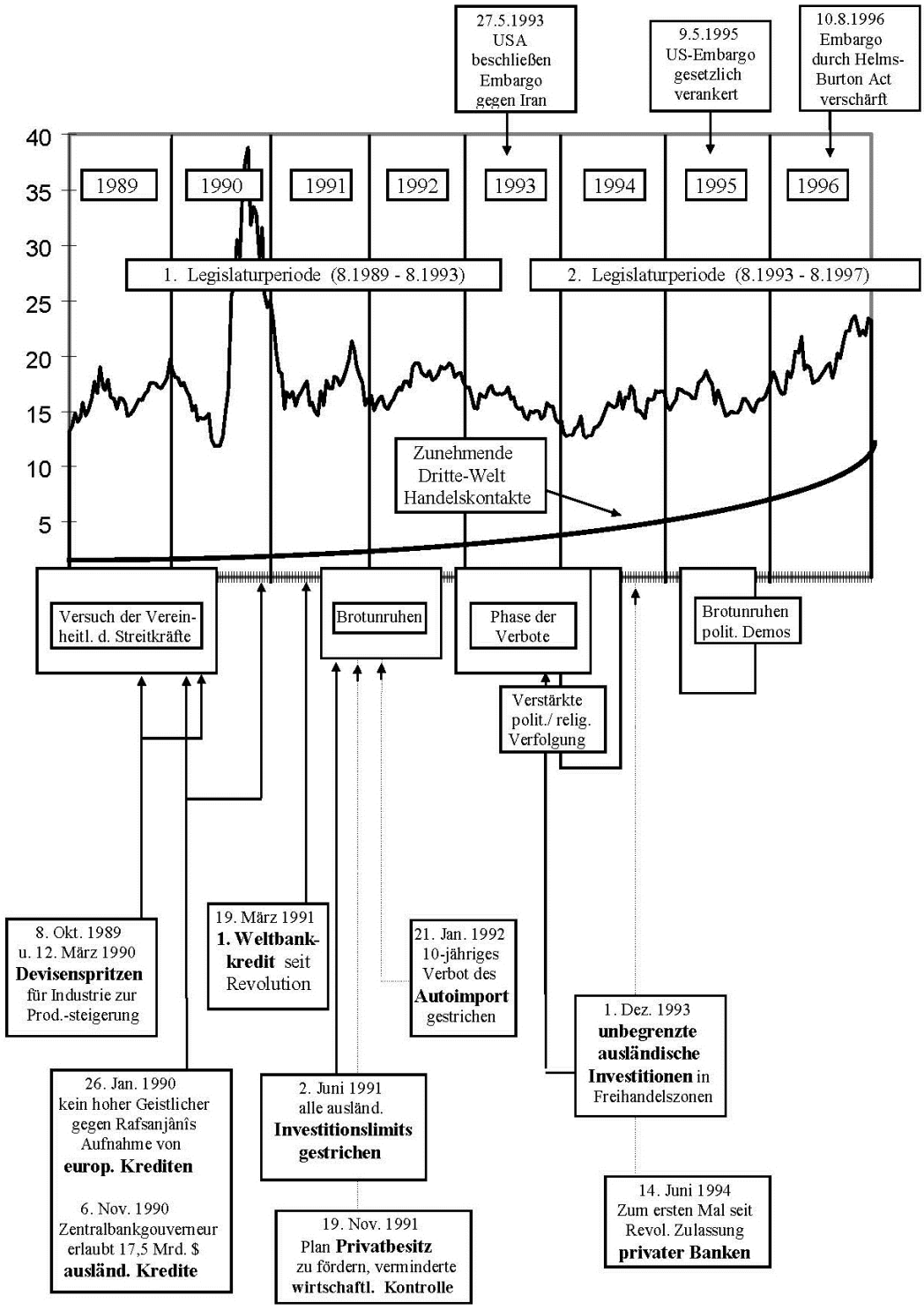
Das Rentierstaatskonzept geht davon aus, daß das Verhalten von Rentierstaaten "als Funktion der Struktur…. [der externen Renten] und des mit diesem Einkommen betriebenen Politikmanagements nach innen begriffen werden kann"[441]. *Beck* stellt fest, daß gerade die "Erhöhung des Ressourcenspielraumes… [zu einer] herrschaftspolitisch[] motivierte[n] Abkehr von entwicklungspolitischen Orientierungen"[442] führt.

Die Windfallprofite des Zweiten Golfkrieges, die Anfang der neunziger Jahre die iranischen Erdöleinnahmen verdreifachten, hätten Rafsanjânî demnach zu einer Abkehr von seiner politisch kostspieligen Liberalisierung führen müssen (vgl. Abb. 6). Hoch genug waren die Gewinne allemal: Erlösen von 6,3 Mrd. $ des Krisenjahres 1986/87 standen nun plötzlich Gewinne von bis zu 18 Mrd. $ (1990/91) gegenüber. Das gegen den Irak verhängte Embargo sowie die zerstörten kuwaitischen Förderanlagen hielten den Preis für Erdöl auch in den beiden Folgejahren auf einem relativ hohen Niveau (vgl. Abb. 5 u. Kap. IV.2). Ganz im Widerspruch zu *Beck*s eingangs zitierter These hielt Rafsanjânî jedoch an seinem Reformkonzept fest, obwohl ihn die hohen Renteneinkommen dieses Zwangs enthoben hätten.

Wenn die Windfallgewinne die Regierung auch nicht zur Abkehr von ihrem Reformkurs veranlaßt haben, so boten sich durch die Erhöhung des Ressourcenspielraumes doch zum ersten Mal Alternativen zum Reformprogramm Rafsanjânîs und seines liberalen Technokraten-Kabinetts. Khâmene'î wußte diese Chance zu nutzen, sei es zum Ausbau der eigenen Macht oder zur Bewahrung des geistlichen Herrschaftsmonopols, das durch wachsende Unruhen in Gefahr zu sein schien (vgl. Kap. V.3). Seine zunehmend kritische Stellung gegenüber Rafsanjânîs Reformprogramm wie auch die wachsenden Unruhen veranlaßten große Teile der Staatsklasse zum Abrücken vom Reformkurs. In der Folgezeit obstruierten Parlament und Wächterrat unter der Schirmherrschaft Khâmene'îs die Politik des pragmatischen Staatsklassensegments: Die Privatisierung wurde durch die Einschränkung der Aktivitäten der Teheraner Börse ausgesetzt und einem weiteren Subventionsabbau

[441] *Pawelka* 1993, S. 103.
[442] *Beck* 1993, S. 128.

Abbildung 6: **Ölpreis, US-Embargo und die iranische Politik während der Präsidentschaft Hâschemî Rafsanjânîs[443].**



[443] Das Rentierstaats-Konzept geht davon aus, daß das (wirtschafts-)politische Verhalten von Erdölrentiers eine Funktion ihrer Staatseinnahmen ist (vgl. *Pawelka* 1993, S. 103). Es wird daher versucht, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen zu den iranischen Öleinnahmen sowie zu außenpolitischen Ereignissen (US-Embargo) in Bezug zu setzen. In Blöcken dargestellte Ereignisse wie “Brotunruhen” oder “Verfolgung” stehen jeweils für eine Kette von Ereignissen.

nicht stattgegeben[444]. Zudem wurden die ambitionierten Pläne zur Diversifikation zunichte gemacht, einerseits durch einen vom Parlament verhängten Importstop, andererseits durch die Weigerung der *majles*, weitere Kredite zu genehmigen. Erst angesichts des US-Embargos ließ das Parlament eine teilweise Rückkehr zum Reformkurs zu (vgl. Kap. IV.3).

Der zunehmende Druck auf Rafsanjânîs Politik beschleunigte die Rückkehr zur Rentierstaatlichkeit. Der Staatsklasse war klar geworden, daß nur der Ölsektor derart hohe Gewinne erzeugen konnte, um die Schuldenkrise mittelfristig überwinden zu können. Eine von Rafsanjânî gebilligte Ausweitung der Produktion stärkte die Bedeutung des Öls. Seit Ende 1991 wurde mittels der Erschließung von 250 neuen Ölquellen wieder eine offensive Expansion des Erdölsektors angestrebt[445]. Die Förderleistung sollte nach Aussage von Ölminister Âqâzadeh von 3,2 Mio. Barrel/Tag (1990/91) auf 4-5 Mio. Barrel/Tag ausgeweitet werden[446].

Bei Inkrafttreten des US-Embargos erfuhr der Ölsektor nach einer Periode der relativen Stagnation einen enormen Wachstumsschub. Trotz der immensen Windfallgewinne war sein Anteil am BIP verglichen mit anderen Sektoren verschwindend gewesen (1991/92-1992/93 bis 8,2%). In den Jahren 1993/94 und 1994/95 stieg der BIP-Anteil jedoch rapide zu Lasten von Industrie- und Dienstleistungssektor an (18,9% im Jahr 1994/95, vgl. Tab. 8).

Hinzu kam, daß die infolge der Schuldenkrise verhängten Importrestriktionen zum Niedergang der vielversprechenden Diversifikation des Nicht-Öl-Sektors führten: Zur Ausweitung und Aufrechterhaltung der Produktion notwendige ausländische Vorleistungen (Vorprodukte und Ersatzteile) konnten nicht mehr beschafft werden (vgl. Kap. IV.2). So erfuhr der BIP-Anteil des Industrie- und des Dienstleistungssektors in den Jahren 1993/94 und 1994/95 einen merklichen Rückgang (vgl. Tab. 8).

---

[444] Daß die Einwerbung direkter ausländischer Investitionen von den Streichungen ausgenommen wurde (vgl. Kap. IV.3), ist möglicherweise darauf zurückzuführen, daß dieser Teil der Reform die Patronagemacht der Staatsklasse am wenigsten beeinträchtigte. Da *joint-ventures* größtenteils mit Staatsunternehmen geschlossen wurden, förderten sie einerseits ein intensiveres Abschöpfen der Rentenflüsse, andererseits konnte der Iran mittels der auf 49% beschränkten Anteilsbegrenzung für ausländische Investoren seine Kontrolle über die Gemeinschaftsunternehmen wahren. Durch die Einwerbung rentenschaffender ausländischer Investitionen konnte eine allzu große Aufwertung des iranischen Privatkapitals vermieden werden. Durch den Verweis auf den Sonderstatus der Freihandelszonen war es der Regierung überdies möglich, innergesellschaftliche Ansprüche, die auf eine Ausdehnung der liberalen Bestimmungen auf das Festland zielten, abzuweisen.

[445] Mit Hilfe kanadischer Spezialisten sollten die besagten Quellen zwischen November 1991 und März 1993 erschlossen werden (*MEED* 18. Okt. 1991, S. 7, "Making the most of oil").

[446] *MEED* 31. Mai 1991, S. 15.

Mit dem Importstop gingen auch die Steuereinnahmen zurück (vgl. Tab. 9): Die Rezession führte zu einem rückläufigen Steueraufkommen infolge geringerer direkter Steuereinnahmen. Zum anderen verursachten abnehmende Importe ein sinkendes Steueraufkommen aus Importzöllen. Erst 1996/97 ist eine Erholung der Steuereinnahmen zu verzeichnen, allerdings handelt es sich hierbei um vorläufige Zahlen des IMF.

Tabelle 8: Anteil der verschiedenen Wirtschaftssektoren am BIP (in %)[447].

	1989/90	*1990/91*	*1991/92*	*1992/93*	*1993/94*	*1994/95*	*1995/96*	*1996/97*
Erdöl	10,1	10,4	8,2	9,1	17,6	18,9	16,1	15,5
Landwirtschaft	22	23	23,1	23,9	20,8	21,1	22,2	20,9
Industrie	16,1	17,5	20,1	20,1	18,6	18,6	19,7	21
Dienstleistungen	51,8	46,7	48,6	46,9	43	41,4	42,1	42,6

Tabelle 9: Anteil verschiedener Einnahme-Posten des Staatsbudgets am BIP (in %)[448].

	1989/90	*1990/91*	*1991/92*	*1992/93*	*1993/94*	*1994/95*	*1995/96*	*1996/97*
Erdöl	?	9,2	7,1	7,7	23,1	18,6	16,5	16,4
Steuern	4,3	4,6	5,5	5,7	4,3	4,3	4,1	5,4

Es war daher für den Staat sowohl volkswirtschaftlich als auch fiskalpolitisch unumgänglich, wieder auf den Ölsektor zu setzen und seine rentierstaatlichen Einnahmequellen zu reaktivieren (vgl. besonders die Entwicklung in den Jahren 1992/93-1993/94, Tab. 9). Da die staatliche Wirtschaftspolitik somit wieder auf nicht produktive Wirtschaftsbereiche setzte, wurde die Rentierstaatlichkeit erneut gestärkt und die ökonomische Struktur demzufolge heterogen deformiert - unabhängig davon ob dies gewollt war oder nicht.

[447] Quelle: Für 1989/90: *Amuzegar* 1997, S.381 (Tab. 9.2), für 1990/91: IMF 1995, S. v. Für 1991/92-1994/95: IMF 1996, S. 2; Für 1995/96-1996/97: IMF 1998, S. 6 (Werte für 1996/97 basieren auf vorläufigen Hochrechnungen).

[448] Quelle: Für 1989/90: *Kanovsky* 1997/Anhang 7, Angaben in Mrd. Rial in % umgerechnet), für 1990/91: IMF 1995, S. vi, für 1991/92-1994/95: IMF 1996, S. 3; Für 1995/96-1996/97: IMF 1998, S. 7 (Werte für 1996/97 basieren auf vorläufigen Hochrechnungen).

Daß Rafsanjânî mit seinen Reformen eine endgültige Abkehr vom Rentierstaat angestrebt hat, ist wenig wahrscheinlich. Ein Abbau der strukturellen Heterogenität hätte langfristig mit großer Sicherheit zur Entmachtung der Staatsklasse geführt, was kaum in Rafsanjânîs Interesse liegen konnte.

Bei der Betrachtung des Reformprogrammes darf nicht außer Acht gelassen werden, daß selbst Ende der achtziger Jahre die Renteneinkommen trotz Einnahmenkrise immer noch so hoch waren, daß der Iran auch mit einem starken Nicht-Ölsektor weiterhin ein Rentierstaat geblieben wäre. Die Privatisierung von einigen hundert Staatsunternehmen hätte daran wohl kaum etwas geändert (der Anteil des Privatsektors am BIP beträgt auch heute nur 10-20%). Von einer endgültigen Abkehr vom Staatsinterventionismus kann daher auch zu Hochzeiten der Reform kaum gesprochen werden.

Auch sollte nicht vergessen werden, daß Rafsanjânî nicht immer der liberale Öffner war, als der er sich in den neunziger Jahren dem Westen gerne präsentierte und von diesem, in der Hoffnung auf eine politisch-religiöse Mäßigung des Landes, auch gerne gesehen wurde. Bis 1986 war Rafsanjânî Führer der Radikalen (vgl. Kap. II.3) und sprach sich offen für die Allmacht des Staates in Wirtschaftsfragen aus. Als erklärter Gegner des Privatsektors provozierte er mit seinen Freitagspredigten immer wieder heftige verbale Attacken seitens des Bâzârs und der diesen unterstützenden konservativen Geistlichen. Sein Bild wurde von den Händlern mit einem rotgefärbten Turban "als sozialistischer Mullah"[449] in ganz Teheran verteilt. Um die Lage zu entschärfen, wurde Rafsanjânî für mehrere Wochen von seinem Amt als Teheraner Freitagsprediger suspendiert[450].

Auch Rafsanjânîs Einstellung gegenüber dem Westen war bis zu seinem Amtsantritt als Präsident im August 1989 keinesfalls wohlwollend zu nennen, und er konnte kaum als Fürsprecher verbesserter Beziehungen zum westlichen Ausland gelten. Noch im Mai 1989 richtete Rafsanjânî einen Appell an die PLO:

> "Für einen jeden von den Israelis erschossenen Palästinenser [sollen] fünf Amerikaner, Briten oder Franzosen ermordet werden. [Außerdem ist es nötig] Geiseln zu nehmen, Flugzeuge zu entführen und Anschläge auf Fabriken und andere westliche Interessen überall in der Welt durchzuführen… Amerikaner, Briten und Franzosen… [sind] überall auf der Welt vorzufinden und leicht zu ermorden, während Israelis umzubringen viel schwieriger [ist]… Solche Maßnahmen… führen [dazu], daß die Israelis ihr hartes

[449] Vgl. *Behdad* 1995, S. 117.
[450] Vgl. *Behdad* 1995, S. 117.

> Vorgehen gegen palästinensische Demonstranten bald aufgeben… , weil sie unter Druck der westlichen Staaten [geraten werden]"[451].

In einem Interview gab Rafsanjânî 1991 klar zu verstehen, daß er auch weiterhin an seiner Sicht der Dinge festhalten werde: "nicht meine Einstellung hat sich geändert, sondern die Umstände"[452].

Indiz dafür, daß Rafsanjânî bei gleichzeitiger Liberalisierung auch weiterhin in politischen und nicht in wirtschaftlichen Kategorien dachte, ist die Verwendung der Windfallgewinne. Der größte Teil dieser Gelder wurde nicht, wie das Reformprogramm nahelegt, zum Aufbau eigener Produktivsektoren und somit zum Abbau der Einseitigkeiten der Erdöl-Ökonomie benutzt. Vielmehr wurden die Gewinne ganz den Gesetzmäßigkeiten einer Rentier-Ökonomie verpflichtet, durch Konsumgüterimporte verschleudert bzw. zur indirekten Patronage mittels einer Überbewertung der Landeswährung verwendet (vgl. Kap. I.3 u. IV.1).

Auch die weitgehende Begrenzung der Ausländer-Privilegien auf Freihandelszonen (vgl. Kap. IV.3)[453] läßt darauf schließen, daß Rafsanjânî am Rentierstaat festhalten wollte und den Einfluß der Marktkräfte im Kern-Iran gering zu halten suchte. Eine Ausweitung auf das Festland hätte zwangsläufig eine Rationalisierung des Saatssektors gefordert. Dadurch verursachte Massenentlassungen und Betriebsschließungen hätten jedoch an der Legitimation der Staatsklasse gezehrt. Durch die Errichtung von "Freihandelszonen" vor der Küste ließen sich tiefgehende Eingriffe in die zentralisierte Wirtschaftsstruktur des Iran hingegen vermeiden. Diese Zonen beeinträchtigten weder das Herrschaftsmonopol noch die weitreichenden wirtschaftlichen Kontrollkapazitäten der Staatsklasse. Im Falle einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise hätten die liberalen Bestimmungen, jedoch leicht auf das gesamte Hoheitsgebiet ausgedehnt werden können. Zunächst aber blieben die Inseln trotz liberaler Bestimmungen was sie waren: Inseln, ohne Einfluß auf die wirtschaftspolitische Entwicklung des Festlandes.

Geht man davon aus, daß Rafsanjânîs Ziel nicht die Abkehr vom Rentierstaat war, so ergibt sich daraus ein ganz anderes Bild der Reform, als es die Literatur und die

---

[451] *IRNA* 10. Mai 1989. Vgl. auch *NZZ* 12. Mai 1989. Rafsanjânîs Aufforderung ging selbst Jassir Arafat zu weit, so daß sich dieser öffentlich distanzierte.

[452] *Der Spiegel* 25. März 1991. Vgl. auch Nachdruck des Interviews in *Ettelâ'ât* 27. März 1991.

[453] Profit-Transfer Garantien, Visa-Erleichterungen, Steuerfreiheit und internationales Recht im Geschäftsverkehr.

Medien zeichnen[454]. Trotz der erheblichen Schwierigkeiten, mit denen der Reformprozeß innen (Elitenkonkurrenz) wie auch außen (US-Embargo, Distanz des Westens) zu kämpfen hatte, kann er aus rentierstaatlicher Sicht kaum als gescheitert gelten:

(a) Eine Zeit geringer Renteneinnahmen konnte überbrückt werden, ohne daß die Staatsklasse ihr Herrschaftsmonopol infolge einer zeitweiligen Stärkung der Marktkräfte und einer hohen Staatsverschuldung (vgl. Tab. 6) eingebüßt hätte. Öleinnahmen der späten achtziger Jahre von unter 10 Mrd. $/Jahr standen in der ersten Hälfte der neunziger Jahren wieder Renteneinkommen von 14-18 Mrd. $ gegenüber.

(b) Trotz hoher Verschuldung konnte eine systemgefährdende Schuldenkrise durch die Umschuldung von 14 Mrd. $ kurzfristiger Kredite abgewandt werden, ohne daß der Iran von seinen Gläubigern dazu gezwungen wurde, die Disziplinarprogramme des Internationalen Währungsfonds zu akzeptieren.

(c) Der Iran war in der Lage, die Isolation der achtziger Jahre zu überwinden; zudem konnte er seine diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen vervielfältigen.

(d) Die Kriegsschäden konnten weitgehend behoben werden. Zusätzlich wurde eine Reihe von neuen Staudammprojekten, Straßen- und Eisenbahnverbindungen, Flug- und Seehäfen wie auch Telekommunikationsverbindungen geschaffen. Das Planziel wurde in diesen Bereichen weit überschritten (vgl. Tab 7).

(e) Die landwirtschaftliche Produktion des Iran war bis zum Ende der ersten Planperiode nicht zuletzt dank großzügiger Subventionen stark angestiegen, und ihr Anteil am BIP erfuhr einen leicht positiven Trend (vgl. Tab. 8).

(f) Das reale Wachstum des BSP war bei Ende der ersten Planperiode höher als das der meisten anderen OPEC-Staaten[455].

(g) Zwischen 1991/92 und 1995/96 konnte das Haushaltsdefizit halbiert werden - es sank von 4,9 Mrd. $ auf 2,6 Mrd. $[456].

(h) Trotz der von den USA verhängten Wirtschaftssanktionen konnte sich die iranische Staatsklasse an der Macht halten, die durch das Embargo verursachten Einnahmenverluste weitgehend ausgleichen und weitreichende Wirtschaftsbeziehungen zu Zentralasien und anderen Drittweltstaaten aufbauen.

---

[454] So geht beispielsweise *Amuzegar* davon aus, daß Rafsanjânî eine (freie) Marktwirtschaft anstrebte und daß seine Reformen gescheitert sind (*Amuzegar* 1997a, S. 316 ff.).

[455] Vgl. *Amuzegar* 1997a, S. 339.

[456] IMF 1996, S. 45.

Aus Sicht des Rentierstaats-Konzepts ließen sich Rafsanjânîs Reformen demnach als ein durchaus erfolgreiches Krisenmanagement betrachten. Ebenso wie die Abkehr vom Rentierstaat und der Verzicht auf die Vorherrschaft der geistlichen Staatsklasse erscheint jedoch auch ein temporäres Krisenmanagement eine wenig plausible Erklärung für den Charakter von Rafsanjânîs Reformen zu sein. Wie gezeigt, hielt Rafsanjânî an seinem Reformprogramm fest und orientierte sich auch nach der Stabilisierung der Renteneinnahmen weiter an den Empfehlungen von Weltbank und Internationalem Währungsfond. Noch in den Jahren 1992 und 1993 mit ihren hohen Renteneinkommen wurden die Delegationen der beiden Finanzorganisationen in Teheran empfangen, um über Strukturanpassungsmaßnahmen und Kredite zu verhandeln[457]. Verwunderlich erscheint es auch, daß Rafsanjânî iranischen Journalisten, Schriftstellern und Intellektuellen gewisse Freiheiten zugestanden hatte und die Aktivitäten von Oppositionsparteien duldete, die der von Khomeinî etablierten Doktrin des *velâyat-e faqîh* in offener Ablehnung gegenüberstanden (vgl. Kap. IV.3). Auf lange Sicht hätte dies mit großer Wahrscheinlichkeit politische Partizipationswünsche in der Bevölkerung erzeugt, die das Herrschaftsmonopol des iranischen Staatsklassenregimes in Frage gestellt hätten.

Zwischenergebnis

Es entspricht den Gesetzmäßigkeiten des Rentierstaats-Konzepts, daß es infolge der Windfallgewinne zu einem Politikwandel im Iran kommt. Die Abkehr großer Teile der Staatsklasse von Rafsanjânîs Reformpolitik erscheint in Anbetracht der von einer Liberalisierung ausgehenden Gefahr für das geistliche Herrschaftsmonopol plausibel. Doch viele Fragen bleiben offen. Mit dem Rentierstaats-Konzept lassen sich weder Rafsanjânîs Festhalten am Reformkurs noch die Tiefgründigkeit seiner gesellschaftlichen Reformen befriedigend erklären. Auch die Frage nach den Zielen der Reform und Rafsanjânîs Motiven kann nicht beantwortet werden. Ebensowenig gelingt es dem abstrakten Rentierstaats-Konzept, zu erklären, warum Rafsanjânî trotz seiner (begrenzten) wirtschaftlichen Erfolge innerhalb der Staatsklasse politisch scheiterte.

---

[457] *MEED* 29. Mai 1992, S. 20; *MEED* 30. Okt. 1992, S. 18; *MEED* 26. März 1993, S. 22.

Da Herrschaft in Rentierstaaten oft neo-patrimoniale Züge aufweist (vgl. Kap. I.6.) und sich mit dem Ansatz des Neo-Patrimonialismus Herrschaftsstrukturen in Staatsklassensystemen erfassen lassen, bietet es sich an, im folgenden den Reformprozeß wie auch politische Prozesse innerhalb des Staatsklassenregimes aus diesem Blickwinkel näher zu betrachten.

3. Elitenkonkurrenz

Neo-patrimoniale Systeme sind durch die Segmentierung ihrer Eliten gekennzeichnet. Dies resultiert in permanenter Rivalität und oft wechselnden Koalitionen[458]. Da nur der patrimoniale Herrscher über die Umsetzung politischer Ideen und Strategien entscheidet, konkurrieren die verschiedenen Segmente der Elite beständig um Einfluß bei diesem. Der Patrimon, der "alle politischen Entscheidungen durch ein Netz personaler Beziehungen lenkt"[459], fungiert als Schiedsrichter in diesem Elitenwettbewerb und verhindert dadurch allzu großen Machtzuwachs einzelner Segmente der Elite (vgl. Kap. I.6 und II.2)[460].

Entwicklungsstrategien als Vehikel der Macht

Nach dem Tod des überparteilichen Schlichters Khomeinî ist im Iran der Kampf um die Vorherrschaft einzelner Elitensegmente offen ausgebrochen. Waren bislang die allgemeinen Richtlinien der Politik vom Revolutionsführer formuliert worden[461], so machte die Auffächerung der Herrschaft - infolge der schwachen Stellung des Khomeinî-Nachfolgers Khâmene'î - kollektive Entscheidungen über die politischen Belange des Landes möglich und gestattete Mehrheitsentscheidungen innerhalb der Staatsklasse. Die Schwäche des Neo-Patrimoniats stärkte demokratische Mechanismen. Dadurch kamen dem Parlament und den allgemeinen Wahlen für Exekutive und Legislative eine völlig neue Bedeutung zu. Nicht unwesentlich verstärkt wurde dieser Trend durch eine Verfassungsreform, die dem Revolutionsführer einen -

---

[458] Vgl. *Elsenhans* 1981, S. 233.
[459] *Pawelka* 1985, S. 24.
[460] Vgl. *Pawelka* 1985, S. 25.
[461] Verfassung der Islamischen Republik Iran, Artikel 110, Ziffer 1 (vgl. Abb. 7).

durch die Eliminierung des Ministerpräsidentenamtes - gestärkten Staatspräsidenten gegenüberstellte (vgl. Kap. II.2)[462].

Der tiefe Segmentierungsgrad der Staatsklasse und die permanente Rivalität zwischen den einzelnen Segmenten boten Ansatzpunkte für die Umsetzung von Forderungen der Bevölkerung[463]. Zwar haben Staatsklassen kein genuines Interesse an Entwicklung, jedoch ist ihnen ein über die Herrschaftssicherung vermitteltes Interesse daran zu eigen[464]. Wenn sie soziale Reformen auch scheuen, weil diese mit der Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten verbunden sind und die Selbstprivilegierung der Staatsklassen sowie deren politische Kontrolle gefährden, können machtpragmatische Erwägungen Eliten dennoch zu Reformen nötigen[465]. Im Iran eröffneten Entwicklungsstrategien den diversen Elitensegmenten infolge der Schwäche des Neo-Patrimoniats und der neuen Wählermacht den Weg zur Vorherrschaft in der Staatsklasse.

Dies verhalf auch Rafsanjânî zum Durchbruch. Nur die Erfordernisse der Stunde und die neue Macht des Wahlvolkes können seinen schnellen Wandel vom Terror-Anstifter (vgl. Kap. IV.2) zum liberalen Öffner befriedigend erklären. Um sich innerhalb der Staatsklasse durchzusetzen und bevorzugten Zugang zu den Rentenströmen zu erhalten, bedurfte Rafsanjânî der Unterstützung des Volkes und des westlichen Auslandes. Deren Wohlwollen konnte er sich jedoch nur durch eine tiefgreifende Liberalisierung wie auch durch die Einbindung von Technokraten in sein Kabinett versichern[466]. Durch die bereits betonte Pluralität des Systems (vgl. Kap. II.2 und III.2) war Rafsanjânî gezwungen, auch nach der Erhöhung des Ressourcenspielraumes (Windfallgewinne) an seiner Reformpolitik festzuhalten (vgl. Kap. V.2), selbst wenn dies auf lange Sicht die Bildung autonomer Machtzentren hätte begünstigen können. Vorerst brachte es ihm jedoch die Stimmen der Wähler ein und sicherte seine Vorherrschaft innerhalb der Staatsklasse. Rafsanjânîs liberale Haltung beruht daher viel weniger auf Überzeugung als auf machtpragmatischen Erwägungen. Solange das Herrschaftsmonopol der

---

[462] Die Verfassung der Islamischen Republik Iran greift auf das Erbe der Verfassung von 1906 zurück. Im Konflikt um die Einführung einer Verfassung war der Schâh vorübergehend gezwungen worden, ein frei gewähltes Parlament zu akzeptieren, das seine Politik kontrollierte (vgl. *Halm* 1994, S. 140).

[463] Vgl. *Elsenhans* 1981, S. 231.

[464] Vgl. *Beck* 1993, S. 130.

[465] Vgl. *Elsenhans* 1981, S. 194 u. 232 ff.

[466] Um diese von seinen weltlichen Absichten zu überzeugen, würdigte er die vorislamische Hauptstadt des Iran, Persepolis, durch einen Besuch. Nach der Islamischen Revolution war von islamischen Eiferern sogar der Abriß dieses 2500 Jahre alten "Hort des Heidentums" erwogen worden, da die Anlage zudem eng mit der monarchischen Legitimationsstrategie des Schâh verbunden war (vgl. Kap II.2).

Staatsklasse nicht gefährdet war, ist deshalb anzunehmen, daß er an seiner Liberalisierung auch weiter festgehalten hätte, wäre seine Politik nicht von den Konservativen blockiert worden. Im Falle der Erringung absoluter Macht bzw. herrschaftspolitischer Notwendigkeiten scheint es jedoch durchaus möglich, daß Rafsanjânî seine Reformpolitik storniert hätte[467].

Die Schwäche des Revolutionsführers infolge mangelnder religiöser Legitimation gab Rafsanjânî die Möglichkeit zu eigenständigem Handeln und zur Verfolgung einer relativ unabhängigen Politik. Obwohl seine Machtfülle von der Verfassung eingeschränkt war, übte er faktisch in der ersten Legislaturperiode (1989-1993) eine Art patrimonialer Herrschaft aus. Da es Khâmene'î aufgrund der offenen Anfeindungen seitens der Radikalen nicht gelang, an die unparteiische Schlichterrolle Khomeinîs anzuknüpfen[468], war er gezwungen, sich in den Schutz eines starken Präsidenten zu stellen, dem zur Umsetzung seiner Reformpolitik ebenfalls an einer Schwächung der Radikalen gelegen war.

Neben machtpragmatischen Erwägungen verbanden die Lager von Konservativen und Pragmatikern jedoch auch wirtschaftliche und außenpolitische Interessen. So kam die bereits unter Premierminister Mûsavî begonnene Liberalisierung der Wirtschaft (vgl. Kap. II.1) den Interessen der Konservativen entgegen. In außenpolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht hatten sie weit mehr Berührungspunkte mit den Pragmatikern als mit den Radikalen, die nach einem Ausbau des staatlichen Interventionismus und politischem Isolationismus strebten (vgl. Abb. 4)[469].

Solange die Radikalen politische Macht besessen hatten, mußte Khâmene'î der politische Erfolg Rafsanjânîs und somit das Gelingen von dessen Reformen am Herzen liegen. Mit dem Ausschalten der radikalen Opposition bedurfte Khâmene'î der Protektion Rafsanjânîs jedoch nicht mehr. Um die ihm von der Verfassung zugebilligten Vollmachten wahrzunehmen (vgl. unten), welche er bislang aufgrund

---

[467] Vgl. *Beck* 1993, S. 131.

[468] Khâmene'î war infolge seiner schwachen Stellung genötigt, in landesweiten Poster-Aktionen seine Legitimität zu unterstreichen. Die Abbildungen zeigten einen schemenhaften Âyatollâh Khomeinî, der seine Hand schützend, legitimierend, über Khâmene'î hält. An Hauswänden prangte allenorts der Satz: "Gehorsam gegenüber Khâmene'î ist Gehorsam gegenüber dem Imân" (=Khomeinî) (*WSJ* 28. Jun. 1994). Von radikalen *majles*-Abgeordneten in seiner Kompetenz angezweifelt, warnte Khâmene'î: Er dulde von "keiner Person, keinem Flügel und keiner Gruppe… [Zweifel an seiner Autorität]… jede Handlung oder jedes Wort, das das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung in Frage stelle, ist durch die Religion verboten und Landesverrat" (*NZZ* 11. Jan. 1990).

[469] So trat Khâmene'î auch für einen Abbau der Subventionen ein, weil seine Bâzâr-Klientel dies schon lange aufgrund der marktverzerrende Effekten wünschte.

seiner angefochtenen Stellung nur bedingt für sich beanspruchen konnte, mußte ihm an der Schwächung der übermächtigen Stellung Rafsanjânîs gelegen sein. Am vielversprechendsten schien es, den Staatspräsidenten seiner Legitimationsgrundlage - der Liberalisierung der Gesellschaft - zu berauben, die Rafsanjânî nicht nur die Stimmen des Volkes, sondern auch die Sympathien des Auslandes eingetragen hatte.

Um sich bei seinem Vorgehen der Unterstützung der zwar geschwächten, jedoch weiterhin politisch aktiven Radikalen zu versichern, bediente er sich in seiner Kritik an Rafsanjânî zunehmend sozialradikaler Rhetorik. Hinzu kam, daß Konservative und Radikale zwar konträre außen- und wirtschaftspolitische Interessen haben, sie aber ähnliche kulturell-religiöse Ziele verbinden (vgl. Abb. 4). Dies ließ die Radikalen den Konservativen ein gutes Stück näher rücken. Um die Radikalen jedoch nicht allzu stark aufzuwerten, ging Khâmene'î zeitgleich gegen die ihnen verbleibenden Machtbasen vor. So ließ er radikale Presseorgane verbieten und deren Herausgeber zumeist ohne Nennung von Gründen verhaften[470].

[470] Im September 1993 ließ Khâmene'î den Herausgeber der linksradikalen Zeitschrift *Salâm*, 'Abbâs 'Abdî, verhaften, weil er über die Verweigerung medizinischer Behandlung für Âyatollâh Montazerî berichtet hatte (*MEED* 10. Sept. 1993). Im Dezember 1993 wurde 'Abdî zu einem Jahr Gefängnis verurteilt (MEED, 14. Jan. 1994). Ebenfalls im September 1993 wurde Mûsavî Kho'eynîhâ (Mitherausgeber von *Salâm* und Führer der US-Botschaftsbesetzer) wegen Verleumdung angeklagt (*MEED* 10. Sept. 1993). Gleichzeitig wurde Mehdî Nassîrî, Herausgeber von *Keyhân*, wegen seiner Kritik am Chef der Justiz, Âyatollâh Muhammad Yazdî, angeklagt, der im April drei hohe Justizbeamte ausgewechselt hatte (*MEED* 10. Sept. 1993). Im Januar 1994 wurde Sayyid Muhammad Asgharî, Vorsitzender der *Keyhân*-Stiftung, die mehrere Tageszeitungen und Zeitschriften herausgibt, unter dem Vorwurf des Sensationalimus und Extremismus durch Khâmene'î abgesetzt und durch Husain Scharî'at-Madârî ersetzt (*MEED* 14. Jan. 1994). Am 12. Februar 1995 wurde die Zeitschrift *Jahân-e Islâm*, herausgegeben von Hâdî Khâmene'î (dem radikalen Bruder des Revolutionsführers), verboten, nachdem ein Artikel über die Kritik des Revolutionsführers am Westen neben einem Leserbrief abgedruckt wurde, der Angehörige der Staatsklasse in Verbindung mit einer Fernsehfigur gebracht hatte, die von britischen Verschwörungen gegen den Iran besessen ist (*MEED* 24. Feb. 1995). Am 6. März 1995 schließlich wurde *Salâm* als wichtigste radikale Zeitung zwei Tage vor der Wahl bis nach der Stimmabgabe verboten. Angeblich soll das Blatt die Überparteilichkeit Khâmene'îs angezweifelt haben (*Die Tageszeitung* (taz) 9./10. März 1996).

Brotunruhen und die Abwendung Khâmene'îs

Die Kräfte um Rafsanjânî gingen mit rund 70% der Parlamentssitze als klare Sieger aus den Wahlen von 1992 hervor (vgl. Kap. III.3). Als spürbare wirtschaftliche Erfolge ausblieben und Rafsanjânî nicht mehr ein von den Radikalen beherrschtes Parlament für die Unzulänglichkeiten seiner Politik verantwortlich machen konnte, geriet er nicht nur seitens des Volkes und seiner politischen Gegner in Bedrängnis,

Abbildung 4: **Segmente der iranischen Staatsklasse und ihre wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zielsetzungen**[471].

	RADIKALE	PRAGMATIKER	KONSERVATIVE
Wirtschaft:	geschl. (interventionist.)	limitiert offen[472]	limitiert offen[473]
Außenpolitik:	geschlossen	offen (Westen + USA)	Westen (ohne USA)
Kultur:	geschlossen	offen	geschlossen
Polit. System:	geschlossen	limitiert offen[474]	geschlossen

sondern kam auch in den eigenen Reihen und bei den politischen Verbündeten immer mehr unter Druck.

Subventionsabbau, Steuererhöhungen, unzureichende Güterversorgung, Kaufkraftschwund, gepaart mit sozialer Not, erschütterten den Glauben in die Regierung. Der Unmut des Volkes entlud sich zwischen Juli 1991 und September 1992 in einer Serie von Streiks, Demonstrationen und Gewalttaten in allen Landesteilen, die das Militär brutal unterdrückte. Meist gingen die Unruhen von *mostaz'afîn*, den "Entrechteten" aus, in einigen Städten sogar von Kriegsinvaliden - der zentralen

---

[471] Abgewandelt nach einem Schaubild aus dem Vortrag von *Daniel Brumbergs* im International Forum for Democratic Studies, National Endowment for Democracy, Washington, D.C., mit dem Thema *"The Paradoxes of Political Change in Iran"* (14. Mai 1997).

[472] Aufwertung des Privatsektors, doch Festhalten am Rentierstaat unter Benutzung ausländischer Kredite.

[473] Die Konservativen treten für freien Handel ein, sie sind jedoch gegen eine tiefgreifende Industrialisierung, da diese ihren eigenen "Bâzâr-Interessen" zuwider laufen würde (vgl. Kap. II.3). Zudem sind sie gegen ausländische Kredite, da diese die Abhängigkeit des Landes vertiefen.

[474] Festhalten am System der Islamischen Republik, doch Duldung begrenzter Aktivitäten einzelner Oppositionsparteien.

Klientel der Revolution[475]. Erst als Rafsanjânî am 12. Juni 1992 ein härteres Durchgreifen gegen Demonstranten ankündigte und das Parlament den Subventionsabbau aussetzte (vgl. Kap. IV.3), schwollen die Proteste ab und kamen im September des Jahres zu einem vorläufigen Ende[476].

Die Unruhen stürzten das iranische Staatsklassenregime in eine tiefe politische Krise und führten zur Entfremdung des Gespanns Rafsanjânî-Khâmene'î. Als Khâmene'î die Massenlegitimation der geistlichen Staatsklasse gefährdet sah, kehrte er der politischen Allianz mit Rafsanjânî den Rücken und drängte auf ein Verlangsamen des Reformkurses. Die Ausschaltung der Radikalen und die Erhöhung des Ressourcenspielraumes infolge der Windfallgewinne (vgl. Kap. V.2) gab Khâmene'î erstmals die Möglichkeit zur Abkehr von Rafsanjânîs politisch gefährlicher, wenn auch stimmenträchtiger Liberalisierung. Auf Wählergunst ist der auf Lebenszeit gewählte Khâmene'î im Gegensatz zum Präsidenten jedoch nicht angewiesen. Der Revolutionsführer nutzte die Brotunruhen geschickt aus, um durch Kritik an Rafsanjânî selbst an Profil zu gewinnen. In einer Rede am 13. Juli 1992 rief er zum Widerstand gegen die "kulturelle Attacke des Westens" auf und forderte die "gnadenlose Ausmerzung der korrupten westlichen Kultur"[477]. Um dies zu erreichen, muß

> "… radikalen *Hizbollâhîs*… immer Priorität über Nicht-*Hizbollâhîs* gegeben werden. Sie müssen in allen Schlüsselpositionen von Administration und Streitkräften präsent sein. Alle unsere Befehlshaber, Offiziere, Direktoren, Schriftsteller, Künstler, Lehrer und Minister müssen wahre *Hizbollâhîs* sein, da der Hauptfeind des Islam und der Muslime die Weltarroganz ist, allen voran die USA"[478].

Dies war eine deutliche Absage an die von Rafsanjânî begonnene kulturelle Liberalisierung und sein "westlich-dominiertes" Technokraten-Kabinett. Zur Bekräftigung seiner Worte verhafteten Sicherheitskräfte im Anschluß an die Rede mehrere 100 unvorschriftsmäßig gekleidete Frauen[479].

---

[475] Vgl. *Fürtig* 1996, S. 30. Die Demonstrationen können hier nicht im einzelnen beschrieben werden, für eine ausführlichere Darstellung vgl. *Hermann* 1994, S. 555.

[476] *Washington Post* 13. Jun.1992.

[477] *Washington Post* 16. Jul. 1992; *Middle East Int.* 24. Jul. 1992, S. 13. Die Rede Khâmene'îs stellt einen Wendepunkt in der iranischen Nachkriegsgeschichte dar. In ihr fand die Abwendung von Rafsanjânî zum ersten Mal öffentlich Ausdruck.

[478] *Middle East Int.* 7. Aug. 1992, S. 13.

[479] *Middle East Int.* 24. Jul. 1992, S. 13.

Immer öfter mahnte Khâmene'î nun zu Bedacht in der Reformpolitik. Es gelte zu vermeiden, daß diese auf Kosten der Armen ginge. Durch Parteiergreifen für die unterprivilegierten Massen und eine ihm bislang fremde sozialradikale Rhetorik (vgl. unten), versucht er aus seiner beschränkten Stellung herauszutreten, um sich eine breitere legitimatorische Basis zu verschaffen. In der Hoffnung, das 'patrimoniale Machtvakuum' nach Âyatollâh Khomeinîs Tod ausfüllen zu können, stellte Khâmene'î die Stabilität der Herrschaft und seine Machtwünsche über die Interessen der bislang von den Konservativen begünstigten Bâzâr-Klientel (v.a. Händler[480]). Diese ist zwar wirtschaftlich mächtig, gemessen an der Masse der Armen jedoch zahlenmäßig schwach[481].

Nachdem Rafsanjânîs Popularität im Verlaufe der Demonstrationen einen Tiefpunkt erreicht hatte, schwenkte die Mehrheit der Parlamentarier, die zuvor seinen Reformkurs unterstützt hatte, schon vor Mitte der Legislaturperiode auf die konservative Linie Revolutionsführer Khâmene'îs um. Rafsanjânî sah sich dadurch plötzlich einer breiten parlamentarischen Opposition gegenüber. Dabei handelte es sich nicht nur um eine Aufkündigung der informellen Interessenallianz, auch viele ehedem im pragmatischen Lager beheimatete Abgeordnete sowie Parlamentspräsident Nâteq-Nûrî, vormals enger Mitstreiter des Präsidenten, waren darunter. Grund für diese Abwendung war nicht etwa die Loyalität zum nach wie vor gesichtslosen Khâmene'î oder religiös-ideologische Motive, sondern viel eher persönliche Interessen. In ihren Wahlkreisen zunehmend unter Druck geraten, konnten sich die Volksvertreter ihre Wiederwahl nur durch lautstarke Kritik an der Regierung und eine Distanzierung von Rafsanjânî erhoffen.

So wurde der Reformprozeß ab Ende 1992 zunehmend blockiert, noch bevor die Reformen Rafsanjânîs Wirkung hätten zeigen können. Die konservativ dominierten Organe der Legislative (Parlament, Wächterrat), die anders als im Orient sonst

---

[480] Hier ist es äußerst wichtig, den Bâzâr nicht als Einheit zu betrachten, sondern zwischen verschiedenen Gruppen zu differenzieren. Die Export-Import-orientierten Händler profitieren von den liberalen Handelsbestimmungen der Reform und befürworten diese, wenn sie auch einer iranischen Industrialisierung im Wege stehen, da eine Import-Substitutions-Politik ihre Gewinne schmälern würde. Die binnenmarktorientierten Kleinhandwerker werden jedoch durch ausländische Importe bedroht. Sie wehren sich daher gegen eine Öffnung des Landes (dieser Teil des Bâzârs ist es auch, der in der Türkei Erbakan wählte und der in Ägypten derzeit islamistisch unterwandert wird). Khâmene'î wandte sich in der Gunst der Stunde von den Großhändlern ab, die wegen marktverzerrenden Effekten weder an einer Beibehaltung von Subventionen interessiert sind, noch einen Importstop befürworten, da beides ihre Profite reduziert.

[481] Zum Verhältnis Bâzâr-geistliche Staatsklasse vgl. *Ashraf, A.* (1988): Bazar-Mosque Alliance: The Social Basis of Revolts and Revolution. *Politics, Culture, and Society* 1/4, S. 538-567; und *Mozaffari, M.* (1991): Why the Bazar rebels. *J. of Peace Research* 28/4, S. 377-391.

üblich, durchaus die Macht besitzen, der Regierung die Stirn zu bieten, höhlten die Politik des Kabinetts fortan aus. Regierungsbeschlüsse wurden immer öfter als unvereinbar mit der Islamischen Verfassung zurückgewiesen. Erst mit dem US-Embargo erhielt der wirtschaftliche Liberalisierungskurs neue Impulse (vgl. Kap. IV.3 und V.1).

Reislamisierung und der Ausbau von Khâmene'îs religiöser Legitimation

Hatte Rafsanjânî die Revolutionswächter aus dem öffentlichen Leben zurückgedrängt, so hob Khâmene'î diese in seinen Reden nun immer wieder lobend als die wahren Garanten einer islamischen Ordnung hervor. In jährlich stattfindenden Aktionswochen gegen die Verwestlichung und seinem "Anti-Laster-Krieg"[482] setzte Khâmene'î die Revolutionshüter seit 1993 wieder zunehmend öffentlich ein, um Jeans- und Sonnenbrillenträger zu verhaften, oder Frauen wegen Mißachtung der Kleidervorschrift auspeitschen zu lassen[483]. Ab 24. November 1992 wurden die Passagiere öffentlicher Busse nach Geschlecht getrennt[484]. Zeitgleich begann die Verfolgung von Schriftstellern und Journalisten, deren Situation das Rafsanjânî-Kabinett 1991 durch die Aufhebung der *pre-publication permits* für Bücher und die Schaffung eines Pressegerichts verbessern wollte (vgl. Kap. IV.3)[485]. Ab 1992 wandte sich die Stimmung bestimmter Staatsklassensegmente im Umfeld des Revolutionsführers gegen die Freiheit des Wortes. Im April 1992 wurde die Zeitschrift *Farhâd* verboten, mit der Begründung, sie habe eine Âyatollâh Khomeinî beleidigende Karikatur veröffentlicht. Im gleichen Monat wurde von bemerkenswert gut mit Waffen und Funkgeräten ausgestatteten Angreifern ein

---

[482] So im Juni 1993, als hunderte von Frauen verhaftet und religiös belehrt wurden. Fast 200 Läden wurden wegen "unislamischer" Auslagen geschlossen. Infolge zunehmender gesellschaftlicher Unzufriedenheit mit dieser Politik sahen sich Nâteq-Nûrî und Khâmene'î jedoch bald genötigt, ihre Rhetorik abzuschwächen: Gewalt, so predigten sie nun, helfe nicht im Anti-Laster-Krieg, "mit attraktiver kultureller Arbeit" könne mehr erreicht werden (Nâteq-Nûrî), die Sicherheitskräfte sollten vorsichtig vorgehen und kein Klima der Unsicherheit in der Gesellschaft verbreiten, sie sollten vielmehr "den Menschen gegenüber Verantwortung und Wohlwollen zeigen" (Khâmene'î). Als Ansporn zu mehr Sitte verteilten die Sicherheitskräfte nun Geschenke an korrekt gekleidete Frauen (*MEED* 30. Jun. 1993).

[483] Der *Spiegel* verzeichnet eine "Rückkehr der rigorosen Unterdrückungspraktiken" (27/1993, S. 98); vgl. auch *NZZ* 23. Jun. 1993; *NZZ* 27-28. Jun. 1993; *Das Sonntagsblatt* 31. Mai 1996.

[484] *FBIS* 24. Nov. 1992 .

[485] *MEED* 15. Mai 1992.

Bombenanschlag auf die Zeitschrift *Donyâ-ye Sokhan* verübt. Beobachter äußerten damals die Vermutung, daß sich diese Aktionen nicht gegen die betreffenden Zeitschriften gerichtet hätten, sondern vielmehr gegen Muhammad Khatâmî, Minister für Kultur und Islamische Rechtleitung (der heutige Staatspräsident), der am 17. Juli 1992 auf anhaltenden Druck der Konservativen zum Rücktritt gezwungen wurde. Er übe eine zu lasche Kontrolle über die Medien aus und habe "artistische Ideen" gefördert, lauteten die Anschuldigungen[486].

Nach ganz ähnlichen Vorwürfen wurde am 13. Februar 1994 Rafsanjânîs Bruder, Muhammad Hâschemî Rafsanjânî, seines einflußreichen Postens als Radio- und Fernsehchef durch Khâmene'î enthoben und durch den Konservativen 'Alî Lârîjânî, früherer Geheimdienstchef der Revolutionshüter, ersetzt[487]. Muhammad Hâschemî Rafsanjânî, der das Amt 13 Jahre inne hatte, wurde vorgeworfen, unislamisches Gedankengut verbreitet zu haben und es Oppositionsgruppen ermöglicht zu haben, das iranische Fernsehen zu infiltrieren[488]. Im November 1993 hatte ihm ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß vorgeworfen, "dekadenten Künstlern" Einzug ins iranische Fernsehen verschafft zu haben, zu viel westliche Musik gesendet und zu viele westliche Zeichentrickfilme gezeigt zu haben. Der größte Teil der Sendungen habe "keinen Bezug mehr zur Revolution"[489]. Lârîjânî, so Khâmene'î, müsse nun im Programm wieder die "islamischen Werte und Besonderheiten"[490] vermitteln. Fernsehen und Radio würden so zu einer Festung gegen die Machenschaften der USA, welche gegen die Revolution, die Islamische Republik und die Muslime in aller Welt gerichtet seien.

1994 ließ Khâmene'î durch ein *fatwâ* Satellitenantennen verbieten. Ab Februar des Jahres wurden erste Satellitenschüsseln von der Polizei konfisziert[491], ab dem 17. Juni der Empfang ausländischer Fernsehprogramme gestört. Im darauffolgenden Monat diskutierte das Parlament ein Verbot ausländischer Namen und Begriffe in

---

[486] Vgl. *MEED* 15. Mai 1992. Ersetzt wird Khatâmî durch den "kulturell zwar offenen, doch mit einem radikalen Hintergrund" ausgestatteten 'Alî Lârîjanî (*MEED* 31. Jun 1992). Seine Bestätigung durch das Parlament mit 207 von 270 Ja-Stimmen läßt auf die Machtverhältnisse in diesem Gremium schließen (*MEED* 11. Sep. 1992).

[487] Nach der Verfassung untersteht die *Islamic Republic of Iran Broadcasting* (IRIB) direkt dem Revolutionsführer. Er ernennt oder entläßt den Chef dieser Anstalt (Verfassung der Islamischen Republik Iran, Artikel 100, Absatz C).

[488] *The Middle East*, Apr. 1994, S. 13 f.

[489] *NZZ* 17. Jan. 1994; vgl. auch *Hermann* 1994, S. 549.

[490] *NZZ* 17. Jan. 1994.

[491] *MEED* 15. Apr. 1994; *MEED* 4. März 1994.

Werbung, Geschäften und Medien[492]. Diese kulturelle Verengung koinzidierte mit einer zunehmenden Verfolgung religiöser Minderheiten. So wurden in der ersten Hälfte des Jahres 1994 in drei Fällen christliche Kirchenführer verschleppt und wenig später tot aufgefunden[493]. Die wahren Täter wurden nie gefunden. Die iranische Presse interpretierten die Morde als Terroranschläge der Volksmudschahedin, durch welche die iranische Staatsführung diskreditiert werden sollte[494].

Im Vorfeld der Parlamentswahlen von 1996 wurde der restriktive Trend weiter verstärkt. Âyatollâh Mohâjerânî, stellvertretender Staatspräsident und exponierter Verfechter der Öffnung des Landes, wurde zu einem einjährigen Veröffentlichungsverbot verurteilt: Der enge Rafsanjânî-Vertraute und Herausgeber der Wochenzeitung *Bahmân*, habe sich der "Verwirrung der öffentlichen Meinung" schuldig gemacht, als er von Wahlkampfhilfen ausländischer Automobilkonzerne für die Khâmene'î-nahen "Kämpfenden Geistlichen" berichtete[495]. Wenig später forderte Khâmene'î eine Islamisierung der Universitäten und eine Säuberung derselben von "Dozenten, die gegen die Heiligkeit des Islamischen Systems verstoßen"[496].

So fand die von Rafsanjânî angestrengte kulturelle und gesellschaftliche Liberalisierung des Iran bereits ab dem Jahr 1992 ein schnelles Ende. Khâmene'î, so hat es den Anschein, versuchte mit dieser Politik der kulturellen Rückbesinnung an religiöser Macht hinzuzugewinnen und seiner in der Verfassung verankerten weltlichen Legitimation auch eine geistliche zur Seite zu stellen[497]. Belege hierfür sind neben den sowohl 1993 als auch 1994 gescheiterten Versuchen, das Amt des *marja' at-taqlîd*, des höchsten schiitischen Würdenträgers, für sich zu beanspruchen (vgl. Kap. II.2), auch sein Beharren auf dem Rushdie-*fatwâ*. Indem er Rafsanjânî diesbezüglich mangelhafte religiöse Kenntnisse bescheinigte, zeigte Khâmene'î nicht nur seine religiöse Ergebenheit gegenüber Khomeinî, sondern konnte durch

---

[492] *MEED* 1. Jul. 1994; *MEED* 8. Jun. 1994; *MEED* 5. Mai 1995.

[493] Am 19. Jan. 1994 verschwand Bischof Haik Hovsepiân Mehr in Teheran, Generaldirektor der *Assemblies of God*, und wurde am 31. Januar tot aufgefunden (*NYT* 27. Jan. 1994, *Washington Post* 1. Feb. 1994). Am 4. Juli 1994 wurde in Teheran der protestantische Pastor Tedhis Mikhailyân ermordet, und am 6. Juli 1994 wurde der bereits am 21. Juni verschwundene protestantische Pastor Mehdî Dîbâj ebenfalls tot in Teheran aufgefunden (*FBIS* 5. Juli 1994). Bei diesen Christen handelt es sich um zum Christentum konvertierte Muslime. Ein solcher Abfall vom Glauben verdient nach islamischem Rechtsverständnis die Todesstrafe.

[494] Wegen des Verdachts Mikhailyân und Dîbâj ermordet zu haben wurde Farahnâz Amânî, dem ebenfalls vorgeworfen wurde für die Volksmudschahedin tätig zu sein, verhaftet (*FBIS* 5. Juli 1994).

[495] *FAZ* 29. Aug. 1996.

[496] *MEED* 7. Jun. 1996.

[497] Zur Stellung des Revolutionsführers vgl. Verfassung der Islamischen Republik Iran, Artikel 107-112.

die Zurschaustellung überlegenen rechtswissenschaftlichen und religiösen Wissens eine religiös begründete Kritik an seiner Person von Seiten Rafsanjânîs praktisch ausschließen: Nachdem Rafsanjânî das *fatwâ* gegen Rushdie als "nicht bindend" bezeichnet hatte, bestätigte Âyatollâh Khâmene'î es Anfang des Jahres 1993 erneut und betonte, sich nicht um die diesbezügliche Unzufriedenheit des Westens zu sorgen[498]. Rafsanjânî sah sich zur Korrektur seiner Aussage gezwungen. Ausländischen Journalisten gegenüber bekannte er sich Ende Januar 1993 zu einem ungleich härteren Kurs:

> "Nichts kann das *fatwâ* ändern, weil der Führer der Revolution nun tot ist und er das Urteil somit nicht widerrufen kann. Nur die Person, die es erlassen hat, kann es auch ändern"[499].

Mit der Ausstellung eigener *fatwâ*, deren Umsetzung Khâmene'î sodann mit Hilfe der Sicherheitskräfte unnachgiebig einforderte, unterstrich er zeitgleich seinen religiösen Führungsanspruch und seine religiöse Macht[500].

Die Parallelregierung Khâmene'îs

Nachdem Khâmene'î sich zum Stimmungsbarometer des Volkes gemacht und als oberster Wächter islamischer Werte seine Legitimationsbasis erweitert hatte, machte er sich nun an die Eindämmung der politischen Spielräume Rafsanjânîs[501].

Als Wendepunkt diesbezüglich ist ein offener Brief an Rafsanjânî zu deuten: Ein "12-Punkte-Programm zur Wirtschaft mit Richtlinien des Revolutionführers hin-

---

[498] *MEED* 26. Feb. 1993; *WSJ* 28. Jun. 1994. Rafsanjânî steht in der geistlichen Hierarchie eine Stufe unter Khâmene'î, er hat nur den Rang eines *Hojjat al-Islâm* inne, Khâmene'î dagegen den eines *Âyatollâh.*

[499] *The Middle East*, März 1993, S. 14. In der traditionellen Schia gilt der Spruch: "Tote haben nichts zu sagen" (*lâ qaula lil-mayyit*). Somit erlischt das *fatwâ* eines Mujtahid mit dessen Tod. Daß diese Tradition im Falle Khomeinîs außer Kraft gesetzt wurde, ist darauf zurückzuführen, daß Âyatollâh Arâkî 1989 in seinem ersten *fatwâ* erklärte, daß auch die Nachahmung (*taqlîd*) eines toten Mujtahid zulässig sei (Arâkî wurde mit Khâmene'îs Ernennung zum *rahbar* in den Rang eines *marja' at-taqlîd* erhoben wurde, um die in Khomeinîs Person vereinigte geistliche und politische Macht auf zwei Personen zu verteilen. Vgl. *Halm* 1994, S. 171).

[500] So im Falle des Verbots von Satellitenschüsseln, mittels derer das Volk westliche Nachrichtenprogramme wie CNN empfangen hatte können - laut Khâmene'î der "tödliche Virus des Liberalismus" (*Das Sonntagsblatt* 31. Mai 1996).

[501] Bislang hatte sich Khâmene'î auf indirekte Einflußnahme durch das ihm nahestehende Parlament beschränkt.

sichtlich der ökonomischen und sozialen Planung"[502]. Zwar war zuvor von der Regierung eingeräumt worden, daß Khâmene'î, der seit einigen Wochen den Entwurf des Zweiten Fünfjahresplanes prüfte, wohl mit einigen Verbesserungsvorschlägen an Rafsanjânî herantreten würde. Seine "Empfehlungen" vom 20. Dezember 1993 berührten zum Entsetzen der Regierung jedoch jeden Punkt des Planes.

Oberstes Ziel, so Khâmene'î, müsse soziale Gerechtigkeit sein, erzielt durch ein Höchstmaß an Vertrauen auf die Kräfte der Revolution - die Kriegsveteranen oder die *Basij*-Miliz. Darüber hinaus müssen Staatssektor und Rechtssystem besseren Schutz für die Unterprivilegierten bieten. Das Sozialversicherungsnetz müsse ausgebaut werden, eine einkommensorientierte Besteuerung durchgeführt sowie Maßnahmen getroffen werden, um die Anhäufung von Wohlstand über Nacht zu verhindern. Das zinsfreie Kreditsystem solle wieder das Bankwesen regieren und die Abhängigkeit von ausländischen Geldern müsse reduziert werden. Nicht-Öl-Exporte sollen anstelle des Imports von Konsumgütern gefördert und Extravaganz und Bestechung zugunsten der Förderung von "öffentlicher Moral" zurückgedrängt werden.

Anstelle der Privatisierung von Staatsbetrieben, welche die Bildung privater Monopole begünstigen könne, sollen heimische Industrie und Landwirtschaft gefördert werden, um die "Grundbedürfnisse der Gesellschaft" zu stillen. Die Ressourcen des Landes müssen zur Förderung der Entwicklung des Iran und zu "islamischen Bestrebungen" (z.B. Revolutionsexport) verwendet werden.

Khâmene'î war es mit seinem Brief gelungen, in einem einzigen Atemzug alles in Frage zu stellen, wofür Rafsanjânîs Reformprogramm stand. Als im Sommer des Folgejahres der Zweite Fünfjahresplan vom Parlament ratifiziert werden sollte, weigerte sich dieses, den Plan zu genehmigen. Ein weiterer Subventionsabbau wurde von den Volksvertretern abgeschmettert[503] und ein einstweiliger Stop über den Verkauf von Staatsbetrieben verhängt[504]. Statt dessen erwog das Parlament, ausländische Kredite auf einen Umfang von 25% der jährlichen Deviseneinnahmen des Landes zu reduzieren[505] und die absolute Kontrolle über die Preise aller

---

[502] *MEED* 7. Jan. 1994 ("Khamenei defines development").
[503] *Financial Times*, 9. Aug. 1994. Die Ablehnung durch das Parlament erfolgte am 8. August 1994.
[504] *NYT* 3. Aug. 1994.
[505] *MEED* 5. Aug. 1994.

staatlichen Waren und Dienstleistungen zu übernehmen[506]. So konnte der Zweite Fünfjahresplan (1995/96-1999/2000) erst nach eingehender Überarbeitung und einem Jahr Verspätung anlaufen.

Zuvor hatte bereits eine Reislamisierung der Verwaltung begonnen. Anfang 1994 verdrängte eine Entlassungskampagne westlich ausgebildete Technokraten aus einer Reihe von Ministerien und der Zentralbank[507]. Zudem wurde Regierungsbediensteten der Kontakt zu Ausländern verboten[508]. Mit einer "Rückkehr zu den populistischen Wurzeln der Revolution"[509], hatte schon 1993 eine Reislamisierung der Universitäten eingesetzt. Die Volksvertreter hatten den meist blutjungen *Basij*-Milizionären, die sich überwiegend aus den städtischen Armenvierteln rekrutieren und über eine nur ungenügende, sie kaum für ein Hochschulstudium qualifizierende schulische Bildung verfügen, 40% der Studienplätze an Universitäten zuerkannt.

Bereits nach den Präsidentschaftswahlen von 1993 hatten Rafsanjânîs Gegner ihren Einfluß auf die Exekutive immer mehr verstärkt. Den bis dahin schwersten Schlag seit seinem Amtsantritt mußte Rafsanjânî am 16. August 1993 mit dem Verlust seines Wirtschafts- und Finanzministers Mohsen Nûrbakhsch hinnehmen. Der "*US-educated designer of Iran´s economic reforms*"[510] war vom Parlament bei der Vorstellung von Rafsanjânîs neuem Kabinett mit dem Verweis zurückgewiesen worden, er habe "zur Inflation beigetragen"[511].

Im September 1994 büßte Rafsanjânî mit den Zentralbankgouverneur Muhammad Husain 'Âdelî einen weiteren engen Vertrauten ein. Das Parlament hatte ihm Mißwirtschaft vorgeworfen[512]. Mit einem Botschafter-Posten in Kanada wurde er ins Abseits gedrängt. Am 12. August 1995 mußte schließlich auch Mas'ûd Roghânî Zanjânî, Direktor der Plan- und Budgetbehörde, seinen Abschied nehmen. Öffentlich gab er zu, Schwierigkeiten mit den neuen ökonomischen Trends zu haben, welche die Khâmene'î-nahe Markt-Regulierungsbehörde der Regierung vorschreibt. Die Behörde war auf Order Khâmene'îs im März 1995 gegründet

---

[506] *WSJ* 28. Jun. 1994. Bereits am 27. April 1994 hatte das Parlament versucht, die Regierung der Kontrolle des von Rafsanjânî geleiteten Obersten Wirtschaftsrates zu entheben. In dessen Verantwortung fällt auch die Festsetzung von Preisen *(MEED* 6. Mai 1994, S. 16 f.). Überraschenderweise verhinderte dies der konservativ-dominierte Wächterrat (*MEED* 3. Jun. 1994, S. 29).

[507] *WSJ* 28. Jun. 1994.

[508] Am 26. Okt. 1993 durch das Parlament beschlossen (*Financial Times* 26. Okt. 1993).

[509] *The Middle East*, März 1993, S. 15.

[510] *WSJ* 28. Jun. 1994.

[511] *WSJ* 28. Jun. 1994, vgl. auch *NYT* 17. Aug. 1993; *NZZ* 19. Aug. 1993; *MEED* 27. Aug. 1993.

[512] *MEED* 30. Sep. 1994.

worden, um den unkontrollierten Anstieg des US-Dollar gegenüber dem Rial zu bremsen. Die erste Entscheidung des Gremiums war die Ausweitung staatlicher Kontrolle über alle Wechselgeschäfte. Der florierende offene Wechselmarkt wurde illegalisiert und der Dollar auf 3000 Rial, die Hälfte seines freien Marktwertes, festgesetzt[513].

Somit waren die "drei Musketiere"[514] Rafsanjânîs, wie Nûrbakhsch, 'Âdelî und Zanjânî im Volksmund genannt wurden, unschädlich gemacht.

Interessanterweise koinzidierte das Erstarken der Rafsanjânî-Gegner mit Attentaten auf jüdische Einrichtungen in Buenos Aires und London sowie der zunehmenden Unterstützung für Fundamentalisten in Algerien und Ägypten, die Rafsanjânîs Regierung im Westen weiter in Mißkredit brachten[515].

So war Rafsanjânî ab Mitte der neunziger Jahre faktisch machtlos geworden und gezwungen, auf eine dritte Amtszeit als Staatspräsident zu verzichten. Da die iranische Verfassung nur zwei Amtsperioden von je vier Jahren für das Präsidentenamt vorsieht, hätte eine dritte Amtsperiode einer Verfassungsänderung bedurft. Diese wäre jedoch angesichts der widrigen Machtverhältnisse in der Legislative nicht durchsetzbar gewesen. So sah sich Rafsanjânî nach den Parlamentswahlen von 1996, in welchen die Konservativen ihre Stellung weiter ausbauen konnten, zu einer klaren Aussage gezwungen: "es wäre nicht weise, die Verfassung nur zugunsten meiner Person zu ändern"[516]. In der Folgezeit mußte Rafsanjânî von einer eigenen Politik Abstand nehmen und sich auf eine "Schadensbegrenzung" beschränken. Seine politischen Aktivitäten reduzierten sich rasch auf die Einweihung von Staudämmen und Flugplätzen, die während seiner Amtszeit entstanden waren[517].

Ihren Abschluß hätte die langsame Eroberung der Exekutive durch die Konservativen allem Anschein nach in der Präsidentschaftswahl von 1997 finden sollen.

---

[513] *Middle East Int.* 25. Aug. 1995. Zur iranischen Devisenpolitik vgl. z.B. *Farzin, Y.H.* (1995): The Political Economy of Foreign Exchange Reform. In *Rahnema & Behdad* (Hrsg.): Iran after the Revolution. Crisis of an Islamic State. London, Tauris, S. 174-200; *Karshenas, M. & M.H. Pesaran* (1994): Exchange Rate Unification, the Role of the Markets and Planning in the Iranian Economic Reconstruction. In: *Coville* (Hrsg.): The Economy of Islamic Iran: Between State and Market. Teheran: Institut Français de Récherche en Iran; Louvain, Peeters (Bibliothèque Iranienne, 41), S. 141-176; und *Bahmani-Oskooee, M.* (1995): Source of Inflation in Post-Revolutionary Iran. *Internat. Econ. J.* (Seoul) 9/2, S. 61-72.

[514] *Middle East Int.* 25. Aug. 1995.

[515] Khâmene'î quittierte westliche Ängste vor weiteren Anschlägen mit dem Satz: "*This in considered a great threat to western capitalism*" (*NYT* 3. Aug. 1994).

[516] *Mahfel* 1/1996.

[517] *FAZ* 29. Aug. 1996.

Nachdem Rafsanjânî als Kandidat ausgeschieden war, standen dem Parlamentspräsidenten und Khâmene'î-Vertrauten Nâteq-Nûrî nur relativ unbekannte Kandidaten gegenüber, darunter auch der von den Konservativen geschaßte frühere Minister für Kultur und Islamische Rechtleitung, Muhammad Khatâmî. Das relativ pluralistische System der Islamischen Republik (vgl. Kap. II.2 u. III.2) vereitelte jedoch die Machtambitionen der Konservativen. Völlig unvorhergesehen für westliche Beobachter, wie auch für viele Iraner selbst, gab das Volk dem für verbesserte Kontakte zum Westen eintretenden und als intellektuellen Freidenker gepriesenen Khatâmî den Vorzug. Viele politische Beobachter sind der Ansicht, daß es von Seiten der Konservativen möglicherweise zur Wahlfälschung gekommen wäre, hätte das Ergebnis nicht auch diese völlig überrascht. Wären die Konservativen als Gewinner aus den Präsidentschaftswahlen hervorgegangen, so hätte Khâmene'î nach Ansicht vieler Iraner die konservative Macht genutzt, um die Vollmachten des Präsidentenamtes zu beschneiden. Nach Aussage von Ibrâhîm Yazdî, Vorsitzender der Nationalen Freiheitspartei (*nahzat-e âzâdî*), wollen die Konservativen das System verändern. Ihrer Überzeugung nach bedarf es keines starken Staatspräsidenten, weil es einen Revolutionsführer gibt. Der Präsident, so Yazdî, soll eine Art Leiter des Büros des religiösen Führers werden, sprich sein ausführendes Organ. Die Minister wären dann dem direkten Befehl des Revolutionsführers unterstellt[518]. Vergegenwärtigt man sich der sukkzessiven Einschränkung der Macht des Präsidenten seitens Khâmene'îs, so erscheint dies nur eine logische Schlußfolgerung auf dem Weg zur Wiedererrichtung des Neo-Patrimoniats unter Khâmene'î zu sein.

Exkurs: Die Macht des Revolutionsführers

Die dem Revolutionsführer von der Verfassung zugebilligte Machtfülle ist infolge der Verfassungsänderung von 1989 deutlich geringer als die Macht Âyatollâh Khomeinîs[519]. Trotzdem hat er das mächtigste Amt in der Islamischen Republik inne (vgl. Abb. 7).

---

[518] *Die Tageszeitung* (taz) 12. März 1996.

[519] Zur Machtfülle des Revolutionsführers vor und nach der Verfassungsänderung vgl. *Tellenbach* 1990, S. 46 ff.

Er wacht über die Umsetzung der von ihm formulierten Richtlinien der Politik und ist die letzte Entscheidungsinstanz, wenn politische Probleme mit den "konventionellen Methoden…. [des] Rates zur Wahrung der Interessen des Systems"[520] nicht lösbar sind. Darüber hinaus ernennt und entläßt der Revolutionsführer das Oberhaupt der unabhängigen und nur ihm verpflichteten Justiz, wie auch den Chef des staatlichen Rundfunks der Islamischen Republik (IRIB) (Fernsehen und Radio). Er ernennt und entläßt die Kommandeure von Armee und Milizen (eingeschlossen Revolutionshüter) und entscheidet über Krieg und Frieden. Der Revolutionsführer setzt die 12 Mitglieder des Wächterrates ein, von welchen sechs gewählt und sechs von ihm selbst benannt werden. Durch den Wächterrat, der die Wählbarkeit von Kandidaten für das Präsidentenamt und das Parlament überprüft, hat der Revolutionsführer Einfluß auf die politische Ausrichtung von Exekutive und Legislative. Die Politik dieser beiden Gewalten kann er auch weiterhin durch den Wächterrat beeinflussen, der die Vereinbarkeit von Gesetzen und Erlassen der Regierungsorgane und des Parlaments mit der *scharî'a*[521] und der islamischen Verfassung überprüft. Ist nun das Parlament unfähig, den Beschlüssen des Wächterrates Folge zu leisten, so kann der vom Revolutionsführer ernannte "Rat zur Wahrung der Interessen des Systems" die entstandene Pattsituation lösen[522].

Neben den in der Verfassung festgeschriebenen Vollmachten des revolutionären Führers sind diesem noch eine Anzahl von Institutionen hörig, die sonst keinem Zweig des Staates gegenüber verantwortlich sind. Da sie von den Repräsentanten des Revolutionsführers beaufsichtigt werden, verfügt dieser nicht nur über ein ungeheures wirtschaftliches Mobilisierungspotential (Stiftungen 10% des BIP), sondern auch über einen beachtlichen Propagandaapparat. Zu diesen Institutionen zählen beispielsweise das Hilfskomitee Imâm Khomeinî (*komîte-ye emdâd-e imâm Khomeinî*), die Stiftung des 15. Khordâd (*bonyâd-e pânzdah-e khordâd*), welche das Kopfgeld auf Salman Rushdie ausgesetzt hat, die Märtyrer-Stiftung (*bonyâd-e schahîd*), die Stiftung der Entrechteten (*bonyâd-e mostaz'afîn*), die Stiftung für Wohnraum (*bonyâd-e maskan*) und das Landverteilungs-Komitee (*hay`athâ-ye vâgozârî-ye zamîn*). Hinzu kommt die Islamische Propagandaorganisation (*sâz-*

---

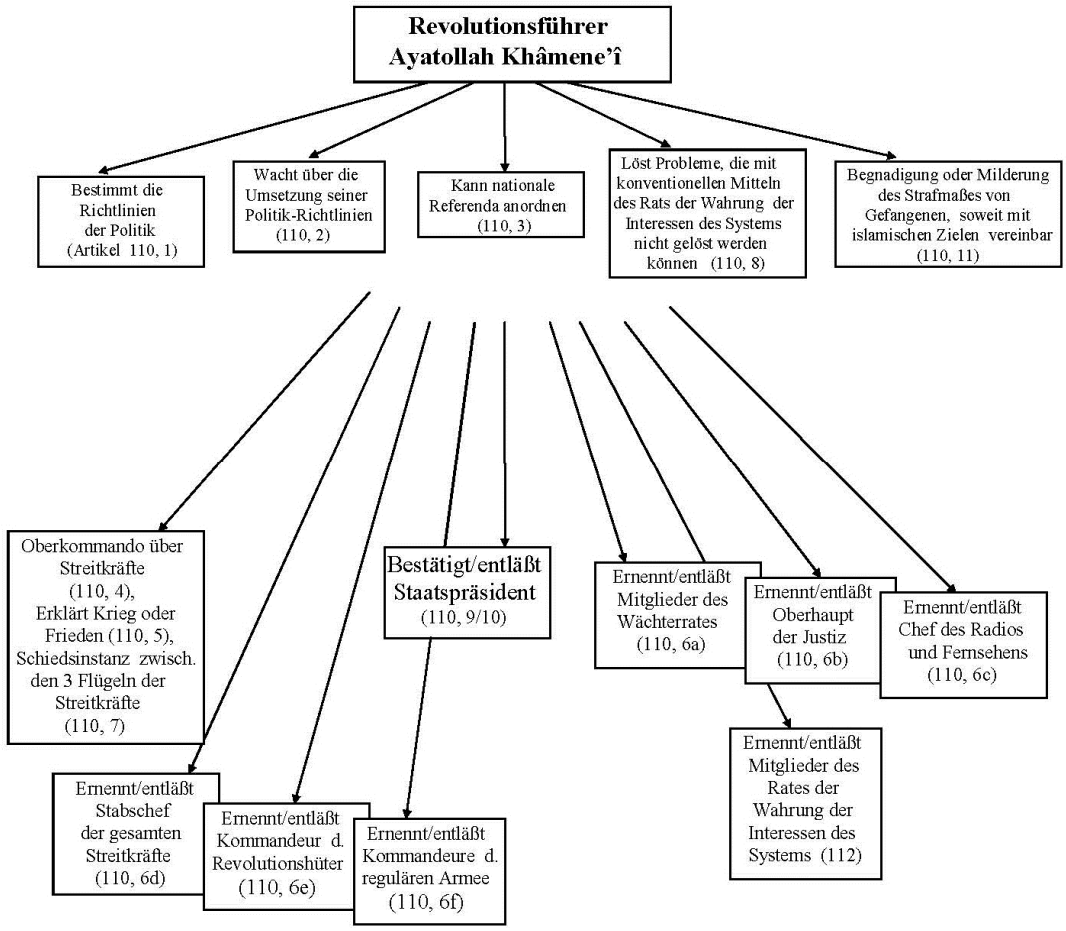
[520] Vgl. Verfassung der Islamischen Rep. Iran, Artikel 110.

[521] Die religiöse islamische Gesetzgebung in der die *hadd*-Strafen niedergelegt sind (z.B. Abtrennung der Hand für Diebstahl oder Steinigung für Ehebruch).

[522] Vgl. Verfassung der Islamischen Republik Iran, Artikel 110 u. 112.

mân-e tablîqât-e eslâmî) und der Oberste Rat der Kulturrevolution (*schûrâ-ye 'âlî-ye enqelâb-e farhangî*)[523].

Abbildung 7: **Die im Grundgesetz der Islamischen Republik Iran festgeschriebenen Vollmachten des revolutionären Führers (*qânûn-e âsâsî*, Artikel 110 und 112)**.



[523] Vgl. *Iran Watch* - Iran Yearbook 1996 (government) (http://www.paw.com/sail/hw/iran/iyb96gov.htm).

VI. KAPITEL

Ergebnis

1. Reformen im Rentierstaat?

Die von Rafsanjânî seit Ende der achtziger Jahre durchgeführte Reformpolitik war ein Weg, um die Krise des Iran am Abend des entbehrungsreichen Krieges mit dem Irak zu überwinden. Daß Rafsanjânî sich gegen Krisenstrategien anderer Staatsklassensegmente durchsetzen konnte, ist einer Schwäche des Neo-Patrimoniats nach dem Tode Âyatollâh Khomeinîs zu verdanken, wodurch demokratische Mechanismen im System der Islamischen Republik gefördert wurden (Verfassungsreform, Abwesenheit einer charismatischen Führergestalt). Rafsanjânî erkannte die Bedeutung von Wahlen in dieser neuen Ordnung. Da das Volk durch dieses Mittel der Partizipation den Staatspräsidenten und die Zusammensetzung des Parlaments bestimmen konnte, war eine an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtete Politik erforderlich: Rafsanjânî verstand es, den populären Trend nach mehr Freiheit innerhalb des Systems der Islamischen Republik Iran zu kanalisieren und diesen als eine Art Machtstrategie zum eigenen politischen Aufstieg zu nutzen. Dies zwang ihn zu einer weit tiefgreifenderen Liberalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, als anhand des Rentierstaats-Konzept erklärbar ist.

Aufgrund der Machtstellung des radikalen Staatsklassensegments, das 1989 noch sowohl Exekutive als auch Legislative beherrschte und Rafsanjânîs politischem Aufstieg im Wege stand, war er zu Allianzen innerhalb der Staatsklasse (Konservative) und außerhalb dieser gezwungen (akademische Mittelschichten, Technokraten). Dies verlangte von Rafsanjânî, einst Führer der Sozialradikalen[524], jedoch auch, den Wünschen seiner Bündnispartner Rechnung zu tragen: Die Konservativen mit ihrer finanzstarken Bâzâr-Klientel traten für eine Liberalisierung der Wirtschaft, insbesondere des Handels, ein. Die zumeist in Europa und den USA ausgebildeten Technokraten wollten größere gesellschaftliche, publizistische und rechtliche Freiheiten sowie verbesserte Kontakte zum westlichen Ausland.

---

[524] Noch 1986 war er Verfechter eines tiefgreifenden staatlichen Interventionismus und noch im Frühsommer 1989 rief er zum Mord an Europäern und Amerikanern auf (vgl. Kap. V.2).

Im Sinne des Rentierstaats-Konzepts können die von Rafsanjânî durchgeführten Reformen zunächst zwar als ein Krisenmanagement beurteilt werden, denn es galt, eine Periode geringer Renteneinnahmen zu überbrücken. Die Konsequenz, mit welcher seitens der Regierung auch nach der Erhöhung des Ressourcenspielraumes an den Reformen festgehalten wurde, sowie deren weitreichender Charakter, legen jedoch nahe, daß es sich hierbei um kein rein temporäres Krisenmanagement handeln konnte. Doch auch die Schaffung einer Marktwirtschaft, von vielen Autoren konstatiert, scheint aufgrund der Gefahren für das Herrschaftsmonopol der Staatsklasse wenig wahrscheinlich und dürfte daher kaum im Interesse Rafsanjânîs gelegen haben.

Daraus läßt sich folgern, daß Liberalisierung wie auch Reformen durchaus auch in Rentierstaaten möglich sind - die hierbei verfolgten Interessen spielen zunächst keine Rolle. Nicht immer scheinen wirtschaftspolitische Zwänge verantwortlich für Wandel zu sein. Auch müssen die betreffenden Wirtschaftssysteme dadurch nicht notwendigerweise kapitalistisch werden. Bedingung dafür scheint allerdings ein relativ pluralistisches System wie das des Iran zu sein wie auch eine starke Konkurrenzsituation innerhalb der Elite, welche die verschiedene Staatsklassen-segmente dazu zwingt Entwicklungsstartegien und Reformen als Mittel für die Erringung der Vorherrschaft zu instrumentalisieren. Dies schafft Möglichkeiten für die Umsetzung der Forderungen der Bevölkerung. Im konkreten Fall des Iran führte dies zu einer Mischwirtschaft zwischen interventionistischem Rentierstaat und freier Marktwirtschaft.

Gerade das relativ pluralistische System des Iran, für Rentierstaaten eher eine Seltenheit, scheint auch der Grund zu sein, warum das Rentierstaats-Konzept bei der Deutung des Reformprogrammes und der Motive des Machtstrategen Rafsanjânî an seine Grenzen stößt. Geht der Ansatz doch von einer Staatsklasse aus, die ein hohes Maß an Autonomie gegenüber der Gesellschaft besitzt, wie beispielsweise im Irak oder im Ägypten Sadats der Fall.

2. Das Scheitern

Solange das Neo-Patriarchat schwach und Rafsanjânî der mächtigste Vertreter der geistlichen Staatsklasse war, blieb sein Reformkonzept bzw. seine Machtstrategie erfolgreich. Die sukzessive Ausschaltung der Radikalen und ein ab 1992 pragmatisch-konservativ dominiertes Parlament scheinen die Herausbildung langfristig angelegter Entwicklungsstrategien (Fünfjahresplan) begünstigt zu haben. Da das Parlament über die Eingaben der Regierung entscheidet, ist es im relativ pluralistischen System der Islamischen Republik als Verbündeter unentbehrlich.

Khâmene'î hatte Rafsanjânîs Refompolitik zunächst unterstützt, weil er aufgrund der Anfeindungen der Radikalen auf Rafsanjânîs Protektion angewiesen war. Seine Stellung als Revolutionsführer war trotz der ihm von der Verfassung zugestandenen Machtfülle anfänglich äußerst prekär. Durch seine mangelnde religiöse Legitimation konnte er seine Machtbefugnisse nicht voll nutzen. Die Abwesenheit einer starken Opposition festigte ab 1992 jedoch seine Position und so begann er im Interesse des eigenen Machtausbaus mit der sukzessiven Schwächung des Staatspräsidenten.

US-Embargo und Windfallgewinne erwiesen sich in der Diskussion nicht als Ursachen eines Scheiterns des Reformprozesses. Vielmehr stellen sie, wie auch die Brotunruhen, begünstigende Momente für den Ausbau von Khâmene'îs Macht dar. Durch sie eröffneten sich Möglichkeiten der Kritik an Rafsanjânîs Politik und gestatteten es Khâmene'î, auf Distanz zu Rafsanjânî zu gehen, um eine eigene Politik zu betreiben.

So hat das US-Embargo die wirtschaftliche Entwicklung des Iran kurzfristig zwar erheblich beeinträchtigt, das Rafsanjânî-Kabinett konnte die Einnahmenausfälle durch eine Diversifikation seiner Außenhandelskontakte jedoch weitgehend ausgleichen. Allerdings diskreditierte die distanzierte Haltung des Westens den Öffnungswillen Rafsanjânîs zutiefst, was Khâmene'î für seine Polemik gegen Rafsanjânî zu nutzen wußte.

Ebenso wichtig sind die Windfallgewinne, um die Abwendung Khâmene'îs verstehen zu können. Die Erhöhung des Ressourcenspielraumes veranlaßte Rafsanjânî zwar nicht zur Abkehr von seinen Reformen, weil die Abhängigkeit von den Wählern und der Gunst des Auslandes ihn zu einer entwicklungskohärenten Politik zwangen. Sie eröffneten jedoch zum ersten Mal Alternativen zu seinem politisch gefährlichen Reformkonzept - eine Rückkehr zum Allokationsstaat mit all seinen

marktfernen und -verzerrenden Charakteristika. Auch diese nutzte der Revolutionsführer für seine Kampagne.

Um Rafsanjânîs Macht einzudämmen, ging Khâmene'î zunächst systematisch gegen die Rafsanjânî legitimierende Liberalisierung der Gesellschaft vor. Im Rahmen einer Reislamisierungs-Kampagne führte er den Iran zu seinen revolutionär-islamischen Wurzeln zurück und steuerte das Land somit wieder auf die 'Linie des Imâm'. Dadurch konnte er sich der Unterstützung seiner einstmals ärgsten Widersacher, der Radikalen, versichern. Als die liberalen Neuerungen nach einem recht vielversprechenden Beginn nach und nach zurückgenommen wurden, entzogen viele Iraner dem Rafsanjânî-Kabinett ihr Vertrauen[525]. Khâmene'î konnte sich diese restriktive Politik trotz des pluralistischen iranischen Systems erlauben. Als Revolutionsführer ist er nicht von der Wählergunst abhängig, da er auf Lebenszeit ernannt ist. Sobald Khâmene'î auf kulturellem und religiösem Gebiet seine Machtbasis ausgebaut hatte, nahm er zunehmend auch auf wirtschaftspolitische und außenpolitische Belange Einfluß. Rafsanjânî konnte dem Aufstieg Khâmene'îs und dessen Reislamisierung der Gesellschaft wenig entgegensetzen. Die Verfassung, sein religiöser Rang wie auch seine gewöhnliche Abkunft ordneten ihn dem Propheten-Nachfahren Khâmene'î unter. Zudem konnte er kaum auf eine spürbare Verbesserung der Lage der Bevölkerung infolge seiner Politik verweisen.

Eine kollektive Führung der Staatsklasse nach Khomeinîs Tod begünstigte Rafsanjânîs umstrittene Reformpolitik also nur so lange, wie er der mächtigste Vertreter dieser aufgefächerten Führungsriege war. Die Schuld am Scheitern der Reformen ist somit einem Wiedererstarken des Neo-Patrimoniats zuzuschreiben, nachdem Rafsanjânîs Politik zunächst durch dessen vorübergehende Schwäche begünstigt wurde. Wäre es Rafsanjânî gelungen, selbst die Stellung des neo-patrimonalen Herrschers einzunehmen, so hätte dies seine Reformbestrebungen zweifellos unterstützt. Fraglich bliebe dann allerdings, ob diese für ihn in herrschaftspolitischer Hinsicht noch notwendig gewesen wären, da sein Reformwille, wie gezeigt, primär Machtinteressen entsprang.

So scheitert Rafsanjânî also nicht aus wirtschaftlichen Gründen - seine Reformpolitik kann im Gegenteil als relativ erfolgreiches Krisenmanagement bezeichnet

[525] In den Präsidentschaftswahlen von 1993 konnte Rafsanjânî daher nur 63% der Stimmen auf sich vereinigen, die Wahlbeteiligung lag bei nur 56% (1989 hatte Rafsanjânî noch 94,5% der Stimmen erhalten (vgl. Kap. III.3)).

werden - vielmehr fällt er Khâmene'îs Machtambitionen zum Opfer. Er scheitert politisch innerhalb der Staatsklasse.

Ursache des Scheiterns sind somit die lähmenden und selbstzerstörerischen Dysfunktionen neo-patrimonialer Herrschaft. Ständige Rivalitäten innerhalb der Elite behindern langfristig angelegte Entwicklungsstrategien.

VII. KAPITEL

Aktuelle politische Lage und Ausblick

Mit dem Ausscheiden Rafsanjânîs hat Khâmene'î im August 1997 zwar seinen mächtigsten Gegner verloren, der neue Staatspräsident Khatâmî hat sich jedoch trotz geringer politischer Spielräume schnell zu einem ernstzunehmenden Gegner des Revolutionsführers entwickelt und bereits manche Weichen gestellt. So setzte er die Ernennung von zwei Liberalen zum Innen- und zum Kulturminister durch. Die überwiegend konservativen Provinzgouverneure wurden ausgetauscht. Ebenso erzwang Khatâmî die Ablösung des Kommandanten der Revolutionshüter[526].

Trotzdem dürfen seine Möglichkeiten nicht überbewertet werden. Die Pragmatiker haben zwar die Präsidentschaftswahlen gewonnen, doch die Konservativen besetzen nach wie vor alle Schaltstellen der Macht. Die Exekutivgewalt der Regierung ist daher sehr beschränkt. Politische Veränderung herbeizuführen oder Gesetze zu erlassen, dürfte den Pragmatikern schwerfallen. Allerdings weiß Khatâmî 22 Millionen iranischer Wähler hinter sich, und er benutzt diese Macht immer öfter zur offenen Herausforderung des Revolutionsführers[527]. Deutlich wurde dies vor allem auf der islamischen Gipfelkonferenz Mitte Dezember 1997 in Teheran. Während sich Âyatollâh Khâmene'î in anti-westlichen Tiraden erging und die "zionistische Presse" des Westens geißelte[528], vertrat Khatâmî die Auffassung, die westliche Kultur sei nicht verdammenswert, sondern müsse um ihrer Errungenschaften willen begriffen werden[529]. Ebenso signalisierte er die Bereitschaft zur Teilnahme an einer Konferenz der Vereinten Nationen zum Thema Terrorismus[530] und schickte Anfang Januar 1998 aus Anlaß des Fastenmonats Ramadân zum ersten Mal seit der Islamischen Revolution eine Botschaft an den irakischen Präsidenten Saddam Hussein. Nur wenige Tage darauf, ebenfalls ein Novum in der revolutionär-iranischen Geschichte, hielt Khatâmî eine 45-minütige Ansprache im US-

---

[526] *Die Zeit* 19. Dez. 1997.

[527] Khatâmî wurde am 23. Mai 1997 mit rund 70% der Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt.

[528] *Süddeutsche Zeitung* 11. Dez. 1997.

[529] *Süddeutsche Zeitung* 11. Dez. 1997; *FAZ* 10. Dez. 1997.

[530] *FAZ* 12. Dez. 1997. Der iranischen Staatsklasse wird vorgeworfen, nicht nur Terroristen auszubilden und diesen Unterschlupf zu gewähren, sondern auch mit terroristischen Methoden gegen Gegner im Inneren wie Äußeren vorzugehen und Terrorismus als legales Mittel der Politik zu begreifen.

amerikanischen Sender *CNN* und rief das amerikanische Volk zum "Dialog der Kulturen" auf [531].

Auch der Umstand, daß Khatâmî ebenso wie Khâmene'î ein *sayyid*, also ein Nachkomme des Propheten ist, gibt dem Konflikt zwischen Revolutionsführer und Präsident eine neue Qualität. Rafsanjânî hatte diese höhere Legitimation nicht vorweisen können. Khâmene'î nimmt den provokanten Konfrontationskurs Khatâmîs allerdings nicht widerstandslos hin und versucht, sowohl dessen Ansehen im Ausland zu schaden, als auch seine Position im Inneren zu schwächen. Beispiele hierfür sind die Fälle Hofer und Karbâstschî.

Im Septemer 1997 wurde der Deutsche Helmut Hofer aufgrund einer außerehelichen Beziehung zu einer Muslimin verhaftet. Wegen angeblicher Intimkontakte soll der im Iran als "Ungläubiger" angesehene Nicht-Muslim zum Tod durch Steinigung verurteilt werden. "Rache für Mykonos" wähnt die deutsche Presse[532].

In der Tat ähneln die offiziellen Stellungnahmen aus dem Iran auffällig denen der deutschen Regierung hinsichtlich des Mykonos-Urteils (vgl. Kap. V.1): Die Justiz sei unabhängig, wird versichert. Die Regierung habe keinerlei Einfluß auf das Urteil[533]. "Der Deutsche hat eine Sünde begangen… [folglich müsse er nun auch] gemäß iranischen Gesetzten hingerichtet werden"[534]. Alle Vermittlungsversuche von Seiten Bonns blieben hier bislang erfolglos. Ende Juli 1998 wurde zwar ein erneutes Verfahren anberaumt, Hofer, der versichert er wäre schon vor Jahren zum Islam übergetreten, ist jedoch weiterhin von der Todesstrafe bedroht. Sollte das Gericht seine Konversion anerkennen, so könnte die Strafe in 99 Peitschenhiebe umgewandelt werden[535].

Auch im Fall des Teheraner Bürgermeisters Hojjat-al Islâm Gholâm Husain Karbâstschîs zeigte sich die Intention der Konservativen nur allzu offensichtlich. Mit der Verhaftung des prominentesten Vorkämpfers der Pragmatiker im April 1998 war eine Schwächung dieses Staatsklassensegments bezweckt. Die Anklage wegen des angeblichen Mißbrauchs von Steuergeldern, die er zugunsten des Wahlkampfes der Pragmatiker verwendet haben soll, wird als späte "Rache der

---

[531] *Süddeutsche Zeitung* 2. Jan. 1998; *Stuttgarter Nachrichten* 2. Jan. 1998.

[532] *Südwest-Presse* 3. Feb. 1998.

[533] *Südwest-Presse* 2. Feb. 1998; *Der Spiegel* 7/1998, S. 136 ff.

[534] *Jomhûrî-ye Eslâmî*, zitiert in *Der Spiegel* 7/1998, S. 137.

[535] So die Aussage des Chefs der iranischen Justiz, Âyatollâh Muhammad Yazdî (*FAZ* 23. Juli 1998).

Verlierer" der Präsidentschaftswahlen von 1997 interpretiert[536]. Auf wachsenden Druck der Bevölkerung hin sah sich Khâmene'î jedoch gezwungen, auf den ihm nahestehenden Chef der unabhängigen Justiz, Âyatollâh Muhammad Yazdî, einzuwirken, Karbâstschî bis zur Hauptverhandlung frei zu lassen. So konnte der Teheraner Bürgermeister, der einer der wenigen Reformer ist, dessen Politik sichtbare Erfolge vorzuweisen hat (Sanierung der Millionenstädte Teheran und Isfahan), unter dem Jubel begeisterter Anhänger nach 12 Tagen Haft sein Amt wieder antreten[537]. Für Khatâmî bedeutete dies zumindest kurzfristig einen innenpolitischen Sieg.

Der Jubel währte indes nicht lange. Einen Tag nach Spekulationen über eine vorläufige Entlassung Hofers, wurde Karbâstschî zu fünf Jahren Haft und einer Geldstrafe von umgerechnet 600.000 DM verurteilt. Überdies belegte ihn das Gericht mit einem 20-jährigen Politikverbot. Beobachter gehen zwar davon aus, daß das harte Urteil Karbâstschî zum Helden machen wird und den Konservativen um Khâmene'î somit mehr Schaden als Nutzen zufügen wird. Khatâmî hat mit Karbâstschî jedoch einen seiner wichtigsten Mitstreiter verloren[538].

Als ein Erfolg Khatâmîs gegenüber seinen konservativen Widersachern darf die vorzeitige Freilassung des Regimekritikers Faraj Sarkûhî gelten. Im November 1996 war der iranische Schriftsteller und Journalist am Teheraner Flughafen vom iranischen Geheimdienst verschleppt und im September 1997 wegen "geheimer Kontakte" zu Europäern und "Propaganda gegen die Islamische Republik" zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt worden[539]. Daß die seit Januar 1997 währende Untersuchungshaft auf die Haftzeit angerechnet wurde und ihm nach langen Kontroversen eine Ausreisegenehmigung erteilt wurde, wird als ein "Etappensieg" der Regierung Khatâmî gewertet[540]. Im April 1998 konnte Sarkûhî schließlich ungehindert nach Deutschland ausreisen, wo seiner Familie vor zwei Jahren politisches Asyl gewährt worden war[541].

---

[536] *Der Spiegel* 16/1998, S. 142 f.

[537] *FAZ* 17. u. 20. Apr. 1998; zu den Vorwürfen gegen Karbâstschî vgl. auch *FAZ* 26. Nov. 1997.

[538] *Südwest Presse* 24. Jul. 1998; *FAZ* 24. Jul. 1998.

[539] *Die Tageszeitung* (taz) 19. Sept. 1997; *Die Zeit* 26. Sept. 1997; *FAZ* 29. Jan. 1998; *Der Spiegel* 7/1998, S. 136.

[540] *FAZ* 29. Jan. 1998; *Frankfurter Rundschau* 29. Jan. 1998.

[541] *Der Spiegel* 18/1998, S. 153 f.; *Frankfurter Rundschau* 11. März 1998.

Trotz einiger Teilerfolge ist der Zweikampf noch lange nicht entschieden. Erst am 21. Juni 1998 mußte auf Druck der Konservativen der enge Khatâmî-Mitstreiter und Innenminister Hojjat-al Islâm Abdollah Nûrî zurücktreten. Ihm wurde vorgeworfen, er habe "Spannungen in der Gesellschaft geschürt und zu wenig gegen den Drogenschmuggel getan"[542]. Khatâmî ernannte daraufhin den "nicht weniger reformfreudigen" Mustafa Tâjzâdeh zum Innenminister; Nûrî wurde auf den Posten eines Vizepräsidenten, zuständig für Entwicklung und Soziales, befördert[543].

Auch das am selben Tag stattfindende Fußball-Weltmeisterschafts-Spiel USA-Iran bot Raum zur publikumswirksamen Austragung des Machtkampfes. Revolutionsführer Khâmene'îs "Spielanalyse" ließ versöhnliche Töne vermissen: "Ein starker und überheblicher Gegner hat den bitteren Geschmack der Niederlage gespürt". Parlamentspräsident Nâteq-Nûrî sah den Schlüssel zum Sieg allein "im Glauben an Allah". Khatâmî hingegen, so *Der Spiegel*, "huldigte der iranischen Nationalmannschaft wie ein ganz normaler Fan". Der Staatspräsident ließ die heimgekehrten Nationalhelden wissen: "Wie Millionen Iraner bin ich sehr stolz, ich danke euch für diesen süßen Sieg"[544].

Neben dem Staatspräsidenten besitzt Khâmene'î einen ebenso mächtigen Gegner in Âyatollâh Montazerî, dem in Ungnade gefallenen Khomeinî-Nachfolger (vgl. Kap. II.2). Zwar ist dieser kein *sayyid*, als Groß-Âyatollâh dem Revolutionsführer jedoch an religiöser Kompetenz weit überlegen. Lange Zeit stand er unter Hausarrest, vorübergehend war er auf Khâmene'îs Geheiß auch im Gefängnis und somit mundtot gemacht[545]. Im November 1997 ist die Rivalität zwischen den beiden in bislang ungeahnter Schärfe erneut ausgebrochen. Montazerî stellte in einem *fatwâ* die "Verbindlichkeit der Führerschaft" in Frage und äußerte, "führende Persönlichkeiten, die nicht vom Volk gewählt" seien, sollten nicht regieren, sondern lediglich "beaufsichtigen"[546]. Öffentlich warf er dem Revolutionsführer vor, sich immer stärker in die Tagespolitik einzumischen und geradezu eine Parallelregierung zu

---

[542] *Zweites Deutsches Fernsehen* (*ZDF*), 21. Juni 1998, 20:53 GMT; *Der Spiegel* 28/1998, S. 119.

[543] *Der Spiegel* 28/1998, S. 119.

[544] *Der Spiegel* 28/1998, S. 119.

[545] Montazerî, der am 28. März 1989 als Nachfolger Khomeinîs zurückgetreten war (*NYT* 29. März 1989), wurde am 15. Feb. 1993 unter der Anklage verhaftet, er habe den Revolutionsführer "denunziert" (*Financial Times* 26. Feb. 1993).

[546] *Süddeutsche Zeitung* 27. Nov. 1997.

betreiben, um Khatâmîs Reformen zu vereiteln[547]. In seiner religiösen und juristischen Kompetenz angezweifelt, ordnete Khâmene'î einen Prozeß wegen "Verrats" gegen Montazerî an, dem er vorwarf, von den USA und Israel zu seinen Äußerungen angestachelt worden zu sein[548].

So ist die Stellung Khâmene'îs nach wie vor nicht unangefochten. Der zukünftige Kurs des Iran wie auch die Machtverhältnisse innerhalb der Staatsklasse werden sicherlich nicht unwesentlich vom Verhalten der USA gegenüber dem Land und dem von Khatâmî dem amerikanischen Volk unterbreiteten Dialogangebot[549] beeinflußt werden. Wären die USA Anfang der neunziger Jahre auf Rafsanjânî zugegangen und hätten seine Reformen unterstützt, so wäre es sehr gut möglich gewesen, daß sich die vom Westen favorisierten Pragmatiker innerhalb der Staatsklasse durchgesetzt hätten. Rafsanjânîs Chancen, auf lange Sicht das Machtvakuum nach Khomeinîs Tod auszufüllen, wären sicherlich gut gewesen[550]. Statt dessen diskreditierten ihn das Embargo und die Ablehnung des Westens zutiefst und trugen nicht unwesentlich zu seinem Scheitern bei.

Die Signale aus den USA sind kontrovers. Einerseits wurde der Iran noch im April 1998 wieder auf die Liste der den Terrorismus unterstützenden Staaten gesetzt, was angesichts der Entspannungsbemühungen der iranischen Regierung zunächst wenig konstruktiv erscheint und zwangsläufig den Konservativen und Radikalislamisten in die Hände spielt[551]. Andererseits bot Präsident Clinton im Juni 1998 dem Iran als Antwort auf Khatâmîs Willen zum Dialog eine "schrittweise Normalisierung der Beziehungen" an. Außenministerin Madeleine Albright, die Clintons Offerte auf einer Rede in New York der Öffentlichkeit bekanntgab, fügte vorsichtig hinzu, daß Khatâmî "Respekt verdient, da er die Wahl des iranischen Volkes ist" [552].Der Wunsch des US-Präsidenten nach einer "echte[n] Aussöhnung" mit Teheran "auf einer Grundlage der Gegenseitigkeit", blieb jedoch bislang bloßes Lippen-

---

[547] *Frankfurter Rundschau* 27. Nov. 1997; *Die Zeit* 19. Dez. 1997.

[548] *FAZ* 9. Dez. 1997, *Franfurter Rundschau* 27. Nov. 1997.

[549] *FAZ* 17. Dez. 1997.

[550] Allerdings wäre hier fraglich, ob eine unangefochtene Vormachtstellung der Pragmatiker (wie in Kap. VI.2 angemerkt) diese nicht zu einem Abschwenken von dem aus Machtkalkül eingeschlagenen Öffnungskurs und zu einer Rückkehr zu ihren ungleich radikaleren Wurzeln bewegen würde (vgl. Kap. II.3 und V.2).

[551] In dem US-Bericht heißt es: "Die iranische Regierung veranlaßte 1997 mindestens 13 Mordanschläge, die Mehrheit davon im Norden des Irak" (*Süddeutsche Zeitung* 2. Mai 1998). Kritisch zu beurteilen ist das Vorgehen der USA auch deshalb, weil sie selbst nicht vor Praktiken zurückschrecken, welche die Souveränität des Iran verletzen (vgl. Kap. V.1).

[552] *FAZ* 19. Juni 1998.

bekenntnis. Können doch, so Albright, "zwei Jahrzehnte des Mißtrauens… natürlich nicht über Nacht ausgelöscht werden. Die Kluft zwischen uns bleibt breit". Albright bot dem Iran weder Anreize für politisches Wohlverhalten wie etwa eine Aufhebung der Wirtschaftssanktionen oder ein Ende des amerikanischen Widerstandes gegen den Bau iranischer Öl- und Erdgasleitungen vom Persischen Golf nach Zentralasien an[553].

Im Gegensatz zu den USA befinden sich einige Staaten der Europäischen Union seit der Rückkehr ihrer Botschafter in den Iran im November 1997 bereits auf dem Weg vermehrten politischen Austausches und setzen sich offen für eine konziliante Politik ein[554]. So sprach sich Italiens Außenminister Dini nach seinem Teheran-Besuch im März 1998 für eine Unterstützung des iranischen Präsidenten Khatâmî durch die Europäische Union aus. Dieser betreibe eine "Politik der vorsichtigen Veränderungen" und müsse in seinem Vorgehen "ermutigt" werden.

Zugleich solle der Westen Khatâmî Zeit lassen, seine Reformen gegen den Widerstand der konservativen religiösen Kräfte in Gang zu bringen. Einem Schritt vorwärts könne dabei auch "eine Pause oder ein Schritt zurück folgen"[555]. Anfang Juli 1998 wurden die neuen italienisch-iranischen Beziehungen durch den Staatsbesuch des italienischen Premiers Romano Prodi gekrönt. Es war dies die erste Visite eines westlichen Regierungschefs im Iran seit 1992. Khatâmî nutzte den Besuch, um sein Dialogangebot an die USA zu erneuern[556].

Trotz stetiger Rivalitäten innerhalb der Staatsklasse war ihre Herrschaft nach außen bislang nicht zuletzt dank der steigenden Öleinnahmen der letzten beiden Jahre verhältnismäßig stabil (19 Mrd. $ im Jahr 1996/97). Das Regime hat das Land mit Überwachungs- und Sicherheitsapparaten fest im Griff.

Eine ernstzunehmende militärische Opposition innerhalb des Iran gibt es daher nicht. Die iranische Opposition außerhalb des Iran ist im Volk aufgrund ihrer Kooperation mit den USA bzw. Saddam Hussein zumeist diskreditiert. Dissidenten in Europa, die überwiegend aus Frankreich und Deutschland heraus operieren, sind ideologisch gespalten und haben aufgrund ihrer geographischen Distanz wenig Einfluß auf die Entwicklungen im Iran. Ihre politischen Zirkel sind unterwandert

---

[553] *FAZ* 19. Juni 1998.

[554] Deutschland macht verbesserte Beziehungen jedoch auch vom Schicksal des von der Todesstrafe bedrohten Hofers abhängig (*Deutschlandfunk* 27. Juni 1998).

[555] *FAZ* 4. März 1998.

[556] *Der Spiegel* 28/1998, S. 119.

und gut überwacht. Wirklich ernstzunehmende Gegner sind in der Vergangenheit immer wieder Terroranschlägen zum Opfer gefallen. Die Spuren deuten meist auf die diplomatischen Vertretungen des Iran in Europa[557].

Der neuerliche Verfall der Rohölpreise, ausgelöst durch sinkenden Erdölverbrauch infolge einer Wirtschaftskrise in den asiatischen "Tigerstaaten", könnte sich jedoch rasch zu einem ernstzunehmenden Problem für die Islamische Republik ausweiten. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sanken die Ölpreise im Juni 1998 um 12 $ von 25 $ auf 13 je Barrel. Trotz der Diversifikationsbestrebungen der Regierung Rafsanjânî zu Anfang der neunziger Jahre machen die Öleinnahmen auch weiterhin etwa 40% der iranischen Staatsbudgets aus[558].

Eine nicht minder ernstzunehmende Bedrohung für die Islamische Republik geht von der rapide wachsenden Bevölkerung des Landes aus. Beim Machtantritt Khomeinîs vor 19 Jahren lebten rund 30 Millionen Menschen im Iran. Heute sind es 65 Millionen. Jährlich drängen über eine halbe Million junger Iraner auf den Arbeitsmarkt. Nach Aussage des Ministers für Arbeit und Soziales, Husain Kamâlî, sind heute bereits über ein Drittel der Bevölkerung arbeitslos, Frauen nicht eingerechnet[559].

Besonders unter den städtischen Jugendlichen ist die Arbeitslosigkeit und somit die Unzufriedenheit mit dem geistlichen Regime extrem hoch. So waren es gerade die jungen Iraner, die mit Khatâmîs Wahl zum Staatspräsidenten ihrer Opposition gegen Khâmene'î und das geistlich-traditionelle Establishment Ausdruck verliehen[560]. Verschärfen sich die sozialen Probleme weiter und wird ihnen nicht durch angemessene Reformen begegnet, so ist nicht auszuschließen, daß die wachsende Not der Bevölkerung über kurz oder lang eine Systemtransformation herbeiführen kann.

Das Regime hat die Gefahren eines unverminderten Bevölkerungswachstums erkannt. Die nach der Revolution propagierte "Frühehe", die das Bevölkerungswachstum von 3,2% im Jahr 1979 bis Mitte der achtziger Jahre auf fast 4%

---

[557] Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg, Verfassungsschutzbericht 1997. Vgl. Kap IV, 5.1 (Regierungsseitige Bestrebungen und Anhänger der iranischen Regierung) und Kap. IV, 5.2 (Gegner der iranischen Regierung) (http://www.hamburg.de/Behoerden/LfW/v-bericht).

[558] *FAZ* 6. Juni 1998.

[559] *Das Sonntagsblatt* 31. Mai 1996.

[560] Viele Beobachter gehen noch weiter und sagen, es sei eine Protestwahl gegen das System gewesen.

ansteigen ließ, wurde infolge wachsender sozialer Not bald verworfen[561]. Seit Beginn der neunziger Jahre wird durch ein Netz vom Hygienestationen Empfängnisverhütung bis in die kleinsten Dörfer hinein propagiert. 1993 trat ein Bevölkerungskontrollgesetz in Kraft, das Familien ab dem vierten Kind mit massiven finanziellen Nachteilen bestraft[562]. In fast allen Krankenhäusern des Iran wird heute kostenlos die Sterilisation von Männern angeboten. Zunehmend wird diese Vasektomie auch in Freitagspredigten als Weg aus der Krise beschwört. Als Anreiz dazu erhalten die Sterilisationswilligen ein Transistorradio[563].

[561] *Statistisches Bundesamt* (1992): Länderbericht Iran, S. 24.
[562] *Der Spiegel* 50/1995, S. 134.
[563] *Economist* 5. Aug. 1995.

Peer Gatter

Khomeini's Legacy

Politics of Power, Economic Reform and the Crisis of Legitimacy in the Islamic Republic of Iran

Table of Contents

List of figures x
List of tables xi
Abbreviations xii
Acknowledgments xiii
Preface xv

Introduction 1

1. Research focus 2
2. Literature review 3
3. Methodological framework 5

Part I Theoretical Basis 7

1. The rentier state in the Middle East 7
2. The rentier state and its income sources 8
3. State rent allocation and societal rent seeking 12
4. State monopoly of rent appropriation 14
5. Crisis management of a rentier state 15
6. Neo-patrimonialism and the rentier state 19
7. Critical reflections of the rentier state concept and the neo-patrimonial approach 20

Part II Oil Rent and Political Rule in Iran 25

1. From traditional society to the modern rentier state 25
   The Pahlavî era (1925-1978) 25
   The Islamic Republic (since 1979) 31
2. The transformation of political rule in the Islamic Republic 33
   Khomeinî's neo-patrimonial rule 33
   Period of collective leadership (Second Iranian Rebublic) 36
   Khâmene'î´s political rise 41
3. The Iranian state class 43
   Formation of state class segments 43
   The segments of the state class and their political objectives 47
   The radical segment 47
   The pragmatic segment 51
   The conservative segment 56

Part III The Economic Crisis and the Emergence of a Reform Alliance 61
1. Strategies of crisis management 62
2. The rise of the pragmatics 64
The double-alliance 64
Relative pluralismus of the political system 65
3. Depriving the radicals of their power 66
Khomeinî´s decree 67
Rafsanjânî becomes commander-in-chief of the armed forces 67
Exploitation of the Guardian Council 69

Part IV Rafsanjani´s Reforms 71
1. The first five-year development plan 72
2. Economic growth, the debts crisis and recession 77
3. Facets of the reform 83
Liberalization of the Islamic society 84
Privatization 86
Reduction in subsidies 88
Foreign investment 89

Part V Analysis of the Failure of the Reforms 93
1. US sanctions 94
The economic isolation of Iran 95
Economic consequences of the embargo 96
Iranian strategies of revenue multiplication 98
Regional cooperation 98
Reshuffling economic relationships 101
Expansion of political and economic ties with Africa 102
Conclusions 105
2. The windfall profits of the Second Gulf War (1990/91) 108
Conclusions 115
3. Competition among Elites 116
Strategies of development as vehicles of power 116
Popular unrest and Khâmene'î´s metamorphosis 120
Re-islamization and the extension of Khâmene'î´s religious legitimacy 123
Khâmene'î's parallel government 126
The power of the Supreme Revolutionary Leader 130

Part VI Conclusions 133
1. Reform in a rentier state? 133
2. Rafsanjânî's political failure 135

Part VII Current Political Developments and Prospects 139

Part VIII English Section 147
Table of Contents 148
List of Figures 151
List of Tables 152

Select Bibliography 153

List of Figures

Figure 1: The Neo-Patrimoniat of Ayâtollâh Khomeinî (1979-1989) 35

Figure 2: Political Rule, Elites, and Institutions of Religious Power during President Hâshemî Rafsanjânî´s First Term in Office (1989-1993) 40

Figure 3: The Segments of the Iranian State Class during the "Fourth Islamic *majlis*" (1992-1996), their Political, Economic, and Social Basis, and affiliated Media 46

Figure 4: Segments of the Iranian State Class and their Political, Economic, and Cultural Objectives 120

Figure 5: Development of Spot-Market Prices for Iranian Light Crude Oil (January 1988 - April 1997). Figures in the upper Section of the Graph show Annual average Prices/Barrel (in US $) 81

Figure 6: Oil Prices, US Embargo, and Iranian Politics during the Presidency of Hâshemî Rafsanjânî 109

Figure 7: The Power of the Supreme Revolutionary Leader based upon the Constitution of the Islamic Republic of Iran (*qânûn-e âsâsî*), Articles 110 and 112 132

List of Tables

Table 1: Iranian Crude Oil Production in Barrel/Day (1918-1958) 27

Table 2: Sectoral Distribution of the Iranian GNP (in %) 29

Table 3: Iranian Crude Oil Production and Oil Exports (1977/78-1990/91) 32

Table 4: Oil Industry Revenue and Non-Oil Sector Income (in Billion $) 78

Table 5: Iranian Cude Oil Production, Domestic Consumption (in Million Barrel/Day), and Oil Export Revenue (1986/87-1995/96) 79

Table 6: Iranian Balance of Trade (Imports/Exports) and External Debt (1989/90-1996/97) 80

Table 7: GDP and Sectoral Growth (in %) during the First Five-Year Development Plan (1989/90-1993/94) 82

Table 8: Economic Sectors contributing to the GDP (Oil, Agriculture, Industry, and Services (in %))..... 111

Table 9: Different Revenue Sources of the State Budget contributing to the GDP (Oil and Taxes (in %)) 111

Literaturverzeichnis

Abbott, Kenrick (1995): Ayatullah Khomainis Quest for a just Society. *Orient* 36/2, S. 251-267.

Abdel-Moneim Moss`ad, Névine (1993): Nouvelle orientation de la deuxième publique iranienne. Priorités, instruments, contraintes. In: Camau, Michel (Hrsg.): Crise du Golfe et ordre politique au Moyen-Orient. Institut de Recherches et d'Etudes sur le Monde Arabe et Musulman. Paris/CNRS, S. 97-114.

Afrasiabi, Kaveh L. (1994): After Khomeini: New Directions in Iran's Foreign Policy. Westview Press, Boulder/Colorado.

Ahmad, Shamshad (1994/95): Regional Cooperation and Development within the Particular Context of ECO (Rede des ECO-Generalsekretärs beim Seminar "The Process of Development in Central Asia and the Caucasus"). *Iranian J. of Internat. Aff*. 6/3-4, S. 574-578).

Akhavi, Shahrough (1987): Elite Factionalism in the Islamic Republic of Iran. *The Middle East J.* 41/2, Spring, S. 181-201.

Al-e Ahmad, Jalal (1982): Plagued by the West (*Gharbzadegi*). Caravan Books, New York.

Alerassool, Mahvash (1993): Freezing Assets: The USA and the most effective Economic Sanction. New York, St. Martin's Press

Allafi, Mohammad H. (1990): Wirtschaftlicher Paradigmenwechsel der Islamischen Republik Iran? Zur Reaktivierung des Industrialisierungsprozesses. *Orient* 31/4, S. 603-615.

Altorki, Soraya & Donald P. Cole (1989): Arabian Oasis City. The Transformation of `Unayzah, Austin.

American-Israeli-Political-Action-Committee (AIPAC) (1995): Comprehensive U.S. Sanctions Against Iran (Washington, D.C.).

Amin, Samir (1976): Unequal Development: An Essay on the Social Formation of Peripheral Capitalism. Monthly Review Press, New York.

Amirahmadi, Hooshang (1990): Economic Reconstruction of Iran: Costing the War Damage. *Third World Quart*. 12/1, S. 26-47.

Amirahmadi, Hooshang (1996): Iran's Development: Evaluation and Challenges. *Third World Quart*. 17/1, S. 123-147.

Amuzegar, Jahangir & M. Ali Fekrat (1971) Iran: Economic Development under Dualistic Conditions. Univ. of Chicago Press, Chicago.

Amuzegar, Jahangir (1978): Growth without Pain: The new Iranian Development Strategy. Washington D.C., Middle East Institute.

Amuzegar, Jahangir (1982): Oil Wealth: A very mixed Blessing. *Foreign Aff.* 60/1, S. 814-834.

Amuzegar, Jahangir (1992): The Iranian Economy before and after the Revolution. *Middle East J.* 46/3, S. 423-425.

Amuzegar, Jahangir (1997a): Iran´s Economy and the US Sanstions. *Middle East J.* 51/2, S, 185-199 (Aktualisierte Fassung der Auflage von 1993).

Amuzegar, Jahangir (1997b): Iran's Economy under the Islamic Republic. I.B. Tauris, London (Neuauflage von 1993).

Anderer, Gilbert (1991): Die politische Ökonomie eines Allokationssystems. Jordanien und die internationale Arbeitsmigration seit 1973. Europäische Hochschulschriften 31/169, Frankfurt a.M., Bern.

Anderson, Lisa (1987): The State in the Middle East and North Africa. *Comparative Politics* 20/1, S. 1-18.

Anwar, M. (1992): Islamic Banking in Iran and Pakistan: A Comparative Study. *Pak. Develop. Rev.* 4, S. 1089-1097.

Arjomand, Said Amir (1988): The Turban for the Crown. The Islamic Revolution in Iran. Oxford University Press.

Arjomand, Said Amir (1991): A Victory for the Pragmatists. The Islamic Fundamentalist Reaction in Iran. In: Piscatori, James (Hrsg.): Islamic Fundamentalism and the Gulf Crisis. Chicago/Ill., The Fundamentalist Project, Ameican Academy of Arts and Science, S. 52-69.

Ashoff, Guido (1988): Rent-Seeking. Zur Relevanz eines relativ neuen Konzepts in der ökonomischen Theorie der Politik und der entwicklungstheoretischen Diskussion. *Vierteljahresberichte* 29/112, S. 103-125.

Ashraf, Ahmad (1988): Bazar-Mosque Alliance: The Social Basis of Revolts and Revolution. *Politics, Culture, and Society* 1/4, S. 538-567.

Avery, Peter (1996): Balancing Factors in Irano-Islamic Politics and Society. *Middle East J.* 50/2, S. 177-189.

Azhar, Mohammad (1994): Iranian Economy: Agenda for Reconstruction and Reform. In: Pant, G. (Hrsg.): The Political Economy of West Asia: Demography, Democracy & Economic Reforms. Delhi, Manak, S. 153-171.

Bahmani-Oskooee, Mohsen (1993): Black Market Exchange Rates versus official Exchange Rates in testing Purchasing Power Parity: An Examination of the Iranian Rial. *Applied Economics* 25/IV, S. 465-472.

Bahmani-Oskooee, Mohsen (1995): Source of Inflation in Post-Revolutionary Iran. *Internat. Econ. J.* (Seoul) 9/2, S. 61-72.

Bakhash, Shaul (1993): Iranian Politics since the Gulf War. In: Satloff, Robert B. (Hrsg.): The Politics of Change in the Middle East. Westview Press, Boulder/Colorado. S. 63-84.

Bakhash, Shaul (1995): Iran: The Crisis of Legitimacy. *Middle Eastern Lectures*, 1, S. 99-118.

Baktiari, Bahman (1993/1994): Parliamentary Elections in Iran. *Iranian Studies* 26/3-4, S. 375-388.

Baktiari, Bahman (1996): Parliamentary Politics in Revolutionary Iran. The Institutionalization of Factional Politics. Univ. Press of Florida.

Banuazizi, Ali (1995): Faltering Legitimacy: The Ruling Clerics and Civil Society in Contemporary Iran. *Internat. Journ. of Politics, Culture and Society* 8/4, S. 563-578.

Barzin, Saeed (1995): Factionalism in Iran. *The World Today* (London) 51/10, S. 202-205.

Beblawi, Hazem (1987): The Rentier State in the Arab World. In: Beblawi, Hazem & Giacomo Luciani (Hrsg.): The Rentier State, Vol. II. Croom Helm, New York. S. 49-62.

Beck, Martin (1993): Die Erdöl-Rentier-Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Lit Verlag, Münster/Hamburg.

Beck, Martin (1994): Die Iranische Revolution und das Pahlavi-Regime. *Asien, Africa, Lateinamerika* 22/1, S. 1-16.

Behdad, Sohrab (1988): Foreign Exchange Gap, Structural Constraints, and the Political Economy of Exchange Rate Determination in Iran. *Internat. J. of Middle Eastern. Stud*. 20/1, S. 1-21.

Behdad, Sohrab (1988): The Political Economy of Islamic Planning in Iran. In: Amirahmadi, H. & M. Parvin (Hrsg.): Post-Revolutionary Iran. Westview Press, Boulder/Colorado.

Behdad, Sohrab (1989): Winners and Losers of the Iranian Revolution: A Study in Income Distribution. *Internat. J. of Middle East Stud.* 21/3, S. 327-358.

Behdad, Sohrab (1994): A disputed Utopia: Islamic Economics in Revolutionary Iran. *Comparative Studies in Society and History* 36/4, S. 775-813.

Behdad, Sohrab (1995): The Post-Revolutionary Economic Crisis. In: Rahnema, Saeed & Sohrab Behdad (Hrsg.): Iran after the Revolution. Crisis of an Islamic State. I.B. Tauris, London, New York. S. 97-128.

Behrooz, M. (1991): Factionalism in Iran under Khomeini. *Middle East Stud.* 27/4, S. 597-614.

Bill, James A. (1993): The United States and Iran: Mutual Mythologies. *Middle East Policy* 2/3, S. 98-106.

Bina, Cyrus & H. Zangeneh (Hrsg.) (1992): Modern Capitalism and Islamic Ideology in Iran. London, Macmillan.

Boeckh, Andreas (1996): Venezuela. Die schmerzvolle Transformation eines Erdöllandes. In: Boeckh, Andreas & Peter Pawelka (Hrsg.): Staat, Markt und Rente in der internationalen Politik. Opladen.

Brumberg, Daniel (1992): Survival Strategies vs. Democratic Bargains: The Politics of Economic Reform in Contemporary Egypt. In: Barkey, Henri J. (Hrsg): The Politics of Economic Reform in the Middle East. St. Martin´s Press, New York. S. 73-104.

Brumberg, Daniel (1996): Khomeini´s Legacy: Islamic Rule and Social Justice. In: Appleby, Scott (Hrsg.): Spokesmen for the Despised, Fundamentalist Leaders in the Middle East. Univ. of Chicago Press.

Buchta, Wilfried (1995): Die Islamische Republik Iran und die religiös-politische Kontroverse um die marja`iyat. *Orient* 36/3, S. 449-474.

Clinton, William Jefferson (1995): Executive Order of President Clinton. "Prohibiting certain Transactions with Respect to Iran". The White House, 6. Mai 1995.

Collins Dictionary (1991): German-English, English-German. Harper Collins Publ. Glasgow, New York.

Cooley, John K. (1996): Unheilige Allianzen mit heiligen Kriegern: Die USA haben in Afghanistan heutige Terroristen ausgebildet. *Der Überblick* 4/96, S. 49-52.

Coville, Thierry (Hrsg.) (1994): The Economy of Islamic Iran: Between State and Market. Louvain: Peeters, 1994.

Dabari, Mohammad-Reza (1994): A New Approach to the Legal Regime of the Caspian Sea as a Basis for Peace and Development. *Iranian J. of Internat. Aff.* 6/1-2, S. 28-46.

Dabashi, Hamid (1993): Theology of Discontent. The Ideological Foundations of the Islamic Revolution in Iran. New York Univ. Press, New York & London.

Davis, Eric (1991): Theorizing Statecraft and Social Change in Arab Oil-Producing Countries. In Davis, Eric & Nicolas Gavrielides (Hrsg.): Statecraft in the Middle East. Oil, Historical Memory, and Popular Culture, Miami. S. 1-35.

Dos Santos, Theotino (1970): The Structure of Dependence. *American Econ. Review* 60/2, S. 231-236.

Ehteshami, Anoushiravan (1991): After Khomeini: The Structure of Power in the Iranian Second Republic. *Political Studies* 39/1, S.148-157.

Ehteshami, Anoushiravan (1995): After Khomeini. The Iranian Second Republic. Routledge, London.

Ehteshami, Anoushiravan (1995): The Politics of Economic Reconstruction in Post-Khomeini Iran. Center for Middle Eastern and Islamic Studies. Univ. of Durham, England.

Eisenstadt, Shmuel N. (1973): Traditional Patrimonalism and Modern Neo-Patrimonalism. Beverly Hills, London.

Elsenhans, Hartmut (1981): Anhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt. Campus Verlag.

Entessar, Nader (1992): Dilemmas of Political Participation in Revolutionary Iran. *J. of South Asian and Middle Eastern Stud.* 7/4 (1989), S. 75-90.

Entessar, Nader (1992): The Challenge of Political Reconstruction in Iran. In: Bina, Cyrus (Hrsg.): Modern Capitalism and Islamic Ideology in Iran. S. 217-233.

Entessar, Nader (1994): Factional Politics in Post-Khomeini Iran. Domestic and Foreign Policy Inplications. *J. of South Asian and Middle Eastern Stud.* 17/4.

Fairbanks, Stephen C. (1998): Iran considers Political Parties, *Middle East Journal*, 52/1, S. 17-31.

Farzin, Yeganeh Hossein (1995): The Political Economy of Foreign Exchange Reform. In Rahnema, Saeed & Sohrab Behdad (Hrsg.): Iran after the Revolution. Crisis of an Islamic State. London, Tauris, S. 174-200.

Frank, André Gunder (1979): Dependent Accumulation and Underdevelopment. Monthly Review Press, New York.

Fürtig, Henner (1996): Liberalisierung als Herausforderung. Wie stabil ist die Islamische Republik Iran? Verlag das Arabische Buch.

Gatter, Peer (1995): Hoffnung in Trümmern. 15 Jahre Krieg in Afghanistan. *Focus* 10/6. März 1995), S. 100-106.

Gelb, Alan et al. (1988): Oil Windfalls, Blessing or Curse? World Bank Research Publication, Washington, D.C.

Ghasimi, M.R. (1992): The Iranian Economy after the Revolution. An Economic Apprisal of the Five-Year Plan. *Internat. J. of Middle East Stud*. 24/4, S. 599-614.

Gholamasad, Dawud (1989): Weltanschauliche und sozialpsychologische Aspekte der iranischen Kriegsführung. *Orient* 30/3, S.439-452.

Ghorban, Narsi (1993): The Role of the Multinational Oil Companies in the Development of Oil & Gas Resources in Central Asia and the Caucasus. *Iranian J. of. Internat. Aff.* 5/1, S. 1-15.

Ghorban, Nasri (1995): The Evaluation of Recent Gas Export Pipeline Proposals in the Middle East. *Iranian J. of. Internat. Aff.* 7/2, S. 449-461.

Green, Jerrold D. (1993): Ideology and Pragmatism in Iranian Foreign Policy. *J. of South Asian and Middle Eastern Stud.* 17/1, S: 57-75.

Haddad, L. (1994): Open Door Policy and the Industrialisation of Iran. *J. of Contemp. Asia* 24/i, S. 81-94

Haghayeghi, Mehrdad (1990): Agrarian Reform Problems in Post-Revolutionary Iran. *Middle Eastern Stud*., 26/1, 35-51.

Haghayeghi, Mehrdad (1993): Politics and Ideology in the Islamic Republic of Iran. *Middle Eastern Stud*. 29/1, S. 36-52.

Halm, Heinz (1988): Die Schia. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.

Halm, Heinz (1994): Der schiitische Islam. Von der Religion zur Revolution. Beck´sche Reihe, München.

Harik, Iliya (1992): Privatization: The Issue, the Prospects, and the Fears. In: Harik, Iliya & Denis J. Sullivan (Hrsg.): Privatization and Liberalization in the Middle East. Indiana Univ. Press. S. 1-23.

Haschim, Ahmed (1995): The Crisis of the Iranian State: Domestic, Foreign and Security Policies in Post-Khomeini Iran. Oxford Univ. Press for the Institute of Strategic Studies (Adelphi Paper 296).

Hermann, Rainer (1994): Von der Wirtschafts- Zur Legitimationskrise. Die Ära Khamenai/Rafsanjani in der Islamischen Republik Iran. Orient 35/4, S. 541-564.

Hetsch, Irina (1992): Islam und Unterentwicklung. Konzeptionelle Ansätze zur Überwindung der Unterentwicklung in islamischen Wirtschaftstheorien: Das Beispiel Iran. Verlag K. Schwarz, Berlin.

Hetsch, Irina (1993): Neuorientierung der iranischen Wirtschaftspolitik nach dem iranisch-irakischen Krieg. In: Grienig, Horst (Hrsg): Nachkriegsordnung oder Chaos? Verlag Kovac, Hamburg, S. 158-176.

Hooglund, E. (1992) Iranian Populism and Political Change in the Gulf. *Middle East Rep*. 22/1, S. 19-21.

Horstmann, Hans-Henning (1974): Der Drang zum Rohstoffkartell. Die OPEC als Vorbild internationaler Produzenten-Organisationen? *Europa Archiv*, Folge 21, S. 738-744.

Hosseini, Hamid (1988): Islamic Economics in Iran and other Muslim Countries: Is an Economic Paradigm in the Making? *J. of South Asian and Middle Eastern Stud.* 13/2, S. 21-44.

Hunter, Shireen (1989/90): Post-Khomeini Iran. *Foreign Affairs* 68/5, S. 133-149.

Hunter, Shireen (1992): Iran after Khomeini. Praeger, New York.

Hunter, Shireen (1993): Iran from the August 1988 Cease-Fire to the April 1992 Majlis Elections. In: Freedman, R. (Hrsg.): The Middle East after Iraq's Invasion of Kuwait. Univ. Press of Florida, S. 183-206.

Ilkin, S. (1994): The Economic Cooperation Organization (ECO). *J. of Econ. Cooperation Among Islamic Countries* 15/3-4, S. 31-43.

International Monetary Fund (1995): Islamic Republic of Iran - Recent Economic Developments. Staff Country Report No. 95/121 (December), Washington, D.C.

International Monetary Fund (1996): Islamic Republic of Iran - Statistical Appendix. Staff Country Report No. 96/108 (October), Washington, D.C.

International Monetary Fund (1998): Islamic Republic of Iran - Recent Economic Developments. Staff Country Report No. 98/27 (April), Washington, D.C.

Iran Research Group/ Moini, Frarrokh (1990): Who's who in Iran. Verlag Medien u. Bücher, Bonn-Meckenheim.

Jouri, Siyavosh (1990): Le Pragmatisme Politique après la Mort de Khomeiyni. *Les Cahiers de l'Orient* 18, S. 15-40.

Kanovsky, Eliyahu (1997): Iran's Economic Morass. Mismanagement and decline under the Islamic Republic. The Washington Institut for Near East Policy, Policy Paper 44.

Karshenas, Massoud & M. Hashem Pesaran (1994): Exchange Rate Unification, the Role of the Markets and Planning in the Iranian Economic Reconstruction. In: Coville, T. (Hrsg.): The Economy of Islamic Iran: Between State and Market. Teheran: Institut Français de Récherche en Iran; Louvain, Peeters (Bibliothèque Iranienne, 41), S. 141-176.

Karshenas, Massoud & M. Hashem Pesaran (1995): Economic Reform and the Reconstruction of the Iranian Economy. *Middle East J*. 49/1, S. 89-111.

Katouzian, Homayoun (1981a): Shiah und moderne islamische Wirtschaftslehre. *Mardom Nameh. Hefte zur Geschichte und Gesellschaft iranischer Völker*. Bd. 5.

Katouzian, Homayoun (1981b): The Political Economy of Modern Iran. New York Univ. Press, New York.

Katouzian, Homayoun (1995): Problems of Political Development in Iran: Democracy, Dictatorship or arbitrary Government? *British J. of Middle Eastern Stud.* 22/1-2, S. 5-20.

Katzman, Kenneth (1993): The Warriors of Islam. Iran´s Revolutionary Guard. Westview Press, Boulder/Colorado.

Khalatbari, Firouzeh (1994): The Teheran Stock Exchange and Privatisation of the Public Sector Enterprises in Iran: A Study of Obstacles to the Private Sector Development. In: Coville, T. (Hrsg.): The Economy of Islamic Iran: Between State and Market. Teheran: Institut Français de Récherche en Iran; Louvain, Peeters (Bibliothèque Iranienne, 41), S. 177-208.

Khorram, Ali (1995): Joint Cooperation Between China, India and Iran. *Iranian J. of Internat. Aff.* 7/1, S. 197-200.

Khumayni, Ayat Allah Ruh Allah (1989): Imam´s Final Discourse. The Text of the Political and Religious Testament of the Leader of the Islamic Revolution and Founder of the Islamic Republic of Iran, Imam Khumayni. *Iranian J. of Internat. Aff.* 1/2-3, S. 309-362.

Khumayni, Ayat Allah Ruh Allah (1994): Imam Khumayni´s will addressed to Sayyid Ahmad Khumayni (Übersetzt von Baqirshahi, Ali). *Al-Tawhid*, 11 iii-iv, S. 64-86.

Koolaee, Elaheh (1994/95): The Role of ECO in the Economic Development of Central Asia. *Iranian J. of Internat. Aff.* 6/3-4, S. 504-509.

Kooroshy, Javad (1984): Islamische Wirtschaftsordnung im Iran? Eine kritische Zwischenbilanz. *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APUZ), Bd. 42.

Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg (1997): Verfassungsschutzbericht. Kapitel IV: Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (5.1 Iraner).

Lautenschlager, W. (1986): The Effects of an Overvalued Exchange Rate on the Iranian Economy 1979-84. *Internat. J. of Middle East. Stud.* 18/1, S. 31-52.

Longrigg, Stephen Hemsley (1961): Oil in the Middle East. Its Discovery and Development. Oxford Univ. Press.

Luciani, Giacomo (1987): Allocation vs. Production: A Theoretical Framework. In: Beblawi, Hazem & Giacomo Luciani (Hrsg.): The Rentier State, Vol. II. Croom Helm, New York. S. 63-82.

Luciani, Giacomo (1995): Resources, Revenues, and Authoritarianism in the Arab World: Beyond the Rentier State? In: Brynen, Rex (Hrsg.): Political Liberalization and Democratization in the Arab World. Lynne Rienner, Boulder, London. S. 211-227.

Mac Lahan, Keith (1995): Recent economic Development in Iran. *Asian Affairs*, London 26/1, S. 47-54.

Mahdavy, Hossein (1970): The Patterns and Problems of Economic Development in Rentier States. In: Cook, M.A. (Hrsg.): Studies in Economic History of the Middle East, New York, Toronto. S. 428-467.

Majd, M.G. (1992): On the Relationship between Land Reform and Rural-Urban Migration in Iran, 1966-1976. *Middle East J.* 46/3, S. 440-455.

Maleki, Abbas (1994): Iran and Pakistan: Cooperation in Central Asia. *Iranian J. of Internat. Aff.* 6/1-2, S. 275-277.

Maull, Hans W. & Otto Pick (Hrsg.)(1989): The Gulf War. Regional and International Dimensions. London.

Mazarei, Adnan (1995): Imports under a Foreign Exchange Constraint. The Case of the Islamic Republic of Iran. Washington D.C.: Internat. Monetary Fund, Middle Eastern Dept., IMF Working Paper 95; 97.

Mc Lachlan, Keith (1991): Oil, Oil Revenues and Economic Reconstruction in Iran in the 1990's. *Iranian J. of Internat. Aff.* 3/2, S. 385-396.

Mc Lachlan, Keith (1995): Recent Economic Development in Iran. *Asian Aff.* 26/1, S. 47-76.

Menashri, David (1992): The Domestic Power Struggle and the Fourth Iranian Majlis Elections. *Orient* 33/3, S. 387-408.

Menashri, David (1997): Revolution at a Crossroads: Iran´s Domestic Politics and Regional Ambitions. The Washington Institut for Near East Policy, Policy Paper 43.

Milani, Mohsen (1992): The Transformation of the velayat-e faqih Institution: From Khomeini to Khamenei. *Muslim World* 82/3-4, S. 175-190.

Milani, Mohsen (1993): The Evolution of the Iranian Presidency: From Bani Sadr to Rafsanjani. In: *Brit. J. of Middle Eastern Stud*. 20/1, S. 83-97.

Milani, Mohsen (1994): The Making of Iran's Islamic Revolution: From Monarchy to Islamic Republic. Westview Press, Boulder/Colorado.

Mirzai, Mohammad Mehdi (1994): Economic Reconstruction in Iran: The Post-Revolutionary Era. In: Pant, G. (Hrsg.): The Political Economy of West Asia: Demography, Democracy & Economic Reforms. Delhi, Manak, S. 172-187.

Moaddel, Mansoor (1991): Class Struggle in Post-Revolutionary Iran. *Internat. J. of Middle Eastern Stud*. 23, S. 317-343.

Mofid, Kamran (1990): The Economic Consequences of the Gulf War. London, Routledge.

Mohsenin, M. (1996): Iran`s Relation with Central Asia and the Caucasus. *Iranian J. of Internat. Aff.* 7/4, S. 834-853.

Moore, Janice M. (1992): The Iranian Revolution revisited. In: Bina, Cyrus (Hrsg.): Modern Capitalism and Islamic Ideology in Iran. London, Macmillan, S. 83-102.

Moussavi, Ahmead Kazemi (1991): The Place of Marja'iyat in the Socio-Political Life of the Shi´ite Community. *Iranian J. of Internat. Aff.* 3/3, S. 505-520.

Mozaffari, Mahdî (1993): Changes in the Iranian Political System after Khomeinis Death. *Political Studies* XLI, S. 611-617.

Mozaffari, Mehdi (1991): Why the Bazar rebels. *J. of Peace Research* 28/4, S. 377-391.

Nadjmabadi, Shahnaz (1993): Aufbau ohne fremde Hilfe: die Iranische Aufbauorganisation Gehad e Sazandegi. *Sociologus* 43/2, S. 168-182.

Najmabadi, Afsaheh (1987): Depoliticisation of a Rentier State: The Case of Pahlavi Iran. In: Beblawi, Hazem & Giacomo Luciani (Hrsg.): The Rentier State, Vol. II. Croom Helm, New York. S. 211-227.

Paka'ein, Mohsen (1994): A Review of Relations Between Iran and Africa. *Iranian J. of Internat. Aff.* 6/1-2, S. 129-145.

Pawelka, Peter (1985): Herrschaft und Entwicklung im Nahen Osten: Ägypten. C.F. Müller, Heildelberg.

Pawelka, Peter (1993): Der Vordere Orient und die Internationale Politik. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart.

Pawelka, Peter (1994): Die politische Ökonomie der Außenpolitik im Vorderen Orient. Orient 35/3, S. 369-390.

Pesaran, M. Hashem (1992): The Iranian Foreign Exchange Policy and the Black Market for Dollars. *Internat. J. of Middle East. Stud*. 24/1, S. 101-125.

Piscatori, James (1990): The Rushdie Affair and Politics of Ambiguity. *Int. Aff.* 66/4, S. 767-789.

Rahnema, Ali & Farhad Nomani (1990): The Secular Miracle: Religion, Politics, and Economic Policy in Iran. London and Atlantic Highlands, N.J., Zed Books.

Rahnema, Saeed (1992): Continuity and Change in Industrial Policy. In: Rahnema, Saeed & Sohrab Behdad (Hrsg.): Iran after the Revolution: Crisis of an Islamic State. London & New York, I.B. Tauris. S. 129-149.

Rahnema, Saeed & Sohrab Behdad (Hrsg.) (1995): Iran after the Revolution: Crisis of an Islamic State. London & New York, I.B. Tauris.

Rajaee, Farhang (1994): The Social Origins of Political Elites in Iran: A Historical Review. *Iranian J. of Internat. Aff.* 6/1-2, S. 1-27.

Ramazani, R.K. (1989): Iran's Foreign Policy. Contending Orientations. *Middle East J*. 43/2, S. 202-217.

Ramazani, R.K. (1992): Iran's Foreign Policy. Both North and South. *Middle East J*. 46/3, S. 393-412.

Rashidi, Ali (1994): De-Privatisation Process of the Iranian Economy after the Revolution of 1979. In: Coville, Thierry (Hrsg.): The Economy of Islamic Iran: Between State and Market. Louvain: Peeters, 1994. S. 37-68.

Rathmell, Andrew (1995): Iran´s Liquid Lifeline. *Jane´s Intelligence Review* 7/9, S. 411-414.

Reissner, Johannes (1988): Der Imam und die Verfassung. Zur politischen und staatsrechtlichen Bedeutung der Direktive Imam Khomeinis vom 7. Januar 1988. *Orient* 29/2, S. 213-236.

Richard, Yann (1990): Une perestroika iranienne. *Les Cahiers de l'Orient* 18/2,S. 9-13.

Richards, Alan (1993): Economic Imperatives and Economic Systems. *Middle East J*. 47/2, S. 217-227.

Rieck, Andreas (1989): Das Parlament in der Islamischen Republik Iran. *Orient* 30/4, S. 537-556.

Richards, Alan & John Waterbury (1996): A Political Economy of the Middle East (Second Edition). Westview Press, Boulder/Colorado.

Roßkopf, Fritz (1991): Die Entwicklung des Steuersystems im Iran nach der Revolution von 1979. Berlin. Diskussionspapiere/Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen Orients, 9.

Saikal, Amin (1980): The Rise and Fall of the Shah. Princeton University Press, Princeton N.J.

Salehi-Isfahani, Djavad (1995): The Oil Sector after the Revolution. In: Rahnema, Saeed & Sohrab Behdad (Hrsg.): Iran after the Revolution: Crisis of an Islamic State. London & New York, I.B. Tauris. S. 150-173.

Sarabi, Farzin (1994): The Post-Khomeini Era in Iran. The Elections of the Fourth Islamic Majlis. *Middle East J*. 48/1, S. 89-107.

Schirazi, Asghar (1997): The Constitution of Iran: Politics and the State in the Islamic Republic. London, I.B. Tauris.

Schmid, Claudia & Peter Pawelka (1990): Der Moderne Rentier-Staat im Vorderen Orient und seine Strategien der Krisenbewältigung. In: Pawelka, Peter & Maho Aves (Hrsg.): Arabische Golfstaaten in der Krise. R.G. Fischer Verlag, Frankfurt. S. 91-117.

Schmid, Claudia (1991): Das Konzept des Rentier-Staates. Lit Verlag, Münster, Hamburg.

Shahabi, Sohrab (1990): The Economic Reconstruction of Iran and the Persian Gulf States. *Iranian J. of Internat. Aff.* 2/1, S. 107-116.

Shahabi, Sohrab (1995): The Islamic Factor in International Economic Cooperation. A View from within. In: Guazzone, Laura (Hrsg.): The Islamist Dilemma. Reading, Ithaca Press, S. 307-315.

Shahabi, Sohrab (1996): Investment Policy in Iran. *Iranian J. of Internat. Aff.* 7/4, S. 764-779.

Shambayati, Hootan (1994): The Rentier State, Interest Groups, and the Paradox of Autonomy. State and Business in Turkey and Iran. *Comparative Politics* 26/3, S. 307-331.

Siavoshi, S. (1992) Factionalism and Iranian Politics: the Post-Khomeini Experience. *Iranian Studies* 25/3-4, S. 27-49.

Skocpol, Theda (1982): Rentier State and the Shi´a Islam in the Iranian Revolution. *Theory and Society* 11, S. 265-283.

Snyder, Robert (1994): Explaining the Iranian Revolution´s Hostility toward the United States. *J. of South Asian and Middle Eastern Stud.* 17/3, S. 19-31.

Statistisches Bundesamt (1992): Länderbericht Iran. Stuttgart, Verlag J.B. Metzler/C.E. Poeschel.

Steinbach, Udo (1990): Die "Zweite Islamische Republik": Der Gottesstaat auf dem Weg zur Normalität. *Aussenpolitik* (Hamburg) 41/1, S. 73-90.

Steinbach, Udo (1993): Iran zwischen Ideologie und Pragmatismus. *Europa-Archiv* 48/18, S. 517-524.

Steinbach, Udo (1993): Politik im Zeichen der Reislamisierung. Die Islamische Republik Iran. *Informationen zur Polit. Bildung* 1/1993, S. 15-20.

Taheri, Amir (1991): Iran: La Crépuscule des Mollahs. *Politique internationale* (Automne 1991) 53, S. 275-290.

Tellenbach, Silvia (1985): Untersuchungen zur Verfassung der Islamischen Republik Iran vom 15. Nov. 1979 (deutscher u. persischer. Text). Berlin, Klaus Schwarz Verlag.

Tellenbach, Silvia (1990): Zur Änderung der Verfassung der Islamischen Republik Iran vom 28. Juli 1989. *Orient* 31/1, S. 46-66.

Tétreault, Mary Ann (1985): Revolution in the World Petroleum Market. Quorum Books, Westport/Connecticut, London/England.

United States (1996): Iran and Lybia Sanctions Act of 1996. Washington D.C., U.S. G.P.O.: Supt. of Docs. 11 S.

United States, Congress, Senate, Committee on Banking, Housing and Urban Affairs (1995): The Comprehensive Iranian Sanctions Act of 1995. Hearing before the One Hundred Fourth Congress, First Session. Washington D.C., U.S. G.P.O., March 16, 1995. Shipping list no.: 95-0296-P. 76 S.

United States, Congress, Senate, Committee on Banking, Housing and Urban Affairs (1995): Iran Oil Sanctions Act of 1995. Washington D.C., U.S. G.P.O., December 15, 1995. Shipping List No.: 96-0100-P. 9 S.

Vakili-Zad, Cyrus (1994): Conflict among the Ruling Revolutionary Elite in Iran. *Middle Eastern Stud*. 30/3, S. 618-631.

Valibeigi, Mehrdad (1992): Banking and Credit Rationing under the Islamic Republic of Iran. *Iranian Stud*. 25/3-4, S. 51-65.

Valibeigi, Mehrdad (1993): Islamic Economies and Economic Policy Formation in Post-Revolutionary Iran: A Critique. *J. of Economic Issues*, 27/3, S. 793-812.

Valibeigi, Mehrdad (1994): The Private Sector in Iran´s Post-Revolutionary Economy. *J. of South Asian and Middle Eastern Stud*. 17/3, S. 1-18.

Vassiliev, R. (1995): Islamic Iran: Changing Priorities in the Name of Survival. *Jime Rev*. 30, S. 5-15.

Velayati, Ali-Akbar (1989): The Audience of Imam´s Political & Religious Will. *Iranian J. of Internat. Aff*. 1/2-3, S. 297-308.

Waterbury, John (1994): Democracy without Democrats?: The Potential for Political Liberalization in the Middle East. In: Salamé, Ghassan (Hrsg.): Democracy without Democrats? The Renewal of Politics in the Muslim World. I.B. Tauris, London, New York. S. 23-47.

Weber, Max (^{5}/1972): Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen.

Weede, Erich (1985): Warum bleiben arme Leute arm? *Politische Vierteljahresschrift* 26/3, S. 270-286.

Wizarat, Shahida (1993): Economic Integration among the ECO Countries: Prospects and Challenges ahead. *Iranian J. of Internat. Aff.* 5/1, S. 58-69.

Wöhlert, Torsten (1993): Iran: die pragmatische Republik Gottes? Transformation im Zeichen des Krieges. Frankfurt a.M., Verlag für Interkulturelle Kommunikation (Transformationen 1).

Yates, Douglas A. (1996): The Rentier State in Africa: Oil Rent Dependency and Neocolonialism in the Republic of Gabon. African World Press, Trenton/New Jersey.

Yousefi, Mahmood & Sohrab Abizadeh (1994): A Review of Islamic Economics and its Implications for Iran. *Scandinavian J. of Development Alternatives* 13/3, S. 117-142.

Peer Gatter wurde 1968 geboren und studierte in Tübingen Politikwissenschaft und Islamkunde. Studien- und Forschungsaufenthalte an den Universitäten Teheran, Isfahan und Ankara. Im Department of Government der Georgetown University in Washington D.C. arbeitete er 1997 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter. Als freier Journalist berichtet er für die *Zeit*, den *Spiegel* und *Focus* aus dem Nahen Osten, Zentralasien und West-Afrika. Gegenwärtig führt er im Rahmen des BOSCH-Stiftungskollegs für internationale Aufgaben ein Forschungsprojekt zur jemenitischen Landwirtschaft durch. Arbeitsschwerpunkte: Politische Ökonomie und Politische Systemanalyse des Nahen und Mittleren Ostens.

Mit dem Tode Ayatollah Khomeinis verlor die Islamische Revolution ihre charismatische Führergestalt. Im Iran führte dies zu einer Verlagerung der Macht in den Staatsapparat - eine kollektive Führung entstand. Die Auffächerung politischer Macht hat seit Ende der achtziger Jahre pluralistische Mechanismen im System der Islamischen Republik gestärkt. Dies eröffnete nach dem zerstörerischen Krieg mit dem Irak Raum für miteinander konkurrierende Reformmodelle innerhalb der geistlichen Staatsklasse. Gestützt auf eine Allianz pragmatisch-konservativer Kräfte setzte sich Staatspräsident Rafsanjanis Modell der vorsichtigen Liberalisierung durch. Mitte der neunziger Jahre führte eine schwindende legitimatorische Basis des Revolutionsregimes infolge ausbleibender wirtschaftlicher Erfolge jedoch zum Auseinanderbrechen der Allianz. Ein Machtkampf zwischen Reformern und Traditionalisten entbrannte. In der Rivalität zwischen Staatspräsident und Revolitionsführer setzt sich dieser auch unter Rafsanjanis Nachfolger Khatami fort.

Demokratie und Entwicklung

In dieser Reihe werden Arbeiten (Einzelstudien, vergleichende Studien) zum Thema demokratische Transition veröffentlicht: Gesellschaften im Übergang von autoritärer zu demokratischer Herrschaft. Leitendes Erkenntnisinteresse ist die Wechselwirkung zwischen politischen Strukturen und gesellschaftlichem Wandel. Gegenstand der Analysen sind Gesellschaften in der "Zweiten" und "Dritten Welt": In beiden spielen sich Transitionsprozesse mit vergleichbaren Problemen – aber vermutlich unterschiedlichen Ergebnissen – ab.

Mit dem Tode Ayatollah Khomeinis verlor die Islamische Revolution ihre charismatische Führergestalt. Im Iran führte dies zu einer Verlagerung der Macht in den Staatsapparat – eine kollektive Führung entstand. Die Auffächerung politischer Macht hat seit dem Ende der achtziger Jahre pluralistische Mechanismen im System der Islamischen Republik gestärkt. Dies eröffnete nach dem zerstörerischen Krieg mit dem Irak Raum für miteinander konkurrierende Reformmodelle innerhalb der geistlichen Staatsklasse. Gestützt durch eine Allianz pragmatisch-konservativer Kräfte setzte sich Staatspräsident Rafsanjanis Modell der vorsichtigen Liberalisierung durch. Mitte der neunziger Jahre führte eine schwindende legitimatorische Basis des Revolutionsregimes infolge ausbleibender wirtschaftlicher Erfolge jedoch zum Auseinanderbrechen der Allianz. Ein Machtkampf zwischen Reformern und Traditionalisten entbrannte. In der Rivalität zwischen Staatspräsident und Revolutionsführer setzt sich dieser auch unter Rafsanjanis Nachfolger Khatami fort.

LIT

ISBN 3-8258-3984-2